Mittwoch, 19. Oktober 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 244 - 42.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

NATO baut Arsenal ab: Im Mittelpunkt der Beratungen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO steht die Erwägung, eventuell mehr als 2000 taktische Atomsprengköpfe aus Westeuropa abzuziehen. Bundeskanzler Kohl sieht in solchen Absichten sein Sicherheitskonzept „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" bestätigt.

Kohl empfängt Vogel: Der Bundeskanzler hat den SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel zu einer einstündigen Unterredung empfangen; die SPD hatte um guten Informationsfluß in außenpolitischen Fragen gebeten. (S. 4)

Eppler zur NATO: Der in „Friedensbewegung" und SPD gleichermaßen engagierte Politiker erwartet eine breite Diskussion über die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland, falls tatsächlich neue Mittelstreckenraketen bei uns stationiert werden.

Protest in „DDR": Nach einer Protestaktion gegen die in der „DDR" begonnene Wehrerfassung von Frauen sind in Ost-Berlin fünf Personen festgenommen worden. (S. 14)

Hindernis beseitigt: Mit der Einigung der EG-Landwirtschaftsminister auf eine neue Marktpolitik für Agrarprodukte der Mittelmeerländer ist das größte Hindernis für Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal beseitigt worden.

Brandt kündigt „Nein" an: Weil er nicht mehr mit einer Lösung bei den Genfer Verhandlungen zur Begrenzung der Mittelstrecken-Rüstung rechne, wolle er am Samstag vor der „Friedensbewegung" in Bonn sprechen, erklärt der SPD-Vorsitzende Brandt vor dem Parteipräsidium. Er wolle dort „nein" zur Nachrüstung sagen. Frankreichs Sozialisten kritisieren die Nähe der SPD zur „Friedensbewegung".

FBI nimmt Spion fest: Ein in Kalifornien als mutmaßlicher Sowjetspion festgenommener Elektronikingenieur soll Moskau Informationen über den Schutz amerikanischer Interkontinentalraketen gegen einen atomaren Erstschlag geliefert haben.

Gromyko attackiert USA: Der sowjetische Außenminister wirft in Ost-Berlin Washington „krankhaftes Streben nach Weltherrschaft" vor. Der Oberbefehlshaber des Warschauer Paktes, Kulikow, drohte gestern erneut mit *Überrüstung, falls im Westen* nachgerüstet werde.

Heute: Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten der Länder beginnt in Stuttgart. – Bekanntgabe der Nobel-Preise für Chemie und Physik. – China und Großbritannien setzen Verhandlungen über Hongkong fort. – Rumäniens Staats- und Parteichef Ceausescu besucht Ägypten. – Kanzler bei der Bundesmarine in Glücksburg.

ZITAT DES TAGES



» Diese abscheuliche, bedrückende und skandalöse Mauer ist ein Mahnmal der Schande für die gesamte Menschheit «

Der französische Gaullisten-Chef und Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, bei der Eintragung ins Goldene Buch Berlins

FOTO: CAMERA PRESS

WIRTSCHAFT

Commerzbank: Erstmals seit 1979 will die Commerzbank in diesem Jahr wieder eine Dividende ausschütten: Voraussichtlich sechs DM pro Aktie.

Klage gegen Vietor: Schadenersatz von zehn Millionen DM will die Neue Heimat von ihrem 1982 entlassenen Vorstandsvorsitzenden Albert Vietor einklagen.

BSP-Prognose: Ein reales Wachstum des Bruttosozialprodukts von 1,3 für 1983 und 1,5 Prozent für 1984 erwartet die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank.

US-Staatsquote: Nach neuesten Banken-Studien sind die Ausgaben des US-Bundes rascher gestiegen als das Bruttosozialprodukt; Banker befürchten 1984 deshalb neue Zinsschübe. (S. 16)

Wirtschaftskriminalität: Der festgestellte Schaden durch Wirtschaftskriminalität belief sich 1981 in der Bundesrepublik auf 3,6 Milliarden DM. Die tatsächliche Schadenshöhe wird auf rund 154 Milliarden DM geschätzt.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten setzte sich der Aufwärtstrend fort. Der WELT-Aktienindex erreichte mit 145,9 (144,8) einen neuen Höchststand. Der Rentenmarkt war gut behauptet. Dollar-Mittelkurs 2,5847 (2,5967) Mark. Goldpreis je Feinunze 397,25 (395,00) Dollar.

KULTUR

Vermächtnis: Das „Schweißtuch Christi", seit Jahrhunderten im Besitz des Hauses Savoyen, gehört seit gestern dem Papst. Das in Turin aufbewahrte Leintuch war ihm vom letzten italienischen König, Umberto von Savoyen, vermacht worden.

Künstler gefragt: Die Zahl der Stellenangebote der Kommunen für Künstler fast aller Sparten ist spürbar gestiegen. Allein in Nordrhein-Westfalen wurden von Mitte 1982 bis Mitte 1983 sieben Prozent mehr Engagements vom Künstlerdienst vermittelt.

SPORT

Fußball: Das ZDF berichtet heute sechs Stunden lang von den Spielen im Europapokal. Die Spiele Leipzig – Bremen (14.00 Uhr) und Saloniki – München (16.00 Uhr) werden original nacheinander übertragen. (S. 12)

Olympia: Das Nationale Olympische Komitee für Deutschland entscheidet heute darüber, wer Bewerber für die Winterspiele 1992 sein soll. Berchtesgaden und Garmisch-Partenkirchen stehen zur Wahl.

AUS ALLER WELT

„Singles": Immer mehr Menschen in der Bundesrepublik Deutschland leben allein. Fast jeder siebente war nach Erhebungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung im vergangenen Jahr als „Single" einzustufen.

Kokain: In Amsterdam liefern sich südamerikanische Rauschgiftschmuggler blutige Gefechte. (S. 28)

Wetter: Wechselnde, zeitweise starke Bewölkung; im Norden Schauerwetter. Bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Beschließt die NATO, 2000 Atomsprengköpfe abzuziehen?

Aus dem taktischen Arsenal in Europa / Planungsgruppe tagt in Ottawa

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mit tiefer Befriedigung verfolgt Bundeskanzler Helmut Kohl die Vorbereitungen der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO, die nächste Woche im kanadischen Ottawa zusammenkommen wird. Bei der Konferenz am 27. und 28. Oktober ist die Beschlußfassung der Verteidigungsminister der Allianz über den Rückzug von möglicherweise mehr als 2000 Atomsprengkörpern aus dem taktischen Arsenal in Westeuropa vorgesehen. Kohl sieht in dieser Absicht sein Sicherheitskonzept eindrucksvoll bestätigt, das er beim Regierungsantritt in die Formel kleidete: „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen."

Sollten die NATO-Verteidigungsminister die Empfehlungen beschließen, die eine seit mehr als einem Jahr im Entwurf befindliche Studie über den „Waffenmix" der Stäbe des Bündnisses und der nationalen Regierungen beinhaltet, könnten die verantwortlichen Politiker in den westlichen Hauptstädten darauf verweisen, daß die NATO in der Verwirklichung des Doppelbeschlusses von 1979 gleichzeitig in überproportionalem Verhältnis Nuklearwaffen aus Europa abzieht. Im Doppelbeschluß ist als Höchstgrenze die Stationierung von 572 Atomsprengköpfen auf Marschflugkörpern und Pershing-2-Raketen in Aussicht genommen.

Parallel dazu wird die NATO, wenn die Konferenz in Ottawa entsprechend beschließen sollte, mehr als 3000 Atomsprengköpfe im Zeitraum von 1979 bis 1986, falls bis dahin die Höchstzahl der Nachrüstung stationiert werden müßte, abgezogen haben. Diese Zahl setzt sich aus den 1000 Sprengköpfen zusammen, die die NATO bereits 1980 ohne große öffentliche Aufmerksamkeit abzog, dann aus weiteren 572 Sprengkörpern, die im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß reduziert werden sollen, sowie schließlich eventuell 2000 weiteren, deren Abzug in Ottawa sanktioniert werden soll. Damit können die Politiker darauf verweisen, daß einer Hinzufügung von 572 Sprengköpfen ein Abzug von rund 3500 gegenübersteht, also für jeden neuen sieben alte aus Europa verschwinden. Der Bonner Regierungschef möchte auf diese Zahlen in seiner Regierungserklärung am 21. November, in der er den dann erreichten Stand der Genfer Mittelstreckenverhandlungen bewertet, besonders verweisen.

Mit dieser Reduzierung will die NATO verdeutlichen, daß sie die Verteidigungsplanung in Westeuropa möglichst weit von Atomwaffen entlasten möchte.

Und in eben diesem Punkt beginnt sich schon die Schwäche des Entwurfs zu offenbaren. Sie summiert sich in der Frage, ob die NATO-Verteidigungsplanung unter dem Druck von „Friedensbewegungen" zu weit geht in der „Entnuklearisierung", oder die verantwortlichen Politiker den verantwortlichen Soldaten noch den nötigen Raum lassen, damit die Struktur des nach der Reduzierung

● Fortsetzung Seite 14

SPD-Spitze deckt Brandts Verhalten

Der Parteivorsitzende will auf Kundgebung eindeutig Nein zur Nachrüstung sagen

P. PHILIPPS/S. HEYDECK, Bonn

Die SPD-Spitze geht nicht mehr davon aus, daß es in Genf noch zu einer Zwischenlösung bei den Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) kommen kann, die keine „neue Rüstungsrunde in Gang setzt". Dies wurde während der Präsidiumssitzung deutlich, auf der der Parteivorsitzende Willy Brandt das Führungsgremium der SPD darüber unterrichtete, daß er auch aus diesem Grund die Einladung des Koordinierungsausschusses der „Friedensbewegung" für die Bonner Großdemonstration am kommenden Sonnabend annehme.

Er werde sich sowohl als „Bürger Brandt", aber natürlich auch als Parteivorsitzender auf der Kundgebung zu Worte melden und sein eindeutiges „Nein" zur Nachrüstung erklären, die nur für eine weitere Rüstungsrunde sorge, kündigte Brandt an.

Die übrigen SPD-Präsidien nahmen diese Ankündigung zustimmend zur Kenntnis. Allerdings fehlten der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und Hans-Jürgen Wischnewski. Es wurde betont, daß alles getan werden müsse, um die „drohenden neuen atomaren Rüstungsrunden in West und Ost zu verhindern". Dabei machten Brandt und andere vor allem der Bundesregierung Vorwürfe, daß sie ihren Einfluß gegenüber den USA nicht nutze, sondern „erreichbare Lösungen", die keine Stationierung bedeuten würden, bereits vorher aufgegeben habe. Gemeint waren dabei in erster Linie die Vorschläge, die der sowjetische Staats- und Parteichef Andropow in den vergangenen Wochen unter anderem in Briefen an westliche Politiker unterbreitet hatte.

SEITE 2:
Das Bündnis und die Phantasie

Beobachter erinnerten gestern daran, daß die Teilnahme sozialdemokratischer Spitzenpolitiker an einer Demonstration der „Friedensbewegung" in Bonn vor zwei Jahren in der SPD-Spitze noch zu einer starken Zerreißprobe geführt hatte. Vor der Protestkundgebung im Hofgarten hatte Helmut Schmidt erwogen, einen „Unvereinbarkeitsbeschluß" im Parteivorstand durchzusetzen und SPD-Mitglieder, die als Redner bei der Veranstaltung aufträten, aus der Partei auszuschließen.

In der SPD-Spitze wird hingegen heute argumentiert, daß sich die Situation und das Verhältnis der SPD zur „Friedensbewegung" gewandelt habe. Man gehe davon aus, daß diesmal auch Schmidt sich nicht grundsätzlich gegen eine Teilnahme Brandts als Redner auf der Bonner Protestveranstaltung ausgesprochen hätte. Die Parole hatte Präsidiumsmitglied Hans-Jochen Vogel allerdings schon im September 1981 ausgegeben: Die SPD müsse ein „Versäumnis nachholen und sich in breiter Front um den politikfähigen Teil der Friedensbewegung kümmern".

Vor allem bei den Grünen, die sich bisher als parlamentarische Repräsentanten der „Friedensbewegung" ansahen, hat dies die Furcht geschürt, von der SPD auch auf diesem Feld an die Wand gedrückt zu werden. Der Juso-Vorsitzende Hartung goß gestern noch Öl in dieses Feuer, als er erklärte: Es gebe bei den Grünen inzwischen zu Recht die Erkenntnis, „daß ein Engagement von mehreren hunderttausend Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in der Friedensbewegung die eigene Partei in den Hintergrund treten läßt".

Gromyko spricht von Tricks der US-Propaganda

AFP, Berlin

Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko hat gestern in Ost-Berlin bei einem Treffen mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Honecker die jüngsten amerikanischen Vorschläge für die Genfer Verhandlungsrunde als „propagandistische Tricks" bezeichnet. Gromyko machte jedoch keine neuen Erläuterungen zu „Gegenmaßnahmen Moskaus" im Falle der Stationierung.

Nur kurz und allgemein erwähnten sowohl Gromyko als auch Honecker die jüngste Tagung der Außenminister des Warschauer Paktes in Sofia. Der sowjetische Außenminister wiederholte nicht die im Kommuniqué dieser Tagung enthaltene Forderung, die NATO müsse auf ihre Terminplanung für die Stationierung von Pershing-2-Raketen verzichten, um eine eventuelle Fortsetzung der Genfer Verhandlungen zu ermöglichen.

Bereits bei seinem Wiener Treffen mit Genscher am Montag hatte Gromyko diese Forderung nicht mehr erwähnt (WELT v. 18. 10.).

Ostblock berät über die Probleme der Wirtschaft

Konferenz in Ost-Berlin / Kreml gegen Preisreform

PETER WEERTZ, Berlin

Die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zusammengeschlossenen Ostblockstaaten wollen die Zusammenarbeit im Energie- und Agrarbereich verstärken, um so eine bessere Entwicklung ihrer Volkswirtschaften und vor allem eine bessere Lebensmittelversorgung erreichen zu können. Dieses Ziel wurde gestern bei der Eröffnung der dreitägigen Konferenz der RGW-Regierungschefs in Ost-Berlin beschrieben.

Entscheidende Beschlüsse über die zukünftige wirtschaftspolitische Strategie der RGW-Länder werden nicht erwartet. Hierzu wäre ein Wirtschaftsgipfel mit den Parteivorsitzenden notwendig, der seit Sommer 1980 besonders von Rumänien und Ungarn gefordert wird, aber bislang an der Sowjetunion gescheitert ist. Offensichtlich ist die UdSSR vorerst nicht zu Preisreformen im Blockhandel und zu einer tatsächlichen Reform des Wirtschafts- und Planungssystems bereit.

Im Mittelpunkt der dreitägigen Jahreskonferenz, an der außer der „DDR", der UdSSR, Polen, der CSSR, Rumänien, Bulgarien und Ungarn auch Kuba, Vietnam und die Mongolei teilnehmen, steht daher die bessere Versorgung der Bevölkerung mit Agrarprodukten und Ernährungsgütern und die Zusammenarbeit mit der Einsparung von Energie und Rohstoffen. Propagiert wird diese Intensivierung mit dem Leitthema „Mit weniger Energie und Rohstoffen mehr produzieren".

Aus einigen osteuropäischen Ländern ist jedoch bekannt, daß sie vor allem unter den hohen Erdöl- und Rohstoffpreisen leiden, die die Sowjetunion verlangt. Zugleich kritisieren sie die zu geringen Verrechnungspreise für ihre Exporte von Maschinen, Lebensmitteln und Fertigprodukten. Freilich ist die Reform der Verrechnungspreise ein schwieriges Vorhaben. Sie wird seit vielen Jahren gefordert, bislang jedoch ohne Ergebnis.

Paris: Sozialisten kritisieren SPD

Unterstützung der „Friedensbewegung" stößt bei der Partei Mitterrands auf Ablehnung

AFP, Paris

Scharfe Kritik an der Unterstützung der „Friedensbewegung" durch die SPD hat das für internationale Fragen zuständige Führungsmitglied der französischen Sozialisten, Jacques Huntzinger, geäußert. Huntzinger warf der SPD gestern auf einer Pressekonferenz in Paris vor, eine „Flucht nach vorn" angetreten zu haben. Statt dessen sollten sich die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas „mehr denn je konzentrieren, um die Sicherheit *Europas gemeinsam zu erörtern*". Der Sprecher kündigte zugleich an, die Sozialistische Partei Frankreichs (PS) werde nach ihrem bevorstehenden Parteitag von Bourg-en-Bresse neue Abrüstungsvorschläge und einen „Sicherheitsplan für Europa" ausarbeiten.

Huntzinger berichtete ferner, die PS werde sich an den geplanten Pariser „Friedensdemonstrationen" am kommenden Wochenende nicht beteiligen. Das Exekutivkomitee seiner Partei habe alle PS-Mitglieder aufgerufen, sowohl den von der KPF-nahen Friedensbewegung „Mouvement de la Paix" als auch den gemeinsam vom parteiunabhängigen „Komitee für die Entnuklearisierung Europas" (Codene) und der sozialistischen Gewerkschaft CFDT organisierten Demonstrationen fernzubleiben.

Die ausgegebene Parole laute, an den „Grundprinzipien des strategischen Gleichgewichts in Europa" festzuhalten, sagte Huntzinger. Angesichts des sich abzeichnenden Scheiterns der Genfer Verhandlungen bestehe die Gefahr, daß die Frage der Mittelstreckenraketen in Europa auf der Straße entschieden werde.

Die im Vergleich zu anderen Ländern relativ schwache französische Friedensbewegung hatte sich nicht auf einheitliche Aktionen einigen können. Für Samstag plant das von der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaft CGT kontrollierte „Mouvement de la Paix" eine Großdemonstration in Paris. Das aus Christen, Umweltschützern und Linkssozialisten bestehende Codene hat für Sonntag gemeinsam mit der Gewerkschaft CFDT zur Bildung einer Menschenkette von der amerikanischen zur sowjetischen Botschaft aufgerufen. Dabei soll auch Solidarität mit der unabhängigen Friedensbewegung in den osteuropäischen Ländern zum Ausdruck gebracht werden.

DER KOMMENTAR

Rat-Suche

PETER GILLIES

Das Dilemma des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, auch Comecon genannt) hat sich seit seiner Gründung nicht geändert: Zentrale Planung verschleudert Ressourcen, wird des Mangels nicht Herr, eine menschenverachtende Bürokratie opfert einen ohnehin bescheidenen Lebensstandard der militärischen Hochrüstung.

In diesen Tagen trifft man sich in Ost-Berlin und redet über das Energie- und Rohstoffsparen sowie über eine verbesserte Versorgung mit Nahrungsmitteln. Nun ist, wie man jährlich erfährt, nicht einmal die ruhmreiche Sowjetunion in der Lage, sich selbst zu ernähren, obgleich sie durch ausbeuterisch hohe Abgabepreise für Rohstoffe und niedrige Ankaufspreise für Fertigwaren die kleinen RGW-Mitglieder einen gepfefferten Bruderpreis zahlen läßt.

Offiziell ausgeklammert sind die wirklichen Probleme: Öffnung der erstarrten Strukturen für Märkte, mehr Privatinitiative statt Planung, Beweglichkeit beim Warenaustausch und in den Währungen, marktnahe Preise. Das alles darf jedoch nicht sein, weil marktwirtschaftliche Elemente *immer* dezentral, machtauflösend wirken.

Daran kann die Sowjetunion kein Interesse haben, weil ein dezentrales Wirtschaftssystem in Diktaturen wie Sprengstoff wirkt. Zudem sind die Bürokratien von *Partei und Planung* marktwirtschaftlich untrainiert, weshalb Reformen auch von dort nicht zu erwarten sind.

Die weltweite Rezession und die sowjetische Hochrüstung machen die Grenzen der Leidensfähigkeit bei der Versorgung der Bevölkerung sichtbar. *Die riesige Westverschuldung* des Ostblocks zeigt, daß der freigebige „Klassenfeind" einen Zusammenbruch verhindert.

Der angeblich böse und kriegstreiberische Westen, von dem doch alles Unheil ausgehe, gewährt die Kredite, ohne die es nicht geht – business as usual, mit oder ohne Pershing 2. Was soll da nur die „Friedensbewegung" denken, die doch so planvoll in Hitze gebracht wurde?

Die Sicherung einer stabilen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den RGW-Staaten sei umso effektiver zu erreichen, je enger man mit der Sowjetunion zusammenarbeite, sprach Willi Stoph in Ost-Berlin. Der Charme dieser Ergebenheitsadresse liegt in ihrem Umkehrschluß.

Arbeitgeber: Weitere Kürzung im Sozialbereich

HH/AP, Bonn

Für Einschnitte ins Sozialsystem, die über die Beschlüsse und Pläne der Bundesregierung noch hinausgehen, hat gestern die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände plädiert. In der Denkschrift „Soziale Sicherung im Umbruch – Vorschläge zur Stabilisierung" fordert der Spitzenverband unter anderem Abstriche bei der Lohnfortzahlung für kranke Arbeitnehmer, den Ausbau der Eigenbeteiligung in der Krankenversicherung und eine einkommensabhängige Gestaltung der Grundrente für Kriegsopfer.

Darüber hinaus stellt der Verband das Kindergeld für das erste Kind zur Diskussion und bezeichnet die von 1987 an geplante Ausweitung des Mutterschaftsgeldes auf nichterwerbstätige Frauen als „problematisch". Diese Ausweitung wird dann toleriert, wenn zuvor ein familienpolitisches Konzept entwickelt wird, in dem Kindergeld, BAföG, Steuerpolitik und Sozialleistungen in ihrem Gesamtzusammenhang gesehen werden. Bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die die Unternehmen mit mehr als 35 Milliarden Mark jährlich belaste, sei der Übergang von der arbeitsrechtlichen auf eine versicherungsrechtliche Lösung durch die Krankenkassen auch im Interesse einer Überprüfung der Leistungen „dringend geboten". Sie solle allerdings weiter von den Arbeitgebern finanziert werden. Der Denkschrift zufolge soll die Höhe der Lohnfortzahlung durch prozentuale Abschläge oder die Wiedereinführung von Karenztagen vermindert werden.

Chirac für Selbstbestimmung der Deutschen

Schü. Berlin

Der französische Gaullisten-Führer und Bürgermeister von Paris, Chirac, hat gestern in Berlin bei der Eintragung ins Goldene Buch der Stadt das Recht der Deutschen bekräftigt, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden. Die Franzosen, die während des Zweiten Weltkrieges am eigenen Leibe gespürt hätten, was die Teilung eines Landes bedeute, wüßten besser als andere, die widernatürliche Teilung Berlins, Deutschlands und Europas einzuschätzen. Chirac bekräftigte zugleich die Sicherheitsgarantie Frankreichs und der anderen Schutzmächte für Berlin. *Die Sicherheit der* westlichen Welt, die USA einbegriffen, sei unteilbar. Chirac schloß seine Rede in deutscher Sprache mit den Worten: „Es lebe Berlin, es lebe Paris, es lebe Europa."

Der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker, der in seiner Rede auf die Notwendigkeit der Überwindung der Mauer und der Teilung Deutschlands hinwies, teilte mit, daß Chirac als Geschenk der Stadt Paris an Berlin die Bronzereliefs der Siegessäule zurückgeben werde.

Weizsäcker wies in seiner Rede darauf hin, daß die Politik der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland durch de Gaulle und Adenauer besiegelt worden sei. Diese Politik der Aussöhnung habe in Chirac einen „markanten Erben" gefunden. Der Regierende Bürgermeister würdigte in seiner Rede auch die engen kulturellen Beziehungen zwischen Berlin und Paris.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Flurbereinigung

Von Wilm Herlyn

Die Entscheidung des Ministerpräsidenten Johannes Rau, den Präsidenten des Regierungsbezirks Düsseldorf, Achim Rohde (FDP), in den einstweiligen Ruhestand versetzen zu lassen, läßt weniger auf Unduldsamkeit als auf Unsicherheit schließen. Gewiß vermeidet die in Nordrhein-Westfalen mit absoluter Mehrheit regierende SPD nichts, um die Freien Demokraten zu verprellen. Das beweist die Entlassung von drei Staatssekretären der FDP, die aus der gemeinsamen Regierungszeit vor 1980 im Amt geblieben waren, als in Bonn die Wende des vergangenen Herbstes vollzogen wurde. Aber die Personalentscheidungen im Kabinetts-Revirement haben mit der FDP nichts zu tun – und sie haben statt des geforderten Neuanfangs auch nur ein Stühlerücken und Auswechseln der Namensschilder erbracht.

Und nun die brüske Entlassung Rohdes. Fachlich und sachlich kann ihm sein Dienstherr, Innenminister Herbert Schnoor, keinen Vorwurf machen; er hat es auch nicht ernstlich versucht. So drängt sich der Verdacht auf, daß man nicht nur diesen unbequemen Mann loswerden wollte, sondern daß man vor allem vor den kommenden Kommunal- und Landtagswahlkämpfen reinen Tisch machen und der FDP einen respektablen Stimmenwerber nehmen wollte.

Daß Schnoor andeutet, er werde das Amt wieder mit einem Liberalen besetzen, kann die Verärgerung des einstigen Koalitionspartners nur vergrößern, denn natürlich muß die FDP vermuten, daß die SPD einen Personalstreit in ihre Reihen hineintragen will. Und: Wer sollte diesen Posten übernehmen, ohne den Vorgänger Rohde zu desavouieren? Der Landesvorsitzende Jürgen Möllemann wäre mit ihm desavouiert, wenn einer seiner Parteifreunde um des Postens willen eigenständige Privatkoalitionspolitik betriebe.

Vorerst bleibt als einziges Relikt einstiger sozialliberaler Reformblütenträume der FDP-Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Wolfgang Vollmer. Ob dieser hochqualifizierte Mann die Wende in Düsseldorf – nämlich das Ende der pfleglichen Behandlung der Liberalen durch die SPD – überlebt, muß bezweifelt werden. Es scheint, die Sozialdemokraten haben sich endgültig damit abgefunden, daß es für sie einen Koalitionspartner FDP unter der Führung von Möllemann 1985 nicht geben wird – und es scheint auch, daß Rau nicht die Nerven hat, trotzdem auf die FDP zu setzen.

Boom-Boom-Geschosse

Von Peter Gillies

Ungeduld gibt falschen Rat. Nach einem mehr als drei Jahre dauernden Siechtum befindet sich die Wirtschaft der Bundesrepublik in der Erholung. Aber ihr Organismus ist noch wackelig, seine Muskelbildung erst am Anfang. Ihn jetzt schon wieder voll belasten zu wollen wäre töricht. Der naiven Ansicht, ein Boom könne herbeigezwungen werden, muß ständig widersprochen werden.

Die vielen ungeduldigen Ratgeber, die mit Aktionismus dopen wollen, verkennen die Zeitabläufe und ihre Bedingungen. Eine realistische Bestandsaufnahme von heute zeigt Daten, die wir vor Monaten nicht zu erhoffen wagten:

Die Unternehmenserträge erholen sich, das Investitionsklima hellt sich auf, die Finanzkraft der Betriebe stärkt sich, es gibt Entlastungen auf der Kostenseite, Tendenzen zur Zinssenkung, belebte Nachfrage nach Waren und Krediten; dem recht guten Inlandsgeschäft mag eine Exportbelebung folgen. Die Inflationsrate in der Bundesrepublik liegt bei knapp drei Prozent, das reale Wirtschaftswachstum hat erstmals seit drei Jahren wieder die Pluszone erreicht.

Zufrieden kann eine Volkswirtschaft jedoch erst sein, wenn alle, die arbeiten wollen, dies auch können. Dahin ist noch ein weiter Weg. Die Bundesbank hat gestern auch auf die tiefen Schleifspuren der Rezession verwiesen: Trotz der recht erfreulichen Investitionsbelebung ist der Kapitalstock nur minimal ausgeweitet worden. Es sind also die veralteten Anlagen gerade ersetzt, aber nur wenig neue installiert worden.

Die Investitionsquote in Sachanlagen ist sogar die niedrigste seit Jahrzehnten, die Ölkrise ausgenommen. Der Herzmuskel der Wirtschaft befindet sich also erst in langsamer Rekonvaleszenz. Der Arbeitsmarkt reagiert dagegen sehr spät auf konjunkturelle Belebungen. Die Phase weiter günstiger Erträge muß verlängert werden, damit die Investitionskraft die Stärke früherer Jahre erreicht und die erwünschten Beschäftigungseffekte auslöst.

Gewiß, ein langer Weg. Aber seine Länge und Mühsal sollte nicht den Blick dafür verstellen, daß die Startbedingungen so günstig wie selten sind.

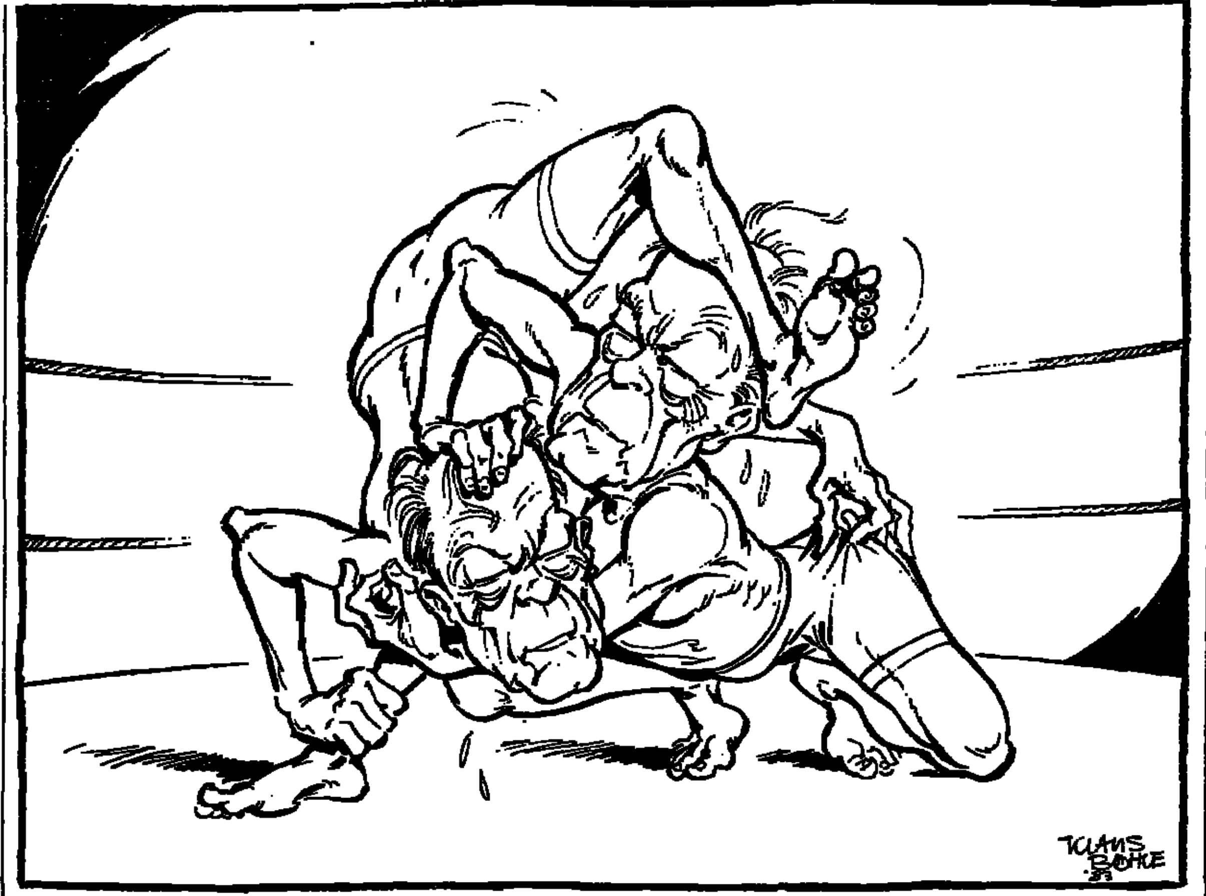
Frau Donnepps Einfall

Von Enno v. Loewenstern

Als Alfred Kerr wieder einmal mit der Tatsache gehänselt wurde, daß er mit Friederike Kempner verwandt war (jener „schlesischen Nachtigall", deren unübertrefflich mißglückte Verse die Familie zur Verzweiflung trieben), schrieb er wutentbrannt: „Nächtlich über dem Gebeinfeld hört man's manchmal i-ah schrein – wenn dem Esel nichts mehr einfällt, fällt ihm meine Tante ein!" Der Vers drängt sich dem heutigen Betrachter in der Variante auf: wenn dem Politiker nichts mehr einfällt, fällt ihm eine Planstelle ein.

Frau Inge Donnepp machte eben noch einmal vor ihrem Rücktritt als Düsseldorfer Justizministerin von sich reden, als sie erschütternde Zahlen über Kindesmißhandlungen bekanntgab und dazu vorschlug, gegen „Gewalt in Videokassetten" vorzugehen und „Ombudsmänner für mißhandelte Kinder" bei den Jugendämtern einzustellen. Faktisch gibt es wohl kaum Filme, die zur Gewalt gegen hilflose Kinder anregen, aber die Funkhäuser lieben Aktionen gegen die Video-Konkurrenz, und Frau Donnepps Partei ist dem Monopolfunk verbunden. Und was die Jugendämter betrifft – was ist denn eigentlich deren Aufgabe; brauchen sie wirklich noch eigene Beamte als „Anlaufstellen" für Leute, die Kindesmißhandlungen anzeigen möchten?

Zufällig hat der Vorsitzende des Bundes deutscher Kriminalbeamter, Ingo Herrmann, gleichzeitig mit Frau Donnepps Auftritt die überzeugende Erklärung für das Ansteigen der Kriminalität auf so ziemlich allen Gebieten, vom Mord (seit 1964 verdoppelt) bis zum Ladendiebstahl (seit 1963 verneunfacht) gegeben: er stellte einen „erheblichen Verlust an Unrechtsbewußtsein" fest. In der Tat: Wo seit anderthalb Jahrzehnten Gewalt gepredigt wird (sofern sie nicht nach John Wayne, sondern nach Wladimir I. Lenin praktiziert wird), wo der Ladendiebstahl als legitime Auflehnung gegen „Konsumterror" über die Mattscheibe geistert, wo einerseits Kinderfeindlichkeit beklagt und andererseits Abtreibung zur Bürgerinnenpflicht hochstilisiert wird, da läßt das Unrechtsbewußtsein nach, auch in der von „Konflikttheorien" ohnehin belasteten Familie. Da braucht es nicht neue, angenehme Planstellen, sondern alte, unbequeme Einsichten.



Griffige Position

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das Bündnis und die Phantasie

Von Herbert Kremp

Der SPD-Parteivorsitzende Willy Brandt wird am Wochenende bei der angekündigten Demonstration in Bonn das Wort ergreifen und dabei darlegen, warum er (mit dem größeren Teil seiner Partei) gegen die Stationierung amerikanischer Gegenwaffen und gleichzeitig für das westliche Bündnis und die Bundeswehr eintritt. Er möchte, wie er bekundet, das Raketen-Thema nicht der grünen „Gegenpartei" überlassen, für die SPD aber das Thema abhaken. Denn die Partei, dieses sichere Gefühl hat Brandt, muß sich nun primär der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zuwenden.

Ob Brandt von den Zuhörern, den Verbündeten und den drei ehemaligen Verteidigungsministern seiner Partei bei der Differenzierung zwischen Raketen und Bündnis richtig verstanden wird, entzieht sich der Voraussage. Wer in Bonn das Hauptquartier der SPD betritt, entdeckt in den Schaukästen des Foyers Plakate aus der Zeit der alten Atomtodbewegung von 1958: Zerstörungen, riesige Atompilze, Bekenntnisse zum Leben. Das war, wir wissen es heute, ein larmoyanter Irrtum – eigentlich ein Grund, ihn nach der ersten Erfahrung nicht mehr zu begehen. Aber Pazifismus ist dafür ein zu leichtes, ein im übrigen erhebendes Gefühl. Man trägt ihn, und die Realität ist, wie in der Zeit zwischen den Weltkriegen, für eine begrenzte Dauer geduldig.

Es kann also sein, daß die zweitgrößte deutsche Partei sich auf der Woge der eigenen Emotion in eine Zone trägt, wo es der Führung nicht mehr gelingt, die Leib-Seelen-Differenz zwischen moderner Bewaffnung (nein) und Bündnis (ja) wahrnehmbar zu machen und gegenüber dem dieserart entwaffneten amerikanischen Partner zu vertreten. Die Basis will sicher mehr, wenn sie die Emotion einmal spürt, sie will den ganzen Pazifismus, nicht eine halbe Schwangerschaft. Das wäre konsequent. Aber der Parteivorsitzende will diese Konsequenz nicht. Er war nicht für Jahre Bundeskanzler, um nur noch zu träumen. Er kennt auch den Hang eines schönen Gefühls, zu expandieren. Er will bewegen, aber nicht die Wand einreißen.

Es ist nicht leicht, eine starke Phantasie zu beherbergen. Brandt sieht Veränderungen. Das politische Europa erscheint ihm als Verflüssigung ohne Struktur. Er stellt sich Westeuropa von seiner Kraft und Herrlichkeit her als eine Säule vor, die einen Architrav zur anderen, zur Säule USA, zu tragen vermag. Daß es ihm zunächst auf die Säule ankommt, den Selbststand Europas, hat er mit früheren Politikern gemein. Adenauer dachte einmal so, auch Kennedy und natürlich de Gaulle, auf den man sich heute gerne bezieht, weil er mit dem Architrav, der den Atlantik überspannt, am wenigsten im Sinn hatte. „Europa soll nicht Anhängsel von Weltmachtinteressen sein", lautet die eingängige Formel.

Europa hat nach diesem Konzept aber eine „gesamteuropäische" Gestalt. Die politische Strukturierung Westeuropas, die zum Zwekke einer haltbaren Außenpolitik der eigenständigen militärischen Sicherheit bedarf, zeigt in der Phantasie Wachstumstendenz nach Osteuropa. Denn über die nächste Generation, so meinte schon de Gaulle, bleiben die Russen nicht, wo sie sind. Sie müssen dort raus, weil sie nicht verdauen können, was sie geschluckt haben.

Dieser Gedanke wird heute in der SPD wieder aufgegriffen. Er ist angesichts der sowjetischen Machtpolitik, die Willy Brandt für robust hält, sehr verblüffend, er entzieht sich aber nicht der Phantasie. Die Völker Osteuropas, die im besten Sinne national und konstitutionell empfinden, also in der Stimmung der großen Verfassungsbewegungen des 19. Jahrhunderts leben, hätten die Russen ungleich lieber los als hier irgendwer die Amerikaner. Die Osteuropäer bewegen sich auch, werden aber dann, wie die Polen, sehr rasch daran gehindert. Sie wollen die europäische Friedensordnung, würden die Sowjets nur friedlich gehen.



NATO ja, Waffen nein – wie macht man das plausibel? Brandt
FOTO: FERDI HARTUNG

Die Zeiten werden sich wie seit jeher ändern; „Jalta", wie es im Februar 1945 von Churchill, Roosevelt und Stalin geschaffen wurde, wird vielleicht kein Jahrhundert existieren, aber das Entscheidende an den Zeiten sind die Zwischenzeiten. Und die Zwischenzeit, in der die Europäer leben, wird von den Weltmächten bestimmt, darin kann man Kissinger kaum widersprechen. Und zwar nicht, weil die Amerikaner imperialistisch wären, sondern weil die Sowjets besitzergreifend sind. Und weil der Teil Europas, der dank den USA noch frei atmet, von allem möglichen besitzergriffen ist, nur nicht von der nötigen gefährlichen Entschlossenheit, sich selbst zu wollen und selbst zu sein: militärisch, politisch, wirtschaftlich.

Sophokles im „Aias": „All, die wir leben, seh ich, sind nicht mehr als ein Gebild von Traum, wie eines Schattens Dünne." Die Westeuropäer ließen sich in der Zwischenzeit seit dem Zerfall der Kriegsallianz sicherheitspolitisch von Amerika alimentieren, und sie hatten damit so viel Glück, daß sie dem Spender gegenüber am liebsten die Zähne zeigen. Das ist zwar der psychologische Kern der Friedensbewegungen, aber sicher nicht ein Merkmal jener Stärke, die man für die Schöpfung einer eigenständigen „europäischen Struktur" benötigt. Wenn dieser politische Plan nicht konditional bleiben soll, müßte „Friedenspolitik" neu definiert und mit Verteidigungsfähigkeit – sie bedeutete den Aufbau einer europäischen Atomstreitmacht – in Gleichung gesetzt werden.

Wer will das? Die robusten Sowjets bestimmt nicht, die Bruttosozialprodukte auch nicht. Die Amerikaner würden zögern – es sei denn, man verweigerte ihren hier stationierten Truppen die adäquate Bewaffnung –, und die Europäer würden klagen, weil es weh tut, auf eigenen Beinen zu stehen. Das ändert nichts an Brandts vorzüglicher Idee. Aber sie wird ein Gebild von Traum bleiben – für die Zwischenzeit.

IM GESPRÄCH Robert McFarlane

Stiller Ratgeber

Von Thomas Kielinger

Es ist ein Zeichen für die gewandelte Rolle, die der Nationale Sicherheitsrat der USA in der Reagan-Administration spielt, daß der Präsident sich jetzt mit Robert C. („Bud") McFarlane bereits den dritten Kandidaten in dieses Amt geholt hat. In den Zeiten, in denen ein Henry Kissinger den Sicherheitsrat zum Machtzentrum Nummer eins aufbaute, wäre dergleichen Fluktuation an der Beraterspitze undenkbar gewesen. Kissinger oder Brzezinski auf den Posten des Innenministers, wie jetzt William P. Clark, nachdem er die Leitung des Sicherheitsrats verlassen hat? Der Gedanke ist so belustigend wie absurd.

Nicht so in der Reagan-Ära. Dieser Präsident liebt nicht die schlagzeilenheischende Persönlichkeit im Amt des Sicherheitsberaters. Es ist genau dies der Grund, warum er den eher blassen, gänzlich unauffällig agierenden McFarlane – den bisherigen zweiten Mann im Sicherheitsrat – und nicht die farbige, zu dramatischer Intellektualität neigende UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick als Nachfolger von Clark bestellt hat. Clark selber war und ist nur ein höherer „Funktionär": ein treuer Diener seines Herrn, der sich für jede Rolle, die ihm zugedacht wird, stoisch bereithält.

McFarlane mag die Unauffälligkeit in Person sein – aber an seiner Kompetenz braucht man nicht zu zweifeln. Er bringt weitaus mehr Vorauserfahrung für seinen neuen Posten mit als Clark zum Zeitpunkt seines eigenen Wechsels in den Sicherheitsrat, damals im Januar 1982. Das Weiße Haus kennt der 46jährige McFarlane schon seit 1971 aus dem innersten Faltenwurf heraus, als er zunächst als militärischer Adjutant des Präsidenten, danach als Mitarbeiter unter Henry Kissinger den Prozeß politischer Entscheidungen miterleben konnte. In der Ära Ford schließlich avancierte er zu einem der Stellvertreter des damaligen Sicherheitsberaters, General Brent Scowcroft.

Die ganze Zeit über blieb der junge Aufsteiger Mitglied der Marineinfanterie, die er erst 1979 nach zwanzig Jahren Dienst im Range eines Oberstleutnants verließ. Er gehört zu jenem Typus amerikanischer Militärs, der zwischen aktivem Dienst und politischem Amt in Washington den Weg in die Spitzen nationaler Macht gefunden hat. Scowcroft, Haig (der sich 1981 McFarlane ins Außenministerium holte) und viele andere gingen diesen Weg, auch Konteradmiral John Poindexter, den Robert McFarlane jetzt zu seinem Stellvertreter im Sicherheitsrat bestellt hat.



Keine Kissinger-Rolle mehr: Sicherheitsberater McFarlane
FOTO: DPA

Nicht Anwalt einzelner Standpunkte, sondern Koordinator wolle er sein, sagte der neue Sicherheitsberater am Tag seiner Ernennung. So muß man ihn einschätzen, und auf dieser Kunst der Sachbewältigung beruht im wesentlichen der Ruf dieses besessenen Arbeiters. Immerhin gelang es McFarlane in seiner zwei Monate dauernden Rolle als Nahost-Unterhändler, einen wenn auch sehr fragilen Waffenstillstand zwischen den streitenden Parteien in Libanon mitauszuhandeln. Wenn er ein Jahr lang Streit zwischen den außenpolitischen Wortführern der Reagan-Administration verhindern kann, dann hätte er in diesen Monaten des Wahlkampfes für seinen Präsidenten schon eine große Leistung vollbracht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Aachener Volkszeitung

Zum Herbst, der nicht so heiß ist, heißt es hier:

So heiß gegessen, wie es gekocht war, wird dieses deutsche Eintopfgericht vom Frieden offenbar doch nicht. So generalstabsmäßig, wie es vom Koordinationsausschuß geplant war, läuft das Herbstmanöver des großen Widerstands offensichtlich nicht ab. Es scheiden sich mit der Inflationierung des Themas die Geister, es beginnt auch eine tiefe Nachdenklichkeit und eine Bewußtseinsbildung durch Information. Das kann kein Schaden sein.

NEUE RUHR ZEITUNG

Die Essener Zeitung äußert sich zu Reagans Kandidatur:

Die Chancen Ronald Reagans sind ausgezeichnet. Seine Popularität und sein Ansehen sind so hoch wie vor drei Jahren, als er gewählt wurde. Aus der Sicht einer deutlichen Mehrheit der Amerikaner hat der Präsident beachtliche Erfolge vorzuweisen. Das Land erlebt einen wirtschaftlichen Aufschwung, in manchen Bereichen sogar einen Boom. Die Weltgeltung Washingtons erscheint unangetastet. Die Traumata der Vergangenheit (Vietnam und Watergate) sind überwunden. Mit den Sowjets spricht Ronald Reagan in einer für den Durchschnittsamerikaner verständlichen und akzeptierten aggressiv-harten Sprache, aber in der Sache macht der Präsident eine durchaus moderate Politik, er ist mehr „Taube", als daß er wie ein „Falke" handelt – was ihm manche seiner erzkonservativen Freunde im Westen und Südwesten der Staaten etwas übel nehmen. In Westeuropa wird dieser Tatbestand nicht so gesehen. Hier werden die Töne in den vielen Polemiken höher gewertet als die Praxis des politischen Handelns.

SÜDWEST PRESSE

Die Subventionspolitik beschäftigt das Ulmer Blatt:

Hieß es früher, was schert mich mein Geschwätz von gestern, so gewinnt die Bundesregierung jetzt hurtig Anschluß an die rasante Entwicklung der Zeit und stellt sich unter das Motto: Was schert mich Geschwätz von heut'. Was gemeint ist: Mit frommem Augenaufschlag dient die Regierung Tag für Tag der einen Lehre und verkündet ihre Abscheu vor Subventionen, um gleichzeitig von anderen Freunden mitteilen zu lassen, wem man wo noch einige hundert Millionen reinpusten muß. Der Bundesverkehrsminister erfreute die deutschen Reeder mit der Aussicht auf erhöhte Neubauhilfen. Der bayerische Ministerpräsiedent und Aufsichtsrat von Lufthansa und Airbus-Industrie macht sich für Hilfsgelder für Europas Flugzeugbauer stark. Es mag ja sein, daß Subventionen sein müssen. Aber die Bundesregierung soll es doch künftig bleiben lassen, von ihrer wilden Entschlossenheit zu künden, die Subventionsmentalität zu brechen, solange sie die täglich stützt.

Eine Trauminsel wird von der Realität eingeholt

Grenada und der Marxismus: Ein Schulbeispiel in der Karibik / Von Werner Thomas

Tom Adams, der Premierminister von Barbados, der die turbulenten Ereignisse auf der Nachbarinsel Grenada aufmerksam verfolgt, sieht die Probleme „noch lange nicht gelöst". Grenadas Außenminister Unison Whiteman stellte dagegen am vergangenen Wochenende eine Klärung „in zwei oder drei Tagen" in Aussicht. Adams scheint die Situation besser einzuschätzen.

Grenada, eine der kleinsten Nationen der Welt (344 Quadratkilometer, 115 000 Einwohner), ist der Schauplatz eines politischen Dramas besonderer Art: Zwei Marxisten ringen erbittert um die Macht. Sie waren einst enge Freunde. Ideologische Richtungskämpfe haben sie nun zu Feinden gemacht.

Wahrscheinlich wird Regierungschef Maurice Bishop, 39, sein Amt an den gleichaltrigen Rivalen Bernard Coard verlieren, den bisherigen Vizepremier. Aber Bishop, seit Donnerstag letzter Woche unter Hausarrest, will sich noch nicht geschlagen geben.

Seine Anhänger mobilisierten in der Hauptstadt St. Georges Demonstrationen. „No Bishop, no Revolution", riefen sie, ohne Bishop keine Revolution. Sie drohten mit Streikaktionen. Bishop, ein hochgewachsener, bärtiger Mann, der volksnahes Verhalten pflegte, verfügt über eine größere Popularität als Coard, ein kalter Funktionärs-Typ. Aber Coard weiß die „revolutionäre Volksarmee" auf seiner Seite, eine von Kuba auf die Beine gestellte Streitmacht von zweitausend Mann.

Maurice Bishop, ein Absolvent der renommierten „London School of Economics", hatte sich am 13. März 1979 an die Macht geputscht. Der Führer des „New Jewel Movement", eine Oppositionsbewegung, die sich von Kenyatta und Castro inspirieren ließ, setzte damals den etwas senil gewordenen Regierungschef Sir Eric Gairy ab. Dieser, ein früherer Gewerkschaftsführer, irritierte gelegentlich selbst seine engsten Vertrauten, weil er sich gern mit fliegenden Untertassen beschäftigte.

Die neuen Machthaber verkündeten revolutionäre Veränderungen. Sie steuerten einen scharfen antiamerikanischen Kurs und knüpften enge Kontakte zu Kuba. Bishop nannte Fidel Castro einmal „den größten Führer der Dritten Welt". Die Kubaner drillten nicht nur die Armee und die Milizen. Sie bauten auch das umstrittenste Entwicklungsprojekt Grenadas: In der Nähe der Hauptstadt entstand für 33 Millionen Dollar ein internationaler Flughafen mit einer Asphaltpiste von 2,7 Kilometern. Die Reagan-Regierung reagierte alarmiert. Der neue Flughafen werde weniger dem Tourismus der Insel als den strategischen Interessen Kubas und der Sowjetunion dienen, warnten amerikanische Geheimdienst-Analytiker. Grenada wäre ein günstiger Zwischenlandeplatz für den militärischen Pendelverkehr der Kubaner mit Afrika. Die Piste könnte auch den modernsten sowjetischen MiG-Jägern eine Operationsbasis verschaffen.

Bishop besuchte im Juni die USA, um die Befürchtungen der Amerikaner zu zerstreuen. Er bemühte sich vergeblich um ein Gespräch mit Außenminister George Shultz, wurde jedoch von Reagans Sicherheitsberater William Clark empfangen. Die doktrinären Marxisten um Coard haben Bishop diese Reise nie vergessen. Sie störte schon seit einiger Zeit der lasche Kurs der Revolution.

Obgleich Bishop die Amerikaner gern mit markigen marxistischen Sprüchen schockierte, hat sich auf Grenada nicht viel verändert seit den Zeiten Gairys. Der Privatsektor kontrolliert noch immer sechzig Prozent der Wirtschaft. Die Insel verdient nach wie vor ihre Devisen mit dem Tourismus und dem Export der Muskatnüsse. Der Manager eines der größten Hotels sagte kürzlich: „Solange sich diese Revolution auf die Rhetorik beschränkt, kann man es noch aushalten."

Das kann sich ändern, wenn Coard die Macht übernimmt. Der bisherige Vizepremier und Superminister (Finanzen, Handel und Planung), ein Ökonom wie Bishop, der an der amerikanischen Brandeis University studierte, wollte nicht nur die Wirtschaft verstaatlichen. Er forderte auch die Einrichtung von Nachbarschaftsorganisationen nach kubanischem Vorbild – zur besseren Überwachung der Bevölkerung. Wie es heißt, wurde zwischen Bishop und Coard schon seit Monaten heftiger Streit über die Marschrichtung der Revolution ausgetragen. Gelegentlich sollen sie sich gar geprügelt haben.

Bishops Grenada hatte einen Einfluß weit über die Grenzen der kleinen Insel hinaus. Nach der Wahlniederlage des jamaikanischen Sozialisten Michael Manley vor drei Jahren blieb Grenada das einzige linksgerichtete Land der englischsprachigen Karibik. Bishop sammelte mit seinen rebellischen Reden viele Anhänger unter jungen Leuten anderer Inseln. Selbst Edward Seaga, der neue konservative Premier Jamaikas, sagte einmal: „Man muß Maurice ernst nehmen."

Die Art und Weise, wie Bishop nun aber unter Ausschluß der internationalen Presse – alle Medienvertreter mußten verschwinden – abgehalftert wird, trägt nicht zur System-Werbung bei. Ein westlicher Diplomat auf Barbados urteilte: „Kalte marxistische Machtpolitik, auf kleinste Verhältnisse übertragen." Seinen Informationen zufolge steht ein Großer Bruder hinter diesen Entwicklungen: „Die Kubaner wollten Bishop loswerden. Coard ist der bessere Mann für sie."

Wo Preußens Gloria Denkmäler gesetzt werden

Preußen und das Deutsche scheinen in der „DDR“ größer geschrieben zu werden als hierzulande. Dies ist eine der Realitäten, denen der Besucher im kommunistischen Deutschland begegnet. Andere sind die Teilung und die Präsenz der Sowjets.

Von CARL G. STRÖHM

Eine Ehrenformation in Feldgrau defiliert in der Exaktheit des Parademarsches. Jedem altpreußischen General hätte das Herz höher geschlagen. Die Offiziere mit gezogenem Säbel, dazu preußische Militärmusik mit dem Yorckschen Marsch – ein Zeremoniell, das ähnliche Vorführungen der Bundeswehr eher als lässig und formlos erscheinen läßt. Ein derartiges militärisches Schauspiel bietet die „DDR“ ihren Staatsgästen. Vergangene Woche war es Österreichs Bundespräsident Kirchschläger, dem es sich auf dem Flughafen Schönefeld bei der Verabschiedung darbot.

Ist die „DDR“ das neue Preußen? Wer über die Straße Unter den Linden geht, steht vor dem Reiterstandbild Friedrichs d. Gr., das vor zwei Jahren wieder aufgestellt wurde – sehr zum Mißvergnügen der polnischen und tschechoslowakischen Bundesgenossen, wie man hört. Er begegnet nicht nur den Statuen der preußischen Heerführer aus der Zeit der Befreiungskriege – Scharnhorst, Gneisenau, Blücher und Yorck von Wartenburg (letzterer schloß die berühmte Konvention von Tauroggen mit den Russen und leitete den Frontwechsel Preußens gegen Napoleon ein). Unweit der Spreebrücke hat man auch das Denkmal des preußischen Reformers Freiherr vom Stein aufgestellt – mit der Unterschrift „Das dankbare Vaterland“.

Im alten Museum, von Friedrich Wilhelm III. erbaut, zeigt man eine Ausstellung zur „Kunst der Reformationszeit“. Im einstigen Zeughaus, jetzt „Museum für deutsche Geschichte“, gibt es eine historisch-politische Luther-Ausstellung, die täglich von Tausenden besucht wird. Der Dom wird wieder aufgebaut. Vor dem Mahnmal Unter den Linden, einst als „Ewige Wache“ bekannt, stehen wie zu Wehrmachts- und Reichswehrzeiten Soldaten mit geschultertem Gewehr, unbeweglich, als seien sie Wachsfiguren. Die Uniformen gleichen in Rangabzeichen und Farbe zum Verwechseln denen der ehemaligen deutschen Wehrmacht – nur der Stahlhelm hat sich verändert.

Man habe anfangs den Fehler gemacht, sich zu wenig um die Geschichte zu kümmern, versichert ein Funktionär und fährt dann fort, auch das sozialistische System könne nicht für alle Völker gleich sein. Der preußisch-nationalem Komponente der „DDR“, die in den letzten Jahren an Intensität erheblich zugenommen hat, steht die ideologische und machtpolitische Wirklichkeit gegenüber. Der Spaziergang „Unter den Linden“ ist, wenn man in westlicher Richtung geht, nach wenigen hundert Metern zu Ende. Da steht dann zum Greifen nahe das Brandenburger Tor, durch die Säulen hindurch sieht man die Bäume des Tiergartens – vor einem erhebt sich, jenseits eines menschenleeren Streifens, die Mauer. Drüben, auf der westlichen Seite, sieht man Menschen mit Fotoapparaten und Ferngläsern auf jenem Aussichtspodest stehen: so nahe und doch so fern.



Ein Muster an Exaktheit: Parade vor Staatsgast Kirchschläger
FOTO: VOLKMAR HOFFMANN/DPA

Bei einer abendlichen Taxifahrt durch Ost-Berlin glauben wir eine Fata Morgana zu sehen – und doch ist es kein Traum: wiederum zum Greifen nahe das Springer-Hochhaus in der Kochstraße. Man kann nicht nur die Leuchtschrift lesen, man erkennt sogar Menschen, die sich hinter den erleuchteten Fenstern bewegen. Der Taxifahrer sagt uns: „Ich würde ja mal gerne da in die Kochstraße fahren und mir ansehen, wie das Haus von der anderen Seite her ist. Ich würde das alles dort gerne sehen. Aber ich weiß, ich werde da nie hinkommen – höchstens, wenn ich einmal ein Rentner bin.“

Dieses Gefühl des Eingesperrtseins, der fehlenden Bewegungsmöglichkeiten, schafft offenbar einen besonderen Seelenzustand, wie es ihn in kaum einem anderen kommunistischen Land gibt – nicht einmal in der Sowjetunion. Die Teilung und Abtrennung hat aber auch etwas anderes bewirkt: Sie hat gewisse „deutsche“ Wesenszüge, die in der Bundesrepublik durch Wohlstand und offene Grenzen längst kosmopolitisch verwischt wurden, in der „DDR“ deutlich erhalten. So kommt es einem manchmal in diesem kommunistischen deutschen Staat vor, als sei hier manches „deutscher“ und jedenfalls auch „preußischer“ als im westlichen deutschen Raum.

In den eher bescheidenen Café-Häusern und Gaststätten – sie erinnern in ihrer Aufmachung an die Nachkriegszeit – hat sich bürgerliches Volk niedergelassen, auch Arbeiter. Aufmachung und Kleidung sind um vieles bescheidener als in Westdeutschland. Bei den Jungen sieht man kaum den extremen Look, den man in westlichen Städten antrifft. Auch hier trägt man Jeans, aber es scheint alles ein wenig gedämpfter zuzugehen.

Die Menschen auf den Straßen der kleineren und mittleren mitteldeutschen Städte scheinen mehr Zeit zu haben als die hastenden Bürger im Westen. Zugleich aber sieht man den Gesichtern an, daß das Leben hier mit vielen Problemen belastet ist, von denen sich die Bundesrepublikaner keine Vorstellung machen. Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln ist zwar gesichert, aber für alles andere muß man entweder viel Zeit oder auch viel Geld aufbringen – von Fleisch bis zu guten Oberhemden, ja bis zu einem kleinen Trabant-Auto, auf das man hier bis zu zehn Jahre warten muß.

Das alles hat auf der einen Seite eine gewisse Frustration und Mißmut erzeugt, auf der anderen Seite aber dialektisch eine neue Qualität hervorgebracht: Die Menschen haben sich „verinnerlicht“. Wer nicht nach außen lebt, nicht in ferne Länder reisen kann, sucht die Welt in sich selbst, im Freundeskreis, in der kleineren Umgebung. Das aber kommt den Deutschen wesensmäßig entgegen.

Allerdings, es gibt – wie immer in der kommunistischen Welt – neben der ersten und zweiten noch eine dritte Realität. Unvermittelt steht man bei einer Fahrt durch Thüringen vor russischen Kasernen, aus denen fellbemützte Sowjetsoldaten in erdbraunen Uniformen hervorquellen, vor russischen Wohnblocks, die wie Moskauer Fremdkörper im Herzen Deutschlands wirken. Und man sieht auf der Autobahn zwischen Berlin und Frankfurt a. d. Oder an den Ausfahrten sowjetische Militärpolizei. Links und rechts, dort wo die schönen märkischen Kiefernwälder beginnen, findet sich immer wieder die Aufschrift „Sperrgebiet, Betreten verboten“. Die Sowjetarmee hat kein Land so fest im Griff wie dieses Deutschland.

Die Deutschen verschlafen in Asien ihre Chancen

Südostasien, das ist ein Markt von fast 280 Millionen Menschen, deren Kaufkraft trotz Rezession noch wächst. Die deutsche Wirtschaft hätte hier gute Chancen, doch ihr Engagement ist dürftig. Noch ist der Markt nicht verloren, aber andere Industrieländer sind bereits dabei, den Kuchen unter sich aufzuteilen.

Von CLAUS DERTINGER

Die Philippinen, zweitgrößter Schuldner unter Südostasiens Schwellenländern, stecken in Zahlungsschwierigkeiten. Malaysias Bürgern droht eine Ausreisesteuer, die Kuala Lumpurs Devisen- und Staatskasse schonen soll. Indonesien macht sich Sorgen wegen der rapiden Verschlechterung der Leistungsbilanz, und die Auslandsschulden wachsen. In Hongkong kriselt es bei Immobilien- und Finanzgesellschaften. Greift die internationale Zahlungskrise nun auch auf die bisher heile Welt Südostasiens über?

Diese Nachrichten aus Ländern am Pazifischen Becken klingen nicht gut. Aber sie alarmieren die internationale Finanzwelt nicht, von Manilas Zahlungsproblemen einmal abgesehen. Ein Vergleich zu Lateinamerika erscheint völlig unangebracht. Was aus Südostasien neuerdings in die Schlagzeilen der internationalen Finanzpresse kommt, sind Einzelfälle.

Natürlich spürt auch diese Region, während der siebziger Jahre die wachstumsstärkste der Welt, die Rezession in den Industrieländern. Das ist kein Wunder bei der starken Exportabhängigkeit der Asean-Länder (Singapur, Malaysia, Indonesien, Thailand, Philippinen) sowie Taiwans, Südkoreas und Hongkongs. Das Wirtschaftswachstum hat sich erheblich abgeschwächt. Und nicht wenige Länder haben mehr oder minder einschneidende Anpassungsmaßnahmen ergriffen, um das mit dem Rückgang der Rohstoffpreise und der Nachfrage nach Industriegütern gestörte außenwirtschaftliche Gleichgewicht zurückzugewinnen. Das läßt hoffen, daß sich die Wachstumskräfte, zumal bei einer sich abzeichnenden Belebung der Weltkonjunktur, wieder voll entfalten.

Auf diesem Markt von etwa 260 bis 280 Millionen Menschen, deren kaufkräftige Nachfrage trotz Rezession in anderen Teilen der Welt noch wächst, hätte auch die deutsche Wirtschaft gute Chancen. Aber hat sie, die in diesem Raum im Vergleich zur Industrie anderer Länder weit unterrepräsentiert ist, sich schon darauf eingestellt?

„Ihr habt ja im Handel und bei euren Investitionen seit jeher ein besonderes Faible für Lateinamerika“, räsoniert Malaysias Finanzminister Tengku Razaleigh Hamzah mit süffisantem Hinweis auf die lateinamerikanischen Zahlungsprobleme, als er in einer Diskussion mit deutschen Journalisten in Kuala Lumpur auf das Thema deutsches Engagement in seinem Land zu sprechen kommt. Hans Ferdinand Linsser, Bonns Botschafter in der malaysischen Hauptstadt wundert sich ebenso wie Malaysias Entwicklungsminister Dato Sanusi Junid, einer der einflußreichsten Politiker und wichtigsten Männer im Kabinett, daß deutsche Firmenvertreter nur zu Eintagsstippvisiten ins Land und bei ihren Geschäften nicht so recht zum Zuge kommen, während die Konkurrenten aus anderen Ländern sich mehr Zeit nehmen und dafür mit gut gefüllten Auftragsbüchern heimreisen.

Malaysia, ein Land, das mit einem überdurchschnittlich steigenden Pro-Kopf-Einkommen seiner wachsenden 14-Millionen-Bevölkerung einen vorderen Platz unter den Schwellenländern der Dritten Welt einnimmt, ist mit ganzen 120 Millionen Mark deutscher Direktinvestitionen bis 1982 und einem deutschen Anteil von nicht einmal vier Prozent an seinen Importen kein Einzelbeispiel. Vielen deutschen Unternehmen, meint Wolfram Dufner, Bonner Botschafter in Singapur, sei noch nicht klar, daß der Welthandel neue Dimensionen annimmt, daß er sich zunehmend in die pazifische Region verlagert. „Das schreit geradezu nach einem deutschen Konzept. Wir müssen aufpassen, daß wir den Anschluß nicht verlieren“, mahnt der Diplomat. Und wenn Rot-China – für diesen Markt sieht er in der südostasiatischen Region das ideale Sprungbrett – eventuell einmal das adaptiere, was geschäftstüchtige Chinesen in Singapur, Malaysia und anderen Ländern dieses Raums dank Fleiß, Intelligenz und Disziplin auf die Beine gestellt haben, dann könnten die Deutschen einpacken.

Singapur und Kuala Lumpur, diese beiden Millionenstädte sind Symbole der aufstrebenden Wirtschaftskraft Südostasiens, wenn auch mit einigen Übertreibungen. Es sind Großbaustellen, in denen immer höher aufragende Wolkenkratzer nach und nach die Idylle kolonialer Vergangenheit und die für die Region typischen schäbigen zweistöckigen Häuschen mit den verwaschenen bunten Farben verdrängen. Wer diese Städte einige Jahre nicht besucht hat, erkennt sie kaum wieder. Ein Anflug von Gigantomanie scheint die Szene besonders in Singapur zu beherrschen, wo die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr trotz Rezession noch um fast sechs Prozent höher war als vor einem Jahr.

Aber was geschieht, wenn der von öffentlichen Aufträgen und Auslandskapital getragene Bauboom abebbt, dem die Wirtschaft seit über einem Jahr in ganz besonderem Maße ihren Schwung verdankt? Bonns Botschafter in dem Land von der Größe des Bodensees ist überzeugt, daß es das 2,8-Millionen-Volk (zu etwa 70 Prozent Chinesen) schafft, auch mit schwierigen Situationen fertig zu werden. Dabei hilft das kühle Management einer aus Pragmatikern und Technokraten bestehenden pseudodemokratischen Regierung, die Erfolg und Mehrung des Wohlstands auf ihre Fahnen geschrieben hat und die sich mit diesem ideologiefreien Programm eins weiß mit der ganz überwiegenden Mehrheit des Volkes, das vor allem ein Hauptziel hat: viel Geld verdienen. Zukunftspessimismus wie etwa auf dem europäischen Kontinent ist ein Fremdwort. Aber wenn es nötig ist, schränkt man sich auch ein, ist Botschafter Dufner überzeugt.



Immer höhere Wolkenkratzer: Symbole von Singapurs Wirtschaftskraft
FOTO: WILHELM KNÜTTEL

Singapur, dessen Schicksal als Handelsnation vor allem von der Zukunft Malaysias und Indonesiens abhängt und einer verarbeitenden Industrie von relativ geringem Diversifizierungsgrad, in der die Rohölverarbeitung und der Schiffsbau die Hauptrolle spielen, ist ein Musterbeispiel dafür, was ein Land mit freiem Unternehmertum und liberalem Gewerberecht an Kräften mobilisieren kann, ohne sich bisher dabei zu übernehmen. Nicht mehr die Europäer, sondern die Japaner, nach dem Weltkrieg zur zweitgrößten Handelsnation der Welt aufgestiegen, gelten als das große Vorbild, dem es nachzueifern gilt. „Look fast“ heißt die Parole.

Das gleiche gilt für den nördlichen Nachbarn Malaysia, das seinen relativen, aber steigenden Wohlstand vor allem Kautschuk und Palmöl verdankt, zwei Rohstoffen, die sich neuerdings wieder steigender Nachfrage erfreuen und bei denen das Land weltgrößter Produzent und Exporteur ist. Auch dieser Asean-Flächenstaat mit seiner dünnen Besiedlung gehört zur Gruppe jener Länder mit dynamischer Wirtschaftsentwicklung, die das Ergebnis einer auf marktwirtschaftlichen Prinzipien beruhenden exportorientierten Entwicklungsstrategie ist. Das im Entwicklungsstadium noch für notwendig gehaltene staatliche Engagement in der Wirtschaft soll zurückgeschraubt werden. Im Rahmen von Privatisierungen will Finanzminister Razaleigh auch ausländische Investoren einladen. Ganz generell will er private Unternehmen zur Entwicklung des Landes ermuntern.

Daß sich Investitionen in Malaysia rentieren, verrät ein deutscher Unternehmer in Penang. „Wir arbeiten hier mit einem Sechstel der deutschen Lohnkosten und sorgen dafür, daß unsere Mutter in Deutschland noch einen Gewinn vorzeigen kann.“ Manche deutsche Unternehmen haben ihre Investition schon nach einem Jahr verdient.

Die Regierung sieht am liebsten Auslandsinvestitionen im Maschinenbau und in der Feinmechanik. Bis 1985 soll auch der Bau von Autos aus im Lande gefertigten Teilen und Motoren aufgenommen werden. Am besten sind ausländische Firmen beraten, wenn sie sich auf mit einfacher Arbeit mögliche Produktionen wie Montage oder Elektronik verlegen, empfiehlt zitierter Unternehmer aus Penang. Denn es fehlt eine ordentliche Berufsausbildung als Voraussetzung für ein erfolgreiches Investment mit großer Fertigungstiefe.

„Wir Malayen sind eben von Natur aus faul“, entschuldigt Entwicklungsminister Sanusi manches, was im Lande noch nicht so recht klappt, besonders den unbefriedigenden Entwicklungsstand der Landwirtschaft. Aber er will das ändern und seine Landsleute mit der Religion zu kämpferischem Geist motivieren, der allein Erfolge bringe. „Gott ändert das Schicksal der Menschen nicht, wenn sie sich nicht selbst ändern“, zitiert er den Koran, „und Gott fordert von den Menschen harte Arbeit, damit sie nicht zu Sündern werden.“

Wegen der Rezession mußte die Regierung, die rund 60 Prozent ihres Budgets für die Landesentwicklung ausgibt, kräftige Abstriche machen. Aber sie scheint die mit der Rezession verbundenen Probleme in den Griff zu bekommen. Zwar ist die Auslandsverschuldung auf fast zehn Milliarden Dollar in den letzten Jahren kräftig gestiegen. Aber das Land hat, urteilt Günther Schmidt-Weyland vom Vorstand der DG-Bank, vernünftigerweise in guten Jahren keinen Kredit aufgenommen, so daß es jetzt ein ordentliches Vertrauenspolster besitzt, was bei der Bewältigung von Problemen hilft. Und vom IWF hat das Land noch nicht einen einzigen Cent Kredit gefordert, betont Finanzminister Razaleigh nicht ohne sichtlichen Stolz.

Der Kanzler unterrichtet die SPD-Führung

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern ein einstündiges Gespräch mit Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel geführt. Beide Politiker, die ihr Interesse an einer solchen Begegnung seit längerem bekundet hatten, trafen sich im Bundeskanzleramt zu einem Vier-Augen-Gespräch.

Vogel hatte im Vorfeld dieser Unterredung den Wunsch der SPD nach einem guten Informationsfluß vor allem in außenpolitischen Belangen hervorgehoben. Diese Zusicherung dürfte Kohl dem SPD-Politiker gegeben haben. Der Bundeskanzler wird außerdem am 26. Oktober den Auswärtigen Ausschuß des Bundestages über die Ergebnisse seiner Nahost-Reise unterrichten. Er hat dies, so wird angenommen, bereits gestern gegenüber Vogel getan. In Regierungskreisen wurden als weitere mögliche Gesprächsthemen die innerdeutsche Entwicklung und die Debatte über die Sicherheitspolitik einschließlich der NATO-Nachrüstung genannt, die angesichts der starren Haltung der Sowjetunion in Genf immer wahrscheinlicher wird. Bundeskanzler Helmut Kohl, so hieß es, gehe jetzt ebenfalls davon aus, daß es in Genf zu keinem Zwischenergebnis mehr komme.

Wie vorgesehen wird Kohl am 21. November eine Regierungserklärung vor dem Bundestag dazu abgeben und die Nachrüstung mitteilen. Außerdem wollen CDU/CSU und FDP einen Entschließungsantrag einbringen und darüber abstimmen. In ihm soll die Haltung der Bundesregierung in der Sicherheitspolitik einschließlich des Vollzugs des NATO-Doppelbeschlusses gebilligt werden. Eine Begegnung zwischen Helmut Kohl und seinem Amtsvorgänger Helmut Schmidt, der kürzlich erklärt hatte, er bleibe bei seinem Ja zum Doppelbeschluß, ist noch nicht terminiert, wie im Bundeskanzleramt versichert wurde.

Hamburg: Gericht öffnet Bannmeile

hs/DW. Hamburg

Der Hamburger Senat muß den Rathausmarkt für die für Samstag geplante „Volksversammlung" der „Friedensbewegung" möglicherweise doch freigeben. Das Hamburger Verwaltungsgericht erließ gestern eine einstweilige Verfügung, in der der Hamburger Landesregierung auferlegt wird, eine Ausnahme vom Bannkreisgesetz zu machen. Eine Begründung gab das Gericht zunächst nicht. Der Senat hatte seinen Beschluß, am vergangenen Dienstag mit der knappen Mehrheit von sieben zu fünf Stimmen gefaßt. Begründet wurde die Entscheidung damit, daß die Veranstaltung in der Bevölkerung und unter den Parteien nicht unumstritten sei. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD), der sich für die Aufrechterhaltung der Bannmeile ausgesprochen hatte, befindet sich zur Zeit in China. Ob der Senat beim Oberverwaltungsgericht Rechtsmittel einlegen wird, ist bisher unklar.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Rau hat die FDP als möglichen Partner wohl schon abgeschrieben

Möllemann nach Abschiebung von Regierungspräsident Rohde: Gezielte Aktion gegen FDP

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische SPD-Landesregierung hat gestern auf ihrer Routine-Kabinettssitzung beschlossen, den Präsidenten des Regierungsbezirks Düsseldorf, Achim Rohde, in den einstweiligen Ruhestand zu entlassen. Der engagierte FDP-Politiker war vielen Sozialdemokraten – vor allem nach dem absoluten Landtagswahlsieg 1980 – ein Dorn im Auge. Als einziger liberaler Politiker aus der sozialliberalen Ära ist jetzt nur noch der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Wolfgang Vollmer, in seinem Amt.

Ein „phantasieloser Kopfnicker" hatte Rohde nie sein wollen – und das hat nun seinen Kopf selbst gekostet. Am späten Montagabend erschien er, sichtlich betroffen, auf einer FDP-Veranstaltung mit dem Landesvorsitzenden Jürgen W. Möllemann im Düsseldorfer „Malkasten" und verkündete: „Nun ist der Weg frei zum politischen Jagen."

Selbständige Linie

Der Senkrechtstarter in der FDP – er war Referent des früheren Bundesaußenministers Walter Scheel und sammelte politische Erfahrung bei den Düsseldorfer Wirtschaftsministern Kienbaum und Kohlhase und galt als engster Berater des früheren FDP-Landesvorsitzenden Horst-Ludwig Riemer – machte schon bei Amtsantritt 1975 keinen Hehl aus seiner Absicht, eine selbständige Linie durchzusetzen. Er favorisierte ein Sondermodell „Eiserner Rhein", daß diametral gegen die Interessen der Landesregierung mit ihrem Ruhr-Programm stand. Nach Rhodes Plan sollte längs der Eisenbahnlinie Düsseldorf–Mönchengladbach–Antwerpen ein neuer industrieller Schwerpunkt entstehen. Kein Wunder, daß die mächtigen Oberbürgermeister des Reviers – allesamt Mitglieder der SPD – gegen den Freidemokraten zu Felde zogen.

Die Strukturpolitik blieb nicht die einzige Reibfläche zwischen FDP und SPD. Denn noch bevor die gewerkschaftseigene Neue Heimat im Schußfeld stand, legte sich Rohde 1978 mit dem Konzern an und beanstandete, daß die Unternehmen in Düsseldorf, Essen und Remscheid ihre Gewinne an die Muttergesellschaft in Hamburg abführten. Das sei ein Verstoß gegen das Wohnungsbaugemeinnützigkeitsgesetz. Die Neue Heimat klagte – und verlor.

Der Liberale hatte für sich die Wende lange vor dem Bonner Herbst vollzogen. 1979 gab er den Ausschlag bei der Wahl des Düsseldorfer Oberbürgermeisters. Bei einem Stimmenverhältnis von 41 Abgeordneten der CDU, 37 der SPD und fünf der FDP trat er zugunsten des heutigen Amtsinhabers Josef Kürten gegen den SPD-Kandidaten Klaus Bungert und damit für einen Koalitionswechsel seiner Partei ein. Rohde damals: „Wir können nicht an der Tatsache vorbei, daß die CDU die absolute Mehrheit nur um einen Sitz verfehlt hat."

Jürgen Möllemann zögerte nicht lange mit einem klaren Wort. Gegenüber der WELT sagte er noch im „Malkasten": „Das ist eine unerfreuliche und gezielte Aktion der SPD gegen die Freien Demokraten." Später ergänzte er, dieser „Schlag" habe den gleichen Stellenwert wie die Ablösung der drei Düsseldorfer FDP-Staatssekretäre nach der Regierungsübernahme von Helmut Kohl in Bonn. Diese Personalentscheidung des Ministerpräsidenten Johannes Rau wurde vielfach als „Racheakt" gewertet.

Ironisch setzte Möllemann hinzu, solche „unfreundlichen Maßnahmen werden bei der Koalitionsentscheidung der FDP vor den Landtagswahlen 1985 gebührend gewürdigt werden".

Die Ankündigung von Innenminister Herbert Schnoor, Dienstherr Rohdes, er wolle das Amt des Regierungspräsidenten mit einem liberalen hohen Beamten besetzen, löste Unruhe in der FDP aus. In ersten Reaktionen vertraten führende Mitglieder der Partei die Meinung, jeder Freidemokrat, der dies Amt übernehme, desavouiere damit Rohde selbst.

Möllemann hält sich zurück und betont, seine Partei sei nicht bereit, „sich die Mitverantwortung für eine sachlich und politisch falsche sowie unkluge Entscheidung aufdrängen zu lassen".

Kabinett kritisiert

Rohde sah es als seine Pflicht an, in Rufweite der Landesregierung die Interessen des größten deutschen Regierungsbezirks auch lautstark zu vertreten. So bemängelte er in letzter Zeit den seiner Meinung nach unzureichenden Einsatz der Polizei bei den Krefelder Krawallen und kritisierte die Entscheidungslosigkeit des Kabinetts von Ministerpräsident Johannes Rau in allen Umweltfragen. Sein Verhältnis zu seinem Dienstherren Innenminister Schnoor wurde immer gespannter.

Immer deutlicher wird, daß Möllemann und die Liberalen eine Koalitionszusage den Christdemokraten geben werden, wenn 1985 gewählt wird. Die Entscheidung gegen Rohde ist darum auch ein Signal dafür, daß sich die SPD entschlossen hat, den Wahlgang allein durchzuziehen und nicht mehr auf ein Angebot der FDP zu hoffen.

Seite 2: Flurbereinigung

„DDR"-Anwalt Vogel und das humanitäre Feld

„Devisen spielen wohl auch eine Rolle"

MANFRED SCHELL, Bonn

Die „DDR" hat die bisher von ihr gewünschte Diskretion bei Fragen des Häftlingsfreikaufs und der Familienzusammenführung aufgegeben und zugleich eingeräumt, daß für sie dabei „Devisen" keine Rolle spielen. Ein entsprechendes Fernsehinterview, das der Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel der Fernsehsendung „Kontraste" gegeben hat, ist deshalb bei der Bundesregierung in Bonn mit besonderem Interesse registriert worden. Erstaunlich ist zunächst, daß Vogel als der Vertraute von SED-Generalsekretär Erich Honecker überhaupt eine Stellungnahme zu diesem Komplex abgegeben hat. Bisher war der „DDR" peinlich daran gelegen, daß darüber Stillschweigen gewahrt wird.

In dem Fernsehbericht wurde die Tätigkeit Vogels für die „DDR" so beschrieben: „Der Anwalt holt Menschen und bringt Devisen." Dazu meinte Vogel, „mit der Devisenbringerei, das ist keine Achillesferse für mich". Es sei erwiesen, daß humanitäre Aktionen gestoppt worden seien und „man auf Devisen verzichtet hat". Und dann fügte Vogel hinzu: „Dies unter anderem ist der Beweis für mich, daß die Devisen nicht an erster Stelle stehen, wohl auch eine Rolle spielen." Als eine Unverfrorenheit wurde in Bonn die Erklärung von Vogel bezeichnet, das „humanitäre Feld hat bei uns natürlich einen besonderen politischen Stellenwert". Vogel verschweige, so hieß es in Regierungskreisen, daß es die unmenschlichen Züge des „DDR"-Regimes seien, die überhaupt einen Häftlingsfreikauf notwendig machten. Die „DDR" lasse sich jeden, den sie aus den Haftanstalten freilassen, in Mark bezahlen.

Seit dem Jahre 1962 sind etwa 25 000 Häftlinge auf diesem Weg in den Westen gekommen. Etwa 80 000 Familienzusammenführungen sind gelungen. Die Bundesregierung bestätigte gestern, daß im Bemühen, auch nach dem Regierungswechsel in Bonn humanitäre Fragen zu lösen, kein Einbruch zu verzeichnen sei.

Mit seinem Interview, so ist die Einschätzung der Bundesregierung, wollte Vogel offenkundig im Auftrag von Honecker politische Signale setzen. In die „allgemeine Drohkulisse", so hieß es in Bonn, passe die Erklärung Vogels, durch den Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses werde der humanitäre Bereich, also Häftlingsfreikauf und Familienzusammenführung, tangiert. Auf eine entsprechende Frage hatte der Anwalt geantwortet: „Im weitesten Sinne, ja." Dann griff Vogel den Brief von Honecker an Bundeskanzler Helmut Kohl auf und sprach von einem Appell „zu einer Koalition der Vernunft". Auf die Frage, was dies heißen solle, antwortete der Anwalt: „Ich verstehe es so, daß noch mehr als bisher zwischen beiden deutschen Staaten Konflikte ausgeräumt werden können, die noch bestehen. Und da gibt es noch eine ganze Reihe." Mit Konflikten meine er Vorgänge, „im menschlichen Bereich". Er sei davon überzeugt, daß der humanitäre Bereich ausgeweitet werden könne. Zum Beispiel seien mehr Familienzusammenführungen möglich. Auch deutete er Möglichkeiten einer Senkung des Reisealters für „DDR"-Bewohner an. Auf solche Möglichkeiten angesprochen, antwortete Vogel: „Da bin ich überfragt, das übersteigt meine Kompetenz. Da müssen sie die Politiker fragen, aber ich schließe das nicht aus." Bei der Bundesregierung besteht die Meinung, daß Vogel dieses Interview nicht ohne Zustimmung von Honecker geben konnte. Vogel selbst sagte, ohne „den Segen" von Honecker könne er das, „was ich getan habe und tue, nicht tun".

Polnische Kirche über Nachwirkung der Lagerhaft

JGG. Bonn

63 Prozent der unter dem Kriegsrecht in Polen Internierten haben schwere seelische und gesundheitliche Schäden davongetragen. Darüber berichtete jetzt ausführlich das Hilfskomitee für politische Gefangene, über das der Primas der katholischen Kirche die Schirmherrschaft übernommen hat. Bei den Personen, die während ihrer Haftzeit mißhandelt worden waren, seien Ohnmachtsanfälle, Rückgratschäden oder Teilerblindungen festgestellt worden. Diesem Kreis gehören etwa zehn Prozent der Untersuchten an. Weitere zehn Prozent litten an chronischen Verdauungsschäden, fünf Prozent an chronischen Rückgraterkrankungen und 4,5 Prozent an Lungenkrankheiten. Ferner traten Frauenkrankheiten, Kreislauf- und Nierenschäden sowie neurologische Krankheiten auf.

In dem Untersuchungsbericht wird darauf hingewiesen, daß von den rund 10 000 Internierten die meisten vor ihrer Inhaftierung kerngesund gewesen seien. Etwa 60 Prozent müßten heute nachbehandelt werden.

Prozeß gegen Führer der „Solidarität"

uu. Bonn

Vor dem Militärgericht in Gdingen hat am Montag ein Prozeß gegen den ehemaligen Vorsitzenden der Hafenkommission von „Solidarität" in Danzig, Stanislaw Jarosz, begonnen. Jarosz, der zu den Mitbegründern der freien Gewerkschaft gehört, hatte nach der Verkündung des Kriegsrechtes in Polen im Dezember 1981 den Streik der Danziger Werftarbeiter organisiert. Unmittelbar danach wurde er verhaftet. Er fiel auch nicht unter die bedingte Teilamnestie in diesem Jahr. Der Prozeß wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt.

Militärdekan empört über Pfarrer

„Gefährlicher Mißbrauch des Wortes Widerstand" / Für Klarheit der Begriffe

DW. Bonn

Der Leiter des evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr, Generaldekan Reinhard Gramm, hat den umstrittenen „Widerstandstag der Christen" am vergangenen Sonntag zum Anlaß genommen, seine Kirche vor einem „schleichenden Zerfall unserer Rechtsnormen" zu warnen. Es sei ein schlimmer und gefährlicher Mißbrauch des Wortes Widerstand, wenn er im Zusammenhang mit kirchlichen oder christlichen Aktionen gebraucht werde, sagte Gramm in einem Interview mit dem Informationsdienst der evangelischen Allianz (IDEA). Wer mit diesem Begriff arbeite und sich bewußt oder unbewußt der Ahnenreihe des Widerstandes im Dritten Reich stelle, vergleiche Unvergleichliches.

Gramm empfahl, statt von Widerstand von Widerspruch und Opposition zu reden. Er bezeichnete es mehr als bedauerlich, daß auch in kirchlichen Kreisen lange mit dem Begriff Widerstand „kokettiert" worden sei. Diesem „Spuk" hätten die Kirchen schon längst ein Ende bereiten müssen. Es sei gut, daß Kirchenleitungen und der Rat der EKD inzwischen mehrfach darauf hingewiesen haben, daß man die Situation des Dritten Reiches nicht mit der heutigen vergleichen könne. Dies seien – so Gramm – befreiende Worte besonders für die Militärseelsorge.

Dankbar äußerte er sich darüber, daß sich die EKD nicht den Satz der „Friedenserklärung" der Weltkirchenkonferenz in Vancouver zueigen gemacht habe, wonach schon die Herstellung und Stationierung von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstelle und sich Christen nicht an einem Konflikt beteiligen dürften, bei dem Massenvernichtungsmittel eingesetzt würden. Dieser Erklärung hatten sich unter anderem 33 der 46 Superintendenten der Rheinischen Landeskirche angeschlossen.

Die Konsequenz der Erklärung des Weltkirchenrates ist nach Auffassung des Militärdekans, daß man als Christ in der Bundeswehr nicht tätig sein könne: „Aufgrund dieser Erklärung wurden alle die zu Verbrechern gemacht, die die derzeitige Friedenspolitik der NATO und damit auch unseres Landes aktiv als Soldaten wahrnehmen oder sie auch indirekt unterstützen, indem sie zu jener großen Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik gehören, die die derzeitige Sicherheitspolitik mitträgt."

Grundsätzlich stellte Gramm die Frage, ob die Kirche nicht noch deutlicher ihre Verantwortung und auch ihre große Dankbarkeit für „unseren heutigen Staat zum Ausdruck bringen sollte". Die evangelische Kirche, so der Militärdekan, sei mitschuldig gewesen am Untergang der Weimarer Republik. Heute könne sie einen Beitrag für den Staat leisten, in dem sie auf seine positiven Möglichkeiten hinweise.

Gramm bedauerte, daß im Zusammenhang mit den Aktionen der „Friedensbewegung" auch von kirchlichen Kreisen Rechtsverletzungen nicht mehr klar beim Namen genannt würden. Er kritisierte insbesondere die Blockierung von Kasernen. Das Verständnis dafür, daß es sich um widerrechtliche Aktionen handle, bei denen Soldaten eingesperrt und ihrer Freiheit beraubt würden, sei völlig verlorengegangen.

Wiesheu hat „bewußt provoziert"

Generalsekretär: Erwartet, daß Kirchen nicht zur CSU-Friedensdemonstration kommen

PETER SCHMALZ, München

Als bewußte Provokation hat CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu nach eigenen Angaben seine Bitte an die Kirchen verstanden, ihre Mitglieder zur Teilnahme an der Münchner CSU-Friedensdemonstration am kommenden Samstag aufzufordern. Die Ablehnung wurde von Wiesheu ebenso erwartet wie die Begründung, die Kirchen könnten grundsätzlich nicht zu parteipolitischen Veranstaltungen einladen. Damit aber gaben die katholische und die evangelische Kirchenführung dem CSU-Politiker das gewünschte Argument in die Hand: Wiesheu wird dem Münchner Erzbischof Friedrich Wetter und dem evangelischen Landesbischof Johannes Hanselmann nun detaillierte Unterlagen als Beweis dafür schicken, daß kirchliche Organisationen seit Jahren zu linken politischen Aktivitäten aufrufen.

„Die uns gegenüber geäußerte Zurückhaltung der Kirchen findet meine volle Unterstützung, aber sie sollte nach allen Richtungen gelten", meinte Wiesheu gestern. Linksgerichtete Aktivitäten kirchlicher Verbände seien aber seit langem ein Tabuthema, vor dem die Bischöfe die Augen verschließen. Der CSU-Manager: „Das wollten wir einmal aufbrechen und öffentlich diskutieren, nachdem wir in letzter Zeit aus kirchlichen Kreisen zunehmend aufgefordert wurden, hier etwas zu unternehmen."

In den Unterlagen, die Wiesheu den Bischöfen beider Konfessionen schickt, befindet sich unter anderem ein Papier der Katholischen Studentengemeinde Regensburg, in dem der Staat als Feind bezeichnet und zu „friedlichen Formen von Gesetzesbrüchen aufgefordert" wird. Das gesetzwidrige Engagement des einzelnen wird herausgefordert mit Sätzen wie: „Die Überzeugung, daß es gut wäre, in Kreiswehrersatzämter einzudringen und Akten zu verbrennen, hilft uns wenig, wenn wir nicht bereit sind, es zu tun."

Die evangelische Jugend München bietet ihren Mitgliedern Seminare zur „Einübung von Formen des gewaltfreien Widerstandes" an und ruft die Jugend „zur Beteiligung an der Menschenkette vom Stationierungsort Ulm nach Stuttgart" auf. Die kirchliche Jugendorganisation beschaffte Busse und offeriert Beratung über die finanziellen, juristischen und persönlichen Konsequenzen, die Blockadeteilnehmer zu erwarten haben.

In seiner Heimatstadt fand Wiesheu im Dom von Freising angeschlagen das Programm einer Aktionswoche, während der unter anderem zu einem Diskussionsabend „über die friedenspolitischen Vorstellungen der DKP" eingeladen wird. Dabei wird ein Videofilm über „Aktionen der Friedensbewegung" angekündigt. „Ich vermisse die Ausgewogenheit der Kirchen nach beiden Seiten", meint Wiesheu und zitiert als Beweis dafür, daß er mit dieser Einschätzung nicht allein steht, die von bereits 160 evangelischen Pfarrern in Baden-Württemberg unterschriebene Liste, in der beklagt wird: Die politische Agitation evangelischer Pfarrer gegen die Nachrüstung „nimmt allmählich unerträgliche Formen an". – Die Kundgebung am Samstag unter dem Motto „Frieden in Freiheit – Ja zur Sicherheit" sieht Wiesheu als notwendiges Gegengewicht zu den Aktionen der Friedensbewegung.

Aus dem neuen Buch des russischen Bürgerrechtlers und Schriftstellers Wladimir Bukowski / Über pragmatische Politik und andere Übel

„Wenn Du in den Dreck geraten bist, sitz still und zwitschere nicht"

Einer Verkehrung der Begriffe ist Wladimir Bukowski auf der Spur. Die USA ernten weltweit ständig wachsenden Haß. Die Sowjetunion genießt weiterhin einen positiven Ruf. In seinem jüngsten Buch über den russischen Traum und die westliche Realität sucht Bukowski die Gründe auch in einer Kombination gefährlicher Schwächen der westlichen Politik, ihrem Pragmatismus, gepaart mit zunehmener Bürokratie und falschem Expertentum.

Von WLADIMIR BUKOWSKI

Der unheilvolle Charakter der pragmatischen Politik gegenüber totalitären Ländern ist nur eine Seite der Medaille. Während der Haß auf die Pragmatiker unter gewöhnlichen Umständen ohnmächtig bleibt, schafft dieser Haß in unserer Epoche der globalen ideologischen Auseinandersetzungen die Voraussetzungen für den Erfolg des Gegners, bereitet den Boden für seine Propaganda. Tatsächlich kann nicht überraschen, daß die USA, ein demokratisches und seinem Charakter nach nicht aggressives Land, das um ein Vielfaches mehr Entwicklungshilfe leistet als die UdSSR, als Belohnung für ihre Mühen nur ständig wachsenden Haß ernten. Die Sowjetunion dagegen, aggressiv wie sie ist, genießt weiterhin einen positiven Ruf. Woher rührt dieser einmütige Antiamerikanismus?

Auf diese Frage kann es natürlich keine einfachen Antworten geben. Die Bevölkerung der Entwicklungsländer ist, was sich durch ihre wirtschaftlichen Belastungen erklärt, besonders anfällig für die „linke Kinderkrankheit". Die geschickte sowjetische Propaganda stellt die schüchternen amerikanischen Verteidigungsversuche als Streben nach Weltherrschaft hin. Dazu kommt die Neigung der europäischen Sozialisten, dem Reichen immer am Zustand des Armen die Schuld zu geben. Und schließlich gründen sich der Pragmatismus und die erstaunliche Ungeschicklichkeit der amerikanischen Politiker und Bürokraten auf ein Paradoxon: Einerseits neigen die USA traditionell und ihrem Charakter nach zum Isolationismus, andererseits zwingen die Umstände (in erster Linie die globale sowjetische Bedrohung) sie in die Führungsrolle der demokratischen Welt. Die Zwiespältigkeit ihrer Position führt zu halbherzigen Entscheidungen, die ihrerseits zum Mißerfolg führen.

Die Menschen, die unter der Gewalt eines „stabilen" Diktators aufgewachsen sind, begreifen all das nicht und sind in ihrem revolutionären Eifer auch gar nicht fähig, es zu begreifen. Die eigene Erfahrung zeigt ihnen ein präzises schwarzweißes Bild: Auf der einen Seite stehen die „schlechten" Amerikaner, auf der anderen die „guten" sowjetischen Kommunisten. Früher oder später sieht sich der „stabile" Diktator, von den „Guten" bedrängt, am Rande des Bankrotts. Und wieder haben die Pragmatiker es mit einem unlösbaren Dilemma zu tun: Einerseits darf man einen Verbündeten, der in Not ist, nicht im Stich lassen, andererseits müßte man sich in einen gegen das Volk gerichteten, für Amerika widernatürlichen Krieg hineinziehen lassen, der von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Man müßte seine eigenen Truppen entsenden.

So arbeitet Radio Liberty

Ein weiterer Nachteil der Amerikaner ist ihre unfähige Bürokratie. Meine Freunde und ich begegneten einmal einem früheren südvietnamesischen Offizier, der inzwischen im Exil lebte, und wir fragten ihn: „Wie konnten Sie den Krieg nur verlieren? Schließlich hatten Sie amerikanische Truppen und die beste Bewaffnung der Welt auf Ihrer Seite. Wußten Sie etwa nicht, was das Land im Falle einer Niederlage erwartet?"

„Das wußten wir genau", erwiderte er bitter, „aber wie sollten wir siegen, wenn die Amerikaner uns nicht nur Hilfe leisteten, sondern uns auch ständig vorschrieben, wohin wir zu schießen und wo Bomben abzuwerfen hatten. So kann man nicht Krieg führen. Die Amerikaner wußten ja nichts über unser Land."

Später, als ich mich enger mit dem Stil der amerikanischen Bürokratie vertraut gemacht hatte, wurde mir klarer, was dieser Vietnamese meinte. Aus Platzmangel will ich noch ein einziges unbedeutendes, doch sehr anschauliches Beispiel anführen: die Arbeit von Radio Liberty. Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen die Amerikaner endlich ein, daß sie irgendwie auf die sowjetische Propaganda reagieren mußten. Man wollte der Bevölkerung der UdSSR und der Länder Osteuropas wenigstens eine von der sowjetischen Zensur nicht kontrollierte Informationsquelle verschaffen. Statt diese sehr wichtige Angelegenheit jedoch von Beginn an völlig offen abzuwickeln, wurde „für alle Fälle" beschlossen, dies als Operation des Nachrichtendienstes zu betrachten. Der Sender wurde von der CIA finanziert, die diesen Sachverhalt natürlich empört leugnete.

Wo es aber in Amerika Geheimnisse gibt, dort gibt es auch Enthüllungen. Solche Enthüllungen haben immer den Beigeschmack von etwas Illegalem, fast Verbrecherischem. Selbstverständlich lassen große Schlauköpfe und Friedensliebhaber wie Senator Fulbright die Chance nicht aus, hartnäckig die Schließung des Senders zu verlangen, weil er die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zum sowjetischen Partner störe. Die Existenz des Senders war ständig bedroht, bis endlich jemandem einfiel: Weshalb sollen wir ihn nicht offen finanzieren? Genau das wird seit kurzer Zeit getan.

Aber die Atmosphäre wird von Verboten vergiftet, insbesondere von der Zensur. Das Washingtoner Rundfunkbüro veröffentlicht regelmäßig „politische Direktiven". Der Tonfall des Sprechers darf nicht zu erbittert sein, es empfiehlt sich nicht, auf sowjetische Propaganda zu antworten, sie zu widerlegen, man soll die Menschen nicht zur Flucht aus der UdSSR anstacheln (das heißt, der Westen darf nicht allzusehr gelobt werden), sie nicht zur Rebellion gegen die Behörden aufwiegeln, und wenn es unglücklicherweise zu einer solchen Rebellion kommt, so muß man versuchen, die sowjetische Bevölkerung zu beruhigen und ihr auf keinen Fall Ratschläge zu geben.

Wie in Vietnam schreibt die Bürokratie also jedes Detail der Kampfführung vor. Wenn diese Instruktionen wirklich von den Mitarbeitern befolgt würden, so würden sich die Sendungen von Radio Liberty kaum von denen Radio Moskaus unterscheiden. Genau das geschah auf dem Höhepunkt der „Entspannung", denn der Sender mußte den verschlungenen Pfaden der amerikanischen Politik getreu folgen.

Dann geschah das, was anscheinend mit allen staatlichen Einrichtungen der Amerikaner geschieht: Das bürokratische Personal begann über alle Maßen zu wachsen, während die Zahl der arbeitsfähigen echten Journalisten katastrophal zurückging. Wie in der guten alten Zeit der „Illegalität" rekrutierte sich dieses Personal hauptsächlich aus gescheiterten Diplomaten, aus CIA-Mitarbeitern oder aus anderen Funktionären. Der Sender wurde zur letzten Zuflucht für inkompetente Beamte, die man nicht ohne Aufsehen entlassen konnte. Das Budget des Senders wuchs proportional zur Verschlechterung seiner Arbeit.

Nach eigenen Berechnungen des Senders verringerte sich die Zahl der Hörer in der UdSSR. Die aus der UdSSR emigrierten Experten erhielten weit niedrigere Gehälter als die amerikanischen Funktionäre. Zur Zeit erreicht das Budget die astronomische Höhe von 94 Millionen Dollar im Jahr (damit könnten vier Bomber finanziert werden), und diese Mittel reichen für den effektiven Betrieb des Senders nicht aus. Wenn der amerikanische Kongreß den Emigranten nur einen fünften Teil dieses Budgets bewilligte, würde die Sowjetunion in ihren Fugen erzittern.

Ein russisches Gleichnis

Einerseits will man dem Weltbanditen entgegentreten, andererseits will man mit ihm zusammen Gleichgewicht und Stabilität aufrechterhalten. Die Amerikaner wissen offenbar nicht, was sie wollen.

Dafür wissen die sowjetischen Machthaber dies sehr gut. Sie weiten ihren Einfluß in der Dritten Welt zügig aus, indem sie den geringsten Fehler der Vereinigten Staaten nutzen.



Wladimir Bukowski (41), einer der prominentesten sowjetischen Regimekritiker, lebt heute in den USA. Sein neuestes Buch, Bestseller der „Spiegel"-Liste, gehörte zu den meistdiskutierten Neuerscheinungen auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse. FOTO: TEUTOPRESS

In Rußland erzählt man sich folgendes Gleichnis: In einer eiskalten Winternacht flog ein Spatz von einem Heuschober zum anderen. Er hatte aber seine Kräfte überschätzt, erstarrte vor Kälte und fiel zu Boden. Eine Kuh kam vorbei, hatte mit dem armen Vogel Mitleid und bedeckte ihn mit einem großen warmen Kuhfladen. Der Spatz erwärmte sich, taute auf, steckte den Kopf nach draußen, blickte sich um und merkte, daß er in einer nicht sehr reputierlichen Lage war. „Hilfe! Rettet mich!" schrie er empört. „Eine Gemeinheit! Man hat mich in den Dreck geworfen!" Eine Katze lief herbei und schnurrte: „Ach, du armer Kerl, was hat man mit dir gemacht! Aber keine Sorge. Ich ziehe dich sofort heraus." Sie tat es und fraß den Spatzen auf. Diese Fabel birgt drei Lehren:

1. Nicht jeder, der dich in den Dreck steckt, ist ein Feind.

2. Nicht jeder, der dich aus dem Dreck zieht, ist ein Freund.

3. Wenn du in den Dreck geraten bist, sitz still und zwitschere nicht.

Man kann sich nur wundern, wie gefestigt die Demokratie noch ist. Aber wenn jemand fähig ist, sie in den Bankrott zu treiben, dann sind es die Professoren der politischen Wissenschaften und die Sowjetologen. Besonders in Amerika hegt man ungewöhnliche Ehrfurcht vor der „Bildung" und vor akademischen Titeln. Man hat einen höchst eigentümlichen Begriff von dem, was Wissen ist: ein Instrument, dessen man sich anstelle seines Hirns bedient.

Der Respekt vor Spezialisten ist überhaupt typisch für die Amerikaner, und sie haben Spezialisten für alle Lebensbereiche. Wenn sich ein Amerikaner zum Beispiel verliebt, schreibt er nicht Gedichte, sondern geht zu einem Spezialisten für Liebesangelegenheiten. Kurz, sobald jemand ein „Problem" hat, wendet er sich an den entsprechenden Spezialisten. Deshalb übt die „Sowjetologengemeinschaft" außergewöhnlich starken Einfluß auf die Zielrichtung der amerikanischen Politik aus, was diese so wichtige Frage betrifft.

Diese Professoren, die oft nicht einmal die russische Sprache lesen können und sich bestenfalls ein paar Jahre in der künstlichen Atmosphäre der amerikanischen Botschaft in Moskau herumgetrieben haben, sollen Konzeptionen und Theorien entwickeln, von denen Präsidenten und Minister sich leiten lassen. Manche von ihnen nehmen sehr hohe Posten ein und setzen ihre Theorien in die Praxis um.

Wie auch immer, diese Mischung von Ignoranz, Dogmatismus und egoistischen Erwägungen, pseudowissenschaftlich formuliert und überzeugend dargelegt, ist zur führenden Konzeption geworden und erweist sich als so destruktiv, daß sie den Westen auch der letzten Überlebenschancen berauben kann. Sogar in den seltenen Fällen, in denen man irgendwie auf die Gegenseite einwirken könnte, wird diese Möglichkeit auf Empfehlung unserer „Experten" sorgsam gemieden.

Im Februar 1972 besuchte Präsident Nixon China, wo er sich unter vier Augen mit dem Vorsitzenden Mao unterhielt. Das Foto dieser beiden Politiker, die heimlich hinter verschlossenen Türen flüsterten, löste bei den sowjetischen Machthabern kaum verhohlene Panik aus. Sogar für uns, die wir im Gefängnis saßen und nur Zugang zur sowjetischen Presse hatten, war offensichtlich, daß Furcht und Verwirrung im Kreml groß waren und daß unsere Führer zu erheblichen Zugeständnissen bereit wären, um nur rasch ein ebensolches Foto von Breschnew und Nixon herstellen zu lassen. Dies war ein Moment, in dem nur mit Hilfe der Diplomatie vieles von der „unzugänglichen" sowjetischen Regierung bekommen hätte.

Die Initiative lag in Nixons Händen, und je hartnäckiger er gewesen wäre, desto mehr hätte er durchsetzen können.

Und was geschah? Schon drei Monate später war Nixon, ohne irgendeine Forderung gestellt zu haben, in Moskau und ließ sich von Breschnew umarmen. Wir zerbrachen uns den Kopf, ergingen uns in Vermutungen. Die Optimisten meinten, daß die Sowjetunion wohl doch irgendwelche geheimen Zugeständnisse gemacht habe. Schließlich konnten die Amerikaner nicht so dumm sein, ihre Trümpfe aus der Hand zu geben! Wie sich aus Nixons Memoiren ergibt, konnten sie es doch.

Auszüge aus Wladimir Bukowski: „Dieser stechende Schmerz der Freiheit"; Seewald-Verlag 1983.



FDP-Mahnung an die Adresse der CDU

dpa, Bonn

Die Freien Demokraten haben die CDU aufgefordert, in der Wirtschaftspolitik einen klaren Kurs einzuschlagen. In der Union sei in wirtschaftspolitischen Fragen jetzt die „ordnende Hand dringend notwendig", betonte der Vorsitzende des wirtschafts- und finanzpolitischen Arbeitskreises der Freien Demokraten, Helmut Haussmann, gestern in Bonn mit Blick auf die Beratung der umstrittenen wirtschaftspolitischen Thesen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) im CDU-Parteipräsidium.

Die FDP geht nach den Worten von Haussmann davon aus, daß der zwischen den Bonner Koalitionspartnern vereinbarte Wirtschaftskurs von Minister Otto Graf Lambsdorff (FDP) „auch in der CDU klar erkennbar" werde. Für die Regierungsarbeit in Bonn sei es nicht gut, wenn in wirtschaftspolitischen Fragen in der Union weiterhin eine Mischung zwischen „neokapitalistischen, unsensiblen sozialpolitischen Vorstellungen" nach Art von Albrecht und George und neuen sozialen Versprechungen des Arbeitsministers Norbert Blüm (CDU) herrsche.

Die Behauptung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland verlange, „daß auch die CDU als Partei sich über den weiterhin einzuschlagenden Kurs klar wird", forderten die Freien Demokraten.

Israel: Syrien hat bereits SS-21-Raketen

dpa, Tel Aviv

Die ersten in der Sowjetunion verschifften SS-21-Raketen sind nunmehr, israelischen Geheimdienstquellen zufolge, in Syrien eingetroffen.

Die *Gefechtsköpfe* der Waffen wurden, ohne die Angabe zu präzisieren, als „nichtkonventionell" bezeichnet. Die SS 21 wird in den sowjetischen Streitkräften auch mit nuklearen und chemischen Gefechtsköpfen eingeführt.

Ein Sprecher des israelischen Generalstabes wollte in der Waffenlieferung zwar keine „substantielle Veränderung" des Kräftegleichgewichts sehen, bezeichnete jedoch die SS 21 wegen ihrer Treffgenauigkeit als eine „große Gefahr für Israel".

Durch die Reichweite von 120 Kilometer sind die Syrer in der Lage, von der gemeinsamen Grenze auf den Golan-Höhen Ziele am Toten Meer oder die Stadt Herzlia wenige Kilometer nördlich von Tel Aviv zu zerstören, ohne ihre Luftwaffe einzusetzen.

Zudem verfüge Syrien bereits über die bis zu 200 Kilometer weit reichende „Skud"- und die ältere „Frog 7"-Rakete. Unter den syrischen Flugabwehrraketen wird von israelischer Seite besonders die „SAM-5" mit ihrer Reichweite bis zu 150 Kilometer genannt.

„Die Staatsanwaltschaft hat keine Anhaltspunkte"

Zur Einschätzung der Aufzeichnungen des Flick-Chefbuchhalters Diehl / Das geheime Konto Heinz Herbert Karrys bei einer Bank in Basel

DW. Bonn

Im Ermittlungsverfahren gegen Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff, Dresdner-Bank-Chef Friderichs und dem Industriellen Eberhard von Brauchitsch zeichnet sich eine neue Entwicklung ab: Nach *Informationen aus Bonn* ist es der Staatsanwaltschaft nach fast zweijähriger Ermittlungsarbeit aufgrund der Aufzeichnungen des Flick-Chefbuchhalters Walter Diehl nicht gelungen, den Nachweis zu erbringen, daß Gelder des Flick-Konzerns direkt an die Beschuldigten geflossen sind, was Lambsdorff und Friderichs immer bestritten hatten. Der frühere geschäftsführende Flick-Gesellschafter Brauchitsch erklärte, in unregelmäßigen Abständen zwar an alle drei Parteien Spenden geleistet zu haben, nicht aber an Friderichs oder Lambsdorff direkt.

Zahlreiche Konten der Parteien überprüft

In einem Vermerk der Bonner Staatsanwaltschaft vom 10. Oktober 1983 heißt es: „Die Staatsanwaltschaft hat keine Anhaltspunkte für den Eingang solcher Zahlungen, die in den Aufzeichnungen (des Flick-Chefunterhändlers Diehl, die Red.) enthalten sind." Für diese Ermittlungen hatte die Staatsanwaltschaft zahlreiche Konten der Parteien, ihrer Stiftungen und der Beschuldigten von Lambsdorff und Friderichs überprüft.

Auf die Diehl-Angaben hatte sich die Staatsanwaltschaft zwei Jahre lang gestützt, weil bei Diehl eine Spendenliste gefunden worden war, auf der auch die Namen von Lambsdorff und Friederichs, Matthöfer und Lahnstein standen.

In mindestens zwei Fällen hat die Staatsanwaltschaft selbst zugeben müssen, daß Verdachtsmomente grundlos waren:

– In den Spendenliste Diehls stand unter dem Datum 21. 9. 1977 einmal „Wg. Lambsdorff 25 000 DM". Die Staatsanwaltschaft vermutete, dies sei eine Barzahlung Flicks an Lambsdorff gewesen. Inzwischen räumte Diehl gegenüber der Staatsanwaltschaft ein, diese Notiz nur deshalb gemacht zu haben, weil von Brauchitsch an diesem Tag mit Lambsdorff zusammen war; die 25 000 Mark seien aber nachweisbar für einen Schweizer Anwalt bestimmt gewesen.

– Die Staatsanwaltschaft vermutete, daß Lambsdorff am 13. Juni 1979 auf Kosten Flicks mit einem Privatflugzeug geflogen sei, weil Chefbuchhalter Diehl dies so vermerkt hatte. Die Staatsanwaltschaft ermittelte und mußte aber feststellen: Lambsdorff war an diesem Tag gar nicht geflogen.

In den Ermittlungen stießen die Staatsanwälte auf ein geheimes Konto des im Mai 1982 ermordeten FDP-Schatzmeisters Heinz Herbert Karry bei der Internationalen Genossenschaftsbank in Basel. Für dieses Konto unter der Nr. 10224/90013 war allein Karry zeichnungsberechtigt. Bei seinem Tod waren auf dem Konto 5 548 297,25 Mark. Nachgewiesen ist, daß dieses Konto früher mit mehr als 10 Millionen Mark im Minus war, auf dieses bisher unbekannte Konto hatte Karry viele Jahre lang Gelder eingezahlt, die ihm als Parteispenden in bar gegeben wurden.

Zwei Millionen Mark „in vier versiegelten Paketen"

In den Aufzeichnungen der Staatsanwaltschaft findet sich zum Beispiel eine Notiz, wonach einmal 2 Millionen Mark „in vier versiegelten Paketen" der Genossenschaftsbank in Basel zur Gutschrift „wegen Herrn Heinz Herbert" auf das Karry-Konto übergeben wurden. Bei der Gutzwiller-Bank in Basel hatte Karry ebenfalls ein geheimes Parteikonto. Auch hier wurden die in Deutschland gegebenen Barspenden eingezahlt. Damit ist ein entscheidender Nachweis für die *Darstellung* von Brauchitschs erbracht, daß er wiederholt Karry Barbeträge für die FDP gegeben hat. Die Staatsanwaltschaft hatte dies in Zweifel gezogen.

Bei ihren Ermittlungen stießen die Staatsanwälte aber auf Entdeckungen über Finanzgeschäfte der SPD. Sie ermittelten, daß der verstorbene Schatzmeister Alfred Nau für den Bundestagswahlkampf 1980 genau 6,274 Millionen Mark Barspenden erhielt. Für 1981 bekam er weitere 1,37 Millionen Mark in bar. In folgenden Raten lieferte er diese Barbeträge an seinen Nachfolger Halstenberg ab;
– 13. 6. 80: 2 Millionen Mark, – 23. 6. 80: 45 000 Mark, – 30. 6. 80: 53 050 Mark, – 26. 8. 80: 176 500 Mark,
– 2. 9. 80: 2 Millionen Mark, – 16. 9. 80: 1 Million Mark, – 19. 12. 80: 1 Million Mark. Diese Summen hätte die SPD nach dem Parteispendengesetz öffentlich angeben müssen; da sie es nicht tat, hat sie gegen das Parteispendengesetz verstoßen.

In einer Aktennotiz von Schatzmeister Halstenberg heißt es: „So viel Bargeld ist mir unheimlich." Er zahlte es amf ein geheimes Konto der Sparkasse Bonn, Nr. 8553646, ein. Diese Barspenden tauchten in der Buchhaltung der SPD nie auf. Mit den Spenden wurde der Wahlkampf des damaligen Bundeskanzlers Schmidt und anderer hoher SPD-Politiker finanziert. In einer Aktennotiz von Halstenberg vom 31. 12. 80 heißt es: „Den Spendern *sind Quittungen* nicht zur Verfügung gestellt worden." Damit sei ein Anhaltspunkt für die Darstellung von Brauchitschs vorhanden, dem SPD-Schatzmeister Nau Barspenden gegeben zu haben. Die Staatsanwaltschaft hatte die von-Brauchitsch-Angaben bezweifelt.

Die Staatsanwaltschaft entdeckte auch zahlreiche Bareinzahlungen auf ein Konto der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine Überweisung für die Friedrich-Ebert-Stiftung

Eine Rolle wird auch eine Notiz des ermordeten früheren Dresdner-Bank-Chefs Jürgen Ponto vom 21. 5. 7G spielen. Diese Aktennotiz befindet sich in Unterlagen des baden-württembergischen Spenden-Untersuchungsausschusses. Darin schrieb Ponto: „Herr Nau sprach mich unter Bezugnahme auf eine entsprechende Anregung des Bundeskanzlers (Helmut Schmidt, die Red.) heute auf unsere Möglichkeiten an, an einem Sonderfonds beteiligt zu sein ... Herr Nau sagte mir, daß man bei vergleichbaren industriellen Unternehmen mit 200 000 Mark rechne. Ich habe Herrn Nau Antwort in wenigen Tagen zugesagt. Die Überweisung ist an die Friedrich-Ebert-Stiftung unter Bezugnahme auf dieses Gespräch mit Herrn Nau vorzunehmen."

Leistungskontrolle nach dem vierten Semester

Die Juristenausbildung soll neu geordnet werden

STEFAN HEYDECK, Bonn

Noch in diesem Jahr soll die Juristenausbildung neu geordnet werden. Nach einer Expertenanhörung Anfang nächsten Monats soll ein vom Bundesjustizministerium erarbeiteter Gesetzesentwurf als Regierungsvorlage im Bundesrat eingebracht werden. *Es ist der dritte Anlauf,* nachdem sowohl Vorstöße des Bundesrats als auch der früheren Bonner Regierungskoalition vom jeweils anderen Verfassungsorgan abgelehnt worden waren. Künftig soll sichergestellt werden, daß unter der sogenannten Juristenschwemme nicht die Qualität des Nachwuchses leidet.

Für eine gesetzliche, möglichst bundeseinheitliche Neuregelung besteht nach den Worten von Bundesjustizminister Hans Engelhard „großer Handlungsbedarf und Zeitdruck". Denn im September nächsten Jahres endet nach dem Gesetz einerseits die seit 1971 laufende Erprobung der einphasigen Ausbildung. Dieses Modell sah statt der traditionellen Trennung zwischen Universitätsausbildung und praktischer Ausbildung bei Gerichten und Behörden während der Referendarzeit eine engere Verzahnung beider Bereiche vor. Andererseits bereitet der anhaltende Zulauf von Jurastudenten Sorge. Ihre Zahl stieg zwischen 1972 und dem letzten Jahr von 38 000 auf 75 000. Die der Studienanfänger erhöhte sich von gut 7000 auf rund 16 000. Dabei geben rund 15 Prozent bis zum fünften Semester auf. Nur jeder zweite Studienanfänger schafft das zweite Staatsexamen. Diesem explosionsartig gewachsenen „Studentenberg" stehen gegenwärtig 100 000 Juristen gegenüber. Von ihnen sind 41 500 – 16 000 mehr als vor zehn Jahren – als Anwälte tätig.

Vor diesem Hintergrund hatten sich Engelhard und die Justizminister der unionsgeführten Länder auf Grundsätze für eine Neuordnung der Ausbildung verständigt. Mit dem jetzt fertiggestellten Entwurf soll eine stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis erreicht werden, ohne daß es zu einem grundlegenden strukturellen Umbau schon allein wegen der leeren Staatskassen kommt.

Der neue Vorstoß wurde unter anderem wegen des Bonner Regierungswechsels im vergangenen Jahr notwendig. Zwei damals vorliegende Entwürfe waren so widersprüchlich, daß sie nicht zusammengebracht werden konnten: Die Bundesratsmehrheit hatte praktisch zur traditionellen Ausbildung zurückkehren wollen. Der ehemalige Justizminister Jürgen Schmude (SPD) wollte dagegen aufbauend auf der Experimentierphase den einzelnen Ländern größere Spielräume einräumen.

Schmudes Nachfolger Engelhard strebt jetzt dagegen an, daß es bundesweit zu mehr „Gleichwertigkeit der Leistung" kommt. Künftig soll es bereits nach vier Semestern eine Leistungskontrolle „unter Prüfungsbedingungen" geben, ohne die das erste Staatsexamen nicht möglich sein soll. Damit soll erreicht werden, daß die Studenten möglichst früh ihre Eignung oder Nichteignung zum Juristen erkennen. Denn es ist nach Ansicht des Ministers angesichts der hohen Durchfaller- und Abbrecherzahlen nicht mehr zuzumuten, daß sie sich erst nach einer durchschnittlichen Studienzeit von 11,3 Semestern möglicherweise für einen anderen Beruf entscheiden müssen. Außerdem soll jeder Student in den Semesterferien zwei Praktika bei der *Justiz oder der Verwaltung von mindestens* dreimonatiger Gesamtdauer absolvieren. Zusätzlich ins Studium sollen philosophische, geschichtliche und gesellschaftliche Bezüge des Rechts aufgenommen werden.

Weiter soll während der Referendarzeit nach zwei Jahren und dem ersten Teil der Staatsprüfung eine sechsmonatige theoretische Vertiefung auf einer „Wahlstation" wie der Verwaltungshochschule, bei einer EG-Behörde, bei Arbeitgeberverbänden oder Gewerkschaften mit einer anschließenden Leistungskontrolle eingeführt werden. Damit soll es aber vor dem zweiten Staatsexamen nicht bereits zu einer Spezialisierung kommen. Engelhard: „Wir halten strikt am Einheitsjuristen fest."

Volkszählung: Urteil wird im Januar verkündet

DW. Karlsruhe

Die unterschiedlichen Auffassungen über die geplante Volkszählung wurden gestern am ersten Tag der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht nochmals deutlich. Die Vertreter der Bundesregierung und jener Bürger, die Verfassungsbeschwerde erhoben, präzisierten nochmals ihre Standpunkte.

Noch vor dem 20. Dezember wird das Gericht den Urteilstenor beschließen, weil die Amtszeit des Vorsitzenden des Ersten Senats und Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, an diesem Tag abläuft. Die Verkündung des Urteilstextes wird voraussichtlich im Januar 1984 erfolgen. Prozeßbeobachter gehen davon aus, daß das jetzt bestehende Gesetz keinen Bestand haben dürfte.

Es sind zwei Möglichkeiten denkbar: das Bundesverfassungsgericht schreibt eine verfassungskonforme Auslegung des Gesetzes vor und macht dem Gesetzgeber Auflagen über die Handhabung, oder das Gericht erklärt einzelne Bestimmungen des Gesetzes für verfassungswidrig. Das würde bedeuten, daß ein neues Volkszählungsgesetz geschaffen werden müßte.

Bonn bestürzt über Zwischenfall an Zonengrenze

AP, Bonn

Mit Bestürzung hat die Bundesregierung auf den jüngsten Zwischenfall an der Grenze zur „DDR" reagiert, bei dem am Montag ein Unbekannter von einem automatischen Schußapparat verletzt worden war. Ein Sprecher des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen erklärte gestern in Bonn, der bedauerliche Vorfall zeige erneut, wie nötig es sei, daß die Selbstschußanlagen verschwinden und daß überhaupt jede Gewaltanwendung an der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten aufhöre.

Nach Erkenntnissen des Ministeriums, um deren Vervollständigung man gestern nachmittag noch bemüht war, hatten am Montag gegen 13.45 Uhr zwei Männer an der Kreisgrenze zwischen den Landkreisen Uelzen und Lüchow-Dannenberg die Demarkationslinie zur „DDR" überschritten: Einer sei bis an den Metallgitterzaun gegangen und habe eine SM-70-Schußanlage der mittleren Ebene ausgelöst. Durch die Detonation sei er am Kopf, an den Beinen, am linken Oberarm und der linken Brustseite verletzt worden. Er befinde sich im Kreiskrankenhaus Uelzen außer Lebensgefahr.

Auf die Israelis kommt eine Zeit des unerbittlichen Sparens zu

Wie der neue Finanzminister Cohen-Orgad gegen die Inflation angehen will

E. LAHAV, Jerusalem

Eine Rückkehr zu einer konservativen Wirtschaftspolitik, verbunden mit schmerzvollen Sanierungsplänen – das ist es, was die Israelis erwartet, wenn der 46jährige „Likud"-Abgeordnete Yigal Cohen-Orgad heute das Amt des Finanzministers antritt.

Cohen-Orgad, Nationalökonom und Anlageberater von Beruf, ist in den vergangenen Monaten durch seine öffentliche Kritik an der Politik des demissionierten Finanzministers Yoram Aridor bekanntgeworden. Nur weil er der Koalition angehörte und sogar derselben Partei wie Aridor, hat er seine Kritik in parlamentarische Begriffe gekleidet. In privaten Gesprächen drückte er sich viel deutlicher aus.

Das Sanierungsprogramm, das Cohen-Orgad durchsetzen möchte, läßt sich aus einem *Interview* herauslesen, das er vor einiger Zeit der Tageszeitung „Ha'Aretz" gab. Die Hauptpunkte seiner Intentionen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Sehr erhebliche Verringerung der umlaufenden Zahlungsmittel, Kreditbeschränkung im Inland und Drosselung der Importe durch Kürzung der Subventionen. Sorgfältig geplantes Programm zur Exportförderung.
- Abschaffung des absurden Zustandes, daß einerseits Mangel an Arbeitskräften besteht, während fünf Prozent der Bevölkerung Arbeitslosengeld beziehen „weil wir das Faulenzen subventionieren ... wer nicht arbeiten will, soll auch keine Unterstützung bekommen".
- Keine geplante Arbeitslosigkeit (das wäre eine billige Lösung), aber die Erlangung einer Arbeitsstelle soll schwieriger werden. Von den Arbeitnehmern wird eine höhere Leistungsmotivation erwartet werden – und eine *geringere Streikbereitschaft* – wenn sie ihren Job behalten wollen. Dies soll der bisherigen Praxis, überzogene Lohnforderungen zu stellen, Einhalt gebieten.
- Alle Steuerschlupflöcher, derer sich Firmen mit gewitzten Steuerberatern bedienen, sollen zugestopft werden.
- Die Einkommensteuer an sich findet der neue Minister schon „sehr hoch" und möchte sie nicht anheben, aber von den höheren Einkommensschichten möchte er ohne Erhöhung der Sätze mehr Geld kassieren: Die Anpassung der Steuerstufen an die rasante Inflation soll statt alle drei Monate wie jetzt, nur einmal in sechs Monaten erfolgen. Nur die zwei niedrigsten Einkommensgruppen sollen davon ausgenommen werden.

Der Katalog der Maßnahmen zur Verringerung der staatlichen Ausgaben ist für Cohen-Orgad damit noch nicht erschöpft: Die Stillegung der staatseigenen Fluglinie El-Al an jedem Sabbath – eine Folge des Koalitionsabkommens mit den Religiösen – findet er wirtschaftlich unvertretbar, denn sie verursacht ein Defizit von 30 bis 50 Millionen Dollar im Jahr. Er denkt sogar an eine Privatisierung der Firma.

Der neue Minister will auch erwirken, daß alle Firmen, die vom Staat subventioniert werden, ihren Mitarbeitern ihre Produkte nicht unter dem Kostenpreis verkaufen dürfen.

Über ein wesentliches Problem hat Cohen-Orgad noch keine verbindliche Meinung geäußert – die Indexierung, d. h die regelmäßige Anpassung der Löhne an die Inflation. Das war das Objekt, an dem sich bisher schon mehrere Finanzminister die Zähne ausgebissen haben. Als Aridor in der vorigen Woche die Möglichkeit erwähnte, die Indexierung auch nur teilweise abzuschaffen, drohte die „Histadrut", der allgemeine Gewerkschaftsverband, mit Generalstreik.

Nach dem jetzigen Kräfteverhältnis ließe sich eine derart einschneidende Reform kaum durchsetzen, was Cohen-Orgad wohl auch erkannt hat. Wenn es ihm allerdings gelänge, die anderen Punkte seines Programms in die Tat umzusetzen, so könnte er wohl auf die Abschaffung der Indexierung verzichten.

Herbstoffensive der Sowjets in Afghanistan

dpa/SAD, Neu-Delhi/London

Sowjetische Besatzungs- und afghanische Regierungstruppen haben in Teilen Afghanistans eine Herbstoffensive eingeleitet, um noch vor Einbruch des Winters den Widerstand im Lande weiter zu schwächen. Westliche Diplomaten in Neu-Delhi berichteten gestern, die massiven „Säuberungsaktionen" hätten sich auf die Kabul benachbarte Provinz Parwan und die an Iran grenzende Provinz Herat konzentriert. In Parwan hätten die Sowjets das für sie strategisch sehr wichtige Shomali-Tal mit weitreichender Artillerie, Panzern und ihrer Luftwaffe unter tagelanges, pausenloses Feuer genommen.

Die zivilen Krankenhäuser der afghanischen Hauptstadt Kabul seien mittlerweile überfüllt mit verletzten Frauen und Kindern aus der zerstörten Ortschaft Istalif, berichten die Diplomaten. Die Sowjets seien bei ihrem Angriff auf Istalif in Feuerpausen mit Listen durch den Ort gezogen und hätten Wohnungen von Widerstandskämpfern angezündet.

Wie der Londoner „Daily Telegraph" gestern meldete, befinden sich mehr als 200 sowjetische Soldaten als Gefangene in den Händen afghanischer Widerstandskämpfer. Mindestens 50 dieser Gefangenen hätten den Wunsch geäußert, als politische Flüchtlinge im Westen anerkannt zu werden.

Die Schweiz soll wählen gehen, aber nur jeder zweite will

Auch bei den Eidgenossen hat sich Unmut mit den etablierten Parteien breitgemacht

WALTER H. RUEB, Bern

Am kommenden Sonntag finden in der Schweiz Neuwahlen für den Nationalrat, das eidgenössische Parlament, sowie für den Ständerat, die Kleine Kammer, statt. Vier Millionen wahlberechtigte Eidgenossen sind nach einem sachlich und ruhig geführten Wahlkampf an die Urnen gerufen, doch rechnet man bereits jetzt mit einer Wahlbeteiligung von maximal 45 Prozent. Vor vier Jahren war die Wahlbeteiligung erstmals unter 50 Prozent gesunken. Von vielen Beobachtern wurde darüber lamentiert, und manche machten sich sogar die Mühe, nach den Ursachen der Wahl-Abstinenz zu forschen.

Mündige Schweizerinnen

Politiker, Soziologen und Politologen erklärten sie im wesentlichen damit, daß seit nunmehr 24 Jahren vier Parteien eine erdrückende Koalition bilden – wie nach einer Zauberformel, die festgeschrieben scheint. Tatsächlich sitzen je zwei Freisinnige, zwei Christdemokraten, zwei Sozialdemokraten und ein Vertreter der den Bauern und Gewerbekreisen nahestehenden Schweizerischen Volkspartei in der siebenköpfigen Regierung, dem Bundesrat.

Die vier Koalitionsparteien haben zuletzt 85 Prozent sämtlicher 246 Sitze im Nationalrat errungen. Überraschend *hoch ist dort mit 24 Abgeordneten der Anteil der Frauen*. Er widerlegt nach Meinung zahlreicher Eidgenossen die Behauptungen von Kritikern im In- und Ausland, daß die Schweizerinnen bis heute politisch unmündig und im öffentlichen Leben nicht gleichberechtigt seien ...

Die schweigende und nichtwählende Mehrheit der Schweizer bleibt den Urnen mit der Begründung fern, im Lande Tells sei durch eine Stimmabgabe für diese oder jene Partei politisch sowieso nichts zu bewegen. Zu verkrustet seien die politischen Verhältnisse, zu unbeweglich Mehrheiten in Regierung und Parlament.

Dem wird von guten Beobachtern lebhaft widersprochen. „Selbst kleine Verschiebungen beeinflussen die politische Großwetterlage", stellte beispielsweise die angesehene „Neue Zürcher Zeitung" fest. Sie wartete mit Beispielen auf: Der Gewinn von neun Nationalratsmandaten im Rezessionsjahr 1975 durch die Sozialdemokraten habe eine Erweiterung von Staatsaufgaben und -ausgaben zur Folge gehabt, die Korrektur vier Jahre später – nach Mandatsgewinnen der bürgerlichen Parteien – habe dem Trend nach mehr Staat klar die Spitze gebrochen.

Über den Ausgang der bevorstehenden Parlamentswahlen wird lebhaft diskutiert und spekuliert. Einigkeit besteht darin, daß keine großen Verschiebungen zu erwarten sind – schon gar kein Erdrutsch. Doch rechnet man mit spürbaren Gewinnen der bürgerlichen Parteien wie mit der anhaltenden Bedeutungslosigkeit der kommunistischen „Partei der Arbeit" und anderer linker Splittergruppen.

Die heftigen politischen Wellenschläge, ausgehend von den Zürcher Jugendunruhen, sind bei den Wählern unvergessen – vor allem, daß die Sozialdemokratie mit den Unruhestiftern und sogar mit jenen sympathisierte, die statt Argumenten Steine *in die politische Debatte warfen. Die* Partei mußte dafür schon bei verschiedenen kantonalen Wahlen teuer bezahlen.

Bewegung ist in den ruhigen Wahlkampf durch die „Nationale Aktion" und die Grünen gekommen. Die „Nationale Aktion" schwimmt auf einer auch in der Schweiz feststellbaren Woge von Fremdenfeindlichkeit. Auftrieb geben der Partei die Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung und die steigende Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Als Wahlhilfe hat die „Nationale Aktion" ein neues Volksbegehren zur Begrenzung der Zahl der Ausländer gestartet.

Die große Unbekannte im Wahlkampf sind auch in der Schweiz die Grünen. Sie drängen mit Macht ins Parlament. Im Hinblick auf dieses große Ziel haben Umweltschützer, Alternativler, Friedenskämpfer und andere Randgruppen ihre Zwistigkeiten vorübergehend vergessen und eine Föderation gegründet. Die Grünen träumen ähnlich wie ihre deutschen Gesinnungsgenossen davon, eine Bresche in die Phalanx der etablierten Großparteien schlagen zu können.

Grüne ohne Konzept

Bei ihrem Werben um die Stimmen der Massen schielen die Grünen gerne auf die Ergebnisse von Umfragen, die in den zurückliegenden Wochen überraschende Ergebnisse erbrachten. Danach stehen die Umweltzerstörung, das Drogenproblem, die Arbeitslosigkeit, die Ausbildung der Jugendlichen, der Lehrstellenmangel und die Friedenssicherung an der Spitze der Probleme, vor denen sich die Schweizer gegenwärtig am meisten ängstigen – weit vor Atomkraft, Überfremdung, Gesundheit, Arbeitszeitverkürzung, Entwicklungshilfe und Landesverteidigung.

Die Schlagworte der Grünen im eidgenössischen Wahlkampf könnten aus der Bundesrepublik übernommen worden sein: umfassender Umweltschutz, Mitbestimmung und Arbeitszeitverkürzung lauten die wichtigsten Forderungen. Das Programm beschränkt sich – auch hier eine Übereinstimmung mit deutschen Verhältnissen – nur auf Forderungen, enthält jedoch weder ein Konzept für die Finanz- und Steuerpolitik, noch eine Aufzählung der drohenden wirtschaftlichen Konsequenzen.

Kairo: Die Fesseln des Boykotts lockern sich

Für Mubarak war der Kanzler-Besuch ein Erfolg

JÜRGEN LIMINSKI, Kairo

Die ägyptische Regierung ist mit dem Besuch von Bundeskanzler Kohl in Kairo zufrieden. Westlichen Diplomaten zufolge diente er der Regierung allerdings vorwiegend zum innenpolitischen Gebrauch. Ägypten, so heißt es weiter, wirke trotz des anhaltenden Boykotts mancher arabischer Länder, wieder anregend und gestaltend auf die Ereignisse im Vorderen Orient ein und spiele außerdem eine bedeutende Rolle in der internationalen Politik. Dafür sei die Herzlichkeit und Übereinstimmung in den Gesprächen mit dem deutschen Kanzler ein Beispiel. Auch die ägyptische Presse gibt diese Lesart wider.

Die Worte Kohls über die Selbstbestimmung der Palästinenser haben hier im Sinne der Abstützung ägyptischer Politik einen großen Widerhall gefunden.

Als Erfolg wertet man auch das Zugeständnis Bonns, die jährliche Entwicklungshilfe von rund 250 Mill. DM nicht zu kürzen. In Kairo hatte man sich eigentlich schon auf eine sieben- bis achtprozentige Kürzung eingestellt. Die Regierung Mubarak sieht in der Tat ihr großes Problem in der politischen Randposition, in die das Land seit dem Austritt aus der Arabischen Liga in der Folge des Friedensvertrags mit Israel im Vorderen Orient geraten ist. Zwar hat es, wie mancher ägyptische Diplomat auch zugibt, dadurch einen größeren Handlungsspielraum erhalten. Man brauche nicht alle Dummheiten der Araber mit zu verantworten. Aber das Volk der Arabischen Republik Ägypten verstehe dieses subtile Spiel nicht, sondern sehe nur, daß man nicht mehr zur politischen Gemeinschaft der anderen arabischen Staaten gehöre.

Man wird kaum jemanden in Kairo finden, der sich nicht gegen den „sinnlosen Krieg mit Israel" ausspricht. Dennoch empfinden es die meisten als schmerzlich, daß die anderen arabischen Länder die Friedensbemühungen Ägyptens nicht honorieren.

Dieses Defizit-Gefühl versucht die Regierung Mubarak durch besondere Aktivität auf der internationalen Bühne zu kompensieren. Dazu zählen zum Beispiel die Reisen Mubaraks nach Paris und Washington, die Briefe des Präsidenten an europäische Staatsoberhäupter, übermittelt durch Minister sowie die Beobachter-Präsenz bei internationalen Konferenzen, etwa beim diesjährigen afro-französischen Gipfel Anfang Oktober in Vitell.

Aber auch im Nahen Osten scheint Kairo jetzt wieder etwas an Boden zu gewinnen. Seit dem 12. Oktober dürfen in Jordanien wieder ägyptische Zeitungen verbreitet werden. Bis auf das Wochenmagazin „October" und die Tageszeitung „Al Akhbar" kann man in Amman wieder ägyptische Presse am Kiosk erstehen. Mit Irak unterhält Kairo seit einigen Monaten ungewöhnlich enge Beziehungen, die über das Maß hinausgehen, das das Interesse für die zwei Millionen Ägypter in diesem Golf-Land gebietet. Kairo gehört zu den Partnern Iraks, die in Paris am deutlichsten für die Lieferung der französischen Super-Etendard an Bagdad eingetreten sind.

„Gewalttätigkeiten sind nach wie vor drin"

US-Echo auf den bislang nicht ganz so heißen Herbst

SAD, New York

In Bonn werde bereits davon gesprochen, daß Deutschlands „heißer Herbst" vielleicht doch nicht ganz so heiß wird, berichtete die „New York Times" nach den ersten Demonstrationen zu Beginn der „Aktionswoche" gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik.

„Times"-Korrespondent James Markham teilte seinen Lesern mit, daß die ersten Tage der Woche erstaunlich ruhig verlaufen seien, wobei besonders aufgefallen sei, daß zu einer groß angekündigten Frauendemonstration vor dem Bonner Verteidigungsministerium nur 100 Frauen erschienen. Auch eine Demonstranten-Kette, die die Botschaften der USA und der Sowjetunion verbinden sollte, habe große Lücken gehabt. Allerdings sei damit zu rechnen, so Markham, daß sich das Bild bei den angekündigten Großdemonstrationen in Bonn, Hamburg, Berlin und Stuttgart doch noch ändert.

Der „Times"-Berichterstatter führte den schwachen Auftakt des „heißen Herbstes" auf interne Querelen der Protestbewegung und auf die Tatsache zurück, daß der Großteil der Bevölkerung nicht gewillt sei, die Kampagnen zu unterstützen. Markham erwähnte, daß die Friedensbewegungen in den Niederlanden und Großbritannien ähnliche Schwierigkeiten hätten.

Wie schon an den Tagen zuvor enthielt sich die „New York Times" jeglicher Kommentierung zu den Demonstrationen in Europa. Auf der Kommentarseite der Dienstagausgabe veröffentliche sie lediglich einen Beitrag des CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Petersen mit den bekannten Argumenten seiner Partei für die Stationierung der neuen US-Waffen. Der Beitrag erschien unter der Überschrift „*Die Deutschen wollen die Raketen*".

Prozeßwelle in Lettland gegen Bürgerrechtler

GREGOR KONDEK, Kiel

Seit mehr als drei Monaten löst in Lettland ein politischer Prozeß den anderen ab; die Sowjets wollen so dem Aufbegehren junger Christen, Nationalisten und anderer Oppositioneller mit Härte begegnen. Jetzt hat das Oberste Gericht der Lettischen SSR in Riga für den 26. Oktober einen Musterprozeß, wie von informierter Seite vermutet wird, gegen die praktizierenden Baptisten Janis Veveris (29) und Janis Rozkalns (34) anberaumt.

Nach Erkenntnissen aus dem Bereich der Staatsanwaltschaft in Riga werden die beiden Christen wegen „Staatsverbrechen" angeklagt. Die Prozeßdauer ist vorläufig bis zum 10. November festgelegt, mehr als 50 „Zeugen" sollen gehört werden.

Veveris war im Zusammenhang mit einer Massendurchsuchung von Wohnungen in Riga und anderen lettischen Städten am 6. Januar verhaftet worden, er wird im „Isolierkeller" des sowjetischen Geheimdienstes (KGB) in Riga (Lenina iela 61) festgehalten. Ziel dieser KGB-Aktion war, bei oppositionellen Kräften „antisowjetische Schriften und andere Dokumente und Gegenstände, die mit den genannten Schriften in Verbindung stehen, zu finden und zu beschlagnahmen", wie es in einer internen Dienstanweisung dazu heißt.

Rozkalns wurde am 20. April verhaftet. Auch er ist im „Isolierkeller" des KGB. Bei beiden Christen wurden während der Hausdurchsuchungen Bibeln, religiöse Aufsätze, Kopien der Menschenrechts-Charta der Vereinten Nationen, vervielfältigte Texte der Schlußakte von Helsinki und Fotokopien exillettischer Zeitungen, Filme und inoffizielle Veröffentlichungen aus dem sowjetisch besetzten Lettland beschlagnahmt.

Bereits am 12. August war in dem ersten Prozeß gegen lettische Oppositionelle und Christen die 52jährige Krankenschwester Lidiya Doronina wegen „antisowjetischer Propaganda und Agitation" zu fünf Jahren Lagerhaft und drei Jahren Verbannung verurteilt worden.

In einem zweiten Prozeß vom 15. bis 23. September war der 52jährige Ints Calitis ebenfalls wegen „antisowjetischer Propaganda und Agitation" zu sechs Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Calitis war nach Ende des Zweiten Weltkrieges schon einmal zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt worden. Am 15. September wurde er verurteilt, weil er Mitunterzeichner des baltischen Memorandums war, in dem die Regierungen der UdSSR, der Bundesrepublik Deutschland, der „DDR", der Signatar-Staaten der Atlantik-Charta sowie der Generalsekretär der Vereinten Nationen dazu aufgefordert wurden, den Pakt und die geheime, von Ribbentrop und Molotow unterzeichnete Zusatzklausel, als null und nichtig zu erklären. Durch die Zusatzklausel waren Estland, Lettland und Litauen über die Köpfe der betreffenden Völker hinweg dem sowjetischen Machtbereich zugeordnet worden.

Moderiert das heutige „ZDF-Magazin": Fritz Schenk

Immer die Schrecksekunde

Hier fallen Beruf, Hobby und Neigung zusammen." So spricht Fritz Schenk, seit nunmehr zwölf Jahren Co-Pilot von Gerhard Löwenthal beim ZDF-Magazin, über seine Moderatorenrolle. Schenk, der es beim Alternieren mit Löwenthal auf schätzungsweise 120 von ihm moderierte Sendungen gebracht hat, gesteht offen, daß ihm Lampenfieber nach wie vor nicht fremd ist. „Ohne Lampenfieber passiert nichts. Die Spannung ist immer da. Bevor das rote Licht aufleuchtet, gibt es die Schrecksekunde." Doch das rote Lämpchen vermag wahre Wunder zu wirken: „Oft brummte mir am Vormittag der Kopf von einer Erkältung. Und ich bekam keinen Ton heraus. Ich meinte fest, heute geht es nicht. Aber es mußte gehen. Sobald das rote Lämpchen aufleuchtete, war die Nase frei."

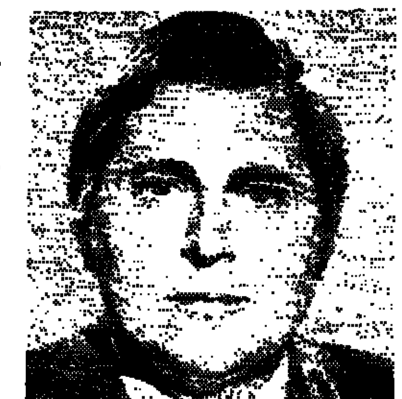
Der 1930 in der Lutherstadt Eisleben geborene Schenk, der es im anderen Teil Deutschlands bis ins „Vorzimmer der Macht" – bei Planungschef Bruno Leuschner – gebracht hatte und dann Ende der 50er Jahre mit dem Regime brach, leugnet nicht,

ZDF-Magazin – 20.15 Uhr

daß er heute ein entschieden antitotalitärer kämpferischer Demokrat ist. Daß ein Moderator in zeitkritischen Sendungen Meinungen – fremde und eigene – äußere, entspreche – so Schenk – durchaus vertraglichen Bestimmungen. Allerdings, fügt er hinzu, sei auch die Regelung, wonach ein Moderator, der sich für eine politische Partei oder eine Bewegung engagiere, eine televisionäre Sechs-Wochen-Schamfrist bei Wahlkämpfen und Aktionstagen auf sich nehmen solle, eine durchaus weise Bestimmung.

Er, Schenk, könne aber nicht mehr in einen solchen Konflikt geraten. „Denn seit meinem Austritt aus der SPD – 1972 – gehöre ich keiner Partei mehr an. Auch für den ‚Bund Freies Deutschland' war ich nur so lange aktiv, als dieser überparteilich war und sich nicht – wie zeitweilig in Berlin – als neue Partei formierte."

Obgleich Schenk heute mit Leib und Seele ein TV-Journalist ist, so betont er doch: „Ich kam zum Journalismus wie die Jungfrau zum Kind." Nach seiner Flucht aus der „DDR" produzierte er Dokumentations-Sendungen für Thilo Koch beim Norddeutschen Rundfunk. Mehr als



Fritz Schenk: „Ohne Lampenfieber passiert nichts." FOTO: ZDF

zehn Jahre blieb er auf der freien Wildbahn eines Honorar-Vertrags-Journalisten. 1968 unterzeichnete er einen Zeitvertrag beim ZDF, wo er „Themen des Tages" moderierte. Da kam ein Ruf aus Bonn: „Herbert Wehner, damals Gesamtdeutscher Minister, holte mich ins Gesamtdeutsche Institut, wo ich den Öffentlichkeitsapparat leitete."

Da ihm die Ostpolitik der Bundesregierung nicht behagte, kehrte er 1971 zum ZDF zurück. „Gegen den Willen meiner damaligen Partei, der SPD, wurde ich Löwenthals Stellvertreter. Ich dachte schon damals daran, mein Parteibuch zurückzugeben, tat es aber erst ein Jahr später." Schenk ist auch als Fernsehmann der Tradition Gutenbergs und Luthers und damit dem geschriebenen Wort treu geblieben. Sechs Bücher erschienen aus seiner Feder – so zuletzt „Mein doppeltes Vaterland" über seine Arbeit heute im Westen und gestern im Osten.

Hat er auch dort bereits publiziert? Schenk: „Gewiß, unter den Pseudonymen Leuschner, Grotewohl und Ulbricht. Ich habe denen manches, was ihnen gar nicht behagte, in den Redetext hineingeschmuggelt." Und kann er sich als heutiger ZDF-Moderator beruflich noch etwas anderes vorstellen? Früher – so erzählt er – wollte er gerne Bundestagsabgeordneter werden. Und die Chancen standen in den 60er Jahren gar nicht mal so schlecht. Nun habe er aber diesen Wunsch längst begraben. Doch im Fernsehen – da könnte er sich durchaus einen partiellen Job-Wechsel vorstellen: „Vielleicht wieder einmal etwas großflächiger – ohne ständigen Zeitknüppel – an einer langfristigen Dokumentationsreihe arbeiten."

GISELHER SCHMIDT

KRITIK

Gottfried Hofers „Fest der Lüge"

Beinahe überhört man es, und während des Films gerät es in Vergessenheit, weil man das gar nicht für möglich hält: Seinen Roman **„Der grüne Stern"** schrieb Hans Weigel 1940. Anlaß dazu hatte er genug, und er mußte nichts eigens erfinden: Das „Fest der Lüge", das sein Romanheld Gottfried Hofer da veranstaltet, hatte man im Deutschland von damals ständig vor Augen, die Kino-Wochenschau trug die Bilder davon um die Welt. Den Jubel der verführten Massen hatte man ständig im Ohr.

Betrachtet man, was Heide Pils (Drehbuch und Regie) volle 43 Jahre danach in ihrem Fernsehfilm (ZDF) sichtbar macht, so ist nichts beklemmender als die Erkenntnis, daß sich nicht das mindeste geändert hat. Auch wer den Marschtritt der Nation – von der Etsch bis an den Belt – nie vernahm, findet sich sofort zurecht, weil er die Bilder bei aller ihrer Übertreibung auf Vorkommnisse unserer Gegenwart beziehen kann. Das Volk, so will es scheinen, ist wankelmütig und verführbar geblieben.

Zu loben sind denn nicht nur die Bilder und die hervorragend geschnittenen Bildsequenzen, zu denen die Regisseurin die Romanvorlage umsetzte – mit Gesichtern zudem, die zumindest auf deutschen Bildschirmen noch nicht verschlissen sind –, weitaus beachtlicher ist es, wie unaufdringlich, wie fern von allen griffigen Erklärungsformeln Heide Pils „die Bewegung" darstellen ließ. Ohne alle Brutalität, statt dessen mit subtilem Terror, mit freundlicher Gewalt und mit einem Charakterzug, den es gar nicht zu geben scheint und der doch immer gegenwärtig war: mit aggressivem Charme.

KATHRIN BERGMANN

Achtstündiger Bilderbogen

An seinem Roman **„Glanz und Elend der Kurtisanen"** schrieb Balzac, wie er am Ende des Buches vermerkt, neun Jahre (1838–1847). So läßt sich verstehen, mit wieviel Details und Feinheiten die Geschichte der Dirne Esther, die der König der Sträflinge, Vautrin, in der Maske des spanischen Priesters Carlos Herrera zwingt, sich dem Baron Nucingen zu verkaufen, ausgestattet ist. Es läßt sich verstehen, welcher Ausarbeitung von Einzelheiten es bedurfte, um den Faden der Erzählung bis hin zu dem Punkt zu führen, wo Esther sich vergiftet, Vautrin und Esters Liebhaber Lucien als Mörder verhaftet werden und sich Lucien im Kerker erhängt. Es läßt sich aber auch begreifen, daß eine Verfilmung des Romans, selbst wenn sie an den Roman nur angelehnt ist und sich über achtmal eine Stunde hinzieht, kaum befriedigen kann.

Was die ARD in Abständen von jeweils einer Woche vorführte, konnte nur der Abklatsch eines Meisterwerks sein, in dem der geistige Wille einer neuen Gesellschaft, all ihr unmäßiges Begehren nach Mammon und Ruhm, ihre Krankheiten und Laster dargestellt werden. All dieses mußte sich um der Visualisierung des Romans willen auf stichwortartige Andeutungen reduzieren. Notgedrungen mußte sich somit auch Balzacs umrankter Prosastil verlieren und die Schauspieler dazu zwingen, wohl nach Wunsch des Regisseurs Maurice Cazeneuve, stereotyp mal triste, mal überrascht, mal glücklich, mal böse in die Kamera zu blicken.

Der Ehrgeiz des Fernsehens, die großen Werke der Weltliteratur auf Bilderbogen-Beine zu stellen, hat nun mal seine Grenzen.

ALPHONS SILBERMANN

STUDIO

Die **östlichen Medien** nutzen jede Gelegenheit, um auch noch so kleine Friedensdemonstrationen zu registrieren und zu interpretieren. Ein Vorgang, der sich jüngst vor dem Konrad-Adenauer-Haus in Bonn ereignete, ist beispielhaft dafür: Sieben Personen zogen vor der CDU-Zentrale zu einer Mahnwache auf. Noch ehe sie ihre Plakate aufgebaut hatten, war das „DDR"-Fernsehen schon an Ort und Stelle.

m.s.

*

Eine Ergänzung in eigener Sache: Der am 13. Oktober in der WELT erschienene Beitrag von J. Wiedemann **„Bei Fußball fällt ‚Dallas' zurück"** ist – leicht gekürzt – der Broschüre „Vorabendserien im Ersten Programm (83/84)" entnommen, die von der Programmkommission der Arbeitsgemeinschaft Rundfunkwerbung herausgegeben wird.

ARD

ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Russisches Dreieck
Franz. Spielfilm
11.55 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Lieder & Leute
Mit Bill Ramsey, Jango Edwards und Jack Bruce u. a.
Regie: Dieter Wendrich
17.00 Wir Kinder
Die Eiskunstläufer
Film von Christa Auch-Schwelk
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Morgen siegt Arzdan in Cagnes-sur-Mer
Film von Eberhard Scharfenberg
Mit Jürgen Brüne, Albert Heins, Curt Reich, Ricarda Reich u. a.
Wenn überall in Europa Schnee und Eis den Rennbahnbetrieb auf den Galoppbahnen verhindern, läuft in Cagnes-sur-Mer ein internationales Meeting. Neben französischen Pferden lockt das milde Klima an der Côte d'Azur vor allem englische Gäste, die sich hier Kondition holen für die bevorstehende Saison, die dabei aber auch oft der einheimischen Konkurrenz den Sieg wegnehmen.
21.45 Was wäre, wenn ...
die Bundesrepublik verkabelt wird?
Heute bereits aufzuspüren, was morgen sein könnte, auch dies ist eine journalistische Aufgabe. Die Reihe „Was wäre, wenn ..." will versuchen, Themen und Situationen aufzuzeigen, die die Zukunft unserer Gesellschaft mitbestimmen werden. In dieser Folge geht die Redaktion vom Abschluß der Kabelnetzverlegung in der Bundesrepublik aus. In der Form einer Sondersendung werden die Hoffnungen, Erwartungen und Befürchtungen bei Beginn der Verkabelung mit dem zukünftigen Zustand verglichen.
22.30 Tagesthemen
23.05 Ein riesiges Paradies
Der Machtkampf auf den Philippinen

ZDF

13.50 ZDF – Ihr Programm
13.55 Sport aktuell – aus Leipzig:
Fußball-UEFA-Pokal
Lokomotive Leipzig – Werder Bremen
In der Pause: gegen 14.45 heute
15.45 heute
15.55 Sport aktuell – aus Saloniki:
Fußball-UEFA-Pokal
Paok Saloniki – Bayern München
Übertragung des griechischen Fernsehens ERT
Reporter: Wolfram Esser
In der Pause: gegen 16.45 heute-Schlagzeilen
anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Der Weg nach Oregon
19.00 heute
19.30 Sport aktuell
Fußball-Europapokal der Landesmeister
Dinamo Bukarest – Hamburger SV
Ausschnitte
Reporter: Eberhard Figgemeier
Fußball-Europapokal der Pokalsieger
Ujpest Dozsa Budapest – 1. FC Köln
Ausschnitte
Reporter: Rolf Toepperwien
Sowie Ausschnitte von den UEFA-Pokal-Spielen des Nachmittags
20.15 ZDF Magazin
Traumschiff Astor muß Flagge wechseln / Friedensbewegung auch in Großbritannien / Ausländische Stimmen zur Nachrüstungsdebatte: Yves Montand und Prof. Walter Hofer / Internationale Solidarität für Andrej Sacharow
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
22.10 Pfarrer Kuhn antwortet
22.40 Sport aktuell
Fußball-Europapokal / 2. Runde Hinspiele
Ausschnitte Nijmegen – FC Barcelona
24.00 heute



Gina Marie Smika als Rachel Thorpe in der ZDF-Serie „Der Weg nach Oregon", um 18.00 Uhr FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
21.45 Auslandsreporter
Zwischen Vaterlandsliebe und Fremdenhaß. Beispiel Spanien
22.30 Der Rollstuhl
Spanischer Spielfilm, 1960
23.50 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Deutschlands grüne Inseln
19.00 Eulen und Eiche
19.15 Indien – Land ohne Hoffnung? (5)
19.45 Hafenplatz Hamburg (5)
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Politik am Mittwoch
Diskussion: Wohin steuert die SPD?
22.05 Film-Club
Mae West – Die Sirene vom Mississippi
US-Spielfilm, 1934
(Original mit Untertiteln)
23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Ludwig (5)
19.00 Zwischen Euphrat und Tigris (4)
19.30 Norwich now (1)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Stadtgespräch
21.45 Drei aktuell
22.00 Autoreport
22.05 Halbzeit
22.25 Sonderangebot
Tiger-Hai. US-Spielfilm, 1952
(Original mit Untertiteln)

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Rock aus Alabama
20.15 Forschen auf Teufel komm raus
Die Max-Planck-Gesellschaft
21.00 Ivy
Amerik. Spielfilm, 1947
Regie: Sam Wood
22.30 Frauen in China

BAYERN

18.15 Tele-Abi (5)
18.45 Rundschau
19.00 „Mein Leben für den FC Bayern"
19.45 Der junge Garibaldi (1)
20.30 Spielchen in L'Auberson
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Z. E. N.
21.50 Teleclub
Die Jagd
Span. Spielfilm, 1966
23.15 Rundschau
23.20 News of the Week

Carl Frese

* 26. 5. 1903 † 7. 10. 1983

In tiefer Trauer

Ilse-Susanne Frese
Klaus-Peter und Heidi Frese
Enkelkinder Kai und Birgitta

2105 Seevetal-Eddelsen, Bäcker-Busch-Weg 4

Wir haben in aller Stille Abschied genommen.
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Für uns alle plötzlich und unerwartet entschlief am 14. Oktober 1983 mein geliebter Mann, unser guter Vater und Großvater

Hugo Lentfer

im 96. Lebensjahr.

In stiller Trauer

Martha Lentfer geb. Luhmann
Bruno und Elke Lentfer
Wilhelm und Ragnhild Witte geb. Lentfer
Barbara, Friedhelm, Claus
Nicola und Svenjana

2 Hamburg 60, Meister-Bertram-Straße 6

Trauerfeier am Dienstag, dem 25. Oktober 1983, um 14.45 Uhr im Krematorium Ohlsdorf, Halle C.

Am 16. Oktober 1983 entschlief im Alter von 64 Jahren nach langem, standhaft ertragenem Leiden

Marianne Menck

geb. Rademacher

Den Verlust des Mittelpunktes unseres Kreises betrauern

Dr. Hans F. Menck
Winfried und Heike Warnke und Martin
Horst-Dieter und Bärbel Wolgast
Peer und Maike
Thomas und Maria Teresia Menck
Arianna und Daniel
Eva Vézon-Daunis
Marc, Gilles und Claire
Karl Wolfgang und Kristiane Menck und Johannes
Ulrich und Gisela Menck
Claus und Christine Hasemann

2 Hamburg 61, Kriegerdankweg 4

Trauerfeier und Beisetzung am Montag, dem 24. Oktober 1983, um 14 Uhr, Kirche Hamburg-Niendorf, Niendorfer Marktplatz.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer Mutter

Elisabeth Fischer

geb. Wesselhoeft

* 18. 9. 1893 † 11. 10. 1983

Prof. Dr. Dietert und Inge Fischer-Zernin
Carsten und Brigitta Fischer-Zernin
Dr. Lars und Jutta Fischer-Zernin
Dr. Vincent und Ilsabe Fischer-Zernin
ihre Enkel und Urenkel

Hamburg-Blankenese, Mühlenberger Weg 24

Die Trauerfeier hat im Familienkreise stattgefunden.

Am 13. 10. 1983 verstarb durch einen tragischen Verkehrsunfall unser Mitarbeiter Herr

Hans-Jürgen Kolar

geboren am 15. 8. 1943

Herr Kolar war 23 Jahre in unserem Hause tätig, davon 11 Jahre als Zweigstellenleiter. Seit September 1979 hat er die Zweigstelle 83, Möllner Landstraße 148, geleitet. Wir schätzten ihn als gewissenhaften und verantwortungsbewußten Mitarbeiter und trauern um einen liebenswerten Menschen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 21. 10. 1983, um 14.00 Uhr in der Kirche zu Bargteheide statt.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Menschen gegen Devisen

„773 Häftlinge freigekauft": WELT vom 7. Oktober

Sehr geehrte Redaktion,

der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen möchte den Begriff „Freikauf" ersetzen durch „aus humanitären Gründen für Menschen, die nach unseren Rechtsvorstellungen unschuldig in Haft gekommen sind". Ob diese Umschreibung auch von den Betroffenen und Verfolgten der politischen „DDR"-Strafjustiz akzeptiert wird, kann erfahrungsgemäß bezweifelt werden. Schließlich erfahren die politischen Häftlinge doch, daß es bei ihrer Freilassung immer wieder nur ums Geld (harte Devisen) geht und nicht um die Menschenrechte, zu denen sich auch die „DDR"-Machthaber im Grundlagenvertrag, Art. 2, zwischen beiden Staaten in Deutschland verpflichtet haben. Dabei ist das Lösegeld oft zehnmal so hoch als die Haftentschädigung (Eingliederungsbeihilfe lt. Häftlingshilfegesetz).

Nun gibt es schon ca. 500 000 Ausreiseanträge aus Mitteldeutschland. Damit erhöht sich für die Antragsteller auch die Gefahr willkürlichen Verhaftungen, die ebenfalls gegen die Menschenrechte, Art. 9, verstoßen. 1983 fällte die „DDR"-Justiz bereits 684 politische Urteile, 85 Prozent davon wegen Fluchtversuchen und Ausreisebemühungen (WELT vom 8. Oktober). Sicher könnte man auch für diese Fakten mildernde Umstände bzw. schonende Umschreibungen finden, aber wo bleibt dann das ausgewogene Verhältnis von Leistung und Gegenleistung?

Mit freundlichen Grüßen
Hans Kopka,
Vereinigung politischer Häftlinge des Sowjet-Systems,
Bad Schwartau

Lieber rot als tot?

Sehr geehrte Herren,

Ihnen ist schon seit langem zu danken für die sachliche und in der Bewertung zutreffende Berichterstattung und Kommentierung über die „Friedensbewegung".

Insbesondere in der WELT vom 10. 10. 1983 fallen mir drei Beiträge auf:

– der Leitartikel „Faszination der Gewalt",
– der Meinungsartikel „Neue Ethik . . ." und
– der Bericht „Wörner warnt vor einer ‚Demokratie von unten'"

Und zwar deswegen, weil sie alle drei im Grunde das dumme Wort „Lieber rot als tot" erneut ad absurdum führen.

Wir sollten in diesem Zusammenhang immer auch darauf hinweisen, daß dieser eingängige Slogan voraussetzt, daß die Sowjets in der Tat bereit sein werden, von ihren Raketen Gebrauch zu machen – sonst ergibt „. . . als tot" keinen Sinn –, daß aber die angebliche Alternative „Lieber rot . . ." auch bedeutet: Dann müssen die jungen Männer, die dies propagieren, damit rechnen, zu einer Roten Armee eingezogen zu werden. Denn im Ostblock gibt es das Kriegsdienst-Verweigerungsrecht nicht, wie wir es im Grundgesetz verankert haben. Selbst der DDR-Bausoldat muß ja Soldat werden!

„Lieber rot als tot" bedeutet nichts anderes als eine West-Verlegung des Eisernen Vorhangs mit allen dazu gehörenden Konsequenzen, wenn es einmal dazu kommen sollte, daß wir das Schicksal haben, „Lieber rot als tot" sein zu müssen. Hoffen wir, daß dies uns erspart bleibt – und tun wir das Unsere dazu!

Mit freundlichen Empfehlungen
Kurt Kroymann,
Hamburg 36

Augenmaß

„Chirac: Europas Verteidigung stärken"; WELT vom 11. Oktober

Obwohl die Sowjetunion die gegen sie von Europa aus gerichteten westlichen Verteidigungswaffen nicht besonders fürchtet, so hat sie doch vor der Pershing die allergrößte Angst. Sie weiß auch, daß der Westen mit dieser Waffe einen russischen Großangriff jederzeit stoppen kann. Je mehr Pershings in Europa stehen, um so größer ist für Europa die Sicherheit vor den sowjetischen Divisionen. Die Herren im Kreml wissen das und genau aus diesem Grunde versuchen Honecker und Andropow mit Drohungen, Tricks und Schmeicheleien etc. den Westen zu bekehren. Die Generäle im westlichen Verteidigungsbündnis sollten immer daran denken: „Wer die Russen richtig einschätzt, macht auch keine Fehler."

Chirac hat russisches Augenmaß – Gott sei Dank!

Mit freundlichen Grüßen
Werner Hugo Bethke,
Ludwigshafen

Sprengwirkung

„Sowjets bereiten Stationierung von SS-21-Rakten in Syrien vor": WELT vom 8. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich gestatte mir, auf folgendes hinzuweisen:

1. Die SS-21 hat bei einer Reichweite von ca. 120 km einen Detonationswert von 50 KT (nicht 25 KT), einen Wirkungsradius von 3 km und jede dieser Waffe eine Wirkungsfläche von 28 qkm.

2. In vielen Lexika kann man tatsächlich lesen, daß die Hiroshima-Bombe eine Sprengkraft von 20 KT hatte; nach neuesten Berechnungen japanischer und amerikanischer Physiker hatte diese erste über einer dicht bevölkerten Stadt abgeworfene Bombe jedoch „nur" eine Sprengkraft von 14 KT.

Mit freundlichen Grüßen
Friedmar Nerge,
Schongau / Obb.

Nichts Geheimes

„Nein zur Nachrüstung schon Absage an NATO": WELT vom 5. Oktober

Sehr geehrte Redaktion,

Respekt vor der unmißverständlichen Klarheit, mit der Heiner Geißler seine Standpunkte vertritt!

Nur den Vorwurf der „Fünften Kolonne" sollte er doch zurücknehmen. Denn das Deutsche Wörterbuch versteht darunter „eine im Geheimen tätige feindliche Gruppe im Inneren eines Landes". Da nun aber große Teile der SPD durch kompromißlose Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses nicht etwa „im Geheimen", sondern ganz offen die politisch-militärischen Interessen der UdSSR vertreten, ist Geißlers Formulierung sachlich falsch.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Paul-H. Appel,
München 90

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

» Wir müssen uns zum Frieden hin überwinden. Erst auf diesem Wege kommt vielleicht das Recht wieder in die Welt. Aber der Frieden muß in unserem Herzen, in unserem Hause seinen Ursprung nehmen. Wo Häuser des Friedens sind, wird sich das Land befrieden. «

Reinhold Schneider, dt. Dichter (1903–1958)

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Gaullistenführer **Jacques Chirac**, Bürgermeister von Paris, hat in Bonn gegenüber der WELT energisch die Äußerungen des französischen Ex-Generals **Pierre Gallois** zurückgewiesen, der in einem Interview erklärte, daß Frankreich „bei einem Angriff der Sowjetunion auf Deutschland nicht einen Finger rühren sollte". Chirac, der im romantischen Wirtshaus St. Michael in Bad Godesberg Gast eines Essens war, das Arbeitsminister **Norbert Blüm** gab, erklärte, Gallois habe eine persönliche Ansicht geäußert, mit der er reichlich allein stehe und „die weder in Frankreich von den Verantwortlichen in der Politik in ihren Analysen noch von den verantwortlichen Militärs in Frankreich geteilt wird". Chirac empfahl, „sich nicht aufzuregen". Er erinnerte an Worte des Generals Charles de Gaulle, der gesagt hatte, Deutschland könne nicht darauf hoffen, seine Freiheiten zu erhalten ohne Frankreich und Frankreich könne nicht hoffen, frei zu bleiben ohne Deutschland. Der französische Oppositionschef verstand sich einen Abend lang ausgezeichnet mit seinem Gastgeber Norbert Blüm, denn auch in Frankreich gehört die Arbeitslosigkeit zu den Hauptproblemen, die, so Chirac, „vor allem mit Rücksicht auf die Jugend beseitigt werden muß, die bislang fassungslos vor jenen Aufgaben steht, zu deren Lösung sie mit ihrer Großzügigkeit und Begeisterungsfähigkeit eigentlich berufen ist". Arbeitsminister Blüm, stets ein Mann treffender Formulierungen, erlaubte sich noch einmal den deutlichen Hinweis, daß ein „Europa der Landwirte" nicht genüge. Man brauche „ein Europa der Arbeitnehmer". Arbeitgeber und Arbeitnehmer hatte Blüm um Chirac versammelt: Unter ihnen waren **Wolfram Thiele**, der Präsident der Arbeitgebervereinigung Gesamtmetall, **Berthold Keller**, der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, **Heinz Wenzelmann**, Betriebsratsvorsitzender der Zeche Minister Stein in Dortmund, **Karl Heinz Briam**, Arbeitsdirektor bei VW, der Bonner „Amtskollege" Oberbürgermeister Dr. **Hans Daniels** und der Bonner Generalmusikdirektor **Jean Claude Riber**, gebürtiger Elsässer, Frankreichs Botschafter **Jacques Morizet** sowie die Begleitung Chiracs, der Direktor für Internationale Beziehungen der Stadt Paris **Bernard Billaud**, der außenpolitische Berater von Chirac **Kosciusko Morizet**, der nicht mit dem Botschafter verwandt ist und als Pressesprecher der Stadt Paris, **Dénise Baudoin**.

Chirac, der am Dienstag nach Berlin weiterreiste, brachte Aufregung in die Gästereihen, als er nach dem Autor des Textes fragte: „Ich hat' einen Kameraden". Daß es Ludwig Uhland war, hatten die meisten vergessen.

*

Söhne und Töchter von Diplomaten, Politikern und Wissenschaftlern wollen heute in Bonn einen Verband gründen, der sich für das Fortbestehen des Nordatlantischen Bündnisses einsetzt. Vorsitzender soll nach dem Willen der Gründungsmitglieder **Thomas Hupka** werden, der Sohn des CDU-Bundestagsabgeordneten **Herbert Hupka**. „Unsere in verantwortungsvoller Position stehenden Eltern sind von dem Wunsch beseelt, daß die Sowjetunion ihre gegen uns gerichteten Atomraketen verschrottet. Wenn dies geschieht, werden auch keine Pershing-2-Raketen in Deutschland stationiert. Verschrottet die UdSSR nicht, so sichert der NATO-Doppelbeschluß nicht nur den Frieden, sondern auch unsere Freiheit", heißt es in der Gründungserklärung des Verbandes.

Entente Cordiale in Bonn: Jacques Chirac, Dolmetscher Paul Falkenburger, Botschafter Jacques Morizet und Gastgeber Norbert Blüm. FOTO: KEIL

EHRUNGEN

Berlins Regierender Bürgermeister **Richard von Weizsäcker** hat die Schauspielerin und Regisseurin **Elisabeth Bergner** mit der Ernst-Reuter-Plakette ausgezeichnet. Die heute 86jährige nahm die höchste in Berlin zu vergebende Auszeichnung im Schloß Charlottenburg entgegen. Elisabeth Bergner begann ihre glanzvolle Film- und Theaterkarriere in den zwanziger Jahren in Berlin und flüchtete vor den Nationalsozialisten nach Wien, London und schließlich in die USA. Frau Bergner erhielt nach dem Zweiten Weltkrieg, wieder in Berlin, viele Preise: So den Schiller-Preis der Stadt Mannheim, den Ernst-Lubitsch-Preis und den Eleonore-Duse-Preis des Festivals von Asolo.

*

Professor Dr. **Walter Mertineit**, erster Vorsitzender des Landesverbandes der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins, erhielt in Flensburg das Verdienstkreuz am Bande, das ihm Bundespräsident **Karl Carstens** verliehen hatte. Professor Mertineit hat sich besondere Verdienste um die Erwachsenenbildung erworben. Der Ostpreuße, geboren 1926 im Kreis Pilkallen, war 1964 als Professor für „Politische Bildung und neuere Geschichte" an die Pädagogische Hochschule Flensburg berufen worden, an der er auch heute lehrt. Besonders bekannt wurde er, wenn auch nicht unumstritten, als Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission.

"Luther: Mitbeweger unserer Geschichte"

Lutherische Monatshefte: Die DDR integriert deutsche Geschichte, um ihr Selbstverständnis mit positiven Elementen der Tradition zu verknüpfen. Dabei fällt auch das wohlwollende Interesse an Martin Luther auf. War hierzu eine Korrektur des Lutherbildes in der DDR notwendig?

Honecker: Unser Lutherbild ist seit Karl Marx und Friedrich Engels durchaus differenziert. Doch sind viele Äußerungen der Vergangenheit über Luther nicht aus einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Reformator erwachsen, sondern aus den praktischen Erfahrungen mit dem politisch konservativen Luthertum im Bündnis von Thron und Altar.

Seit jeher betonte das marxistische Lutherbild die geistige Initiatorenrolle Luthers für die frühbürgerliche Revolution, seine Bedeutung für die Entwicklung von Sprache und Kultur. Zugleich stellte es seine klassenbedingten Grenzen heraus, die ihn zur Gegnerschaft gegen Müntzer, gegen die Aufständischen im deutschen Bauernkrieg führten. Durch diese Haltung wurde das Lutherbild nicht nur für Marxisten, sondern auch für viele progressive bürgerliche Kräfte ausserhalb und innerhalb der Kirchen verdunkelt.

Wenn sich das marxistische Lutherbild der DDR inzwischen weiterentwickelt hat, dann war an diesen grundsätzlichen Positionen keine Korrektur notwendig. Die Historiker der DDR haben sich allerdings eingehend mit der Gesamtepoche beschäftigt, in der Luther lebte und wirkte. Dabei wurden auch neue Erkenntnisse und Einsichten zur Persönlichkeit, zum Werk und zur Wirkung des Reformators gewonnen.

Das Geschichtsbewußtsein entwickelt sich als lebendiger Strom der Erkenntnis, der nie stillstehen darf und wird. Dies alles bedeutet keine Neuorientierung in der marxistischen Geschichtsauffassung, sondern deren ständige Bereicherung. Übrigens brauchen wir deutsche Geschichte nicht erst zu integrieren. Wir kommen aus ihr, stehen in ihr und führen sie weiter.

Das Interview mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker ... im vollen Wortlaut in Lutherische Monatshefte Nr. 10.
Interessiert?

lutherische monatshefte

Ja, ich interessiere mich für den vollen Wortlaut des Interviews. Bitte schicken Sie mir Heft Nr. 10 zum Preis von DM 6,- plus Porto.

Name

Straße

PLZ/Ort

Bitte ausfüllen, ausschneiden (auch wenn es an dieser Stelle nicht ganz einfach ist) und schicken an:
Lutherisches Verlagshaus GmbH
Knochenhauerstraße 38/40
3000 Hannover 1
Telefon (0511) 124 17 39



Budapest

KUREN IN WELTSTADT

BUDAPEST: Das Danubius-Luxus-Thermal-Hotel in der Mitte der Donau auf der Margareteninsel erwartet Sie. Bade- u. Heilkuren, Zahnarzt-Service, Schwimmbad, Sauna, viele Unterhaltungsmöglichkeiten, Spiel-Casino im Hotel Hilton.

Preis: 21 Tg. Heilkur, VP, Selbstf. ab DM 1464/Flug ab Mü. 1874

HEVIZ: Weitere Kurmöglichkeiten im weltbekannten Thermal-Hotel in HEVIZ, am größten Süßwasser-Heilsee Europas, 5 km vom Plattensee entfernt, Bade- und Heilkuren, Zahnarzt-Service, Busverbindung ab München.

Preis: 21 Tg. Badekur, HP, Selbstf. ab DM 867/mit Bus DM 1052

REISEBÜRO VAY-KIEPERT Tel. (089) 26 50 20
Ungarn- & Osteuropareisen, München 2, Altheimer Eck 1
Bitte Prospekt anfordern

Rom

Weihnachten und Silvester

JAHRESWECHSEL in R O M
27. 12. 83 – 2. 1. 84
App.-Hotel, DU/WC/BALKON, Busreise, Stadtrundfahrt
Ü/F 475,– DM

VERANSTALTER: Reiseagentur Melitta von Einem, Bad Nenndorf, Tel. 0 57 23 / 67 05 / 20 27

Beratung und Anmeldung:
NORDLICHT-REISEN, Flensburg (04 61) 1 20 21
REISEBÜRO BRUNSSEN, Bremerh. (04 71) 3 18 44
REISEBÜRO RUDOLF, Oldenburg (04 41) 1 31 11
BE-REISEN, Hannover (05 11) 81 40 15
REISEBÜRO ORLOWSKI, Garbsen (0 51 37) 35 08
VIKING-INTERNATIONAL, Norderstedt 0 40 / 5 24 51 52 u. 5 25 40 61

China



China

Wir sind Chinesen und Reisefachleute.
Fordern Sie bitte unseren kostenlosen, umfangreichen China-Reiseprospekt an.

Wer kann Ihnen China besser zeigen als ein Reisefachmann, dessen Heimatland China ist?

SUNRISE TRAVEL SERVICE
Chen-hsiang Chang
HEINRICH-VON-KLEIST-STR. 10
5300 BONN 1
Tel. 02 28 / 22 20 03
Telex: 8 86 398 stsch d

Seychellen

Seychellen
»Ein Traum wird preiswert!«
günstig wie noch nie mit Linienflug.
Viele Sonderangebote, z. B.:

Vista do Mar 3 = 2
an Abflugterminen Okt. 26., Nov. 2., 9. + 16. 83 ab Frankfurt inkl. HP DM 3311,–

Luxushotel Equator Residence
1 Wo. ab Frankfurt inkl. Suite, HP, 3 Tage Leihwagen + Surfen + Tennis gratis ab DM 2850,–

Sonderprospekt, Beratung und Buchung:
FERIA
FERIA Internationale Reisen GmbH
8000 München 40, Marktstraße 17, Telefon 0 89 / 39 20 41, Telex 5 216 561
4000 Düsseldorf 30, Gneisenaustraße 67, Telefon 02 11 / 46 21 03, Telex 8 588 466

Indien

INDOCULTURE TOURS
Ihr Spezialist für
INDIEN – NEPAL – BHUTAN – PAKISTAN
30 verschiedene Studien- und Erlebnisreisen. Sonderreisen zu großen Festen in Indien und Bhutan. Exkursionen nach Ladakh – Kleintibet.
92seitiger Katalog 84 auf Anforderung kostenlos
INDOCULTURE TOURS
Indoculture Reisedienst GmbH
Bismarckplatz 1
7000 Stuttgart 1
Telefon 07 11 / 61 70 57 + 58

Silvester am Polarkreis

Silvester mal ganz anders!
Sonderflug nach Tromsø in Nord-Norwegen
Silvester am Polarkreis
31. Dezember – 1. Januar
- Silvester: Vormittags Flug ab Hamburg mit Hapag-Lloyd
- Gutes Hotel · Volle Verpflegung
- Silvesterfeier · Feuerwerk um Mitternacht
- Neujahr: Schlittenfahrt · Abends Rückflug DM 955,–

Hapag-Lloyd Reisebüro
2000 Hamburg 36
Verkehrspavillon Jungfernstieg · 040/32 84 430

Kreuzfahrten

Kreuzfahrt – MS Azur – Östliches Mittelmeer
14 Tage Frankreich – Italien – Griechenland – Türkei – Israel – Ägypten
Reisetermin: 26. 11. bis 9. 12. 1983
Reisepreis: ab DM 1890,–
Leistungen: Fahrt im modernen Fernreisebus nach Toulon und zurück. Kreuzfahrt in der gebuchten Kabinen-Kategorie einschl. Vollpension an Bord der „Azur" mit Tischwein. Benutzung aller Bordeinrichtungen.
Bitte fordern Sie Sonderdruck an!
Veranstalter: Eurotours-Reisen, Schloßstr. 74, 5450 Neuwied 1

Studienreisen

Individuelle Studien- und Erlebnisreisen
USA/Kanada/Alaska
Mexico
Island
Australien
Neu-Seeland
Fly-and-drive-Programme weltweit
Campmobile
Sonderflüge weltweit
Katalog '84 anfordern
ZENOBIA-REISEN
Sandweg 40, 6000 Frankfurt
Telefon 06 11 / 49 52 54

Mallorca

Weihnachten und Silvester Mit Bus und Schiff nach **MALLORCA**
22. 12. 83 – 2. 1. 84
Hotel mit DU/WC/BALKON/ VOLLPENSION auf MALLORCA inkl. WEIHNACHTS- u. SILVESTERFEIER
878,– DM
VERANSTALTER: Reiseagentur Melitta von Einem, Bad Nenndorf Tel. 0 57 23 / 67 05 / 20 27
Beratung und Anmeldung:
NORDLICHT-REISEN, Flensburg, 04 61 / 1 20 21
REISEBÜRO BRUNSSEN, Bremerhaven, 04 71 / 3 18 44
REISEBÜRO RUDOLF, Oldenburg, 04 41 / 1 31 11
BE-REISEN, Hannover, 05 11 / 81 40 15
REISEBÜRO ORLOWSKI, Garbsen, 0 51 37 / 35 08
VIKING-INTERNATIONAL, Norderstedt
Tel. 0 40 / 5 24 51 52 u. 5 25 40 61

Thailand

3 WOCHEN THAILAND
Linienflug ab Frankfurt. Gute Hotels nach Wahl in Bangkok, Pattaya oder Chiang Mai. Festpreis bis Abflug 31. 12. 83 **2580,-**
Verlangen Sie den 90seitigen Katalog „Asien-Reisen 83/84" vom Fernost-Spezialisten.
ASIEN-REISEN
Eberhard Zimmer
7000 Stuttgart 80
Europaplatz 20
Telefon: 07 11 / 7 15 60 91 W

Sie wohnen in **SPANIEN** und wollen in der WELT inserieren?
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dann wenden Sie sich bitte an folgende Anschrift:
Juan A. González
c/Antonio Casero, 30-1°
Madrid–30
Tel.: 274 36 67
W 1956

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN



Als seltenen Glücksgriff und Erfolgsfall, als Berater und Regulator des Umfeldes für
Persönlichkeit, kleines traditionsbewußtes Unternehmen o. ä. im In- oder Ausland
möchte sich erweisen
43jähr. Dipl.-Ing., verbindlich, unabhängig, überzeugend, 15 J. selbständig, mit fest fundiertem, breiten Können und Umsetzungsvermögen in einer ganzen Reihe von Berufs- und Lebensbereichen.
Mit Leistung möchte ich Substanz vermehren und Sympathie und Vertrauen gewinnen.
Ang. erb. u. Y 1420 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Werden Sie Ihr eigener Chef
Bauen Sie sich Ihr Unternehmen auf
Wir suchen für das ganze Bundesgebiet
Top-Verkäufer, -Manager und Geschäftsleute
für den Aufbau einer Vertriebsorganisation, welche bereit ist, unser internationales Spitzenprodukt aufzunehmen.
Ein Produkt, das den Markt erobert
Wir bieten eine bewährte Marketingkonzeption zu Ihrer Unterstützung. Generalvertrieb mit Gebietsschutz, Aufteilung in verschiedene Gebiete möglich. Interessantes Vertriebsprojekt, guter Gewinn und schneller Kapitalumschlag dank großem Weihnachtsgeschäft. Eigenkapital ab DM 48 000,–. Bitte schreiben Sie für ein persönliches Gespräch an:
Elwerbo AG, Handel-Import-Export, Postfach 850
FL-9490 Vaduz, Telex 8 62 821

Zwei erfahrene
Vertriebskaufleute (37 + 44)
suchen neue Herausforderung. Gewünscht: Vertretung bzw. Repräsentanz für hochwertige Produkte, vorzugsweise Investitionsgüter bei denen wirklich seriöse und qualifizierte Beratung gefragt ist.
Angebote erb. u. W 1418 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Limited statt GmbH?
Vermögenssicherung, Haftungsausschluß, Gewerbefreiheit, Steuerersparnis, Lizenzgebühren, Bankgeheimnis etc. Wenn Sie Fakten wollen statt Halbwahrheiten, dann fragen Sie bitte uns:
Roger und Wolfgang, die Anwälte, Philip und Heribert, die Wirtschaftsprüfer, Joe und Michael, die chartered secretaries, Fred, den Banker, Maurice aus Gibraltar und Jim von den Kanalinseln, Verena und Albert, die Berater.
MBC Derbyspring Ltd. – die Experten
9–15 Leonard Street
London EC2A 4HP
Tel. 0 04 41 / 2 51 92 01, Telextx. 2 64 079 Leonar G

Friesische Klinkerkolonne
zur Verklinkerung von 1- und Mehrfamilienhäusern, kurzfristig einsatzbereit. Angebote jederzeit unverbindlich. Meisterbetrieb. Frisa-Klinkerbau, Friedrich-Ebert-Str. 163, 35 Kasse, Tel.: 05 61 / 77 21 25

Kostensenkung
auf den Gebieten Maschinen-/Apparatebau etc. wird von erfahrenem Fachmann, REFA-Ing., Betriebsw., gelernter Dreher/Mechaniker, absolut praxisorientiert mit nachweisbarem Erfolg durchgeführt. Wir sind auf den Klein-/Mittelbetrieb ausgerichtet und verkaufen Ihnen keine utopischen Lösungen für teures Geld! Durch gezielte Kostensenkungsmaßnahmen verbessern wir die Ertragslage nachhaltig. Wir arbeiten an der Basis auch bei eigener AV. Bezuschussung möglich. Einkaufsverbund techn. Teile. Referenzen vorhanden. Informieren Sie sich unverbindlich. Zuschriften an Industrieplanung F. Elfert Refa.-Ing., Postfach 1117 in 6370 Oberursel/Taunus.

Exclusive Distributorship
A rare and unusual opportunity to get in the highly profitable business of Vinyl Repair and Recoloring. Huge demand, exceptional profit, customers waiting. Entire German market available. George Ross, Vinyl Industrial Products (VIP), 2021 Montrose, Chicago, IL 60618 USA – Phone: 312-929-5700. Telex: 25-4350

Deutscher Importeur oder Vertretung gesucht
Dänischer Hersteller von Carports mit BRD-Typgutachten, Gartenfliesen, Wochenendhäusern etc. sucht bundes- oder länderweite Vertretung. Preiswerte Qualitätsprodukte aus bestem skand. Holz.
Zuschrift. an B.O. Carports ApS
Norgesvej 7, Dänemark

Erf. techn. Kaufmann reist Anfang 1984 nach
Australien
Für Ihre Verhandlungen der geeignete Partner. Wenn Sie Geschäftsabwicklungen vorzunehmen haben bzw. Kontakte suchen, wenden Sie sich bitte unter PA 47115 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Australienpläne?
Intern. tät. Consult.-Firma übern. f. Sie Geschäftsanb. m. austr. Untern. u. Vertr., Dienstl. sow. alle Art. von Probleml. dir. v. Ort. In Austr. Mitte Nov. – Dez. 83. Hon. n. Vereinb.
Schmidtsdorff
Industrial Consulting GmbH
Milchstraße 21, 2000 HH 13
T. 0 40 / 41 70 25, Telex 2 173 405

Geld!!
Wir zeigen Ihnen, wie Sie schnell Geld verdienen können. Wir haben etwas, was Sie interessieren wird. Nutzen Sie diese einmalige Chance. Wir garantieren Ihnen, daß Sie durch uns viel Geld verdienen können. Gegen die geringe Gebühr v. DM 25,– erhalten Sie unsere ausführl. Unterlagen. Handeln Sie schnell, Sie werden es nicht bereuen. Ein paar Zeilen genügen.
Zuschr. u. T 1656 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Patentrechte zu verkaufen
Energieeinsparende Beleuchtung mit Leuchtstoffröhren.
Zuschr. u. P 1544 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Importeur gesucht
Dänischer Hersteller von Gartenmühlen, Springbrunnen, charmanten Birkenmännern (Holzskulpturen) sucht bundesweite, evtl. länderweite BRD-Vertretung. Preisgünstige Qualitätsprodukte aus Dänemark zur Verjüngung des Gartens.
Zuschriften an Per Kirk
Sonsvej 75
DK-4171 Glumsø

U.S.A.
EINWANDERUNGSVISA
Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern.
Informationen. VIC GmbH
Widenmayerstr. 18/I · 8000 München 22
Tel. (089) 22 91 33 · Telex 5 216 534 indad

SÜDAFRIKA
erf. dts. Unternehmerberater zieht nach SA und übernimmt Kundenaufträge.
Angeb. erb. u. A 1400 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Probleme, Schwierigkeiten?
Wir helfen Ihnen bei Absatzschwierigkeiten, Einkaufsproblemen, Finanzierung, Firmen- u. Anlagenberatung. Durch unser Computersystem finanzieren, verkaufen u. kaufen Sie besser. Wir sind Ihr Ansprechpartner f. jedes Problem in allen Branchen. Außerdem vermitteln und handeln wir mit sämtlichen Rohstoffen u. Industriegütern des In- u. Auslandes. Rufen Sie uns an. Auch Sie!!
Tel. 0 22 41 / 33 36 46

Gründen Sie Ihre eigene Existenz
Verdienstmöglichkeit 10 000,- bis 20 000,- DM pro Monat. Erforderl. sind: 30 000,- DM Startkapital, Telef. u. PKW, Freude am Umgang m. Menschen. (Außendiensterfahrungen wären vorteilhaft.) Schulung wird geboten.
Zuschr. u. V 1549 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Hamb. Werksvertretungshaus
hat noch Kapazitäten frei. Wir besuchen den Elektro-GH, sowie alle Märkte u. Küchenspezialgeschäfte. Außerdem Lager, Kommissionierung u. Versand.
Zuschr. u. PL 47124 an WELT-Verlag, 2000 Hamburg 36, Wilhelmstr. 6.

Vielseitiger Kfm. übernimmt Ihre Vertretung in Bremen. Büro, Telex usw. i. Bremen-City vorhanden.
Zuschr. unter PM 47125 an WELT-Verlag, 2000 Hamburg 36, Wilhelmstr. 6.

Exportservice Skandinavien
Ing.- und Dolmetsch.-Firma mit langjähriger Erfahrung bewerkstelligt Marktuntersuchungen, off. Gutheißungen, Marktanpassungen, Patentgesuche sowie Übersetzungen in die nordischen Sprachen. Zuschriften an INTREX, DK-4100 Ringsted, Dänemark

Euro-Botenfahrten
m. eig. Pkw, schnell u. diskret.
Tel. 0 40 / 6 51 47 20
Tag- und Nachtdienst

Wir haben den absoluten Markt!
Wir produzieren als Spitzenhersteller Verbrauchsprodukte für Spendersysteme, die millionenfach in Verwaltung und Wirtschaft der BRD etabliert sind. Wir suchen Partner, die sich hier eine lukrative Existenz oder zweites Bein in Vertrieb und Service sichern wollen. Geschäftskapital erforderlich. Rendite erstklassig.
Concentra Chemie Gesellsch. mbH
Am Kreuzstein 82–84, 6457 Maintal 2, Tel. 0 61 94 / 6 32 39, Telex 04 185 955

Wer kann verkaufen?
Wir können produzieren!
Oder wer hat Lizenzen zu verkaufen?
Maschinenbaubetrieb mit gutem Personalstamm und Maschinen sucht neue Produktion, auch Lohnfertigung. Raum Bielefeld-Hamm, an der BAB A 2.
Zuschriften erbeten unter U 1416 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diese Formel brachte die Menschheit hinter den Mond.

$$G_{\mu\nu} = \frac{8\pi G}{c^4} T_{\mu\nu}$$

Sie ist die von Albert Einstein*) entwickelte Gravitationsgleichung, seine Allgemeine Relativitätstheorie von 1915. Die Gleichung besagt, wie Materie und Energie Schwerkraft erzeugen. Mit Einsteins Theorie bekam die klassische Physik eine neue Dimension. Sie bereitete den Aufbruch des Menschen in das Weltraum-Zeitalter vor, mit seinen Mondraketen, seinen Raumfähren, nicht zuletzt: den Fernmelde- und Wettersatelliten. Sie machen das Telefonieren über Kontinente zum Kinderspiel.

Als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft fördert der Stifterverband Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Da Spitzenleistungen in der Forschung eine konsequente und wirksame Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses voraussetzen, kümmern wir uns darum ganz besonders. Nicht ohne Erfolg.

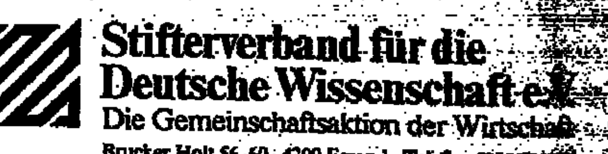
So erweist sich der von uns jährlich veranstaltete bundesweite Schülerwettbewerb Mathematik als ein Musterbeispiel gelungener Hochbegabtenförderung: von 31 Bundessiegern dieses Wettbewerbs haben inzwischen 29 ihr Studium mit den Examensnoten „sehr gut" oder „mit Auszeichnung" abgeschlossen.

Der Stifterverband arbeitet unabhängig vom Staat. Wir halten auch in der Forschung viel vom Mut zum Risiko. Und auch davon, daß sich Wissenschaft möglichst frei von administrativen Zwängen entfalten kann.

Alles, was wir tun, dient einem Ziel: mit dazu beizutragen, daß unser Land auch in Zukunft zu den führenden Wissenschaftsnationen zählt. Deshalb gehören die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit, die medizinische Forschung, die Förderung der Natur- und Geisteswissenschaften ebenso zu unserem Programm wie die Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unseres Landes tun wollen. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Märkten von morgen sichert.

*) * 14. 3. 1879, Ulm; † 18. 4. 1955, Princeton/USA.



OLYMPIA

Entscheidung: Garmisch oder Berchtesgaden?

sid, München

Argwöhnisch beobachtet Berchtesgaden die Aktivitäten von Garmisch-Partenkirchen – und umgekehrt. Zwei oberbayrische Landstriche haben sich für die Ausrichtung der Olympischen Winterspiele 1992 beworben. Heute fällt das Nationale Olympische Komitee für Deutschland (NOK) in Frankfurt mit einer Empfehlung seines Präsidiums eine erste Vorentscheidung über den nationalen Bewerber, der am 5. November durch die NOK-Vollversammlung endgültig gekürt wird. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) vergibt die Spiele erst 1986 in Lausanne.

Die Region Berchtesgaden oder der Olympia-Veteran Garmisch: Beide sind nach Ansicht der NOK-Olympiakommission als Ausrichter geeignet. Ohne Belastung der öffentlichen Hand, wie NOK-Präsident Willi Daume betont: „Die Kostenfrage stellt sich nicht, da Lizenzverträge, der Verkauf von Fernsehrechten, Lotterien und Münzen bei richtiger Planung am Ende jede Gemeinde zum großen Gewinner machen werden."

Das Bundesinstitut für Sportwissenschaft kann als neutraler Zeuge ins Feld geführt werden. Nach seiner Untersuchung, bei der die Kosten für Olympia mit 100 Prozent angenommen und nach dem Aufwand für die einzelnen Posten aufgeschlüsselt wurden, muß Garmisch 72,4 Prozent, Berchtesgaden aber nur 27,7 Prozent aufbringen.

In Berchtesgaden und den fünf beteiligten Gemeinden Bad Reichenhall, Inzell, Reit im Winkl, Ruhpolding und Siegsdorf sind Sportstätten vorhanden, denen international ein guter Ruf vorausgeht. Lediglich eine zweite Eislaufhalle muß in Bad Reichenhall errichtet werden. Garmisch verfügt über die besseren Abfahrts- und Slalomstrecken. Dafür müssen neben dem Dorf die kostspieligen Anlagen für Bob und Rodeln sowie Eisschnellauf neu entstehen.

Gemeinsam haben beide Bewerber die Kritik durch Umweltschützer und politische Gruppierungen, die zur Gründung von Bürgerinitiativen über Dienstaufsichtsbeschwerden bis hin zu Spaltungen in den Gemeinderäten führte. Während Berchtesgaden schon 1980 in Lake Placid die Werbetrommel rührte, baut die Konkurrenz insgeheim auf die engen Kontakte einflußreicher CSU-Politiker in Garmisch-Partenkirchen.

STAND PUNKT

Auch was weit weg vom Ball geschieht, gehört zum Spiel

Die eigentliche Beweisaufnahme war in wenigen Minuten vorbei, die Beratung dauerte kaum länger als eine halbe Stunde. Das Bundesgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) fackelte nicht lange. Das Zweitligaspiel Karlsruhe – Fortuna Köln (4:3) braucht nicht wiederholt zu werden, Kölns Einspruch wurde in der Berufung zurückgewiesen, der sehr umstrittene Spruch des DFB-Sportgerichts vom 29. September demzufolge „geändert", wie es die Bundesrichter in ihrem Urteil vornehm ausdrückten.

Ob, wann, wie und in welcher Absicht Karlsruhes Emanuel Günther dem Kölner Günther Huthwelker damals den Ellenbogen in die Nierenpartie gerammt hatte, spielte für das Urteil – ganz im Gegensatz zur Sportgerichtsverhandlung – keine Rolle mehr. Wichtig war nur noch dies: Täter und Verletzter sind Spieler, die Sache passierte – wenn überhaupt – während des Spiels und auf dem Spielfeld. Also kann es sich nicht um einen Umstand handeln, der – wie ihn Paragraph 25 Absatz 2b der DFB-Spielordnung als Einspruchsgrund vorsieht – „unabwendbar war und nicht mit dem Spiel und einer dabei erlittenen Verletzung im Zusammenhang steht".

Damit stehen die Möbel wieder gerade. Auch was weit weg vom Ball und hinter dem Rücken des Schiedsrichters geschieht, gehört zum Spiel. Sieht der es nicht, dann mag das Pech sein und sogar ungerecht. Aber niemand kann hinterher ankommen und daraus eine spielentscheidende Schwächung und einen Protestgrund ableiten.

Wenn man genau hinhört, dann ging es bei dieser Affäre weder den Kölnern noch dem DFB-Sportgericht im Grunde um die Aberkennung der Punkte, sondern vor allem darum, ein Exempel gegen Profi-Fußballer zu statuieren, die ihre Kollegen auf der anderen Seite bewußt außer Gefecht zu setzen versuchen.

Dazu aber ist ein Protest gegen die Wertung eines Spiels offenbar nicht der richtige Weg. Ob die gegen Günther noch laufenden Ermittlungen des DFB-Kontrollausschusses zum Ziel führen, scheint zweifelhaft. Die Beweislage ist dürftig. Aber vielleicht lassen die Herren Spielbeobachter auf der Tribüne ihre Blicke künftig ein wenig mehr auch in jene Regionen schweifen, in denen diese Art des „Spiels ohne Ball" leider immer häufiger vorkommt.

JOACHIM NEANDER

VOLLEYBALL / Interview mit dem neuen Bundestainer Zbigniew Jasiukiewicz

„Die Vereine sind der Grundstock für eine erfolgreiche Nationalmannschaft"

KAI STIEHL, Bonn

Zbigniew Jasiukiewicz ist neuer Volleyball-Bundestrainer der Herren. Der 36 Jahre alte Diplom-Sportlehrer, der 276mal für die polnische Nationalmannschaft spielte und 1974 mit ihr den Weltmeistertitel gewann, löst Josef Stolarik (CSSR) ab. Jasiukiewicz kam vor drei Jahren als Spielertrainer des Bundesligaklubs Fortuna Bonn nach Deutschland. Die WELT sprach mit ihm.

WELT: Ihr polnischer Trainerkollege Andrezy Niemczyk erreichte mit den Damen bei der Europameisterschaft Platz fünf und damit das beste Resultat in der Geschichte des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV). Sind bei den Herren künftig ähnliche Erfolge möglich?

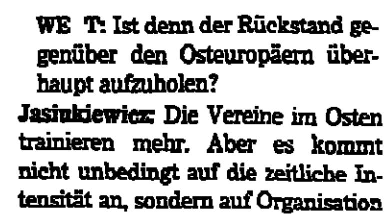
Jasiukiewicz: Zum Erfolg gehören drei Dinge: ein gutes Management, gute Spieler mit einer guten Einstellung und ein guter Trainer. Zumindest über die ersten beiden Voraussetzungen verfügt der DVV, der Erfolg meiner Arbeit bleibt abzuwarten.

WELT: Was wollen Sie anders machen?

Jasiukiewicz: Ich werde auf keinen Fall alles umkrempeln. Auch Stolarik hat gute Arbeit geleistet, an die ich anknüpfen werde. So soll der Mannschaftskader von 26 Spielern weitgehend erhalten bleiben. Aber ich glaube, die Vereine müssen stärker mit dem Verband zusammenarbeiten. In dieser Koordinierung sehe ich meine Hauptaufgabe. Denn in den Vereinen wird der Grundstock für eine erfolgreiche Arbeit mit der Nationalmannschaft gelegt.

WELT: Mannschaftsführer Burghard Sude hat einmal gesagt, die Nationalmannschaft sei nach dem Gewinn der Vize-Europameisterschaft der Junioren zu stark verjüngt worden. Wie wird sie künftig aussehen?

Jasiukiewicz: Für die Nominierung kann nicht, wie in der Vergangenheit, das Kriterium „groß und jung" als einziger Maßstab gelten. Aber der Kern der Mannschaft wird erhalten bleiben: Burghard Sude als Kopf und um ihn herum die jungen Spieler aus der erfolgreichen Juniorenmannschaft.



Will in die Weltspitze: Volleyball-Bundestrainer Jasiukiewicz
FOTO: FRIESE

WELT: Dem Verband, besonders Präsident Roland Mader, wird von verschiedenen Seiten eine Vernachlässigung des Männerbereichs vorgeworfen …

Jasiukiewicz: Wenn ich erst einmal mit der Arbeit begonnen habe, weiß ich mehr. Die zuständigen Personen im Verband, Herr Goeke und Herr Kindermann, haben mir zugesagt, den Aufbau der Mannschaft mit großem Ehrgeiz und Engagement zu betreiben. Die geplanten 120 Tage Kadervorbereitung sprechen dafür. Das ist fast genauso viel wie in Osteuropa.

WELT: Ist denn der Rückstand gegenüber den Osteuropäern überhaupt aufzuholen?

Jasiukiewicz: Die Vereine im Osten trainieren mehr. Aber es kommt nicht unbedingt auf die zeitliche Intensität an, sondern auf Organisation und Qualität.

WELT: Sie sind neuer Bundestrainer. Weil Sie Pole sind?

Jasiukiewicz: Ich glaube es nicht. Ich habe bei Fortuna Bonn in drei Jahren aus dem Nichts eine gute Mannschaft aufgebaut. Das hat man im Verband wohl gesehen.

WELT: Sie arbeiten überaus intensiv …

Jasiukiewicz: Wer Erfolg haben will muß hart arbeiten. Andere Trainer reden zuviel darüber. Im übrigen: Es kommt nicht auf die Härte an, sondern auf die professionelle Einstellung des Trainers und der Spieler. Auf diesem Gebiet sind uns die Osteuropäer überlegen – das ist der Grund ihrer Erfolge.

WELT: In der Nationalmannschaft ist diese Einstellung vorhanden?

Jasiukiewicz: Früher gab es vielleicht manchmal Probleme mit der Disziplin – heute nicht mehr. Ich sage den Spielern, was sie machen sollen, und sie befolgen es auch.

WELT: Wird es im Herren-Volleyball demnächst auch ein „Modell Lohhof" geben? In Berlin laufen wohl Bemühungen, etwas ähnliches aufzubauen …

Jasiukiewicz: Bei den Herren brauchen wir so etwas nicht. Die Leistungsdichte in der Bundesliga ist sehr groß. Und wenn Berlin in dieser Saison aus der zweiten Liga aufsteigen sollte, dann gibt es eine starke Mannschaft mehr in der Bundesliga – mehr aber nicht. Bei den Damen brauchte man Lohhof, weil das Vereinsniveau insgesamt sehr schwach war. Auch das hat sich geändert.

WELT: Wie sieht die Planung für die nächsten Jahre aus?

Jasiukiewicz: In dieser Saison will ich den Anschluß an die westeuropäische Spitze wiederherstellen, im Jahr danach soll der Anschluß an die Osteuropäer geschafft werden. Danach muß ich weitersehen. Ich plane nicht länger als für zwei Jahre, das macht man nur in Osteuropa …

Hübner spielte remis

Tilburg (dpa) – Robert Hübner (Porz) erreichte in der fünften Runde des internationalen Schach-Turniers von Tilburg (Holland) ein Remis gegen Sosonko (UdSSR). Weltmeister Karpow (UdSSR) und Portisch (Ungarn) trennten sich ebenfalls unentschieden. Es führt Karpow. Hübner ist Neunter.

Ivan Lendl in Führung

London (dpa) – Der Tschechoslowake Ivan Lendl führt die Jahreswertung im Tennis-Grand-Prix der Herren mit 2314 Punkten vor dem Schweden Mats Wilander (2226) an.

Nun doch in die USA

New York (sid) – Die sowjetische Eishockey-Nationalmannschaft wird im Dezember nun doch sechs Spiele in den USA durchführen. Diese Zusage erhielt Hal Trumble, der Exekutivdirektor des amerikanischen Verbandes. Die Sowjets hatten zuvor die politischen Entwicklungen nach dem Abschuß des südkoreanischen Verkehrsflugzeugs zum Anlaß genommen, die Reise abzusagen.

Koopmans K.-o.-Sieger

Den Haag (sid) – Halbschwergewichts-Europameister Rudi Koopmans (Holland) bezwang in Den Haag den Amerikaner Gary Jones durch K. o. in der zweiten Runde. Zur Zeit beschäftigt sich die Europäische Box-Union (EBU) mit der Doping-Affäre des Holländers, der beim Titelkampf in Frankfurt gegen Manfred Jassmann (Korbach) zum zweiten Mal des Anabolika-Mißbrauchs überführt worden war.

Weltspiele für Randsportarten

London (sid) – Die ersten Weltspiele für nichtolympische Sportarten sollen vom 24. Juli bis 4. August 1985 in London stattfinden. In 24 Disziplinen, darunter Sambo-Ringen, Wasserski, Speedway, Rollkunstlauf, Freikörperkultur, Flossenschwimmen und Trampolinspringen sollen Teilnehmer aus 65 Ländern starten.

Neue sowjetische Attacke

Moskau (sid) – Heftige Angriffe richtet die sowjetische Regierungszeitung „Istwestija" gegen die Behörden des US-Bundesstaates Kalifornien. Das Blatt: „Sie wollen vor unseren Sportlern, die im nächsten Jahr an den Olympischen Spielen in Los Angeles teilnehmen wollen, einen eisernen Vorhang richten."

Leichtathletik wie Tennis?

London (dpa) – Die internationale Sportpromotionsfirma Mark McCormack plant nach dem Tennis-Vorbild eine Serie von Grand-Prix-Wettbewerben in der Leichtathletik. Sechs führende europäische Veranstalter erwägen derzeit entsprechende Vorschläge. Der Start ist im Juni oder Juli 1984 in Oslo geplant.

Mill nicht nach Dortmund

Mönchengladbach (sid) – Vorerst gescheitert ist in der Fußball-Bundesliga der geplante Transfer Frank Mills (Borussia Mönchengladbach) zu Borussia Dortmund. Da beide Vereine keine Einigung über die Ablöse-Modalitäten erzielten, erscheint ein Wechsel in naher Zukunft unwahrscheinlich.

America's Cup wird ausgestellt

Perth (sid) – Nach vielen Protesten der australischen Bevölkerung wird der America's Cup jetzt zum öffentlichen Schau-Objekt. Ab 7. November wird die Segel-Trophäe einen Monat lang unter strengen Sicherheitsvorkehrungen in australischen Städten ausgestellt. Die Yacht „Australia II" hatte den America's Cup gewonnen.

Neue Kanu-Bundestrainer

Esslingen (sid) – Jürgen Gerlach (34) aus Neuss und Hans-Peter Köpping (43) aus Dormagen sind die neuen Bundestrainer der Slalom-Kanuten. Der seit 1970 alleinverantwortliche Bundestrainer Günter Brümmer ist nun für die Bundeswehrfördergruppe in Augsburg und den Nachwuchs zuständig.

MODERNER FÜNFKAMPF

Junioren-Weltmeisterschaften in Coto de Caza/Los Angeles, Stand nach der dritten Disziplin (Schwimmen), Mannschaftswertung: 1. Ungarn 9880 Punkte, 2. Italien 9608, 3. Schweden 9588, 4. Deutschland (Kreber, Marsollek, Cichosz) 9460, 5. USA 9388, 6. Polen 9328. – Einzelwertung: 1. Bardi (Ungarn) 3372, 2. Lundblad (Schweden) 3308, 3. Toraldo (Italien) 3296, 4. Fabian (Ungarn) 3244 … 8. Cichosz 3176, 9. Kreber 3152 … 13. Marsollek (alle Deutschland) 3132.

TENNIS

Damenturnier in Brighton, erste Runde: Jexell (Schweden) – Pfaff (Deutschland) 7:6, 6:3, Tanvier (Frankreich) – Croft (England) 6:2, 6:2. Grand-Prix-Turnier in Wien, erste Runde: Wilkinson (USA) – Stadler (Schweiz) 6:1, 4:6, 6:3, Svensson (Schweden) – 1Fromm (USA) 4:6, 6:3, 6:1, Korita (USA) – Doyle (Irland) 6:1, 6:1, Gottfried (USA) – Simonsson (Schweden) 6:4, 6:2, Hocevar (Brasilien) – Visser (Südafrika) 7:6, 6:4.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 659 011,70, 2: 105 912,50, 3: 5634,30, 4: 105,00, 5: 8,40. – **Toto:** Elferwette: Klasse 1: 36 058,90, 2: 1322,60, 3: 145,80. – **Auswahlwette „6 aus 45"**: 1. Rang: 3 000 000, 2: 61 405,20, 3: 6739,60, 4: 94,40, 5: 7,20. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 97,60, 2: 30,80. – Rennen B: Klasse 1: 360,60, 2: 46,60. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 193 052,20. (Ohne Gewähr)

FUSSBALL / Heute sechs Stunden lang Europapokal im Fernsehen – Udo Sopp nur knapp zum Präsidenten in Kaiserslautern gewählt

Der zwölfte Vergleich mit der „DDR“

DW. Bonn

Die zweite Runde der Fußball-Europapokalwettbewerbe bringt heute den zwölften deutsch-deutschen Vergleich: Lok Leipzig gegen Werder Bremen im UEFA-Pokal. Neunmal schalteten bisher die Klubs aus der Bundesrepublik ihre Gegner aus, nur zweimal gewannen Vereine aus der „DDR“: 1. FC Magdeburg (gegen Schalke 04) und eben Lok Leipzig (gegen Fortuna Düsseldorf).

Das sind die bisherigen deutsch-deutschen Europapokal-Duelle:

Pokal der Landesmeister, 1973/74: Bayern München – Dynamo Dresden 4:3 und 3:3, 1974/75: Bayern München – 1. FC Magdeburg 3:2 und 2:1, 1982/83: Hamburger SV – Dynamo Berlin 1:1 und 2:0.

UEFA-Pokal: 1973/74: Lok Leipzig – Fortuna Düsseldorf 1:3 und 3:0, 1974/75: Hamburger SV – Dynamo Dresden 3:1 und 4:2, 1977/78: Magdeburg – Schalke 04 3:1 und 4:2, 1978/79: Duisburg – Carl Zeiss Jena 0:0 und 3:0, 1979/80: Stuttgart – Dynamo Dresden 0:0 und 1:1, 1980/81: Stuttgart – Vorwärts Frankfurt/Oder 5:1 und 2:1, 1981/82: Mönchengladbach – Magdeburg 1:3 und 2:0, 1982/83: Werder Bremen – Frankfurt/Oder 3:1 und 2:0.

Das Achtelfinale im UEFA-Cup wird am 4. November ausgelost, das Viertelfinale in allen drei Wettbewerben am 9. Dezember. Das sind die Spiele heute:

Europapokal der Meister

Dynamo Bukarest – Hamburger SV, Dynamo Ost-Berlin – Partizan Belgrad, Olympiakos Piräus – Benfica Lissabon, FC Liverpool – Atletic Bilbao, Bohemians Prag – Rapid Wien, Raba Györ/Ungarn – Dynamo Minsk, Standard Lüttich – Dundee United, CSKA Sofia – AS Rom.

Europapokal der Pokalsieger

Dozsa Ujpest Budapest – 1. FC Köln, SK Beveren – FC Aberdeen, Hammarby Stockholm – Haka Valkeakosken/Finnland, Schachtjor Donetse – Servette Genf, Paris St. Germain – Juventus Turin, NEC Nijmegen – FC Barcelona, Glasgow Rangers – FC Porto, Spartak Varna – Manchester United.

UEFA-Cup

Lokomotive Leipzig – Werder Bremen, PAOK Saloniki – Bayern München, Sparta Rotterdam – FC Jena, RSC Anderlecht – Banik Ostrau, Spartak Moskau – Aston Villa, RC Lens – FC Antwerpen, Widzew Lodz – Spartak Prag, PSV Eindhoven – Nottingham Forest, Sporting Lissabon – Celtic Glasgow, Austria Wien – Stade Laval, Hellas Verona – Sturm Graz, Honved Budapest – Hajduk Split, Tottenham Hotspur – Feyenood Rotterdam, FC Watford – Levski Spartak Sofia, Radnicki Nisch – Inter Preßburg, FC Groningen – Inter Mailand.

● **Fernseh-Festtag** für alle Fußball-Freunde, die es sich heute leisten können, schon um 13.55 Uhr vor ihrem Gerät zu sitzen. Fast sechs Stunden lang wird im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) über die zweite Runde der Europapokalspiele berichtet.

● **Original** übertragen werden die UEFA-Pokalspiele Lok Leipzig gegen Werder Bremen (ab 13.55 Uhr) und, direkt anschließend, PAOK Saloniki – Bayern München.

● **Ausschnitte** der Spiele des Meisters Hamburger SV und des Pokalsiegers 1. FC Köln werden von 19.30 bis 20.15 Uhr gesendet. Wem das noch nicht genug ist: Von 22.40 bis 24.00 Uhr gibt es noch einmal eine Tageszusammenfassung aller Spiele, angereichert mit Interviews und einem Bericht vom Spiel FC Liverpool gegen Atletico Bilbao im Pokal der Meister.



So gelassen ist ein Europapokalsieger. Hamburgs Trainer Ernst Happel wird auch in Bukarest ruhig seine Zigaretten rauchen: „Ich verlasse mich ganz auf meine Mannschaft.“ FOTO: FMS

Bremen mit 3000 Wimpeln nach Leipzig

DW. Bonn

Meister Hamburger SV greift ein, Pokalsieger 1. FC Köln kann in Budapest beweisen, daß er sich tatsächlich auf dem Weg aus einem Tief befindet. Im UEFA-Pokal gibt es einen deutsch-deutschen Vergleich und das Zusammentreffen von Bayern München mit seinem ungeliebten früheren Trainer Pal Csernai in Saloniki. Die Hinspiele in der zweiten Runde der drei europäischen Fußball-Pokalwettbewerbe bringen aus der Sicht der gesamten deutschen Bundesliga viel Spannung. Die erste Runde mit dem Ausscheiden des 1. FC Kaiserslautern (gegen Watford) und des VfB Stuttgart (gegen Sofia) schienen die Kritiker zu bestärken, die dem Fußball der Bundesrepublik – ob in der Nationalmannschaft oder auf der Ebene der stärksten Vereine – eine Krise bescheinigten.

Heute, und daran ist auch die Auslosung schuld, schaut alles schon wieder etwas rosiger aus. Bundestrainer Jupp Derwall hat zum alten optimistischen Wortschatz zurückgefunden: „Alle vier Mannschaften können es schaffen.“ Was auf die Bundesliga-Klubs zukommt, sind durchaus prominente und attraktive Gegner, die aber nicht zur europäischen Spitzenklasse gehören. Das große Geschäft kann wohl erst in der dritten Runde beginnen. Das ist die Situation in den Bundesliga-Klubs vor ihren Spielen:

● **Hamburger SV** (17.00 Uhr bei Dinamo Bukarest): Es ist wie immer beim deutschen Meister, der in der ersten Runde ein Freilos gezogen hatte. Jeder bemüht sich, so gelassen zu erscheinen, daß auch der Gegner an nichts anderes als an einen Hamburger Sieg denken kann. Ernst Happel, der Trainer, zieht weiter ruhig an seinen Zigaretten und sagt: „Ich verlasse mich auf meine Mannschaft.“ Wie hoch der Österreicher die Bukarester einschätzt, zeigt dies: Er selbst beobachtete den Gegner nicht, ließ seinen Assistenten Rainer Ohlhauser einmal nach Rumänien fahren. Und er lehnte es auch ab, viel Geld für eine Video-Kassette auszugeben, die ein Spiel des rumänischen Meisters zeigt. 4000 Dollar sollte der Hamburger SV für diese Kassette bezahlen. Ernst Happel: „Davon kann ich ja eine Weltreise machen.“

Vielleicht gibt es nur einen in der HSV-Mannschaft, der etwas nervös ist. Dieter Schatzschneider muß mit der Belastung fertig werden, daß er als neuer Mittelstürmer selbstverständlich auch im Europapokal an seinen Vorgängern gemessen wird. Horst Hrubesch und davor Uwe Seeler erzielten jeweils 21 Treffer für ihre Mannschaft in internationalen Wettbewerben. Schatzschneider sagt: „Ich werde sicherlich auch im Europapokal meine Tore schießen. Ich habe ja noch etwas Zeit, um auch auf die Anzahl der Tore von Hrubesch und Seeler zu kommen.“

Außenverteidiger Wehmeyer zog sich beim Training eine Zerrung zu und fällt aus. Der Einsatz von Milewski ist noch fraglich. Die voraussichtliche Aufstellung: Stein, Hieronymus, Kaltz, Jakobs, Schröder, Hartwig, Rolff, Magath, Groh, Schatzschneider, Milewski (Hansen). – Schiedsrichter: Keizer (Holland).

● **1. FC Köln** (16.00 Uhr in Budapest): Miklos Temesvari, der Trainer von Ujpest Dozsa Budapest, versucht offensichtlich, die Kölner in Sicherheit zu wiegen. Er lobt den Gegner seiner Mannschaft zu schier schwindelerregenden Höhen hinauf: „Eine Weltklasse-Mannschaft. Das 7:1 gegen Innsbruck und das 2:0 gegen Bayern München haben mir das bewiesen. Alles andere als ein Kölner Sieg bei uns wäre eine Überraschung.“ Ein Glück nur, daß Trainer Hannes Löhr Realist bleibt: „Der stapelt bewußt tief. Der will uns etwas vorgaukeln.“

Probleme könnten die Kölner mit ihrer Abwehr bekommen. Die Budapester stürmen mit drei Spitzen, die Stürmer Laszlo Fakete, Sandor Kiss und Andras Töröcsik sind ihre Stars. Nationalspieler Stefan Engels ist erneut am Knie verletzt und kann nicht eingesetzt werden. Löhr: „Wir müssen höllisch aufpassen. Auf keinen Fall aber dürfen wir uns hinten reinstellen. Wir müssen versuchen, unseren eigenen Stil zu spielen.“

Die voraussichtliche Mannschaft: Schumacher, Strack, Prestin, Steiner, Hönerbach, Hartmann, Haas, Reif (Gielchen), Littbarski, Fischer, Allofs. – Schiedsrichter: Losert (Österreich).

● Bayern München (16.00 Uhr in Saloniki): Pal Csernai, von Bayern München vorzeitig entlassen, kennt den Gegner wohl besser als seine eigene Mannschaft von PAOK Saloniki, mit der er erst drei Monate arbeitet. Süffisant bescheinigte er seinem Nachfolger Udo Lattek am Samstag nach der 0:2-Niederlage in Köln, noch immer nach seinem System spielen zu lassen: „Es hat sich nichts geändert.“ Doch ob diese gute Kenntnis der Verhältnisse in der Münchner Mannschaft ausreicht, eine Runde weiterzukommen, bezweifelt Csernai selbst: „Der Leistungsunterschied ist ziemlich groß. Wir können ihn nur mit Einsatz ausgleichen.“

Sein Kollege Udo Lattek will Konsequenzen aus der Niederlage in Köln ziehen: „Es wird Umstellungen auf zwei bis drei Positionen geben.“ Die endgültige Aufstellung hängt davon ab, ob der dänische Nationalspieler Sören Lerby und Junioren-Nationalspieler Michael Rummenigge ihre leichten Verletzungen überwunden haben. Fest steht, daß Lattek die Abwehr verstärken will. So hat vor allem Bernd Martin die Chance, zum Einsatz zu kommen, Calle del'Haye wird wohl nicht spielen. Martin hat im Mai gegen Schalke 04 zum letzten Mal gespielt.

Die voraussichtliche Aufstellung: Pfaff, Augenthaler, Dremmler, Beierlorzer, Dürnberger, Mathy, Kraus, Lerby (Nachtweih), Martin, Michael Rummenigge (del'Haye), Karl-Heinz Rummenigge. – Schiedsrichter: Menicucci (Italien).

● Werder Bremen (14.00 Uhr in Leipzig): Am Samstag beobachtete Bremens Trainer Otto Rehhagel die 0:2-Pokal-Niederlage von Lokomotive Leipzig im Heimspiel gegen den 1. FC Magdeburg. Er wurde stürmisch gefeiert („so etwas erlebt man nicht alle Tage“). Die Bremer haben sich auch abseits des Sports auf die Reise in die „DDR“ vorbereitet. 3000 Aufkleber mit der Aufschrift „Werder Bremen grüßt Lokomotive Leipzig“ wurden gedruckt. Das Gepäck mit ihnen, Wimpeln und Anstecknadeln, ist schwerer als der Mannschaftskoffer mit Schuhen und Trikots. Manager Willi Lemke: „Im letzten Jahr haben wir in Frankfurt/Oder durch unsere Aktivitäten viele Freunde gewonnen. Es wäre schön, wenn es diesmal genauso wäre.“

Lemke handelte an Ort und Stelle mit den Leipziger Funktionären auch die Möglichkeit aus, daß jetzt 800 Bremer ihre Mannschaft begleiten können. 1600 Fans hatten sich für die Reise angemeldet, die Hälfte muß zu Hause bleiben. Der Grund: Das Rudolf-Plache-Stadion ist seit langem mit nur 24 500 Zuschauern ausverkauft, wobei nur 4000 Sitzplätze zur Verfügung stehen.

Vor der Abreise führte Rehhagel seinen Spielern noch einmal die Video-Aufzeichnung des Leipziger 4:0-Sieges über Girondins Bordeaux aus der ersten Runde vor. Rehhagels Urteil über den viermaligen Torschützen Hans Richter: „Ein äußerst kraftvoller und einsatzfreudiger Spieler, gefährlich wie Rudi Völler.“

Die voraussichtliche Aufstellung: Burdenski, Pezzey, Okudera, Gruber, Otten, Sidka, Möhlmann, Bracht, Reinders, Möller, Meier. – Schiedsrichter: Costatin (Belgien).

„Matsch und Brühe“ und Indizien für den leisen Abschied von Weise

MARTIN HÄGELE, Kaiserslautern

Irgendwann im Verlauf der Generalversammlung hat Geschäftsführer Norbert Thines Stadionsprecher Udo Scholz ins Ohr geflüstert: „Wenn du heute zehn Minuten vernünftig geredet hättest, wärst du jetzt Bundesliga-Präsident.“

Ein kabarettreifer Spruch, der die Lage des 1. FC Kaiserslautern treffend charakterisiert: Nur Palaver, siebeneinhalb Stunden lang, niemand, der etwas zu sagen gehabt hätte. „Alles Augenwischerei“, sagte Jürgen „Atze“ Friedrich. Der ehemalige Präsident, der aus dem Pfälzer Verein einen Spitzenklub der Bundesliga gemacht hatte, war gegangen – lange bevor morgens um halb vier im Saal der „Neuen Eintracht“ die Stühle auf die Tische gestellt wurden. Er hatte das Elend nicht mehr mit ansehen können.

Friedrich wünscht sich die Pfälzer Fußballgemeinde zurück. Aber weil der trotz stürmischer „Atze, Atze“-Rufe nein gesagt hat zur Kandidatur, können seine Nachfolger in ihre zweite Amtsperiode gehen.

Sie verließen den Saal zerrupft und zerschrammt. Erst in einer Stichwahl hatte sich Präsident Udo Sopp gegen Otto Bauer (63) durchgesetzt. Mit 273:240 Stimmen. Und wenn der Bundesbahndirektor Bauer nur ein bißchen volkstümlicher gewesen wäre, hätte er den Pfarrer Sopp gestürzt. Noch schlimmer erging es dem Vizepräsidenten Rainer Pochert. Obwohl kein Gegenkandidat vorhanden war, wollten von 449 Mitgliedern nur noch 239 Rainer Pochert als zweiten Mann wählen.

Eine solche Wahl kommt einer öffentlichen Ohrfeige gleich. Zwei vom alten Präsidium purzelten ganz durchs Sieb: Schatzmeister Walter Greiner sang- und klanglos. Für Beisitzer August Diehl (71) war es ein harter Schlag. Immerhin hatte er seit 18 Jahren seinen Job als Reisemarschall sauber erfüllt.

Dieser Klub wird nicht von Fachleuten geführt

Zwei neue Gesichter: Über das Geld wacht nun der ehemalige Spieler Gerd Schneider, den Beisitzerposten bekam Professor Ernst Fuchs. Beide waren vom Verwaltungsrat zur Wahl vorgeschlagen. Die Herren dieses Gremiums konnten sich als Gewinner einer Generalversammlung fühlen, die keinen Sieger verdient hatte.

Provinziell, viel Wichtigtuer aber kein starker Mann: Es war die Bestätigung der Erkenntnis, daß dieser Klub nicht von Fachleuten sondern von Fans geführt wird. Und da sich einige in den beiden Funktionärsriegen nicht gerade grün sind, kann man schon bald die schönsten verbalen Prügeleien erwarten. Das Bild von der heilen Welt vom Betzenberg mit dem Pfarrer an der Spitze, bedarf dringend der Korrektur.

Dennoch betonte Sopp immer wieder: „Wir sind nach wie vor ein gesundes Unternehmen.“ Will er etwa den Betzenberg verkaufen? An wen? Der Berg ist totes Kapital.

Wenn es mit dem 1. FCK wirtschaftlich weiter so bergab geht wie in den letzten drei Monaten, dann addieren sich zu dem Millionen-Verlust aus dem Vorjahr zweieinhalb weitere. Und bei dreieinhalb Millionen Miesen, so hat das Verwaltungsratsvorsitzender Jung festgestellt, sei der Klub nicht mehr liquiditätsfähig.

Harte Zeiten nach den stolzen Erfolgen der vergangenen sechs Jahre. Möglicherweise muß man sich noch vor Weihnachten von dem einen oder anderen Spieler trennen, kündigte Sopp Konsequenzen an. In einer Sache aber blickte Sopp vollkommen klar. Er merke, daß das Vertrauen in ihn erschüttert sei, doch damit wolle er sich im Augenblick nicht beschäftigen, „denn unser Nahziel heißt Waldhof“.

Unfähig, die Probleme sachlich auszutragen

Am Samstag gastiert der Aufsteiger am Betzenberg. Die Nachbarmannschaft hat die Kaiserslauterer schon einiges gekostet. Der Fußballfan im Südwesten tendiert im Augenblick deutlich zu Waldhof. Sollten Schlappner und seine Mannschaft auch den Betzenberg stürmen, die Folgen wären für Kaiserslautern geradezu katastrophal.

Daß man sich die Otter an der eigenen Brust aufgezogen habe, kritisierte Ex-Präsident Friedrich. Seine Nachfolger hätten den Mannheimern die besten Spieler wegkaufen und diesen gefährlichen Trend rechtzeitig erkennen müssen. Friedrich: „Das ist nicht verwerflich, ich muß doch meine Konkurrenz beobachten und mich dagegen wehren.“

Im Stadion wird auch Trainer Dietrich Weise kaum so ungeschoren davonkommen wie vorgestern im Saal. Da war kaum einmal ein Wort gegen den Trainer gefallen. Das überrascht. Andererseits erklärt gerade jenes Schweigen die Lage der Lauterer. Der Klub ist nicht mehr fähig oder bereit, seine Probleme hart und sachlich auszutragen. „Nichts ist mehr faßbar, nur Matsch und graue Brühe“, meint Friedrich, „im Spitzensport gibt es keine schlimmere Situation.“ Diesen Zustand des Vereins spiegelt die Mannschaft wider.

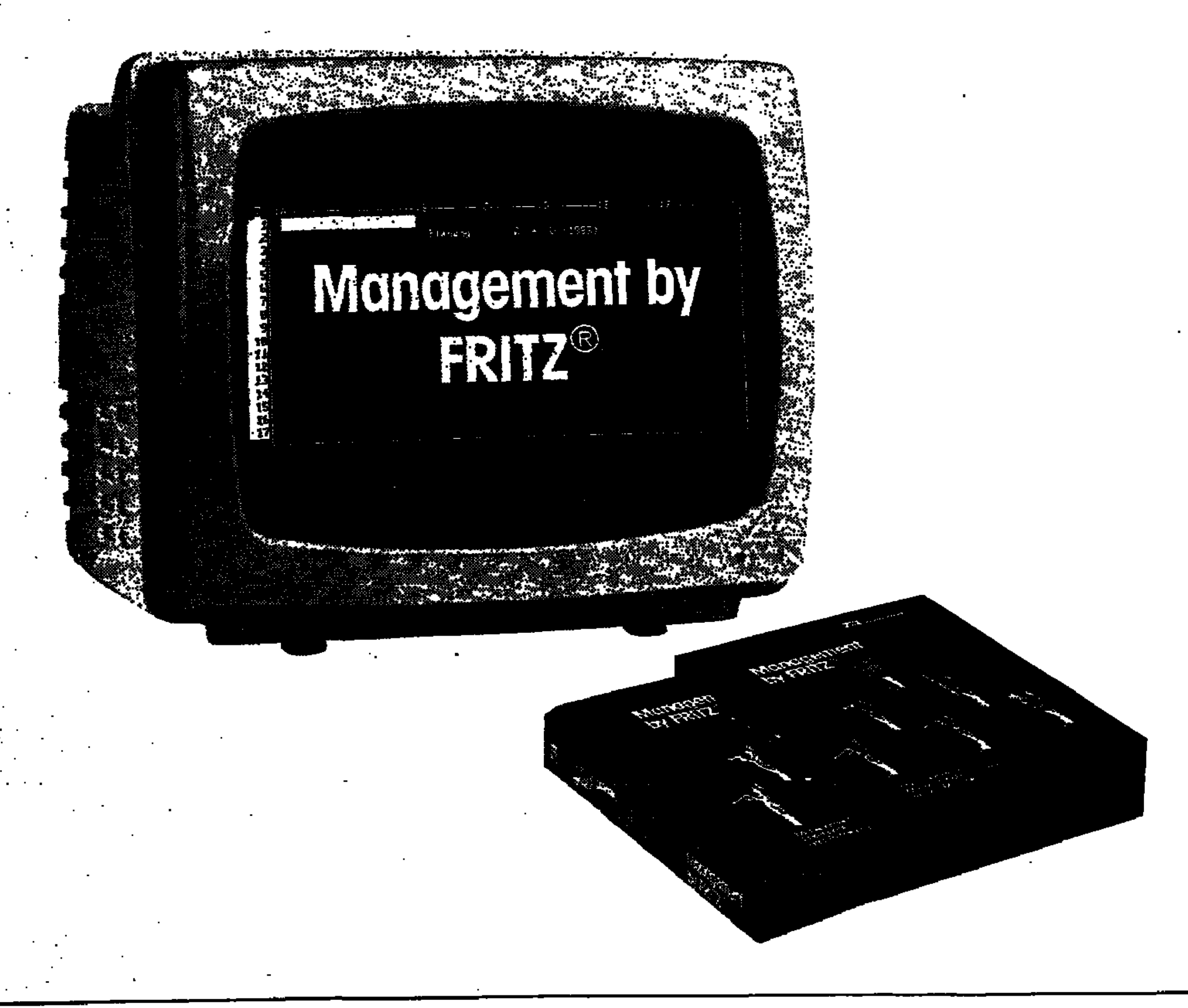
Wie lange aber hält Weise noch aus? Leute, die den Trainer sehr gut kennen, sind überrascht, daß er nicht schon von sich aus das Handtuch geworfen hat. Tut er es am Samstag? Am Montag war auf der Geschäftsstelle schon ein Telex eingetroffen, in dem das Präsidium der Frankfurter Eintracht darum bat, mit Dietrich Weise Kontakte aufnehmen zu dürfen. Heute berät Weise mit dem Präsidium.

Assistenztrainer Ernst Diehl, der auch für die A-Jugend zuständig ist, hat vorsichtshalber schon mal einem Jugendtrainer mitgeteilt, er möge sich doch darauf einrichten, am nächsten Dienstag seine A-Jugend zu übernehmen.

Die Indizien für Weises leisen Abschied häufen sich.

Weiterdenken Weitergehen Weiterkommen...

Management by FRITZ®



FRITZ® - die richtige Maßnahme für schnelle Entscheidungshilfen im Management.

Die Computer-Assistenz als gezielte Unterstützung des Managers:
Für die schnelle und sichere Analyse, Planung und Entscheidung. In allen Management Bereichen. Die hochqualifizierte Informationsverwaltung durch das „Management Datenbank- und Abfragesystem" als Einzelplatzsystem mit der Ausbaufähigkeit zum lokalen Netzwerk für das gesamte Management.
Made for Germany - made in USA by SPI Software Products International.
TA Triumph-Adler - weltweite Forschung, Entwicklung und Kooperation.

Entscheiden Sie jetzt, wie Sie sich über „Management by FRITZ®" am schnellsten informieren können:

- per Videokassette „Management by FRITZ®" mit ausführlichen Demonstrations- und Anwendungsbeispielen
- durch das umfassende Handbuch „Management by FRITZ® in der täglichen Praxis"

TA TRIUMPH-ADLER
Bürokommunikation

Und so überzeugen Sie sich von „Management by FRITZ®" am besten: Sofort und ganz unmittelbar vom 17.-21. Oktober 1983 auf der SYSTEMS in München, Halle 19, Stand 19003/19102 und Halle 23, Stand 23201/23302, oder mit nebenstehendem Kupon

F04/DW

Informieren Sie mich jetzt über FRITZ®:
☐ per Video-Information „Management by FRITZ®"
☐ VHS ☐ Beta ☐ video 2000 (Kaufpreis: DM 148,- per Nachnahme)
☐ durch das Sachbuch „Management by FRITZ® in der täglichen Praxis" (Kaufpreis: DM 28,- per Nachnahme)
Ausschneiden und an TA senden:
Triumph-Adler AG, Abt. VIPV, Witschelstr. 102, 8500 Nürnberg 80

El Salvador wieder im Bonner Hilfsprogramm

HH. Bonn

Der zentralamerikanische Staat El Salvador wird von 1984 an wieder Entwicklungshilfe aus der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Wie Minister Jürgen Warnke (CSU) gestern erklärte, werde damit die Ungleichbehandlung gegenüber dem Nachbarstaat Nicaragua beendet. Warnke bezeichnete diesen Zustand als „unerträglich". Dabei äußerte er, daß es in Nicaragua nicht nur an den Voraussetzungen für eine gedeihliche Zusammenarbeit fehle. Die Regierung wirke auch „destabilisierend auf die gesamte Region".

Dennoch will die Bundesregierung hieraus noch keine Konsequenzen für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit ziehen. Die laufenden Projekte sollen nicht abgebrochen werden. In der sogenannten Rahmenplanung 1984 sind – wie für 1983 – fünf Millionen Mark vorgesehen. Warnke ließ jedoch durchblicken, daß die weitere politische Entwicklung darüber entscheide, ob entsprechende Zusagen auch tatsächlich gegeben würden. Für El Salvador sind etwa 5 Millionen Mark an Neuzusagen 1984 eingeplant.

Nach „Panne" im Moskauer Fernsehen wurde Programmdirektor entlassen

Chef des Rundfunkkomitees, Sergej Lapin, verwarnt / Sprecher Dautschew wieder beschäftigt

F. H. NEUMANN, Moskau

„Unzuverlässige Arbeitsmethoden" der sowjetischen Tagesschau-Redaktion haben den Programmdirektor des sowjetischen Fernsehens, Wiktor Ljubowzew um seinen Posten gebracht. Ljubowzew war schon vor einigen Tagen nicht mehr an seinem Schreibtisch erschienen.

Eine Panne bei der Verlesung der letzten Erklärung von Partei- und Staatschef Jurij Andropow in der abendlichen Hauptsendung von „Wremja" („Die Zeit") am 28. September war der unmittelbare Anlaß der Amtsenthebung. An die Stelle von zehn Sätzen in der Erklärung von höchster Stelle war unbemerkt eine Passage aus einem Interview eines stellvertretenden Kommandeurs des Warschauer Paktes geraten. So kam es, daß plötzlich markige Worte über die Stärke und die Kampfbereitschaft der sozialistischen Bruderarmeen im Zusammenhang mit deren Herbstmanövern verbreitet wurden, die angeblich von Andropow stammen sollten.

Direkt nach dem beispiellosen Vorfall wurden mehrere Disziplinarmaßnahmen gegen Fernsehredakteure eingeleitet. Der Programmdirektor erhielt zuerst einen „strengen Verweis", nun wurde er abgesetzt. Politisch bedeutsam ist, daß auch der Vorsitzende des Staatskomitees für Rundfunk und Fernsehen, Sergej Lapin, mit einer Verwarnung bedacht wurde. Sein Abschied vom Staatsamt wird in Moskau nun für die nahe Zukunft erwartet, zumal ihn auch die politische Verantwortung für die aufsehenerregenden „Versprecher" in mehreren Nachrichtensendungen des englisch-sprachigen „World Service" von Radio Moskau belastet.

Der damalige Sprecher Wladimir Dantschew, der Mitte Mai in drei Sendungen plötzlich vom „Kampf gegen die sowjetische Okkupation Afghanistans" und vom Widerstand der Bevölkerung gegen das Regime von Kabul sprach, war danach als „krank" bezeichnet und in seiner Heimat Taschkent medizinisch „betreut" worden. Inzwischen ist er wieder bei Radio Moskau beschäftigt, ohne allerdings vor die Mikrophone zu treten. Offenbar wird ihm keine unmittelbare Verantwortung für die „Versprecher" angelastet.

Nach Angaben aus sowjetischen Kreisen ist die Verwechslung nicht durch Absicht, sondern aus Schlamperei zustande gekommen. Die Pannen sind jedenfalls, worauf sie auch zurückgehen mögen, keine Anzeichen politischer Zuverlässigkeit im Apparat von Rundfunk und Fernsehen. Die Parteiführung hat daher am vergangenen Freitag „eine Reihe von Maßnahmen" beschlossen, die eine „Verbesserung der ideologisch-politischen Inhalte" in der „Informations- und Propagandaarbeit" bewirken sollen.

Kritik an den Medien übte die Partei schon auf ihrem Juni-Plenum. Ihnen wird der Mangel an „Originalität und Frische", letztlich sogar von Überzeugungskraft vorgeworfen, wovon die „Gegenpropaganda des Imperialismus" profitiere. Das Politbüro verlangt jetzt eine noch engere Abstimmung der Medien mit den „ideologischen Behörden".

Sacharow-Appell zum Abschluß der Buchmesse

rtr/DW. Bonn

Zum Abschluß der Frankfurter Buchmesse haben Schriftsteller, Journalisten und Politiker sich öffentlich für den schwer erkrankten Andrej Sacharow eingesetzt. Heinrich Böll, Siegfried Lenz, der im Kölner Exil lebende russische Schriftsteller Lew Kopelew, der französische Politologe Alfred Grosser, Marion Gräfin Dönhoff, der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann sowie führende Mitglieder des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels unterzeichneten ein Telegramm an Sacharow. Darin würdigten sie „seinen und seiner Gattin Jelena Bonner standhaften Mut" und das Eintreten für die Menschenrechte. Sie appellierten an „die Vernunft und die Humanität" der Sowjetregierung, Sacharow aus der Verbannung zu erlösen. Seine Heimat könne auf ihn „stolz sein".

Die Gesellschaft „Kontinent", die ihre Aufgabe in der Unterstützung der Menschenrechte in Osteuropa sieht, berichtete, eine Kopie des Telegramms sei an den sowjetischen Staats- und Parteichef Andropow geschickt worden.

Verhaftungen in Ost-Berlin und Apolda

Proteste in der „DDR" gegen Wehrerfassung von Frauen

gko/rtr, Berlin/Apolda

Nach einer Protestaktion von etwa 40 Frauen gegen die in der „DDR" begonnene Wehrerfassung von Frauen (WELT vom 17. 10.) sind am Montag in Ost-Berlin fünf Frauen vom Staatssicherheitsdienst (SSD) festgenommen worden. Aus dem Freundeskreis heißt es dazu, daß sie in einer koordinierten Aktion zunächst Protestbriefe an die örtlichen Wehrkreiskommandos geschickt hatten. Bei ihrer öffentlichen Aktion seien sie jedoch nicht als geschlossene Gruppe aufgetreten. Als Zeichen der Solidarität untereinander seien viele von ihnen schwarzgekleidet gewesen. Anlaß für die Protestbriefe waren Berichte, wonach die Wehrkreisämter in mehreren Städten der „DDR" begonnen haben, auch Frauen Wehrpässe zuzusenden, was als erste Maßnahme auf dem Weg zur Einberufung gilt. An der Protestaktion soll sich auch Katja Havemann, die Witwe des verstorbenen „DDR"-Regimekritikers Robert Havemann, beteiligt haben. Bei Begleitpersonen der festgenommmenen Frauen seien die Ausweise kontrolliert worden.

Zu einem ähnlichen Protest ist es in der thüringischen Kreisstadt Apolda gekommen. Dort hatten sich Ende September Angehörige aus 14 Familien katholischen Glaubens zusammengefunden, die mit Kerzen in der Hand einen Kreis bildeten. Auch ihr Protest galt der Wehrerfassung von Frauen. Nach der Demonstration in Apolda wurden in der Zeit vom 29. September bis 1. Oktober eine bisher unbekannte Anzahl der Beteiligten vom SSD verhaftet.

Die zunehmende Militarisierung in allen Lebensbereichen der „DDR" findet vor allem unter den christlichen engagierten Bürgern einen immer größeren Widerstand. Mit besonderer Beunruhigung registriert man in der katholischen und evangelischen Kirche, daß an fast allen medizinischen Akademien und den medizinischen Sektionen der Universitäten Lehrstühle für Militärmedizin eingerichtet wurden.

Rasche Zunahme der Waldschäden

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Zustand des deutschen Waldes hat sich innerhalb eines Jahres nach der Schadenserhebung des Bundeslandwirtschaftsministeriums „dramatisch" verschlechtert. Wie Minister Ignaz Kiechle gestern in Bonn bekanntgab, hat sich die Schadensfläche gegenüber dem Vorjahr auf 34 Prozent mehr als vervierfacht. „Neuartige Waldschäden" seien auf einer Fläche von 2,5 Millionen Hektar festgestellt worden. 1,8 Millionen Hektar oder 25 Prozent der Waldfläche wiesen leichte Schäden auf. Mittlere Schäden seien auf 8,5 Prozent der Waldfläche registriert worden und 0,9 Prozent seien sehr krank bis absterbend. Kiechle begrüßte, daß der Haushaltsausschuß 20 Millionen Mark für forstliche Maßnahmen im Zusammenhang mit den neuartigen Waldschäden durch Umschichtung bereitgestellt hat.

Abzug von 2000 Atomsprengköpfen?

● Fortsetzung von Seite 1

verbleibenden Nuklearpotentials die Glaubwürdigkeit der NATO-Verteidigung eher stärkt als schwächt.

Bevor diese Struktur zu beschreiben ist, wird es nötig sein, auf ähnliche Planungen bei der Gegenseite, dem Warschauer Pakt, zu blicken. In der strategischen Literatur der Sowjetunion wird keineswegs verschwiegen, welche Rolle nukleare Streitkräfte im Offensivkonzept der sowjetischen Armee hat. Im Kern sind die Streitkräfte für den Fall eines Angriffs auf die NATO so strukturiert, organisiert und führungsmäßig vorbereitet, daß sie Westeuropa mit dem Ziel Atlantikküste innerhalb von zwei Wochen durchstoßen und das eroberte Territorium, die Häfen und Flugplätze besetzen sollen. Der Erfolg oder Mißerfolg dieser östlichen Planung hängt von der Fähigkeit der NATO ab, sie durch entsprechende Verteidigungsvorkehrungen zu vereiteln. Konkret gesagt, muß die NATO die Aufgabe bewältigen, die zeitliche Planung des Warschauer Paktes durch eine ebenso rasch hergestellte Bereitschaft der eigenen Großverbände in der Verteidigung zu durchkreuzen.

Das sowjetische Konzept offensiver Operationen setzt die Divisionen und Armeen der ersten, zweiten und dritten Staffel auf festgelegten Achsen so an, daß sie bestimmte räumliche Ziele zu bestimmten Zeiten erreicht haben sollen. Das gilt für die Verbände, die den Durchbruch in der NATO-Verteidigung erreichen sollen, ebenso wie für die nachrückenden, die nach der Abnutzung der Angriffsspitzen deren Aufgaben vorne übernehmen sollen. Mit dieser Art Angriff will der Warschauer Pakt erreichen, auf die Abwehr der NATO-Verbände ständig Druck auszuüben und so deren Kampfkraft in relativ kurzer Zeit abzunützen.

Dieses Konzept verlangt exakte Vormarschgeschwindigkeiten, die nach sowjetischer strategischer Planung auch dadurch gesichert werden sollen, daß, wo sich die Verteidigung als zu stark erweist, sie durch massives Feuer der Artillerie und der Luftwaffe zerschlagen werden muß. Gleichzeitig damit würden östliche Operationen zur Vernichtung der NATO-Hauptquartiere, der Flugzeuge auf den Basen mit Nuklearwaffen, der Hauptnachschubdepots und der großen Nachschubwege laufen. Solche Angriffe schließen in der sowjetischen Planung die Nutzung von Atomwaffen keineswegs aus. Aus der im Westen verfügbaren sowjetischen Literatur geht sogar hervor, daß der Bestand der sowjetischen Kernwaffen auf dieses Konzept offensiver Operationen abgestimmt ist. Damit sind die Nuklearwaffen ein integraler Bestandteil der sowjetischen Streitkräfte.

Prag appelliert auch an Moskau

DW. Prag

Mit einem Abrüstungsappell, der sich nicht nur an den Westen, sondern auch an die Sowjetunion richtete, hat gestern die tschechoslowakische Parteizeitung „Rude Pravo" zur Bildung eines „atomwaffenfreien Europa" aufgerufen. Der Aufruf wurde von der Nachrichtenagentur CTK verbreitet. Bisher hatte Prag, einer der engsten Verbündeten Moskaus, nur die USA für das Wettrüsten verantwortlich gemacht. Die Zeitung wies zudem darauf hin, daß die Friedensdemonstrationen in der Tschechoslowakei nicht gedacht seien, um „Druck auf die Regierung auszuüben, so wie das die Friedenskräfte in den kapitalistischen Ländern tun". Diese Formulierung deutet darauf hin, daß es in der Tschechoslowakei zu nichtstaatlichen genehmigten Friedensbekundungen gekommen sein muß.

Trennung von Arafat?

Damaskus fordert seinen Austritt aus der PLO

dpa/UPI, Beirut

Der Konflikt zwischen Syrien und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) kann nach Ansicht der Regierung in Damaskus nur beigelegt werden, wenn sich die PLO von ihrem Vorsitzenden Yassir Arafat trennt. Das berichtete gestern die in Kuwait erscheinende Zeitung „Al Qabas" unter Berufung auf palästinensische Kreise.

Der Konflikt zwischen der PLO und Syrien gehört nach Ansicht von Beobachtern im Nahen Osten zu den Hauptproblemen einer Befriedung Libanons. Nach Angaben des Blattes ist eine entsprechende Forderung Syriens dem „Außenminister" der PLO, Faruk Kaddami, überreicht worden.

In Beirut ist inzwischen die Schnellstraße von der libanesischen Hauptstadt zum internationalen Flughafen im Süden der Stadt unpassierbar geworden. Nach Angaben von Radio Beirut ist dies darauf zurückzuführen, daß sich Scharfschützen von verschiedenen milizionären Organisationen in dem Gebiet Feuergefechte geliefert haben. Nach vorliegenden Informationen waren an diesen Schießereien sowohl prosyrische drusische Milizen und schiitische Anhänger der Organisation „AMAL" beteiligt. Radio Beirut zufolge sollen bei den Schießereien auch Anhänger des iranischen Ayatollah Khomeini beteiligt gewesen sein.

Nach Angaben des Senders soll Ziel dieser neuerlichen Aktionen der linksgerichteten Milizen sein, die für morgen geplante sogenannte Versöhnungskonferenz zu sabotieren. Die Versöhnungskonferenz hat zum Ziel, den libanesischen Bürgerkrieg zu beenden.

Jugendliche zu bedauern

fu (London) – Die jetzt vorgelegten Ergebnisse einer Untersuchung über Jugendarbeitslosigkeit und wie diese die Persönlichkeitsentwicklung Jugendlicher beeinflußt, mögen nicht unbedingt ganz neu sein. Aber sie sind erschütternd.

In der Studie heißt es, daß Arbeitslosigkeit auf Jugendliche im Teen- und beginnenden Twen-Alter einen erheblich stärkeren Einfluß hat als wenn sie später im Leben erfahren wird, weil sie die traditionelle Entwicklung zum Erwachsensein blokkiere. Arbeitslose Jugendliche würden zu lange als kindhaft behandelt und sich entsprechend auch so verhalten. Dies führe zu den bekannten sozialen Schwierigkeiten, nur zu häufig begleitet von Alkohol- und Drogenproblemen.

Diese Erkenntnisse sollten gerade in einem Land wie Großbritannien, das unter einer extrem hohen Rate von Jugendarbeitslosigkeit leidet, zu gezielten und von allen mitgetragenen Maßnahmen führen.

Doch was passiert? Das von der britischen Regierung neu eingeführte Programm zur Ausbildung Jugendlicher, das allen 16jährigen Schulabgängern ohne Arbeitsplatz sowie einem Großteil der arbeitslosen 17jährigen ein einjähriges Ausbildungsprogramm ähnlich der deutschen Lehrausbildung anbietet, wurde bereits vor seinem Start am 1. September von Interessengruppen wie Gewerkschaften und Labour-Opposition diffamiert. Die folglich enttäuschende Resonanz der Jugendlichen auf dieses Programm (30 Prozent weniger Plätze als die angebotenen 460 000 wurden belegt) ist mehr als fatal.

Am Ende?

KDK – Immer öfter machen Käufer von Bauherrenmodellen die Erfahrung, daß sie beim Verkauf der in den letzten Jahren erworbenen Wohnungen Geld verlieren: Die Zeiten, in denen Wertsteigerungen auf dem Grundstücksmarkt die Nachteile des Bauherrenmodells kaschiert haben, sind vorbei. Bekam der Anleger in früheren Jahren bei Preissteigerungen von fünf bis zehn Prozent jährlich seinen Einstand beim Verkauf einer Wohnung nach drei bis vier Jahren zurück, so läßt er Federn, wenn er seine seit 1979 erworbene Wohnung heute verkaufen will. 20 bis 30 Prozent Verlust gegenüber dem Kaufpreis sind die Regel. Für viele endet der Erwerb eines Bauherrenmodells also trotz Steuervorteils mit roten Zahlen. Eines muß man dem Bauherrenmodell allerdings zugute halten: es hat in einer Zeit kurzatmiger Baukonjunktur dafür gesorgt, daß Wohnungen gebaut und damit Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gesichert worden sind. Der Anleger kauft aber nicht, um Arbeitsplätze zu erhalten, sondern weil er seinen Vorteil sucht. Wie es scheint, bedarf es besonderer Initiativen des Finanzministers, das Bauherrenmodell zu stoppen, nicht mehr. Wenn die Käufer ausbleiben, ist es ohne Änderung des Steuerrechts am Ende.

Siamesische Zwillinge

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

In Brüsseler Kommissionskreisen hat man sich in den letzten Monaten daran gewöhnen müssen, nicht mit einem, sondern mit zwei Ministern zu verhandeln, wenn es um italienische Industrieprobleme geht. In den „heißen" Sommertagen, als EG-Kommissar Etienne Davignon mit römischen Delegationen über Walzstahltonnen diskutierte, betrat die Brüsseler Bühne stets ein Duo aus Italien: hier der christlich-demokratische Industrieminister Felipo Maria Pandolfi, daneben der sozialistische Staatsbeteiligungsminister Gianni de Michelis.

Inzwischen hat die römische Koalitionsszene unter dem sozialistischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi wieder gewechselt: dem Industrieministerium steht der Liberale Renato Altissimo, dem Staatsbeteiligungsministerium der Christdemokrat Clelio Darida vor. In der Akzentverteilung ist trotzdem alles beim alten geblieben. Wie vorher, vertritt der Industrieminister in erster Linie die Interessen der Privatunternehmen, während der andere der siamesischen Zwillinge die Bedürfnisse der Staatsbetriebe im Auge hat.

Diese Aufgabenverteilung, nützlich und notwendig angesichts des komplizierten italienischen Proporzsystems, ist in hohem Maße schädlich, wenn es um die Definition einer klaren industriepolitischen Linie geht. Deutlich und zum ersten Mal ausgesprochen hat dies jetzt Industrieminister Renato Altissimo, der vor dem Senat die Unvereinbarkeit freier Weltanschauungen als einen der größten Bremsfaktoren in der italienischen Wirtschafts- und Industriepolitik bezeichnete und dabei auf die „unabdingbare Notwendigkeit" hinwies, die beiden Ressorts möglichst schnell zusammenzulegen.

Daß zwischen den Vorstellungen der beiden Ministerien Welten klaffen, bewies vor kurzem erst die Erklärung von Staatsbeteiligungsminister Darida, daß „die staatlichen Unternehmen nicht nur betriebswirtschaftliche Aufgaben" haben, sondern auch sozial- und beschäftigungspolitische Ziele verfolgen müssen. Gerade diese Zielvorstellung stößt sich indes mit den Bedürfnissen der privaten Unternehmen, die heute alle darauf abzielen, durch Schlankheitskuren neue Flexibilität am Weltmarkt zu gewinnen. Sie entspricht im Grunde aber auch nicht der wahren Interessenlage der Staatsbetriebe, die ebenfalls ganz auf die Wiedergewinnung von Effizienz und Spielraum am Markt gerichtet sind.

Die Bruchlinie zieht sich in diesem Fall nicht nur entlang der beiden Ministerien, die für die italienische Industriepolitik verantwortlich sind, sondern auch zwischen Betriebs- und Konzernleitungen auf der einen und dem Staatsbeteiligungsministerium auf der anderen. Das Beispiel der Stahlsanierung ist in dieser Hinsicht besonders lehrreich.

Während die Regierung, repräsentiert durch das Staatsbeteiligungsministerium, krampfhaft bemüht erscheint, über alle Realitäten und den schon mehrmals bekräftigten Standpunkt der EG-Kommission hinweg eine „politische Lösung" und vor allem den Konsens der Gewerkschaften zu suchen und dabei bereit ist, auch die den Staatshilfen gesetzte Frist des Jahres 1985 außer acht zu lassen, besteht die Konzernleitung der betroffenen staatlichen Stahlbetriebe neuerdings ungeschminkt auf einer privatwirtschaftlichen Lösung der Krisenprobleme.

Gerade weil das eine Ministerium sozialpolitisch empfindsamer reagiert als das andere, ist es freilich auch sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, daß es zu einer Zusammenlegung kommt. Dafür sorgt nicht nur die Tatsache, daß sowohl der linke Flügel der christlichen Demokraten und die Sozialisten das Staatsbeteiligungsministerium inzwischen als ihre ureigene Domäne ansehen, sondern auch der Widerstand der Gewerkschaften.

Für die Ausarbeitung einer industriepolitischen Linie, die die Herausforderung der international bereits eingetretenen und noch bevorstehenden Veränderungen in Marktstrategie und Technologie annimmt, eröffnet dieser Dualismus schlechte Aussichten. Mögen die Ansätze in der Planung der staatlichen Konzernleitungen oder in der Betriebspraxis noch so vielversprechend sein – sie werden stets in den Massen der sozial- und beschäftigungspolitischen Rücksichtnahmen hängen bleiben, die die Regierung dem gewerkschaftlichen Konsens schuldig zu sein glaubt.

Die italienische Antwort auf die Anpassungsprobleme der westeuropäischen Industriegesellschaften wird mit aller Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft von halbherzigen und improvisierten Kompromissen gekennzeichnet bleiben. Mit verhängnisvollen Folgen für die Industrie in ihrer Gesamtheit, die damit nicht alle Chancen wahrnehmen kann, die das italienische Wirtschaftspotential bietet.

EG / Nach Einigung über Mittelmeererzeugnisse ist der Weg für Süderweiterung geebnet

Kompromiß bringt für Steuerzahler erhebliche Mehrkosten mit sich

WILHELM HADLER, Luxemburg

Über einen Ausbau des Einkommenschutzes für die europäischen Obst- und Gemüseerzeuger haben sich die Landwirtschaftsminister der EG gestern in Luxemburg geeinigt. Damit ist es gelungen, eines der wichtigsten Hindernisse für den Fortgang der Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien aus dem Wege zu räumen. Für die Steuerzahler werden die neuen Regelungen voraussichtlich erhebliche Mehrkosten bringen.

Der Kompromiß kam nach fast zweijährigem Tauziehen für die meisten Experten überraschend. Ausschlaggebend war, daß zum gleichen Zeitpunkt, an dem die Landwirtschaftsminister über die sogenannte Anpassung des Besitzstandes bei Mittelmeererzeugnissen beraten wollten, eine neue Verhandlungsrunde mit Spanien angesetzt war. Der spanische Außenminister Fernando Moran äußerte sich denn auch in Luxemburg erfreut über die EG-interne Einigung. Sie sei „nützlich und notwendig für das Gleichgewicht zwischen Nord- und Südeuropa", sagte Moran.

Ziel der ergänzenden Marktordnungsbestimmungen ist eine Verstärkung der Einkommensgarantien, um den französischen, italienischen und griechischen Landwirten die Furcht vor konkurrierenden Erzeugnissen aus den beitrittswilligen Ländern zu nehmen. Die nördlichen EG-Staaten mußten dabei beträchtliche Zugeständnisse machen. Andererseits gelang es nach Meinung des Bonner Staatssekretärs Hans-Jürgen Rohr aber auch, die ursprünglichen Forderungen Frankreichs und Italiens erheblich zu reduzieren. Bis zuletzt umstritten waren vor allem die künftigen Interventionsregeln bei Preiseinbrüchen und die von Italien gewünschte Verstärkung des Außenschutzes. Die finanziellen und handelspolitischen Auswirkungen des Kompromisses sind auch für Fachleute bisher nur schwer abzuschätzen.

Die neue Marktordnung schafft den Erzeugergemeinschaften eine erhebliche stärkere Position als bisher. Auch Nichtmitglieder dieser Organisationen können künftig unter bestimmten Bedingungen verpflichtet werden, die sogenannten Rücknahmepreise einzuhalten, um einem weiteren Preisverfall vorzubeugen. Diese Mindestpreise liegen durchweg bei 40 bis 60 Prozent der in Brüssel fixierten Orientierungspreise. Sie regeln die Vergütung für „aus dem Markt genommene" Mengen. Die Kosten der Intervention trägt der Brüsseler Agrarfonds.

Die Bundesregierung war ursprünglich gegen jede Ausweitung des Interventionsmechanismus, der nicht nur kostenträchtig, sondern trotz der relativ niedrigen Mindestpreise . . die Gefahr struktureller Überschüsse vergrößert. Sie bemühte sich in den Verhandlungen deshalb vor allem darum, das Prinzip der Allgemeinverbindlichkeit der Rücknahmepreise einzuschränken. Nach der schließlich vereinbarten Formel gilt eine Erzeugerorganisation dann als repräsentativ für den regionalen Markt, wenn von ihr innerhalb der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten der Bestimmungen mehr als 50 Prozent der Erzeugung und mehr als die Hälfte der Produzenten erfaßt werden. Danach soll die Preisgestaltung im Krisenfall nur dann allgemein verbindlich sein, wenn mindestens zwei Drittel der Erzeuger Mitglied der betroffenen Genossenschaft sind.

Die Kommission wollte die Ausdehnung der sogenannten Erzeugerdisziplin zunächst noch erheblich verstärken und die Auflösung der Aufkäufe nicht nur von den Preisen auf der Produktions-, sondern auch auf der Großhandelsstufe abhängig machen. Dazu ist es wegen des Widerstandes der nördlichen EG-Staaten nicht gekommen. Mitgliedstaaten, die weniger als acht Prozent Anteil an der Gesamtproduktion eines Erzeugnisses (bei Birnen zwölf Prozent) haben, sind von der Verpflichtung der Intervention befreit. So will die Bundesregierung auf jeden Fall – wie in der Vergangenheit – von dieser Ausnahmemöglichkeit Gebrauch machen. Der höhere Außenschutz für Drittlandseinfuhren ergibt sich vor allem durch eine neue Berechnung des sogenannten Referenzpreises, nachdem die Höhe der von der EG erhobenen Ausgleichsabgaben an der Grenze ermittelt wird.

AUF EIN WORT



„Mit dem Begriff „Wende" war damals gemeint, daß wir alle – die Sozialpolitiker, die Bildungspolitiker, die Haushaltspolitiker – unsere noch so wichtigen und interessanten Einzelziele dem großen Ziel der Beschäftigungspolitik, der Schaffung von Arbeitsplätzen unterordnen und mit unserem Partei- und Fachegoismus aufhören sollten. Diese Wende ist noch längst nicht vollzogen. Es wird zuwenig getan für die Arbeitsplätze von morgen."

Helmut Haussmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
FOTO: JUPP DARCHINGER

Hoher Schaden durch Straftäter

rtr, Bonn

Durch Wirtschaftskriminalität ist nach Angaben des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Siegfried Fröhlich, 1981 in der Bundesrepublik ein Schaden in Höhe von 3,6 Milliarden Mark entstanden. Darauf wies er auf einer Tagung des Bundeskriminalamtes hin. Dabei sei die Dunkelziffer so hoch wie bei keinem anderen Delikt. Fröhlich nannte Schätzungen, wonach die tatsächliche Schadenshöhe zehn Prozent des Bruttosozialprodukts ausmache, was für 1981 rund 154 Milliarden Mark bedeute. Es werde ferner geschätzt, daß die Steuern um fast ein Drittel gesenkt werden könnten, falls alle Steuern ehrlich gezahlt würden.

FINANZPOLITIK



Stoltenberg für Rückzug des Staates aus Unternehmerrolle

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Diskussion um Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit leidet nach Ansicht von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg unter der Abkopphung der Frage der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Auf einer Vortragsveranstaltung der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf sagte der Minister, alle Überlegungen, das Problem fehlender Arbeitsplätze über die Einführung der 35-Stunden-Woche, mit oder ohne Lohnausgleich, zu lösen, verfehlten ihr Ziel. Sie dienten nicht der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil: Ein Fehlschlag werde immer neue Subventionsforderungen von betroffenen Branchen auslösen und nicht zuletzt auch Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst haben.

Für 1984 kündigte Stoltenberg ein Konzept zum völligen oder teilweisen Rückzug des Staates aus der Unternehmerrolle an. Er zeigte sich optimistisch, daß die vorgeschlagene Erweiterung des 624-DM-Gesetzes auf 936 DM fristgerecht verabschiedet wird. Kritikern, denen dieser Schritt zur Vermögensbeteiligung zu klein erscheine, hielt der Minister entgegen, daß nach einer gewissen Zeit zehn Millionen Arbeitnehmer jährlich drei Milliarden Mark zusätzliches Eigenkapital zur Verfügung stellten. Der Abbau staatlicher Neuverschuldung schaffe neues Vertrauen bei den Kapitalanlegern. Der Bund werde zur Kreditaufnahme vermehrt Anleihen begeben. Dabei sei zu überlegen, ob in Zukunft das Tender-Verfahren nicht stärker als bisher für den Verkauf von Schuldtiteln eingesetzt werden könne. Dagegen werde sich der Bund „nicht unbesehen an vermeintlich zeitgemäßen Entwicklungen" wie Anleihen mit variablem Zins, Fremdwährungsemissionen und Zero-Bonds beteiligen.

INNOVATIONSFÖRDERUNG

DIHT plädiert für steuerliche Entlastung des Risikokapitals

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Zur Überwindung der gegenwärtigen Innovationsschwäche plädiert der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) für eine spürbare steuerliche Entlastung des Risikokapitals. Die Teilnehmer des Arbeitskreises „Risikokapital schafft Innovationschancen" auf dem Kongreß '83 des DIHT in Frankfurt wiesen darauf hin, daß in der Bundesrepublik produktives Kapital und damit auch Risikokapital für Innovationen steuerlich durch Gewerbe- und Vermögensteuer stärker belastet werde als andere Anlageformen. Nach Auffassung dieses Arbeitskreises herrscht kein Mangel an Anlagekapital; es müßten nur die Hindernisse beseitigt werden, damit es zu den innovativen Unternehmern fließe.

Die Finanzierung neuer Technologien scheitert nach Ansicht des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer zu Koblenz und Vorsitzenden des Arbeitskreises, Hanno Ludwig, oftmals daran, daß die Banken bei der Kreditvergabe nicht nach der „technologischen Bonität" eines Innovationsprojektes entscheiden, sondern nur nach der finanziellen Bonität des Kreditnachfragers. Professor W. Gerke von der Universität Mannheim setzte sich für eine aktive Emissionspolitik der Kreditinstitute und für einen wirkungsvolleren Einsatz der Kapitalbeteiligungsgesellschaften zur Innovationsfinanzierung ein.

Nach Meinung von Bernd Ertl, Geschäftsführender Gesellschafter der Portfolio Management GmbH, erschwerten vor allem steuerliche Hemmnisse den Gang an die Börse und damit innovativen Unternehmen den Zugang zum Risikokapital. So sei die Vermögensteuerbelastung bei der Aktiengesellschaft viermal so hoch wie bei der Personengesellschaft. Im Arbeitskreis „Staat und Kapitalbildung" wurde an die öffentliche Hand appelliert, ihren Kapitalhunger deutlich zu zügeln.

STEINKOHLE-ENERGIEVERSORGUNG

Stuttgart fordert Korrektur des Jahrhundertvertrags

HEINZ HECK, Bonn

Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg Korrekturen am sogenannten „Jahrhundertvertrag" zwischen dem deutschen Steinkohlebergbau und der Elektrizitätswirtschaft gefordert. In einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff bezeichnet sein Stuttgarter Kollege Rudolf Eberle die Abnahmeverpflichtungen der baden-württembergischen Versorgungsunternehmen (EVU) als „eindeutig überhöht".

Eberle kommt mit dem Schreiben, das unmittelbar vor der Kohlerunde am 10. Oktober verfaßt wurde, einem Auftrag seiner Landesregierung nach. Darin bittet er Lambsdorff, das Anpassungsverlangen der baden-württembergischen EVU hinsichtlich der Abnahmeverpflichtungen für deutsche Steinkohle „bei den Verhandlungen über die Förderkapazität des Steinkohlebergbaus zu berücksichtigen und zu unterstützen".

Eberle geht in seinem Schreiben auch kurz auf die Vorgeschichte des am 1. Januar 1981 in Kraft getretenen und auf 15 Jahre angelegten „Jahrhundertvertrages" ein. Wegen der seinerzeit von der Bundesregierung vertretenen „absoluten Kohlevorrangpolitik und der damit korrespondierenden Restbedarfstheorie für Kernenergie" sei den EVU bedeutet worden, daß neue Kernkraftwerksprojekte nur eine Chance hätten, wenn die Steinkohleabnahme gesichert sei. Forderungen der EVU, die Abnahmeverpflichtungen an die tatsächliche Stromverbrauchsentwicklung zu knüpfen, hätten sich nicht durchsetzen lassen.

Die Bundesregierung habe seinerzeit für die Zeitspanne bis 1990 einen jährlichen Stromverbrauchszuwachs von rund fünf Prozent zugrunde gelegt. Mit Hinweisen auf Prognosen zum Beispiel des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln (2,1 Prozent jährlich bis 1995 unter Zugrundelegung eines Wirtschaftswachstums von 2,15 Prozent) macht Eberle deutlich, daß er die dem Vertrag zugrunde liegenden Annahmen inzwischen für obsolet hält. Für die Badenwerk AG, die Energieversorgung Schwaben AG (EVS), die Neckarwerke AG und das Großkraftwerk Mannheim seien die Abnahmeverpflichtungen um etwa 17 Millionen Tonnen überhöht. Bereits bisher sei es zu Aufhaldungen von rund drei Millionen Tonnen Steinkohle gekommen.

Auch sei beim Abschluß des Vertrags den ökologischen Problemen („Stichwort Waldsterben") nicht das ihnen aus heutiger Sicht zukommende Gewicht beigemessen worden. Vor dem Hintergrund der gerade in Baden-Württemberg „erschreckend zunehmenden Waldschäden" müsse die Kohleverwendung auf den aus energietechnischen wie -wirtschaftlichen Gründen „unbedingt erforderlichen Betrag begrenzt werden". Der Steinkohleeinsatz in der Grundlast (das sind Kraftwerke, die rund um die Uhr arbeiten) sei nicht zu verantworten.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Aktienindices auf neuem Höchststand

Bonn (DW.) – Die Kurse an der deutschen Aktienbörse erreichten neue Höchststände. Der WELT-Aktienindex stieg gestern auf 145,9 und überbot den bisherigen historischen Höchststand von 145,3 am 7. Juli dieses Jahres. Der Aktienindex der Commerzbank kletterte auf den höchsten Stand seit 23 Jahren. Nach Angaben der Commerzbank wurde er mit 989,7 Punkten festgestellt, nach 981,8 am Montag. Er wird aus den Kassakursen von 60 Standardwerten an der Düsseldorfer Börse errechnet. Am Montag hatte bereits der Frankfurter Börsenindex eine historische Höchstmarke erreicht.

Commerzbank-Dividende

Frankfurt (rtr) – Erstmals seit 1979 will die Commerzbank für das laufende Jahr wieder eine Dividende an die Aktionäre ausschütten. Vorstandsvorsitzender Walter Seipp sagte am Dienstag, er sehe aus heutiger Sicht keinen Anlaß, der „Börsenversion" zu widersprechen, der Vorstand werde dem Aufsichtsrat zwölf Prozent, also sechs DM je Aktie, vorschlagen. Die Commerzbank hatte zuletzt 1979 eine Dividende von 8,50 DM ausgeschüttet.

Rentenfonds gefragt

Frankfurt (VWD) – Den im Bundesverband deutscher Investment-Gesellschaften e. V. (BVI) zusammengeschlossenen 117 Publikumsfonds flossen in den ersten neun Monaten dieses Jahres 2,7 Milliarden Mark neue Mittel zu gegenüber nur 125,7 Millionen Mark in der gleichen Vorjahreszeit. Wie der Verband am Dienstag in Frankfurt berichtete, stieg das Fondsvermögen zum 30. September 1983 auf 38,1 (Vorjahreszeit knapp 32) Milliarden Mark. Im dritten Quartal allein betrugen die Mittelzuflüsse per saldo 450,2 Millionen Mark. Besonders die 38 Rentenfonds stiegen im dritten Quartal in der Gunst der Anleger. Sie vereinnahmten mit 263,0 Millionen Mark den größten Teil des Mittelaufkommens und glichen damit das vorangegangene Minus mehr als aus. Im laufenden Jahr summieren sich die Zuflüsse bei diesen Fonds auf 1,1 Milliarden Mark. Die Ursache sieht der BVI in dem erneuten Zinsanstieg am deutschen Rentenmarkt.

Querelen in der Union

Frankfurt (cd.) – Einen stärkeren Einfluß in der Union Investment GmbH, an der neun Zentralkassen, 16 Privat- und Regionalbankiers sowie elf Auslandsbanken zu etwa gleichen Teilen beteiligt sind, streben die genossenschaftlichen Zentralkassen an. Ihr Argument: Mehr als 60 Prozent des Fondsabsatzes läuft über die genossenschaftlichen Banken, während die Beteiligung einiger Privatbankiers an der Union nur noch „Merkposten" seien. Sinnvoll sein könnte eines Tages auch eine Änderung im Aufsichtsratsvorsitz, der traditionell von einem Privatbankier, derzeit dem Grafen von Galen (SMH-Bank) besetzt wurde. Graf von Galen lehnt dies jedoch ebenso wie eine Änderung der Gesellschafterstruktur ab; er hält Erfahrungen und Aktivität im Börsengeschäft für wichtiger als Anteile am Zertifikatsabsatz.

Immobilienpreise stagnieren

Essen (dpa/VWD) – Die Preise auf dem Immobilienmarkt der Bundesrepublik sind nach Angaben eines Sprechers des Ring Deutscher Makler (RDM) in den vergangenen Monaten nicht weiter gestiegen und haben zur Zeit sogar eine sinkende Tendenz. Aus vielen Bereichen würden Preisrücknahmen „um oder über zehn Prozent" gemeldet. Selbst in Großstädten wie Hamburg, Düsseldorf sowie Frankfurt und München sind die Immobilienpreise überwiegend konstant mit einer „nicht zu übersehenden Tendenz zur Schwäche", sagte Klaus-Peter Grossmann vom RDM am Dienstag zu der am Donnerstag (20. Oktober) in Essen beginnenden „9. Internationale Immobilien-Messe". Hauptproblem des Immobilienmarktes sei zur Zeit ein „zu großes Angebot zu nicht marktgerechten Preisen".

Bühler-Miag: Entlassungen

Braunschweig (dos.) – Die zur Schweizer Bühler-Gruppe gehörende Bühler-Miag GmbH, Braunschweig, wird ihre Belegschaft von derzeit über 2000 bis Mitte 1984 um die Hälfte auf rund 1000 Mitarbeiter abbauen. Dies sieht ein Sozialplan vor, der gestern mit dem Betriebsrat abgeschlossen wurde. Trotz umfangreicher Kurzarbeit sei es nicht gelungen, die Kapazitäten den „extrem tiefen Auftragseingängen" anzupassen, erklärte Urs Bühler, Vorsitzender der Geschäftsführung. Bühler-Miag hatte 1982 einen Umsatz von 418 (289) Millionen Mark erzielt und den vorgetragenen Bilanzverlust um zwei auf gut acht Millionen Mark reduziert. Im laufenden Jahr habe sich die Entwicklung drastisch verschlechtert.

GROSSBRITANNIEN / Handelsminister Tebbit:

Forcierte Privatisierung

WILHELM FURLER, London

Norman Tebbit, der bisherige britische Arbeitsminister, der jetzt von dem zurückgetretenen Cecil Parkinson das Ministerium für Handel und Industrie übernommen hat, scheint noch zielstrebiger als sein Vorgänger das Programm der Privatisierung staatlicher Industrien und Unternehmen durchziehen zu wollen. In seiner ersten öffentlichen Stellungnahme als Handels- und Industrieminister (die beiden Ministerien waren erst kurz nach der Wahl Anfang Juli zum „Superministerium" fusioniert worden) erklärte Tebbit: „Die Staatsindustrien haben uns jahrelang immer wieder hängen lassen. Dies hat bei weitem nicht nur mit der Belegschaft zu tun, sondern genauso oft mit schwachem Management und politischen Eingriffen. Je eher sie privatisiert sind, desto besser."

Das Privatisierungsprogramm selbst, das von Cecil Parkinson und dessen Vorgänger, dem damaligen Industrieminister Patrick Jenkin ausgearbeitet wurde, will Minister Tebbit nicht ändern. Damit stehen jetzt unmittelbar bevor der Verkauf von 51 Prozent an der staatlichen Telefongesellschaft British Telecom, um den es jetzt zu erheblichen Auseinandersetzungen mit der beteiligten Gewerkschaft und zu Kampfmaßnahmen gekommen ist, die Teilprivatisierung von British Airways, der Verkauf aller Ölfelder, die gegenwärtig im Besitz der staatlichen Gasgesellschaft British Gas sind, die Tochter der Staatsbahn British Rail sowie die Reparatur-Werften von British Shipbuilders.

Norman Tebbit, der als einer der stärksten Befürworter der strikten, monetaristischen Antiinflationspolitik von Premierministerin Margaret Thatcher gilt, wird seine Erfahrungen im Umgang mit den Gewerkschaften bei der Durchsetzung von marktwirtschaftlichen Bedingungen für die britische Wirtschaft gut gebrauchen können. Im übrigen wird er alles daran setzen, die hinter der allgemeinen Konjunkturbelebung herhinkende Exportleistung Großbritanniens zu verbessern, was durchaus durch verbesserte Rahmenbedingungen und eine abgestimmte Koordination der Ministeriumsbereiche Industrie und Handel machbar ist.

Trotz alledem wird Minister Tebbit den Staatseinfluß so gering wie möglich halten. Lediglich dort, wo die Entscheidungen eine direkte Einflußnahme der Regierung verlangen, wird – dies jedenfalls hofft die britische Wirtschaft – Norman Tebbits Hand deutlich zu spüren sein.

BIZ / Internationales Bankgeschäft zeigt im zweiten Quartal geringes Wachstum

Wieder mehr Kredite für Osteuropa

dpa/VWD, Basel

Vorsichtig optimistisch beurteilt die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel die Finanzierbarkeit der Leistungsbilanzdefizite in einer Reihe von Entwicklungsländern. Für 1983 werde für die nicht der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) angehörenden Entwicklungsländer ein Defizit von insgesamt rund 50 Milliarden Dollar angenommen, für dessen Finanzierung möglicherweise rund 20 Milliarden Dollar an neuen Bankkrediten benötigt würden, heißt es in dem Bericht der BIZ über das internationale Bankgeschäft im zweiten Vierteljahr 1983.

Falls die Entwicklung des zweiten Quartals bei den Neuausleihungen an diese Länder im zweiten Halbjahr anhalte und es gleichzeitig zu einer Wiederaufnahme der „unfreiwilligen" Ausleihungen an bestimmte Problemländer komme, könne dieses Defizit finanzierbar sein. Von April bis Juni des Jahres stiegen die Neukredite der Banken an diese Länder von 1,6 Milliarden Dollar im Zeitraum Januar bis März auf 4,2 Milliarden Dollar. Noch im Juli hatte sich die BIZ skeptisch geäußert. Für die Zeit nach 1983 werden sich nach Ansicht der BIZ dauerhafte Außenfinanzierungszwänge aber nur vermeiden lassen, wenn die Hauptproblemländer ihre Anpassungsbemühungen durch Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) fortsetzen.

Das internationale Bankgeschäft zeigte im zweiten Quartal 1983 nur ein sehr geringes Wachstum. Die Brutto-Auslandsforderungen der Banken erhöhten sich, bereinigt um Wechselkurseinflüsse, lediglich um sechs Milliarden Dollar auf insgesamt 1689 Milliarden Dollar. Damit lag die Zunahme im ersten Halbjahr bei 22 Milliarden Mark, weniger als ein Drittel des Wachstums von 74 Milliarden Dollar im Vorjahreszeitraum.

Anders als in früheren Quartalen konzentrierte sich nach Angaben der BIZ die Steigerung der Auslandsforderungen im Berichtszeitraum im wesentlichen auf die europäischen Banken. Die Auslandsforderungen der US-Banken, die sich in den vorangegangenen drei Jahren in sehr raschem Tempo ausgeweitet hatten, gingen sogar erstmals seit Anfang 1980 zurück. Demgegenüber verzeichneten die Auslandsverbindlichkeiten der amerikanischen Banken insgesamt einen Zuwachs von 2,8 Milliarden Dollar. Damit nahmen die US-Kreditinstitute, die im ersten Quartal Nettokapital von 11,2 Milliarden Dollar exportiert hatten, im zweiten Quartal netto 3,4 Milliarden Dollar im Ausland auf – ein Umschwung von 14,6 Milliarden Dollar, der „ein Faktor für die anhaltend feste Verfassung des US-Dollars an den Devisenmärkten trotz starker Verschlechterung der US-Leistungsbilanz" ist.

Insgesamt erhöhten sich die international vermittelten Kredite im zweiten Quartal um rund 15 Milliarden Dollar, womit das Wachstum um rund 50 Prozent unter der Vorjahreszeit blieb. Neuausleihungen an die lateinamerikanischen Länder lagen bei einer Milliarde (erstes Quartal: 2,7 Milliarden) Dollar.

Während die Forderungen an Mexiko um 0,4 Milliarden Dollar sowie an Argentinien und Kolumbien um jeweils 0,3 Milliarden Dollar wuchsen, blieben Brasiliens Verpflichtungen praktisch unverändert. Neuausleihungen an die Opec-Länder, die im ersten Quartal zum Stillstand gekommen waren, erholten sich marginal auf 0,8 Milliarden Dollar. Ein deutlicher Umschwung von einer Kreditabnahme um 1,4 Milliarden Dollar im ersten Quartal auf 0,3 Milliarden Dollar Neukredite ergab sich gegenüber Osteuropa.

GÜTERVERKEHR / Gedämpft zuversichtlich

Ende der Talfahrt in Sicht

DANKWARD SEITZ, München

Nicht mit „überschäumender Zufriedenheit" beurteilt der Bundesverband des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF), Frankfurt, die Entwicklung des Jahres 1983, auch wenn sich die Mengenentwicklung der Güter- und Warentransporte „leicht stabilisiert" habe. Die bessere Mengenentwicklung wird sich nach Ansicht des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes Hans-Wilhelm Kreft lediglich in einem Plus von schätzungsweise 0,2 Prozent niederschlagen, doch mußte der Güterverkehr im vergangenen Jahr noch ein Minus von 6,3 Prozent auf 2,85 Milliarden Tonnen im Transportaufkommen hinnehmen. Damit habe sich die Abnahme des Produktionswachstums in der Wirtschaft direkt in den Betrieben des Güterverkehrs niedergeschlagen. Ihre Transportleistung verringerte sich insgesamt um 3,8 Prozent auf 237,1 Mrd. t/km.

Einen deutlichen Rückgang mußte der gewerbliche Güternahverkehr mit minus 7 Prozent auf 785 Mill. t beförderter Güter und einer um 5 Prozent auf 19,0 Mrd. t/km verringerten Leistung hinnehmen. Der gewerbliche Güterfernverkehr hingegen war mit einer Abnahme von 1,3 Prozent auf 136,7 Mill. t bzw. minus 0,9 Prozent auf 40,2 Mrd. t/km relativ gering betroffen. Dabei war im grenzüberschreitenden Verkehr, wie Kreft anläßlich der BDF-Mitgliederversammlung in Schliersee mitteilte, noch ein Plus von 6,6 Prozent auf 17,9 Mill. t zu verzeichnen, während es im Binnenverkehr ein Minus von 2,3 Prozent auf 118,9 Mill. t gab.

Einen kräftigen Rückgang mußte auch die Deutsche Bundesbahn beim Gütertransport auf der Schiene hinnehmen. Das Güteraufkommen sank um 8,2 Prozent auf 317,7 Mill. t. Im Binnenschiffsverkehr verringerte sich das Transportvolumen um 4,2 Prozent auf 221,9 Mill. t.

Wohl nicht zuletzt um dem gewerblichen Güterverkehr ein größeres Transportvolumen zu sichern, will der BDF deutschen Unternehmen in den nächsten Wochen Gespräche vorschlagen, eigene Werkverkehre abzubauen. Dies, so Kreft auch vor dem Hintergrund, daß die Auslastung der im Werkfernverkehr eingesetzten Lkw von 1979 bis 1982 kontinuierlich um etwa 18 Prozent gesunken ist. So mußte der Werknahverkehr allein 1982 ein Minus von 7 Prozent auf 1,17 Mrd. t und der Werkfernverkehr ein Minus von 0,4 Prozent auf rund 100 Mill. t beförderter Güter hinnehmen.

FRANKREICH / Delors gibt Fehlschlag zu

Im nächsten Jahr Stagnation

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Eine spürbare Wiederbelebung der gegenwärtig rezessiven französischen Konjunktur erwartet Wirtschaftsminister Delors für das nächste Jahr noch nicht. Dank steigender Exporte könnte das Bruttosozialprodukt aber doch etwas zunehmen. Wahrscheinlicher sei, daß es stagniert. Dies wäre der Preis für die Sanierungspolitik der Regierung.

Nach voraussichtlich neun Prozent in diesem Jahr könnte die Inflationsrate 1984 durchaus auf fünf Prozent reduziert werden, versicherte der Minister auf einer Pressekonferenz. Für die letzten drei Monate dieses Jahres erwartet er einen Preisanstieg von nur noch 1,5 Prozent, was einer tendenziellen Teuerungsrate von sechs Prozent im Jahr entspräche.

Das Verfehlen seines diesjährigen Stabilisierungsziels (acht Prozent) begründete Delors vor allem mit der Dollar-Hausse (Verteuerung der Rohstoffimporte), dem schlechten Klima (Obst- und Gemüseverteuerung) und mangelnder Preisdisziplin gewisser inzwischen verschärft kontrollierter Dienstleistungsunternehmen. Auf die strukturellen Faktoren der Inflation (Lohnindexierung, mangelnder Wettbewerb und so weiter) ging Delors nicht ein.

Jedoch verwies der Minister auf die Schwächen der französischen Wirtschaftsstruktur. Für die Restrukturierung und Umstellung der Industrie sei die Stunde der Wahrheit gekommen. Je länger man warte, um so schwieriger werde es damit sein. Die notwendige Modernisierung des Produktionsapparats ließe sich ohne die Freisetzung von Arbeitskräften kaum bewerkstelligen.

Zur weiteren Entwicklung der Arbeitslosigkeit nannte Delors keine Zahlen. Die meisten französischen Konjunkturforschungsinstitute sagen für die nächsten sechs Monate eine Zunahme der Arbeitslosenzahlen um etwa zehn Prozent auf 2,2 Millionen oder 9,5 Prozent der aktiven Bevölkerung voraus.

EINZELHANDEL / Britischer Nachfrageboom

Höhere Importe befürchtet

WILHELM FURLER, London

Die Verbraucher in Großbritannien haben nach dem Sommerloch wieder kräftig Geld ausgegeben. Den jüngsten Statistiken des Ministeriums für Handel und Industrie zufolge zog das Geschäft im britischen Einzelhandel volumensmäßig im September gegenüber August um immerhin 2,75 Prozent auf den Indexstand von 116 (1978 = 100) an. Im Vergleich zu September letzten Jahres haben sich die Einzelhandelsverkäufe in Großbritannien um sechs Prozent erhöht.

Allerdings lag das Einzelhandelsvolumen im dritten Quartal nur um 0,5 Prozent über dem im zweiten, nachdem sich das Einzelhandelsgeschäft im Juli und im August jeweils gegenüber dem Vormonat abgeschwächt hat. Dies hatte zu Befürchtungen geführt, dem Nachfrageboom im Konsumbereich sei die Luft ausgegangen. Entsprechend wurden in der Londoner City von etlichen Brokerhäusern umgehend düstere Konjunktur-Prognosen erstellt.

Recht haben aber offensichtlich die Einzelhändler selbst behalten, die trotz des schwachen Umsatz-Volumens in den beiden Sommermonaten auf ein wieder stark anziehendes Geschäft vertrauten. Sie geben sich jetzt so zuversichtlich wie selten zuvor, da sich der Verbraucherboom in den Oktober hinein ganz offensichtlich weiter verstärkt hat. Ein Großteil der Kaufhäuser rechnet damit, daß das Oktober-Geschäft wertmäßig um 25 bis 30 Prozent über dem im vergangenen Jahr liegen dürfte. Und zwar, wie übereinstimmend betont wird, nicht nur bei bestimmten Waren wie Video-Geräten, sondern „quer durch die Bank".

Die Bedenken von Regierung und Wirtschaft konzentrieren sich jetzt darauf, wie weit der Verbraucher-Boom verstärkt Importe ins Land zieht. Beobachtungen des britischen Industrieverbandes zufolge ist während des jüngsten Booms rund die Hälfte der zusätzlichen Verbraucher-Nachfrage durch steigende Importe gedeckt worden.

NAMEN

Jürgen Niepage und **Günter Smolarek** wurden per 1. Januar 1984 zu stellvertretenden Geschäftsführern der Kölner Messegesellschaft bestellt.

Ernst Wahmann, Vorstandsmitglied der Nürnberger Versicherungs-Gruppe, geht am 31. Dezember in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde **Dr. Norbert Winter** berufen.

Waldemar G. Beck, Mitglied des Vorstandes der B. Braun Melsungen AG, vollendet am 20. Oktober das 60. Lebensjahr.

Manfred Dannemeyer, stellvertretender Geschäftsführer des Fachverbandes Unterhaltungselektronik im ZVEI, wurde per 1. Oktober zusätzlich zum Geschäftsführer des Fachverbandes Audio- und Videotechnik sowie der Arbeitsgemeinschaft Unterrichtstechnik im Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie e. V. (ZVEI) berufen. Der bisherige Geschäftsführer **Kurt Hoche** ist in den Ruhestand getreten.

Peter Marcus wurde per 1. Oktober 1983 zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft, Köln, bestellt. Er tritt am 31. Oktober die Nachfolge des ausscheidenden **Dr. Fritz Gläser** an. **Willi Muhr**, stellvertretendes Vorstandsmitglied, ist per 15. September aus dem Vorstand der Rhenag ausgeschieden und zum ordentlichen Vorstandsmitglied der RGW Rechtsrheinische Gas- und Wasserversorgung AG als Nachfolger des verstorbenen **Paul Weyer** bestellt worden.

Rechtsanwalt **Dr. Klaus C. Wrede** wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates und **Karl Wind** zum stellvertretenden Vorsitzenden der Otto Junker GmbH, Simmerath-Lammersdorf, ernannt. Der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende **Dr. Gerd Heusch** ist Ehrenvorsitzender geworden. **Heinz-Karl Klassa** ist neues Aufsichtsratsmitglied als Nachfolger von **Robert Lethen**.

Ludwig Kuhn, Direktor für das Finanzwesen der Arbed Saarstahl GmbH, vollendete am 14. Oktober das 60. Lebensjahr.

Dr. Karl-Heinz Mader, bisher Vice-President Corporate Technical Services bei Schott Glass Technologies Inc., Duryea (USA), ist per 1. Oktober als stellvertretendes Mitglied in den Vorstand der Deutschen Spezialglas AG (DESAG), Dellingsen-Grünenplan, berufen worden. Er ist Nachfolger von **Erich Schuster**, der zum Leiter der Unternehmenssparte Optik der Schott-Gruppe ernannt wurde

US-FISKALPOLITIK / Wachsender Staatsanteil

Zukunftssorgen der Banker

H.-A. SIEBERT, Washington

Trotz vieler Schwüre ist es den Politikern in Washington nicht gelungen, die wirtschaftliche Macht des Staates zu brechen. Nach einer neuen Untersuchung der Federal Reserve Bank in St. Louis sind die Ausgaben des Bundes rascher gestiegen als das Bruttosozialprodukt. Sein Anteil an der Wertschöpfung erhöhte sich, vom vierten Quartal 1973 bis zum zweiten Quartal 1983 von 19,7 auf 25 Prozent.

Erfolgreicher waren die Bundesstaaten und Gemeinden, die ihren Zugriff von 13,7 auf 13,1 Prozent verringerten. Insgesamt nahm der Anteil der öffentlichen Hand in Amerika von 30,4 auf 35,4 Prozent zu. Dennoch liegt er immer noch weit unter den in Westeuropa inzwischen üblichen Sätzen.

Erheblich verschoben hat sich zudem die Zusammensetzung der Ausgaben des US-Bundes, wobei sich das Wachstum der Aufwendungen für die Verteidigung beschleunigte und für den zivilen Bereich verlangsamte. So stiegen die Verteidigungsausgaben auf Jahresbasis vom vierten Quartal 1973 bis zum ersten Quartal 1980 um neun und vom ersten Quartal 1980 bis zum bis zum zweiten Quartal 1983 um 15,2 Prozent.

Für den Zivilsektor lauten die Zuwächse 13,6 und 11,2, für Transferzahlungen 14,4 und 13,4 und für die Bundesausgaben insgesamt 12,4 und 12,1 Prozent.

Im zweiten Quartal 1983 betrug der Anteil der Verteidigungsausgaben am US-Bruttosozialprodukt 6,1 Prozent, verglichen mit 4,9 Prozent im ersten Quartal 1980 und 5,3 Prozent im vierten Quartal 1973. Auf den zivilen Bereich entfielen jeweils 18,9, 17,0 und 14,4, auf Transferzahlungen 10,6, 9,0 und 7,2 sowie auf Länder und Gemeinden 8,3, 8,1 und 7,1 Prozent.

Nach einer anderen Studie muß die Bundesregierung in Washington im Finanzjahr 1984, das am 1. Oktober begonnen hat, rund 216 Milliarden Dollar zur Finanzierung des Defizits aufnehmen. Das sind nahezu 42 (1982: 34,3) Prozent aller Ausleihungen. Addiert man staatliche Bürgschaften und Anleihen der Bundesbehörden, die nicht im ordentlichen Haushalt aufgeführt sind, dann erreichen sie 61,5 (1981: 34,3) Prozent. Dies ist der Grund, warum die Wall Street 1984 neue Zinsschübe befürchtet – dann nämlich, wenn der private Kreditbedarf mit dem des Staates zusammenprallt.

Der Vorsitzende der Chase Manhattan Bank, Williard Butcher, geht bereits davon aus, daß die US-Notenbank keine andere Wahl hat, als die Geldschleusen zu öffnen, um eine neue Rezession zu verhindern. Das wirke jedoch nur kurzfristig, weil schon bald die verschlechterten inflationärn Erwartungen die Zinsen in die Höhe treiben würden, betonte er. Die Folge sei ein Investitionsstopp mit Abbruch des Konjunkturaufschwungs. Ähnlich klingt auch die Voraussage der Bank of America. Nach dem Urteil der beiden Großbanken nimmt die Krisenanfälligkeit im zweiten Halbjahr 1984 rapide zu.

VOLKS- UND RAIFFEISENBANKEN / Kreditnachfrage ist gestiegen

Konjunktur läuft besser als erwartet

DANKWARD SEITZ, München

Gemessen an dem, was die Fachleute vor einem Jahr für möglich gehalten haben, und nicht an dem, was eine ungeduldige Öffentlichkeit fordert, läuft die Konjunktur besser als erwartet. Diese Ansicht vertrat der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), Bernhard Schramm, anläßlich der 21. Bankenwirtschaftlichen Tagung des Verbandes in Garmisch-Partenkirchen. Nach der konjunkturellen Talfahrt im zweiten Halbjahr 1982 sei allenfalls ein Null-Wachstum für möglich gehalten worden, während das reale Bruttosozialprodukt kontinuierlich angestiegen sei und zuletzt ein Prozent höher als vor einem Jahr gelegen habe.

Zur weiteren Haushaltskonsolidierung sieht Schramm keine Alternative. Die Bundesregierung habe hier „die Weichen richtig gestellt" und sollte sich an den eingeschlagenen Kurs auch dann halten, wenn ihr in Form zunehmender Proteste von Verbänden und Gewerkschaften „der Wind scharf ins Gesicht bläst". Die marktwirtschaftlichen Kräfte dauerhaft zu entwickeln, sei kein Prozeß von Monaten, sondern von Jahren.

Entschieden wandte sich Schramm gegen Versuche, die Arbeitslosigkeit durch eine Verkürzung der Arbeitszeit zu beseitigen. „Dies ist eine irrige Annahme." Am Arbeitsmarkt werde sich erst dann eine Trendwende einstellen, wenn sich das wirtschaftliche Wachstum dauerhaft verstärke. Hierin und in einer maßvollen Lohnpolitik, ergänzt durch eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, die den betrieblichen Erfordernissen ebenso wie den Wünschen der Arbeitnehmer Rechnung trage, liege der Schlüssel zur Lösung dieses Problems.

Als „sachgerecht und ordnungspolitisch richtig" bezeichnete Schramm den Referentenentwurf zur Novellierung des Kreditwesengesetzes (KWG). Bonn habe recht daran getan, sich auf die tatsächlichen aktuellen bankpolitischen Erfordernisse zu beschränken. Es wäre unvorstellbar gewesen, wenn der Staat im Hinblick auf die Finanzschwierigkeiten der Gewährträger mit Hilfe eines fiktiven Zuschlags das Eigenkapital der öffentlich-rechtlichen Institute erhöht und ihnen mit einem riesigen neuen Kreditpotential die Möglichkeit gegeben hätte, ihren Marktanteil noch weiter zu erhöhen. Falls die Sparkassenorganisation den Gang nach Karlsruhe antreten wolle, sehe der BVR einem solchen – „voraussichtlich ohnedies erfolglosen – Schritt mit Gelassenheit entgegen".

Als ein Zeichen dafür, daß die Zukunftsperspektiven von Unternehmen und Privaten günstiger als noch vor einem Jahr eingeschätzt werden, wertete BVR-Vorstandsmitglied Wolfgang Grüger die steigende Kreditnachfrage. Allein von Januar bis August 1983 sei die Kreditnachfrage bei den 3800 Volks- und Raiffeisenbanken um drei Prozent und gegenüber dem August 1982 sogar um über sechs Prozent auf 225,5 Mrd. DM gestiegen. Noch deutlicher werde dies bei den langfristigen Krediten, wo eine Zunahme um 6,5 bzw. 10 Prozent auf 125,6 Mrd. DM registriert wurde. Zum anderen sei auch der Anstieg der Einlagen um zwei bzw. acht Prozent auf 281,0 Mrd. DM typisch für Phasen einer konjunkturellen Erholung. Dies sei ein Anzeichen dafür, daß die Kassenhaltung für Transaktionszwecke gestiegen sei. Insgesamt verzeichneten die Institute per Ende August eine Bilanzsumme von 347 Mrd. DM (plus drei Prozent).



Die WELT berichtet von der Anuga

Bäcker–Dänemark–Frankreich–Schweden

Die Verbraucher honorieren Qualität

Als wichtigste Verkaufsförderung für Lebensmittel gilt unter den dänischen Exporteuren die Anuga. Entsprechend groß ist ihre Beteiligung in diesem Jahr. 71 Firmen belegen im Rahmen des Gemeinschaftsstandes 2900 Quadratmeter. Das größte Kontingent stellen dabei die Vertreter der fleisch- und milchverarbeitenden Industrie, traditionell die bedeutendsten Devisenbringer Dänemarks auf dem Agrarsektor. So haben die beiden Sektoren im vergangenen Jahr einen Exportwert von 6,2 Mrd. DM erzielt, bei Gesamtausfuhren von 10,6 Mrd. DM im Ernährungsbereich.

Besonders erfreulich verläuft für die Dänen zur Zeit das Geschäft mit dem deutschen Verbraucher. Klaus Bustrup vom dänischen Landwirtschaftsrat beziffert für das 1. Halbjahr 1983 die Ausfuhren in die Bundesrepublik auf 1,22 Mrd. DM gegenüber einer knappen Milliarde in der Vorjahresvergleichszeit. Die Bundesrepublik habe sich mit einem Exportanteil von 22 Prozent an die zweite Stelle nach Großbritannien gesetzt. Die Hauptlieferungen entfallen auf Schweine-, Kalb- und Geflügelfleisch mit rund 680 Mill. DM. Auffälligste Produkte dänischer Ernährungsindustrie für die Verbraucher in der Bundesrepublik sind aber Käse und Butter. Ihr Jahresexportwert stellt sich auf etwa 260 Mill. DM. Hier versprechen sich die Dänen auch die größten Steigerungen.

Im Spezialitätenbereich angesiedelt, bieten sie dem Handel nach Bustrups Worten auch die notwendigen Erträge. Und der deutsche Verbraucher sei bisher gern bereit gewesen, die Qualität entsprechend zu honorieren. Bis September dieses Jahres gibt die Statistik den Dänen Recht. Die Deutschen haben wieder 2,2 Prozent mehr Käse von ihrem nördlichen Nachbarn gegessen.

HENNER LAVALL

Messe-Splitter

Nützliches und Genüßliches präsentiert die Förderungsgemeinschaft für französische Landwirtschaftserzeugnisse (Sopexa). Die kostenlose Broschüre „Gastronomische Straßen Frankreichs" bietet auf 40 Seiten aktuelle Straßenpläne unseres Nachbarlandes, farbig illustriert mit jeweiligen Spezialitäten und Rezepten der Region.

Die moderne Technik hat auf der Anuga sichtlich Eingang gehalten. Letzter Schrei sind zweistündige Sonderschauen über Bildschirmtext und seine Bedeutung für den Handel. Ein reger Besuch ist bei der Möglichkeit zur Befriedigung des Spieltriebs gesichert.

*

Eine Einigung in letzter Minute erzielten der Deutsche Brauerbund und die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft. Danach stellt die CMA erstmals deutsche Biere mit Gütezeichen aus. Die Qualitätskriterien sind hart: es dürfen keine Einfachbiere sein, sie müssen nach dem deutschen Reinheitsgebot, Hopfen mindestens zu 90 Prozent, Gerste oder Weizen überwiegend aus deutschen Landen, gebraut sein.

*

Die norwegische Fischerei, eine der größten der Welt, exportiert rund 90 Prozent ihrer Fangergebnisse, davon allein 40 Prozent in die Europäische Gemeinschaft. Die Bundesrepublik nimmt 5 bis 6 Prozent der norwegischen Exporte auf. Auf der Anuga beklagte sich Norwegens Fischereiminister Thor Listau über die EG-Zollpolitik, die diese Exporte zunehmend behindern. Dazu gehöre die Rücknahme von ursprünglichen Zollermäßigungen für eine Reihe von Produkten, von denen der Hering das wichtigste ist. Bei Frischfleisch und gefrorenem Fisch beträgt der Zollsatz derzeit 15 Prozent, was als eine Benachteiligung für die norwegischen Anbieter gesehen wird, da Island und die Färöer-Inseln Zollsenkungen bis zu 75 Prozent gewährt wurden. Im Interesse liberaler und offener Handelsbeziehungen erwartet Minister Listau hier künftig Lösungen, die den norwegischen Interessen mehr entgegenkommen.

Mit Innovationen gegen Brotfabriken

Nur zufriedene Mienen zeigt auf der Anuga eine Branche, die sich seit einiger Zeit erfolgreich gegen Billigangebote geschützt hat: das deutsche Bäckerhandwerk. Vor Jahren durch Brotfabriken und Sonderangebote fast ruiniert, haben die mittelständischen Bäckereien es geschafft, mit Innovation den Niedergang zu stoppen und inzwischen wieder eine Rendite zu erwirtschaften, von der andere in der Lebensmittelbranche nur träumen können.

Mit hohen Investitionen wurden die Betriebe modernisiert und die Produktpalette derart ausgebaut, daß heute insgesamt 200 verschiedene Brotsorten angeboten werden und über 1200 Arten von Klein- und Feingebäck. Zwar hat der Konzentrationsprozeß vor dem Bäckerhandwerk in den letzten Jahren nicht halt gemacht. Es gibt aber immer noch über 29 000 Betriebe mit zusätzlich 10 500 Filialen. Ihr Gesamtumsatz wird auf 16,8 Mrd. DM beziffert. (H. L.)

Preisdruck bei Massenware

Die Zeiten ständiger Zuwachsraten auf dem deutschen Lebensmittelmarkt sind vorbei. Wollen ausländische Lieferanten bestehen, müssen sie sich etwas einfallen lassen. Frankreichs Ernährungswirtschaft habe es dabei nicht ganz so schwer, urteilt François Pommereau von der Förderungsgemeinschaft für französische Landwirtschaftserzeugnisse (Sopexa). Schon in der Vergangenheit habe man versucht, dem deutschen Verbraucher französische Produkte als etwas Besonderes zu präsentieren.

So sei es im ersten Halbjahr 1983 wieder gelungen, sowohl in der Menge (plus 12 Prozent) als auch im Wert (plus 5 Prozent) Steigerungen zu erzielen. Pommereau verhehlte in einem Gespräch mit der WELT allerdings nicht, daß an Preiserhöhungen bis zum Jahresende auf dem hart umkämpften deutschen Markt nicht zu denken sei. Seiner Auffassung nach will der deutsche Handel in der jetzigen Konjunkturlage sich mehr als sonst beim Verbraucher durch Niedrigpreise profilieren. Viele Firmen arbeiteten deshalb im Deutschlandexport mit sehr geringer Rentabilität.

Für die einzelnen Produkte verlaufe die Entwicklung allerdings sehr differenziert. Massenware wie Wein und Brie stünden unter starkem Preisdruck, während Spezialitäten nach wie vor gute Renditen erzielten. Für die französische Ernährungsindustrie komme es aus diesem Grund immer mehr darauf an, neue Erzeugnisse zu entwickeln und anzubieten.

Für Frankreich hängt auch einiges davon ab, ist doch die Bundesrepublik ihr zweitwichtigster Absatzmarkt auf dem Nahrungsmittelsektor. Im vergangenen Jahr wurden Produkte für 5,8 Mrd. DM beim deutschen Kunden abgesetzt, bei Nahrungsmittel-Gesamtausfuhren von knapp über 38 Mrd. DM. In Frankreich selbst ist die Ernährungsindustrie hinter der Bauwirtschaft der zweitgrößte Produktionszweig. Sie verarbeitet 60 Prozent der Agrarerzeugung und erzielt einen Umsatz von rund 112 Mrd. DM.

HENNER LAVALL

Klage über die EG-Zollsätze

Schweden kämpft mit einem Problem, das innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bestens bekannt ist: die Überschüsse aus der Landwirtschaft. Hochveredelte Erzeugnisse aus diesem Bereich sollen deshalb verstärkt in den Export gehen. Jan Hennig, Geschäftsführer der Swedish Food Promotion, nannte noch weitere Gründe für die Bemühungen um Auslandskunden. So könnten Arbeitsplätze erhalten, die Handelsbilanz verbessert und höhere Unternehmensgewinne erzielt werden.

Bisher entfallen mit 1,2 Mrd. skr aber lediglich zehn Prozent der schwedischen Nahrungsmittelproduktion auf den Export. Dies ist nach Angaben von Hennig nicht zuletzt die Folge einseitiger Zollbestimmungen von seiten der EG. Das Land suche deshalb langfristig nach besseren Verkaufsmöglichkeiten in Nordamerika und dem Mittleren Osten.

Noch ist Schwedens Exportwirtschaft allerdings auf den EG-Markt angewiesen, der 50 Prozent aller Produkte abnimmt. (H. L.)

Franzosen sparen jetzt auch am Essen

WELT: Die französische Lebensmittelindustrie, deren Verbandspräsident Sie sind, hat sich in den letzten Jahren trotz der internationalen Wirtschaftskrise günstig entwickelt. Treffen die jüngsten Austerity-Maßnahmen auch den nationalen Lebensmittelverbrauch?

Lepâtre: Bei den Artikeln des sogenannten Massenkonsums ist die Inlandsnachfrage weiterhin gut. Aber an Markenartikeln und Lebensmitteln der Luxuskategorie wird jetzt gespart.

WELT: Wenn die Franzosen jetzt ihren Gürtel enger schnallen, so haben sie vorher doch über ihre Verhältnisse gelebt?

Lepâtre: Von dieser Zeit des starken Verbrauchs hat der Lebensmittelsektor weniger profitiert, als man vielfach meint. Der Kaufkraftzuwachs bei den weniger Verdienenden wurde vor allem für Bekleidung und den Haushalt, darunter insbesondere Videorekorder, eingesetzt. Jetzt aber besteht die Gefahr, daß sich die Franzosen das sehr gute Essen und Trinken überhaupt abgewöhnen, um es einmal überspitzt auszudrücken.

WELT: Kommt damit die französische Lebensmittelindustrie über die konjunkturelle in eine strukturelle Krise?

Lepâtre: Das kann man nicht sagen. Sie muß sich nur den veränderten Verbrauchsgewohnheiten anpassen. So bestehen mittelfristig große Expansionschancen insbesondere bei den Fertiggerichten und Tiefkühlprodukten. Es wird weniger gekocht als aufgewärmt und mehr kalt gegessen.

WELT: Sinkt damit die gastronomische Lebensqualität der Franzosen?

Lepâtre: Im Durchschnitt hat sie sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte ganz erheblich verbessert. Heute ißt auch die früher sehr einseitig ernährte Landbevölkerung so abwechslungsreich wie der Städter.

WELT: Wie sieht es im Export aus?

Lepâtre: Das ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. So versprechen wir uns insbesondere auf dem gewaltigen nordamerikanischen Markt noch große Absatzsteigerungen, und dies nicht nur für Champagner und Luxusweine.

WELT: Wie steht es um den Absatz in Europa und dabei insbesondere in der Bundesrepublik?

Lepâtre: Diese Märkte sind wohl kaum stärker expansiv als der französische. Aber das schließt die Verbesserung von Marktanteilen in einzelnen Sektoren nicht aus. In der Bundesrepublik, dem nach Italien zweitgrößten französischen Auslandsmarkt, sind eine Reihe unserer Spezialitäten gut eingeführt. Sie stehen qualitativ beim deutschen Verbraucher in gutem Ruf.

WELT: Die agroalimentären Importe Frankreichs sind 1982 wertmäßig um 19 Prozent, die entsprechenden Exporte dagegen nur um sieben Prozent gestiegen, so daß der Ausfuhrüberschuß von 25,4 auf 18,6 Milliarden Franc zurückging. Woran lag das?

Lepâtre: Nicht an der Lebensmittelindustrie, die einen praktisch unveränderten Exportüberschuß von 15,1 (15,6) Milliarden Franc verbuchte. Vielmehr wurde das Ergebnis durch die schlechte Ernte in 1982 gedrückt.

WELT: Sie haben kürzlich auf der Generalversammlung der ANIA erklärt, daß die Zukunft der französischen Lebensmittelindustrie bei ihren Investitionen im Ausland liegt. Denken Sie dabei auch an die Bundesrepublik?

Lepâtre: Wir verfügen schon in Teilbereichen (Desserts usw.) über deutsche Fabrikationsstätten, die uns dem Verbraucher näherbringen. In dieser Beziehung bleibt noch viel zu tun. Denn die meisten Erzeugnisse der französischen Lebensmittelindustrie lassen sich unter Einsatz ihrer spezifischen Technologie und ihrer Know-how auch außerhalb der Landesgrenzen herstellen.

WELT: Die nationalen Investitionen der französischen Lebensmittelindustrie sind 1982 um real zwölf Prozent zurückgegangen. Woran lag das?

Lepâtre: Vor allem an der verschlechterten Ertragslage als Folge eines viermonatigen Preisstopps und an den gestiegenen Zinsen, die bei der hohen Verschuldung der französischen Lebensmittelindustrie besonders stark zu Buche schlug. Dazu kommen die verschärften quantitativen Kreditrestriktionen. Vor allem aber haben eine ganze Reihe von Unternehmen dieser Industrie ihre mageren Erträge zum Abbau der langfristigen Schulden verwendet und deshalb weniger investiert.

DG BANK / Betriebsergebnis verdoppelt, Ertrag kräftig verbessert

Wachstumschancen in Südostasien

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die DG Bank, Spitzeninstitut der Volks- und Raiffeisenbanken, berichtet über eine Verdoppelung des Betriebsergebnisses ohne Eigenhandel auf 340 Mill. DM im Konzern in den ersten acht Monaten dieses Jahres. Besonders kräftig fiel die Ertragsverbesserung bei der DG Bank selbst aus, deren Betriebsergebnis gegenüber 8/12 des Vorjahresergebnisses von 84 auf 208 Mill. DM gestiegen ist. Die „Supergroßhandelsbank", wie Vorstandsvorsitzender Helmut Guthardt sein Institut titulierte, verdankt dies vor allem der Besserung der Zinsspanne auf über ein Prozent, die allerdings auf Dauer nicht zu halten sei, während die Verwaltungskosten praktisch unverändert geblieben sind.

Das für das Gesamtjahr zu erwartende gute Ergebnis wird jedoch mit Wertberichtigungen auf Engagements in risikoträchtigen Ländern belastet. Denn der DG-Bank-Konzern ist mit gut einem Viertel seines Auslandskreditvolumens (7,9 Mrd. DM netto) in Problemländern engagiert. Mit einem Anteil von 9,4 Prozent am Konzernkreditvolumen blieben die Auslandsforderungen gegenüber Ende 1982 praktisch unverändert.

Die Ertragsverbesserung wurde bei einer elfprozentigen Ausweitung des Konzerngeschäftsvolumens auf 82,8 Mrd. DM erzielt, die vor allem durch die 5,3 Mrd. DM von der DG Bank initiierten Kredite für den Mittelstand aus dem inzwischen ausgeschöpften zinsgünstigen „Verbundprogramm" in die Bücher der DG Bank kamen. Auch in der Bauzwischenfinanzierung für die Bausparkasse Schwäbischhall gab es einen Zuwachs. Das eigene Geschäft blieb jedoch aus konjunkturellen Gründen ohne Ausweitung.

Im internationalen Geschäft, das nach dem Prinzip „Präsenz dort, wo deutsche Interessen und Geschäftsmöglichkeiten es nahelegen", gesteuert wird, sieht Vorstandsmitglied Günther Schmidt-Weyland auch künftig überdurchschnittliche Chancen in der südostasiatischen Wachstumsregion. Mittelpunkt der DG-Bank-Aktivitäten ist dort die Niederlassung an dem für die Refinanzierung des Geschäfts im pazifischen Becken wichtigen Geldhandelsplatz Singapur, die bei einer Entwicklung neuer Finanzmärkte und vom Geldausleihen zur Beratung ausbaufähig seien. Dabei denkt der Auslandschef der DG Bank zum Beispiel an mehr bilanzneutrales Dienstleistungsgeschäft im Börsen- und Investmentfondsbereich. Ganz generell konzentriere sich die Philosophie im internationalen Geschäft mehr auf das Merchant banking.

In dieser Sparte ist die DG Bank auch so stark wie kein anderes deutsches Institut in Malaysia tätig, und zwar über eine kapitalmäßig 40prozentige, ansonsten aber beherrschende Beteiligung an der Rakyat First Merchant Bankers Berhad in Malaysias Hauptstadt Kuala Lumpur, deren 55prozentiger Hauptpartner die malaysische Genossenschaftszentralbank ist.

BURGER SÖHNE / Niemann & Tintelnot übernommen – Verstärkte Werbung

Sortiments-Wirrwarr am Zigarrenmarkt

DOMINIK SCHMIDT, Vlotho

Der schweizerische Zigarrenhersteller Burger Söhne will seine Position auf dem hart umkämpften deutschen Zigarrenmarkt verstärken. Zu diesem Zweck hat das Unternehmen jetzt in Vlotho/Westfalen das 1980 von der Firma Niemann & Tintelnot errichtete Werk einschließlich der Belegschaft und der Marken übernommen und gleichzeitig die neue Firma Burger Söhne Cigarrenfabrik GmbH mit einem Stammkapital von 1,3 Mill. DM gegründet.

Nach Angaben von Max Burger-Calderon, Geschäftsführer der deutschen Burger Söhne, die ihren Hauptsitz in Emmendingen hat, beliefen sich die Investitionen in Vlotho auf 8 Mill. DM. Die jährliche Kapazität des neuen Werks liegt bei 80 Millionen Zigarren und Zigarillos. Beschäftigt werden 150 Mitarbeiter. Im Gegenzug hat Burger Söhne die veraltete Fertigung im badischen Whyl stillgelegt. In Emmendingen wird dagegen nach wie vor ein Teil des Sortiments produziert.

Insgesamt beschäftigt Burger Söhne in der Bundesrepublik 280 Mitarbeiter. Der Umsatz soll 1983 rund 40 Mill. DM erreichen. Für 1984 erwartet Burger-Calderon eine Steigerung auf 46 Mill. DM, vor allem infolge der Übernahme der Niemann & Tintelnot-Marken und der Einführung neuer Produkte im Zigarillo-Bereich. Mit einer verstärkten Werbung – der Etat liegt bei 3 Mill. DM – sollen zusätzliche Kunden gewonnen werden.

Die gesamte Unternehmensgruppe repräsentiert einen Umsatz von gut 110 Mill. DM. Burger Söhne ist nach eigenen Angaben in der Schweiz der führende Zigarrenhersteller. In Spanien und in Andorra werden Lizenzproduktionen unterhalten, in Brasilien wird gemeinsam mit Dannemann ein Joint Venture betrieben. Die Ertragssituation in der Gruppe bezeichnet Burger-Calderon als befriedigend. Dies gelte allerdings nicht für die deutsche Tochter.

Der deutsche Zigarrenmarkt bedarf nach Ansicht des Unternehmens einer gründlichen Umorientierung. Burger bemängelt vor allem das „Sortiments-Wirrwarr". Die Branche müsse sich auf weniger, dafür aber qualitativ höherwertige Marken konzentrieren. Die deutschen Zigarrenhersteller hätten 1982 rund 1,6 Milliarden Stück „braune Ware" verkauft, darunter 450 Millionen Zigarren und 50 Millionen Stumpen. Für beide Artikel bedeute dies stagnierender Verbrauch in den letzten Jahren. Lediglich bei Zigarillos (1,1 Millionen Stück) zeichne sich eine Renaissance vor allem bei jüngeren Leuten ab.

SCHIFFAHRT

Bekenntnis zur Handelsflotte

W. WESSENDORF, Bremen

„Ohne eine Gesundung der internationalen Seeverkehrsmärkte gibt es auch für die Werften keine längerfristige Perspektive", sagte Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) vor dem Nautischen Verein zu Bremen. Die Neubauhilfen der Bundesregierung hätten nicht zu einer Kapazitätsausweitung der deutschen Handelsflotte geführt, sondern vielmehr den Reedern geholfen, die Struktur und Produktivität der Flotte im internationalen Wettbewerb zu verbessern. Dies sei ein unverzichtbares Element deutscher Schiffahrtspolitik.

Zudem sei es notwendig, die Eigenkapitalstruktur deutscher Reedereien und damit ihre Investitionsmöglichkeit zu stärken. Dollinger: „Ich werde mich bemühen, im Rahmen der vom Haushalt gesetzten Grenzen die zwischen 1979 und 1981 schon einmal gewährten Finanzbeiträge wiedereinzuführen." Der Minister bekräftigte, daß die Bundesregierung eine Handelsflotte unter deutscher Flagge für unverzichtbar halte. Neubauhilfen, die direkt werftwirksam seien, würden im Haushalt 1984 auf 250 Mill. DM angehoben.

Über die schon im Haushalt 1984 verwirklichten Erleichterungen hinaus strebt Dollinger außerdem eine weitere Angleichung der steuerlichen Rahmenbedingungen für die Schiffahrt an den internationalen Standard an mit dem Ziel des Abbaus von Wettbewerbsverzerrungen. Damit sei auch den deutschen Werften, deren Anträge zu zwei Dritteln von deutschen Reedern kämen, auf längere Sicht mehr gedient.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bonn: Howo Hotel- u. Wohnbauten GmbH; **Dortmund:** Nachl. d. Karl-Heinz Schöler; **Geilenkirchen:** Krüger GmbH, Heinsberg: Schröder GmbH u. Co. KG, Polstermöbel, Wassenberg; **Krefeld:** Bau-Ing. Haseleu Bauges. mbH-KG; **Neuss:** Ing. C. Mühlenbeck Tief- u. Straßenbau GmbH; **Saarbrücken:** Vermögensanlagen-Vermittlungs-Ges. mbH-VVG; **Stuttgart:** „Propaganda" Werbung u. Marketing GmbH, München, vorm. Fa. Franke Ges. f. Werbung u. Marketing mbH, Stuttgart.

MICROPRO / Mit Umsatzverdoppelung nicht zufrieden

Atemberaubendes Wachstum

DANKWARD SEITZ, München

Mikrocomputer sind das beherrschende Thema der Systems '83 in München. Seit vor knapp einem Jahrzehnt die ersten Anlagen dieser Art auf den Markt kamen, haben sie einen Siegeszug ohne Beispiel angetreten. Millionen Home- und Personalcomputer sind schon weltweit installiert. Und für die Zukunft sagen die Marktexperten geradezu atemberaubende Zuwachsraten voraus: Bis 1987 soll sich der Markt für Mikrocomputer von 711 auf 1446 Mill. DM mehr als verdoppeln.

Fast mehr noch als die Hersteller der Hardware profitieren die Softwa-re-Spezialisten von dieser Entwicklung. Bestes Beispiel hierfür ist die 1978 gegründete MicroPro International Corp., San Rafael/Kalifornien, die sich zu den Marktführern weltweit zählt. Bereits im ersten Geschäftsjahr setzte MicroPro 0,4 Mill. Dollar mit seiner Software um. 1982/83 (31. 8.) waren es, wie der Unternehmensgründer Seymour I. Rubinstein jetzt mitteilte, bereits über 45 (22,3) Mill. Dollar.

Und angesichts der Marktentwicklung wäre er „mit einer Verdoppelung 1983/84 nicht zufrieden". Große Zukunftschancen sieht er vor allem auf dem Gebiet der professionellen Personalcomputer, da sich derzeit mehrere Mikrocomputerhersteller ausschließlich mit dem Home-(Spiele-)Computermarkt befassen. Überhaupt werde sich die Software zum bedeutendsten Faktor der Branche entwickeln.

Seine Programme vertreibt MicroPro inzwischen weltweit über Computer-Hersteller, Computershops und Distributoren. Einschließlich Japan ist das Unternehmen in 27 Ländern vertreten. Die europäische Niederlassung, vor rund 18 Monaten gegründet, setzte im ersten vollen Geschäftsjahr bereits 5 Mill. Dollar um, davon 2 Mill. Dollar im deutschsprachigen Raum. Die Gewinnschwelle ist, so Rubinstein, inzwischen auch hier überschritten. Zu den wichtigsten Kunden gehören Philips, Siemens, Nixdorf und Olympia.

SIEMENS

Datentechnik in der Gewinnzone

sz. München

Erstmals seit Jahren ist der Unternehmensbereich Datentechnik der Siemens AG, Berlin/München, im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) wieder in die Gewinnzone gekommen. Auftragseingang und Umsatz wuchsen um über 10 Prozent. Endgültige Zahlen liegen zwar noch nicht vor, doch dürfte ein Umsatz von über 2,2 Mrd. DM erzielt worden sein, nachdem er 1981/82 rund 2 Mrd. DM betragen hatte.

Große Hoffnungen setzt Siemens, wie anläßlich der Systems '83 in München mitgeteilt wurde, auf das Betriebssystem BS 2000, von dem bisher über 2000 Anlagen installiert werden konnten. Einen Anteil von rund 30 Prozent am DV-Geschäft von Siemens halten inzwischen die Hard- und Softwareprodukte mit der Bezeichnung „Transdata" für die Kommunikation zwischen Rechnern und Endgeräten untereinander.

WIRTSCHAFTSBÜCHER AUF DER FRANKFURTER BUCHMESSE

Horst Claus Recktenwald: Lexikon der Staats- und Geldwirtschaft, Verlag Franz Vahlen, München 1983, 760 S. (geb.), 76 Mark.

Neuartig an diesem Handbuch ist, daß es die Staats- und Geldwirtschaft systematisch aufbereitet und durch eine alphabetische Anordnung einen raschen Zugang zu den Begriffen ermöglicht. Als Lehr- und Nachschlagewerk kann es daher für Theorie und Praxis gleichermaßen den Wissenstoff, Fakten, Probleme und Kritiken darbieten und vermitteln.

André Beauchamp: Die Steuerparadiese der Welt, Piper Verlag, München 1983, 711 S. (Ln.), 128 Mark.

Die Steuerlast hat in vielen Industrieländern ein zu hohes Niveau erreicht. Je mehr die Steuerschraube angezogen wird, um so mehr gewinnen die Steueroasen an Bedeutung und Zulauf. Denn dort können auf legalem Wege Steuern gespart werden. Dieses außerordentlich ausführliche Handbuch erklärt die Funktionsweise eines Steuerparadieses und wie man es nutzbringend für steuersparende Zwecke einsetzen kann. In dem zweiten Teil des Buches werden 48 Steuerparadiese analysiert. Die Fragen, die der Autor beantwortet, behandeln die Verbindungen zur Außenwelt, das Verkehrs- und Nachrichtenwesen, die politische Lage und Institutionen, Währungs- und Finanzfragen, das Rechtswesen und die Probleme des Arbeitsmarktes.

Meyer/Meulenbergh/Beuthien: Genossenschaftsgesetz, C. H. Beck Verlag, München 1983, 949 S. (Ln.), 98 Mark.

Die 12. Auflage des bewährten Kommentars zum Genossenschaftsrecht wurde von Professor Beuthien (Universität Marburg) von Grund auf neu geschrieben und weitreichend umgestaltet. Die mit Randnummern und Inhaltsübersichten versehenen Erläuterungen berücksichtigen die Genossenschaftsnovelle 1973 und die seitdem eingetretene Rechtsentwicklung. Erstmals werden auch volks- und betriebswirtschaftliche Beiträge zur rechtlichen Bewertung genossenschaftlicher Phänomene mit in die Kommentierung einbezogen. Im Anhang sind die wichtigsten Begleitgesetze abgedruckt, das geplante Bilanzrichtliniengesetz bereits in Fußnoten berücksichtigt und seine Regierungsbegründung als Anlage beigefügt.

Hinzen/Boek/Castro/Grzella/Heikenfeld/Mühlen: Umweltqualität und Wohnstandorte, Bauverlag GmbH, Wiesbaden 1983, 294 S., 44 Mark.

Für die Gemeinde ist der Bebauungsplan eins der wichtigsten Instrumente im Hinblick auf die Schaffung und Präzisierung von Rahmenbedingungen für die Umweltqualität von neuen und bestehenden Wohnstandorten. Dieser Forschungsbericht versteht sich als Beitrag, Möglichkeiten, Erfordernisse und Grenzen der Bebauungsplanung herauszuarbeiten mit dem Ziel, die Umweltqualität von Wohnstandorten langfristig und wirksam zu verbessern.

Kern/Laufs: Die ärztliche Aufklärungspflicht, Springer-Verlag, Berlin, Heidelberg 1983, 214 S., 36 Mark.

Jeder ärztliche Eingriff bedarf der Einwilligung durch den Patienten. Einwilligen kann aber wirksam nur derjenige, der zuvor umfassend aufgeklärt wurde. So gehört die Aufklärung zu den wesentlichen Pflichten des Arztes. Dieser Ratgeber informiert über die einzelnen Problemkreise anhand von zahlreichen Beispielen aus der juristischen und ärztlichen Praxis.

Reinhard Pfriem: Einstieg in den Ausstieg, Econ Verlag, Düsseldorf 1983, 224 S., 24 Mark.

Elemente einer „grünen" Wirtschaftspolitik basieren hauptsächlich auf einer negativen Abgrenzung. So wird der Ausstieg aus den Wirtschafts- und Wachstumszwängen unseres Wirtschaftssystems gefordert, ohne aber den Einstieg in das dann folgende Wirtschaftsleben farbkräftig auszumalen. Es grünt halt nur so grün. (jwh)

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Renten erneut erholt

Am Rentenmarkt zogen die Notierungen weiter an. Sie folgen damit der in den US-Bonds ebenfalls herrschenden freundlicheren Tendenz, zurückzuführen auf den überraschenden Rückgang der Geldmenge in der vorangegangenen Woche. Noch mehr Eindruck machte allerdings der weichende Dollar-Kurs. Öffentliche Langläufer werden bis zu 0,35 Prozentpunkte heraufgesetzt, bei den Kurzläufern hielt sich der Kursanstieg in engeren Grenzen. DM-Auslandsanleihen lagen bis zu einem Viertelpunkt fester. Pfandbriefe folgten dem allgemeinen Kursanstieg bei kleinem Geschäft nur zögernd.

	18. 10.	17. 10.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	90,25TG	89TG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¼ dgl. Pf. 2	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 3	94,25G	94,25bG
7 dgl. Pf 27	100,3G	100,3G
8½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,25G	122G
5½ dgl. Pf 11	129G	129G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	18. 10.	17. 10.
Br 6½ dgl. Pf 77	93,3G	93,3
5 dgl. Pf 42	99,8G	99,8B
8½ dgl. Pf 47	101,8G	101,8G
F 5 Pfr. Hypobk. Pf 68	69G	69G
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	78G	78G
6 dgl. Pf 130	90,5G	90,5G
8½ dgl. Pf 133	86T	86T
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	18. 10.	17. 10.
H 6 Schiffsbyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	99,9G	99,9G
M 6 Südboden Pf 41	89G	89G
5½ dgl. Pf 57	75G	76bG
6½ dgl. Pf 143	93,5G	93,5G
7 dgl. Pf 87	83,5G	83,5G
7½ dgl. Pf 104	85,5G	85,5G
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	99G	99G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

	18. 10.	17. 10.
F 6 Badenwerk 64	99,5G	99,5G
6 dgl. 78	93,4G	93,4
5 BASF 59	98,5G	98,5G
5 Bayernw. 59	98,75G	98,75G

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	18. 10.	17. 10.
[illegible]	[illegible]	[illegible]
F Kawasaki Kisen	1,5G	1,5G
F Kawasaki Steel	1,9G	1,85
M Kloof Gold Min.	108	112G
F Komatsu	5,5G	5,4G
D KLM	141	142G
F Kubota	3,2G	3,2G
D Lafarge	84G	83G
D Litton Ind.	168G	167G
F Lone Star	70G	70G
D LTV	41,5	41,5
M M.I.M. Hold.	17G	17,4
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3G	3,1G
F Mirodal Food	6,8T	6,8T

	18. 10.	17. 10.
[illegible]	[illegible]	[illegible]
D Uniroyal	44,8G	44
F United Techn.	172	175
F US Steel	76,1	77,5
M Vaal Reefs Expl.	270G	280,2
D Ver.-Stahl	76	75,5bG
D Volvo A	140G	140G
D dgl. Nam B	140G	136G
F Warner Commun.	61,2	60,1
F Warner Lambert	80G	80,9
F Wells Fargo	98,5	98,5
M Western Deep L.	133	133
M Western Mining	8,4B	8,8
F West.-Utrecht H.	94,1	94,1
D Xerox Corp.	121,5	124

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

[illegible]



Nachfrage nach Großbankaktien

Grundtendenz am Aktienmarkt weiterhin zuversichtlich

DW. – Unter dem Eindruck der hoffnungsvollen Konjunkturbeschreibung der Bundesbank, des weiter gefallenen Dollar und der anhaltend freundlichen Tendenz am Rentenmarkt hat sich das Interesse an Aktien weiter verstärkt. Im Mittelpunkt standen diesmal die Papiere der Commerzbank, die von der Ertragssteigerung des Instituts in diesem Jahr sowie von der angekündigten Dividendenzahlung profitierten. Mitgezogen wurden vor allem die Aktien der Dresdner Bank, in deren Kursen ebenfalls ein „Nachholbedarf" vermutet wird. An der anhaltend freundlichen Grundstimmung konnten zwischenzeitliche Gewinnmitnahmen des Berufshandels nichts ändern, sie sorgten aber für einen „sauberen Markt".

In den während der letzten Tage bevorzugten Autoaktien machten sich die Glattstellungen zum Teil in Rückschlägen bis zu 5 DM (Mercedes) bemerkbar. Sie wurden aber bis zum Börsenschluß teilweise wieder ausgeglichen. Auch in den Titeln der Großchemie wurde der Anstieg durch Glattstellungen gebremst. Bei Mannesmann (minus 1,50 DM) soll Angebot aus dem Ausland vorgelegen haben. Im Hinblick auf das günstige Kurs/Gewinn-Verhältnis gab es weitere Anlagekäufe bei Siemens. Sie ließen das Papier um 3 DM steigen. Im Versicherungsbereich setzten Allianz Versicherung ihren Anstieg um 10 DM auf 698 DM fort.

Düsseldorf: Um je 3 DM verteuerten sich Neckermann auf 97 DM und Schubsa auf 82 DM. Je 7 DM kosteten DAT und Hein. Lehmann. Dahlbusch VA erhöhten um 8 DM auf 468 DM. Stinnes verbesserten sich um 9 DM auf 530 DM. Leffers stockten um 10 DM auf 410 DM auf und Gerresheimer Glas gaben um 2 DM auf 122 DM nach.

Frankfurt: Eine Sonderbewegung an der Frankfurter Aktienbörse hatte die Commerzbank-Aktie, die sich um 5,10 DM auf 177,90 DM verbessern konnte, nachdem Seipp die Dividendenhoffnung von 6 DM bestätigte. Die anderen Standardwerte hatten Kursgewinne bis zu 1 DM. Von Nebenwerten blieben Krauss-Maffei 2300 DM plus 60 DM sowie Gebrüder Adt 160 DM plus 8 DM, Lahmeyer 390 DM plus 17 DM.

Hamburg: Versorgungswerte wurden rege gehandelt. HEW lagen bei 103,50 DM (plus 0,60 DM) nur wenig höher, während NWK-Vorzüge bis 173 DM umgingen. Reichelt wurden bis 92 DM (plus 2 DM) und Triton mit 132,50 DM (plus 2 DM) umgesetzt.

München: Audi NSU verminderten um 1 DM auf 278 DM und Augsburger Kammgarn um 2 DM auf 91 DM. Deckel AG gaben um 4,50 DM auf 90,50 DM nach und Gehe AG um 5 DM auf 243 DM. Wanderer Werke verminderten um 4 DM auf 262 DM.

Berlin: Spinnstoff-Fabrik Zehlendorf zogen um 10 DM und Herlitz Stämme um 5 DM an. Bekula festigten sich um 2,50 DM. DUB-Schultheiss lagen um 1 DM geringfügig freundlicher. Rheinmetall ermäßigten sich um 5 DM und Kötitzer um 3,90 DM.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Toronto

[illegible]

Amsterdam

[illegible]

Tokio

[illegible]

Zürich

[illegible]

Madrid

[illegible]

Paris

[illegible]

Mailand

[illegible]

London

[illegible]

Wien

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Brüssel

	18. 10.	17. 10.
Arbed	1290	1288
Brux. Lambert	2535	2540
Cockerill Ougrée	175	174
Ebes	2220	2220
Gevaert	2490	2510
Kreditbank	6300	6300
Pétrofina	5610	5590
Soc. Gén. d. Belg.	1725	1795
Sofina	4940	4959
Solvay	3440	3420
UCB	4100	4050
Index	127,1	127,12

Singapur

	18. 10.	17. 10.
Cycle + Car.	4,65	4,60
Cold Storage	5,00	5,00
Dev. Bk. of Sing.	9,45	9,50
Fraser + Neave	4,38	4,15
Kl. Kepong	3,28	3,10
Mal. Banking	9,55	9,35
Nat. Iron	4,65	4,60
OCBC	10,90	10,80
Sime Darby	2,47	2,46
Singapur Land	4,10	4,15
Un. Overs. Bank	5,25	5,25

Sydney

[illegible]

Optionshandel

[illegible]

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 18. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1420,00	1732,80
10 US-Dollar (Indian)**)	1100,00	1305,40
5 US-Dollar (Liberty)	440,00	502,80
1 £ Sovereign alt	236,00	291,84
1 £ Sovereign Elizabeth II	232,00	287,28
20 belgische Franken	184,00	237,12
10 Rubel Tscherwonez	247,00	308,94
2 südafrikanische Rand	233,00	287,29
Krüger Rand, neu	1040,00	1235,50
Maple Leaf	1039,00	1224,36
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	245,00	306,66
20 schweiz. Franken „Vreneli"	203,00	255,36
20 franz. Franken „Napoléon"	198,00	249,08
100 österr. Kronen (Neuprägung)	959,00	1157,10
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	435,00	535,80
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Euro-Geldmarktsätze

[illegible]

Devisen und Sorten

[illegible]

Devisen

Der minimale Anstieg der amerikanishen Bond-Preise löste am Vortag in New York einen Verkaufsdruck auf den US-Dollar aus und ließ den Kurs bis 2,5850 fallen. In Europa konnte sich diese Tendenz am 18. 10. nicht entscheidend durchsetzen, und bei ruhigen Handelsaktivitäten bewegte sich der Dollarkurs zwischen 2,5790 und 2,5860. Ohne Mitwirkung der Bundesbank wurde der Börsenkurs mit 2,5847 festgestellt. Die D-Mark verzeichnete aus dieser Dollar-Bewegung zum Teil deutliche Kursgewinne. Mit einem Tagesverlust von 0,7 und 0,4 Prozentpunkten auf 3,879 bzw. 1,1140 war das Englische Pfund und der Japanishe Yen davon besonders betroffen. Die Dänische Krone notierte mit einem neuen Tiefstkurs von 27,605. US-Dollar in: Amsterdam 2,8995; Brüssel 52,93; Mailand 1572,80; Wien 18,1750; Zürich 2,0969; Ir. Pfund/DM 3,098; Pfund/Dollar 1,5008.

Ostmarkkurs am 18. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

1/16 Prozent rückläufige DM-Zinssätze am Euromarkt führten am 18. Oktober zu unwesentlich veränderten Dollar-Abschlägen gegen D-Mark per Termin.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,96/0,86	2,51/2,41	[illegible]
Pfund/Dollar	0,02/0,05	0,13/0,16	[illegible]
Pfund/DM	1,90/0,50	4,80/2,80	[illegible]
FF/DM	28/12	79/63	[illegible]

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18. 10.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 6,1–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 18. 10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

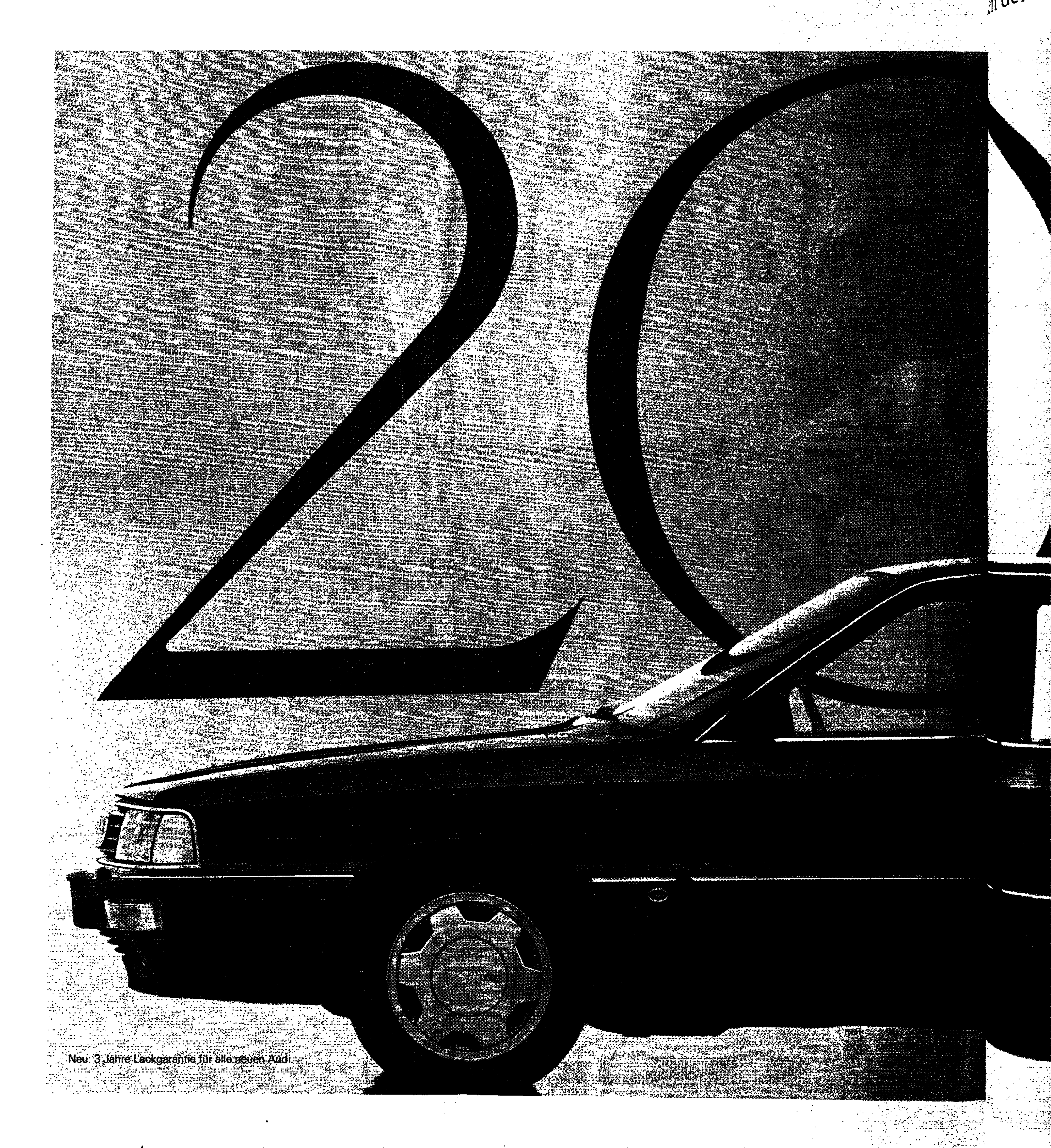
Diskontsatz der Bundesbank am 18. 10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,92) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,06) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,85.

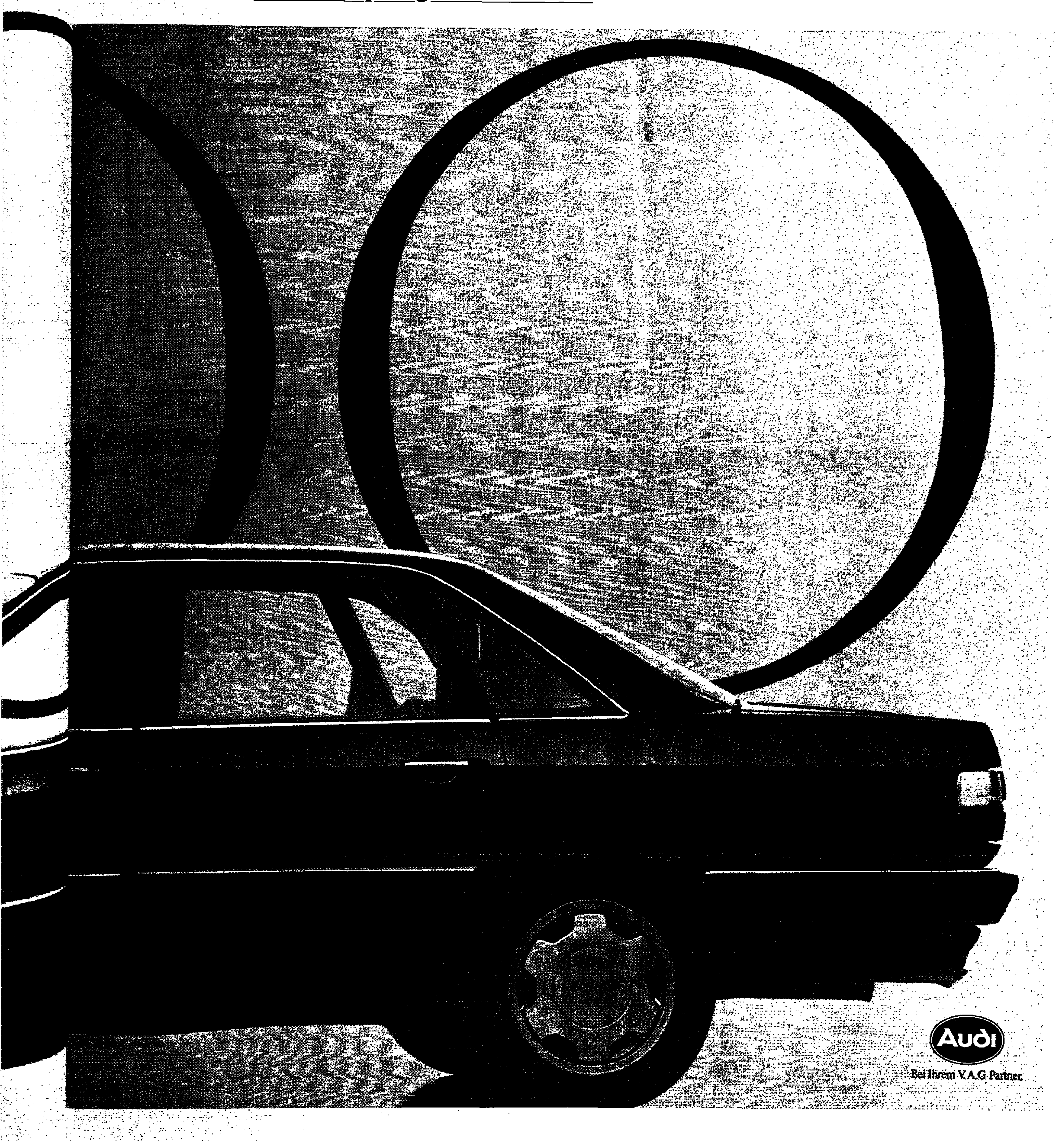


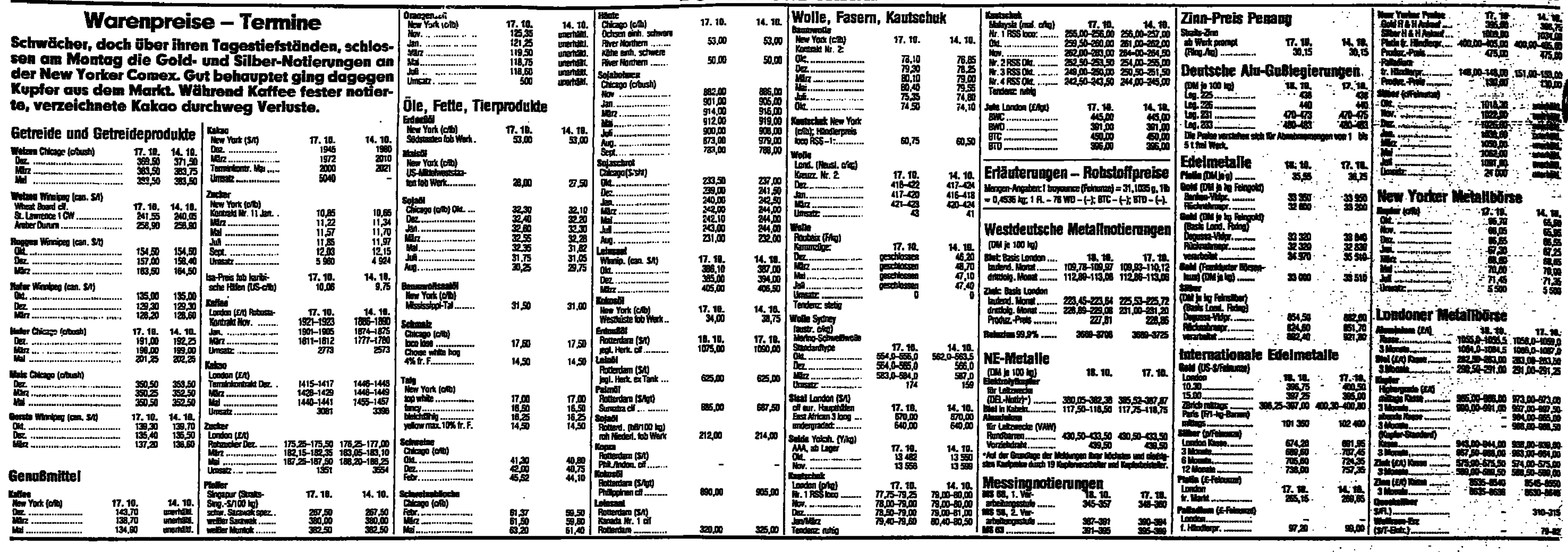
BESUCHEN SIE UNS AUF DER
SYSTEMS'83
München vom 17.-21. Oktober 1983
Denken Sie doch mal zusammenhängend.
Denn alle müssen miteinander arbeiten: Die Produktion mit dem Lager, das Lager mit der Buchhaltung, die Buchhaltung mit der Werbung, die Werbung mit dem Kunden.
Einzellösungen bringen Sie in der integrierten Bürokommunikation nicht weiter. Wang bietet Ihnen ein umfassendes Gesamtkonzept. Eins paßt zum anderen. Alles läßt sich nahtlos miteinander verbinden. Damit Ihre Mitarbeiter reibungslos miteinander arbeiten können. Jeder mit jedem.
Für jeden Arbeitsplatz, für jede Abteilung, für das ganze Unternehmen erarbeiten wir Ihnen maßgeschneiderte Lösungen. Ganz gleich, was für eine Firma Sie führen und wie groß sie ist. Alle Computer-Systeme von Wang arbeiten reibungslos miteinander. Und mit fast allen anderen Systemen. In Text und Daten. Intern und extern. Heute und in Zukunft. Und anders als bei anderen wird auch die Software immer voll integrierbar sein.
In seiner Vielseitigkeit, seiner Perfektion und seiner Einfachheit ist Wang auch weiterhin unübertroffen. Das liegt daran, daß wir uns von Anfang an mit nichts anderem beschäftigt haben, als mit integrierter Büro-kommunikation. Weltweit. So haben wir auch eine Systemberatung und einen Service aufgebaut, der Ihnen für alle Aufgaben die richtige Lösung bietet. Nutzen Sie das.
WANG
The Office Automation Computer People.
WANG DEUTSCHLAND GMBH, LYONER STR. 26, D-6000 FRANKFURT/MAIN 71. TEL: 0611-6675400. WANG AG, TALACKER STR. 7, CH-8152 GLATTBRUGG, SCHWEIZ. WANG GESELLSCHAFT M.B.H., LINKE WIENZEILE 234, A-1150 WIEN, ÖSTERREICH.

Der neue Audi 200 Turbo.
Vorsprung durch Technik. Auch
in der Spitzenklasse.



Beim neuen Audi 200 Turbo kommt alles zusammen: Weltbeste aerodynamische Form, vorteilhafter Frontantrieb, extrem niedriger Verbrauch, eine der größten Sitzraumflächen und eine der großzügigsten Ausstattungen der Spitzenklasse. Anti-Blockier-System selbstverständlich serienmäßig. Ebenso Colorverglasung, Leichtmetallräder, Zentralverriegelung, Auto-Check-System, Servolenkung, elektrische Fensterheber.
In 8,2 Sekunden spurtet er von 0 auf 100. Bei 230 km/h erreicht der 134 kW/182 PS starke Turbomotor seine Spitze, und damit ist der Audi 200 Turbo eine der schnellsten Limousinen der Welt. Audi. Vorsprung durch Technik.





Warenpreise – Termine

Schwächer, doch über ihren Tagestiefständen, schlossen am Montag die Gold- und Silber-Notierungen an der New Yorker Comex. Gut behauptet ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee fester notierte, verzeichnete Kakao durchweg Verluste.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	17. 10.	14. 10.
Dez.	369,50	371,50
März	383,50	383,75
Mai	393,50	393,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	17. 10.	14. 10.
St. Lawrence 1 CW	241,55	240,05
Amber Durum	258,90	258,90
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	154,50	154,50
Dez.	157,00	158,40
März	163,50	164,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	135,00	135,00
Dez.	129,30	129,30
März	128,20	128,60
Hafer Chicago (c/bush)	17. 10.	14. 10.
Dez.	191,00	192,25
März	198,00	199,00
Mai	201,25	202,25
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	350,50	353,50
März	350,25	352,50
Mai	350,50	352,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	17. 10.	14. 10.
Okt.	138,30	139,70
Dez.	135,40	135,50
März	137,20	138,60

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	17. 10.	14. 10.
Dez.	143,70	unerhältl.
März	138,70	unerhältl.
Mai	134,90	unerhältl.
Kakao New York ($/t)	17. 10.	14. 10.
Dez.	1945	1980
März	1972	2010
Terminkontr. Mai	2000	2021
Umsatz	5040	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	10,85	10,65
März	11,22	11,34
Mai	11,57	11,70
Juli	11,85	11,97
Sept.	12,03	12,15
Umsatz	5 980	4 924
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	17. 10. / 10,06	14. 10. / 9,75
Kaffee London (£/t) Robusta-	17. 10.	14. 10.
Kontrakt Nov.	1921–1923	1886–1890
Jan.	1901–1905	1874–1875
März	1811–1812	1777–1780
Umsatz	2773	2573
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1415–1417	1446–1448
März	1428–1429	1448–1449
Mai	1440–1441	1455–1457
Umsatz	3081	3396
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	175,25–175,50	176,25–177,00
März	182,15–182,35	183,05–183,10
Mai	187,25–187,50	188,20–188,25
Umsatz	1351	3554
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	17. 10.	14. 10.
schw. Sarawak spez.	267,50	267,50
weißer Sarawak	380,00	380,00
weißer Muntok	382,50	382,50
Orangensaft New York (c/lb)	17. 10.	14. 10.
Nov.	125,35	unerhältl.
Jan.	121,25	unerhältl.
März	119,50	unerhältl.
Mai	118,75	unerhältl.
Juli	118,60	unerhältl.
Umsatz	500	unerhältl.

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	17. 10.	14. 10.
Südstaaten fob Werk	53,00	53,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,00	27,50
Sojaöl Chicago (c/lb)		
Okt.	32,30	32,10
Dez.	32,40	32,20
Jan.	32,60	32,30
März	32,55	32,28
Mai	32,35	31,82
Juli	31,75	31,05
Aug.	30,25	29,75
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	31,50	31,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	17,50	17,50
Choise white hog 4% fr. F.	14,50	14,50
Talg New York (c/lb)		
top white	17,00	17,00
fancy	16,50	16,50
bleichfähig	16,25	16,25
yellow max. 10% fr. F.	14,50	14,50
Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	41,30	40,80
Dez.	42,00	40,75
Febr.	45,52	44,10
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	61,37	59,50
März	61,50	59,60
Mai	63,20	61,40
Häute Chicago (c/lb)	17. 10.	14. 10.
Ochsen einh. schwere River Northern	53,00	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	882,00	886,00
Jan.	901,00	905,00
März	914,00	916,00
Mai	912,00	919,00
Juli	900,00	908,00
Aug.	873,00	979,00
Sept.	783,00	788,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	233,50	237,00
Dez.	239,00	241,50
Jan.	240,00	242,50
März	242,00	244,00
Mai	242,10	244,00
Juli	243,00	244,00
Aug.	231,00	232,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	17. 10.	14. 10.
Okt.	386,10	387,00
Dez.	385,00	394,00
März	405,00	406,50
Kokosöl New York (c/lb)	17. 10.	14. 10.
Westküste fob Werk	34,00	38,75
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	18. 10.	17. 10.
jegl. Herk. cif	1075,00	1090,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	625,00	625,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	685,00	687,50
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	212,00	214,00
Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	890,00	905,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	320,00	325,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	17. 10.	14. 10.
Okt.	78,10	76,85
Dez.	79,30	78,25
März	80,10	79,00
Mai	80,40	79,55
Juli	75,35	74,80
Okt.	74,50	74,10
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	60,75	60,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2	17. 10.	14. 10.
Dez.	418–422	417–424
Jan.	417–420	416–418
März	421–423	420–424
Umsatz	43	41
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	17. 10.	14. 10.
Dez.	geschlossen	46,20
März	geschlossen	46,70
Mai	geschlossen	47,10
Juli	geschlossen	47,40
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle Standardtype	17. 10.	14. 10.
Okt.	554,0–556,0	562,0–563,5
Dez.	554,0–565,0	566,0
März	583,0–584,0	587,0
Umsatz	174	159
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	17. 10.	14. 10.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	17. 10.	14. 10.
Okt.	13 482	13 550
Nov.	13 558	13 599
Kautschuk London (p/kg)	17. 10.	14. 10.
Nr. 1 RSS loco	77,75–79,25	79,00–80,00
Nov.	78,00–79,00	79,00–80,00
Dez.	78,50–79,00	79,00–81,00
Jan/März	79,40–79,60	80,40–80,50
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	17. 10.	14. 10.
Nr. 1 RSS loco:	255,00–256,00	256,00–257,00
Okt.	259,50–260,00	261,00–262,00
Nov.	262,00–263,00	264,00–264,50
Nr. 2 RSS Okt.	252,50–253,50	254,00–255,00
Nr. 3 RSS Okt.	249,00–250,00	250,50–251,50
Nr. 4 RSS Okt.	242,50–243,50	244,00–245,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	17. 10.	14. 10.
BWC	445,00	445,00
BWD	391,00	391,00
BTC	450,00	450,00
BTD	396,00	396,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	18. 10.	17. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	109,78–109,97	109,93–110,12
drittfolg. Monat	112,89–113,08	112,86–113,06
Zink: Basis London		
laufend. Monat	223,45–223,64	225,53–225,72
drittfolg. Monat	228,89–229,08	231,00–231,20
Produz.-Preis	227,81	228,86
Bakelium 99,9%	3669–3708	3689–3725

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	18. 10.	17. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	380,05–382,38	385,52–387,87
Blei in Kabeln	117,50–118,50	117,75–118,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	18. 10.	17. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	345–357	348–360
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	387–391	390–394
MS 63	391–395	395–399

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	17. 10.	14. 10.
(Ring./kg)	30,15	30,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	18. 10.	17. 10.
Leg. 225	438	438
Leg. 226	440	440
Leg. 231	470–473	470–475
Leg. 233	480–483	480–483

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	18. 10.	17. 10.
Platin (DM je g)	35,55	36,75
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 350	33 950
Rücknahmepr.	32 800	33 200
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 320	33 840
Rücknahmepr.	32 320	32 830
verarbeitet	34 970	35 510
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 000	33 510
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	654,50	682,00
Rücknahmepr.	624,60	651,70
verarbeitet	692,40	521,30

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	18. 10.	17. 10.
10.30	396,75	400,50
15.00	397,25	395,00
Zürich mittags	396,25–397,00	400,30–400,80
Paris (Fr/1-kg-Barren) mittags	101 350	102 400
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	674,20	691,95
3 Monate	689,60	707,45
6 Monate	705,60	724,35
12 Monate	738,00	757,35
Platin (£-Feinunze) London	17. 10.	14. 10.
fr. Markt	265,15	269,65
Palladium (£-Feinunze)		
London	–	–
f. Händlerpr.	97,20	99,00

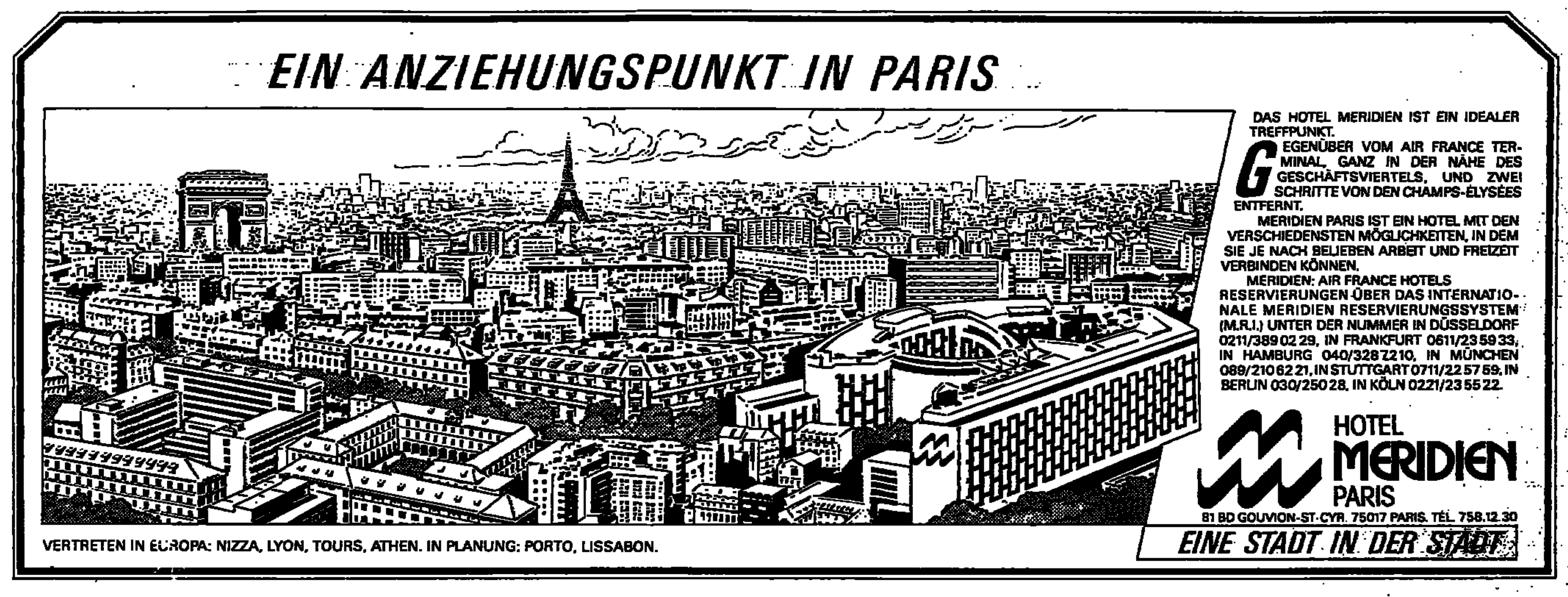
New Yorker Preise	17. 10.	14. 10.
Gold H & H Ankauf	395,80	398,75
Silber H & H Ankauf	1009,00	1034,00
Platin fr. Händlerpr.	400,00–405,00	400,00–405,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	146,00–148,00	151,00–153,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	1018,30	unerhältl.
Nov.	1022,30	unerhältl.
Dez.	1025,00	unerhältl.
Jan.	1038,00	unerhältl.
März	1050,00	unerhältl.
Mai	1062,00	unerhältl.
Juli	1081,00	unerhältl.
Umsatz	21 000	unerhältl.

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	17. 10.	14. 10.
Okt.	65,70	65,50
Nov.	66,05	65,95
Dez.	66,55	66,55
Jan.	67,30	67,25
März	68,80	68,65
Mai	70,00	70,00
Juli	71,45	71,35
Umsatz	5 500	5 500

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	18. 10.	17. 10.
Kasse	1055,0–1055,5	1058,0–1059,0
3 Monate	1084,0–1084,5	1086,0–1087,0
Blei (£/t) Kasse	282,50–283,00	283,00–283,50
3 Monate	290,50–291,00	291,00–291,25
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	965,00–966,00	973,00–973,00
3 Monate	990,00–991,00	997,00–997,50
abends Kasse	–	984,00–985,00
3 Monate	–	998,00–998,50
(Kupfer-Standard)		
Kasse	943,00–944,00	938,00–939,00
3 Monate	957,50–958,00	963,00–964,00
Zink (£/t) Kasse	575,00–575,50	574,00–575,00
3 Monate	590,00–590,50	588,50–589,00
Zinn (£/t) Kasse	8535–8540	8545–8550
3 Monate	8635–8636	8630–8640
Quecksilber ($/Fl.)	–	310–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	79–82











IMMOBILIEN · KAPITALIEN

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

Altenheime / Ruhesitze

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

STELLENANGEBOTE

Auslandssachbearbeiter/in bei der BfG:

Für die **Zentrale Disposition der Hauptverwaltung** suchen wir Auslandssachbearbeiter/innen mit fundierten praktischen Erfahrungen. Wenn Sie mit dem Inkassogeschäft und mit der Bearbeitung von Akkreditiven ebenso vertraut sind wie mit der Abwicklung von Auslandsfinanzierungen, über [illegible] Sprachkenntnisse verfügen und dazu fachlich flexibel und zumindest für einige Zeit räumlich mobil sind, sollten Sie sich mit uns in Verbindung setzen.

Wir geben Ihnen zunächst Gelegenheit, ca. 1 Jahr im Auslandsgeschäft einer Ihrem Wohnort nahegelegenen Niederlassung tätig zu sein. Hierdurch können Sie Ihre Kenntnisse abrunden und vertiefen sowie sich mit den Arbeitsabläufen und mit den in unserer Bank geltenden Richtlinien vertraut machen. Anschließend werden wir Ihnen für die Dauer von ca. 2 Jahren Vertretungen und Sonderaufgaben im Auslandsgeschäft der Bank übertragen.

Als Mitarbeiter/in in der Zentralen Disposition werden Sie in Geschäftsstellen unterschiedlicher Größenordnungen und Organisationsstrukturen eingesetzt. Ihnen werden Aufgaben mit verschiedenen Tätigkeitsschwerpunkten übertragen, bei denen Sie immer wieder neue Kollegen und Kunden kennenlernen. Durch diese abwechslungsreiche und anspruchsvolle Tätigkeit bieten wir Ihnen eine gute Möglichkeit, sich gezielt für die spätere Übernahme einer verantwortlichen Position in unserem Niederlassungsbereich, in unserer Hauptverwaltung oder im Ausland zu qualifizieren. Daß wir bei einem dann gegebenenfalls notwendig werdenden Wohnortwechsel die Umzugskosten erstatten, versteht sich von selbst.

Ihr Gehalt entspricht der Bedeutung der Position.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung, schriftlich, kurzgefaßt, mit den wichtigsten Daten zu Ihrem Werdegang und Ihren besonderen Erfahrungen.

Für ein erstes, vertrauliches Kontaktgespräch steht Ihnen auch gerne Herr Wieß, Telefon (06 11) 2 58-65 30/31, zur Verfügung.

Bank für Gemeinwirtschaft
Hauptverwaltung
Theaterplatz 2
6000 Frankfurt am Main 11

Wir möchten, daß Sie Ihren Beruf von seiner besseren Seite kennenlernen.

BfG:Bank für Gemeinwirtschaft



Royal Caribbean Cruise Line

Wir sind eine norwegische Reederei, die sich mit drei Schiffen ganz auf Kreuzfahrten im karibischen Raum spezialisiert hat.

Wir suchen einen aktiven und dynamischen Herrn zwischen 25 und 40 Jahren als

Verkaufs-Repräsentant

Bei dem neuen Mitarbeiter setzen wir fundierte Kenntnisse in der Reisebranche (nicht unbedingt Kreuzfahrt) und englische Sprachkenntnisse voraus. Seine Tätigkeit wird im Verkauf bestehen, in der Darstellung der Reederei-Produktpalette bei Veranstaltern und Reisebüros und in der Mitarbeit bei der Werbeplanung.

Er wird Kundenabende veranstalten und muß in der Lage sein, auch vor einem größeren Publikum zu überzeugen. Das setzt sowohl eine seriöse Erscheinung voraus als auch intelligente Redegewandtheit.

Der Bewerber sollte darüber hinaus Freude daran haben, mobil zu sein und ganzjährig überall in der Bundesrepublik zu arbeiten.

Das Gehalt wird den verlangten Voraussetzungen entsprechen.

Ausführliche Bewerbungen mit Referenzen bitte an unseren Generalagenten für die Bundesrepublik Deutschland:
Seetours International, Weißfrauenstr. 3, 6000 Frankfurt/M.

Wir sind: Eine Einrichtung der Resozialisierung Nichtseßhafter (gem. § 72 BSHG) mit 360 Plätzen und sind Mitglied des Diakonischen Werkes der ev.-luth. Landeskirche Hannovers. Im Bereich der Sozialhilfe bieten wir durch arbeitstherapeutische Maßnahmen umfangreiche Hilfe an.

Wir suchen: **Einen Verwaltungsleiter**

Wir erwarten: Betriebswirtschaftliche Fähigkeiten (Kalkulation der Pflegesätze etc.), Bilanzsicherheit sowie langjährige Erfahrung im Rechnungswesen. Wünschenswert sind darüber hinaus Kenntnisse auf dem Personalsektor, wobei das Tarifrecht und das Mitarbeitervertretungsrecht des Öffentlichen Dienstes anzuwenden sind. EDV-Kenntnisse sind Voraussetzung.

Wir bieten: Zusammenarbeit in einem kleinen Team
Vergütung nach den AVR des Diakonischen Werkes

Wir erbitten: Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen an folgende Adresse: Werkheim e. V., Geschäftsleitung, Büttnerstraße 9, 3000 Hannover 1.

Regionalvertreter Deutschland

Unser Auftraggeber ist ein größeres schweizerisches Unternehmen der metallverarbeitenden Industrie im Raum Zürich. Für die **Niederlassung in Deutschland** suchen wir einen initiativen und erfahrenen

Verkaufsingenieur

für die Region Hamburg–Hannover. Der Stelleninhaber ist direkt dem Geschäftsführer der deutschen Niederlassung unterstellt. Das Schwergewicht seiner Aufgaben liegt im aktiven Verkauf der Produkte an private und öffentliche Abnehmer, insbesondere im

Bausektor.

Die gründliche technische Beratung der Kunden, die detaillierte Vorbereitung der Offerten sowie die Überwachung der Auftragsabwicklung sind für den Erfolg von erheblicher Bedeutung. Die Mitwirkung bei der Erarbeitung des Vertriebskonzepts und bei der Absatzplanung sind weitere wichtige Aufgaben.

Die Position erfordert eine gründliche technische Ausbildung mit Vorteil im Baubereich, eine mehrjährige Erfahrung im Verkauf von technischen Produkten der Bauindustrie und Erfahrung im Verkehr mit Architekten und Baubehörden. Kontaktfähigkeit, Verhandlungsgeschick, Einsatzfreude und Ausdauer sowie ein kooperatives Verhalten gegenüber Vorgesetzten und Mitarbeitern sind weitere wichtige Anforderungen.

Wir bitten Interessenten, ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an unsere Adresse zu senden. Diese werden vertraulich behandelt und nur mit Ihrer ausdrücklichen Zustimmung an unseren Auftraggeber weitergeleitet.

BSG Unternehmungsberatung St. Gallen
Rorschacher Straße 150, CH–9006 St. Gallen/Schweiz

Australienauswanderer
haben eine gute Chance nur bei bereits vorhandener oder zu erwartender Einreisegenehmigung. Starthilfe selbstverständlich. Keine Rückzahlung.
Zuschr. erb. u. PE 47061 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Portakabin
BEZIRKSVERKAUFSLEITER
(Ruhrgebiet)

Portakabin ist eine internationale dynamische Firmengruppe mit zwei Hauptwerken in Großbritannien, Tochtergesellschaften in Deutschland, den Niederlanden und Frankreich und einem weltweiten Netz von Wiederverkäufern.

Wir sind führend auf dem Gebiet von Soforträumen, bekannt durch gute Kundendienstleistungen, Qualität und Innovation, gestützt auf perfekte technische Fertigung und Marktuntersuchungen.

Wir vertreiben Modelle verschiedenster Art mobiler Soforträume für Büros, Schulungszentren, Kliniken, Ladenlokale, Laboratorien, Hospitale, EDV-Räume und vielen anderen Nutzungsmöglichkeiten in der Industrie, der Verwaltung wie auch dem öffentlichen Dienst.

Wir suchen einen Verkaufsleiter mit Durchsetzungsvermögen und Selbstsicherheit, der in der Lage ist, das Vertrauen von Führungskräften zu gewinnen, indem er erfolgreich Raumprojekt-Lösungen erarbeitet und in die Tat umsetzt.

Wenn Sie eine abwechslungsreiche Tätigkeit suchen und eine Herausforderung darin sehen, ein Raumprojekt von der Anfangs- bis zur Endphase zu begleiten – und mit der Möglichkeit, sich einem dynamischen höchstmotivierten Team anzuschließen –, lassen Sie es uns wissen.

Wir bieten ein angemessenes Grundgehalt mit zusätzlichen leistungsorientierten finanziellen Anreizen und Spesenvergütung.

Wenn Sie meinen, unseren Erwartungen zu entsprechen und über Englischkenntnisse verfügen, senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen mit Lichtbild und Angabe Ihres derzeitigen Einkommens mit dem Vermerk „Vertraulich" an:

Herrn K. Renema, Portakabin GmbH
Siemensring 24, 4156 Willich 1

Die Welt der Fach- und Führungskräfte

Fach- und Führungskräfte, die in ihrem Beruf vorankommen wollen, informieren sich laufend über ihre Karriere-Chancen in der WELT. Die WELT bringt jeden Samstag viele Seiten Stellenausschreibungen für Fach- und Führungskräfte.

W 3469

Junger Betriebswirt
im Raum 65

Seit 8 Jahren Geschäftsführer eines kleinen Handelsbetriebes, nachweisbare Erfolge, Verbindungen und Referenzen, Industriekaufmann, Außenhandelskaufmann, möchte sich nach erfolgreicher Aufbauarbeit anderen Aufgaben widmen u. bietet:

Übernahme oder Aufbau einer Repräsentanz, Niederlassung, Vertretung, Vertriebsorganisation o. ä.
für deutsche oder ausländische Firmen, gerne Import–Export, repräsentatives Büro, Sekretärin, Telefon, Pkw, Englisch in Wort und Schrift, auch Reisetätigkeit.

Zuschr. u. T 1613 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Cheffahrer
engl. Sprachkenntn., in langjähr. ungek. Arbeitsverhältnis, sucht zum nächstmögl. Termin neuen Wirkungskreis, Raum Hamburg. Auf Wunsch Referenzen.
Angeb. erb. unt. C 1402 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Touristik o. ä.
36jährige, ungeb., seit 16 J. im Tourismus (dav. 11 J. in Spanien), Engl.-, Spanisch- u. Schreibmaschinenkenntnisse, umfangreiche Reiseerfahrung (bes. Europa u. USA) sucht Tätigkeit zum 1. 1. 84
Zuschr. u. S 1555 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Werbeleiter
Erfahrung in Industrie, Agentur, Messebau, sucht neue Position im nordd. Raum.
Angebote erb. unter PF 47 119 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Dipl.-Ing., Arch.
TU Braunschweig, sucht Anfangsstellung in Architekturbüro, auch temporär. Zuschr. erb. u. K 1408 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Privatsekretär
42 J., zuverl., diskret, sucht Position in Norddeutschland.
Angeb. erbeten u. PD 47117 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Junge Dame (28), selbständig arbeitend, sucht
Stelle als Bürohilfe
Eva Blatt, Tel. 0 22 22 / 6 08 00

Suche dringend **Lehrstelle als Verlags- oder Sortimentsbuchhändler**; habe Abitur. Außerdem gesucht **Arbeitsstelle als Schreiner**. Beides Raum Köln.
Caroline-F. Odeh, 0 22 22/6 08 00

Diplom-Ingenieur
39 J., Deutscher, mit 12 J. berufl. Erfahrung (Elektrotechnik) sucht eine leitenden Tätigkeit (aller Art) in **Sri Lanka**, auch als Firmenvertreter. Beherrscht Landessprache und Englisch sehr gut.
Tel. 02 21 / 70 31 15

Erzieherin
mit halbpädagogischer Zusatzausbildung sucht Stelle im privaten Bereich oder öffentlichen Einrichtungen.
Zuschr. unter E 1558 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SRI LANKA
Dipl.-Ing. erledigt Geschäfte aller Art, auch größere Aufträge, Import – Export
Tel. 02 21 / 70 31 15

Suche Arbeit als Tischler, Dreher, Führerschein Kl. 3 (Koch), oder ähnliches. A. Wrochniak, Königsberger Str. 88, 2340 Kappeln, Tel. 0 46 42 / 26 50.

Sekretärin/Sachbearbeiterin
Anf. 40, Engl./Span./Franz., langj. Berufserf., ortsungeb., ungek., sucht zum 1. 1. 84 interess. u. verantwortungsv. Aufgabe, gern Ausland/Reisetätigkeit.
Zuschr. erb. u. PP 47 108 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Fachmann für Telekommunikation u. K-Anlagen wünscht sich zu verändern.
Zuschr. erb. unt. PL 47 105 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

FACHMANN für Abdichtungen
im Tief- u. Hochbau mit techn. u. kfm. Ausbildung – 15jährige Erfahrung in ltd. Position, 41 J., verh., in Berlin tätig – sucht neue, leitende, verantwortungsv. Tätigkeit. Angeb. erb. u. C 1424 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geschäftsführer
Dr.-Ing. (Maschinenbau), 47 J., Erfahrungen in Krankenhaus- und Bäderbau, Betriebsleitung, Heizungs- und Energietechnik, Gas- und Wasserversorgung, Projektleitung, sucht neuen Wirkungskreis (bevorzugt in Baden-Württemberg).
Zuschriften unter B 1401 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt grad.
38 J., sucht führende Position in kleinerem od. mittl. Bauunternehmen. Mögl. Ruhrgebiet.
Zuschriften unter X 1551 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

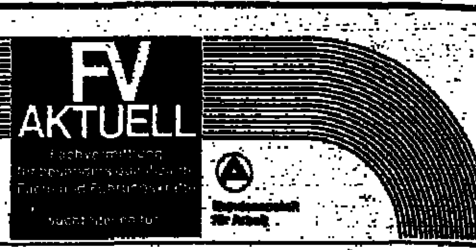
Ausbildungsleiterin, Warenhaus-Erfahrung, bes. i. Textilbereich, möchte sich verändern.
Zuschr. u. Y 1552 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Welche Firma gibt meinem Mann und mir die Möglichkeit, im Westen der USA zu arbeiten (mögl. Kalifornien oder Montana). Mein Mann ist 35 J. und hat einen Handwerksberuf erlernt.
Angeb erb. unter E 1404 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erf. Hauswirtschaftsmeisterin
Anf. 40, sucht zum 1. 2. 1984 neuen Wirkungskreis in frauenl. Haushalt. (kl. Wohnung erwünscht).
Ang. erb. u. PS 46940 an WELT-Verlag, Postf. 2000 Hamburg 36.

Ehemal. Lehrerin, nicht pensioniert, sportl., sucht neuen Wirkungskreis als Haushaltshilfe u. Reisebegleitg. bei gütigen Menschen, gern Unity-Freunde, in Schlesw.-Holst.
Angeb. erb. u. M 1410 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufmann
(Investitionsgüter), 34 J., vierjährige Auslandserfahrung (Frankreich), fließend Französisch und Englisch, versiert im mehrstufigen und im Direktvertrieb, ausdauernd, belastbar und reisebereit, sucht neue herausfordernde Tätigkeit in leitender Position per 1. 1. 1984 oder später. Standort Berlin wäre angenehm, jedoch nicht Bedingung.
Angeb. erb. unt. D 1403 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.



Dipl.-Ing. für Landschaftsplanung mit Zusatzausbildung in Stadt- und Regionalplanung

32, Forschungs- und Verwaltungskenntnisse, Auslandsaufenthalt im Entwicklungsland und langjährige Bearbeitung breitgestreuter Spezialliteratur.
Wunsch: Im Bereich der integrierten Raumplanung, der präventiven Umweltschutzplanung oder des Landschaftsbaus (Abfall-, Abwasserbeseitigung) neue Stelle im In- und Ausland.

Auskünfte erteilt: Frau Reetz
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90–94,
1000 Berlin 61, ☎ 030/25 84-424, FS 183529

1574

Kaufmännische Führungskraft

40, systematischer Berufsweg in Dienstleistungsunternehmen (Verwertungsgesellschaft für Urheberrechte); langjährige Erfahrungen in den Bereichen Dokumentation/Abrechnung mittels EDV, Personalführung, allgemeine Organisation sowie Urheberrecht; gute Englisch- und Französischkenntnisse.

Auskünfte erteilt: Herr Biefert
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90–94,
1000 Berlin 61, ☎ 030/25 84-299, FS 183529

1575

Dipl.-Wirtschaftsingenieur

35, Industriekaufmann; Erfahrungen auf dem Sektor Kraft- und Arbeitsmaschinen, Heizungs- und Klimatechnik, Energieberatung und betriebliche Energiewirtschaft sowie Einkauf und Verkauf;
sucht Anfangsstellung in Industrie oder Ingenieurbüro im Bereich Einkauf, Beratung, kaufmännische Projektabwicklung, Anlagenplanung, EDV, Systemanalyse.

Auskünfte erteilt: Frau Schön
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90–94,
1000 Berlin 61, ☎ 030/25 84-270, FS 183529

1576

GESCHÄFTSFÜHRER WARENHAUS

38 J., erfolgreiche Tätigkeit im Einzelhandel (Textilfachhandel und Warenhäuser) sucht neue verantwortungsvolle Führungsposition per Juli 1984. Bin dzt. 1. Geschäftsführer eines Warenhauses mit neunstelligem Umsatzvolumen. Sicherheit in der Steuerung aller Verkaufsaktivitäten, Geschick in Mitarbeiterführung und Ertragsdenken sind verantwortlich für meinen bisherigen Erfolg.

Zuschriften unter X 1419 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chemiekaufmann
Anf. 40, unabh., langjährig im weltweiten Ein- und Verkauf von Chemikalien und Pharmazeutika tätig. Länderschwerpunkt Asien inkl. VR China, sucht neue Aufgabe/Herausforderung in Handel oder Industrie. Ang. u. L 1409 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Cheffahrer, Chauffeur
38 J., verh., 2 Kinder, 20 J. unfallfrei, ruh., solide, sportl., sehr gesund, belastb. rd. um die Uhr. Auf Wunsch auch an Wochenenden. Vertraut m. Büroarbeiten sowie Gastronomiekenntnisse.
Zuschr. u. A 1554 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, oder Tel. 0 60 06 / 8 22 [illegible]

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg
Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.
Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu Preisen berechnet, die gegenüber den Anzeigengrundpreisen stark ermäßigt sind.
1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,59.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 335,16 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 195,51 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 111,72 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

01-608

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige
________ mm hoch; ______ spaltig zum Preis von DM ________
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ________
Straße/Nr.: ________
PLZ/Ort: ________
Vorwahl/Telefon: ________
Unterschrift: ________
Der Anzeigentext:

STELLENGESUCHE

Diplom-Kaufmann, Anfang 40, mit umfangreicher Industrieerfahrung in führenden Positionen, sucht die unternehmerisch ausgerichtete Verantwortung als

kaufmännischer Geschäftsführer

oder die Gesamtverantwortung für ein Unternehmen als Alleingeschäftsführer. Eine mehr als 15jährige, international ausgerichtete Berufserfahrung in der Investitionsgüterindustrie, der verarbeitenden Industrie sowie im Dienstleistungsbereich können in die neue Aufgabe eingebracht werden, dazu gute englische und französische Sprachkenntnisse.

Bitte nehmen Sie Kontakt auf unter R 1413 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Industrial Eng.-Betriebswirt (MBA)
seit 7 Jahren i. Industrie-Anl. als
CONSULTANT-PROJEKTLTR.-GEN. MANAGER in
SCHWARZAFRIKA – OSTASIEN
tropenfest, sofort reisebereit, sucht Kontakte für Auslandszeitvertrag unter F 1405 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkäufer im Außendienst
42 Jahre, mit 15jähriger Außendiensterfahrung als Fachberater in den Bereichen Flachdachabdichtung u. der Ziegelindustrie, sucht neuen Wirkungskreis im Großraum Westfalen-Lippe (Reg.-Bez. Detmold). Jetziger Wohnsitz Minden/Westf., dadurch auch möglich, westl., nördl. oder östl. Gebiete zu übernehmen. Auch artverwandte oder anders gelagerte Produkte sind mir angenehm. Schwerpunkt meiner Tätigkeit sind Besuche von Architekten, Behörden, Baugesellsch., Unternehmer usw.
Zuschriften erb. unter P 1412 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

NE-Metall-Kaufmann
44 J., Filialleiter, langj. Erfahrung im Innen- u. Außendienst In- u. Ausland, führungserfahren, ortsungebunden, Englisch, sucht neue leitende Aufgabe.
Angeb. u. G 1406 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Dipl.-Math., Dipl.-Phys., Dr. rer. nat.
28 J., in beiden Studienrichtungen sehr guter Erfolg bei Diplomarbeit und Diplomprüfung, Diss. in Math. mit Note „Gut", Abschlußprüfung mit Auszeichnung, besonderes Interesse an mathematischen Modellen für Kapitalanlagen, sucht Möglichkeit, bei der Entwicklung bzw. Verfeinerung von Optionsstrategien (wie z. B. Warrant Hedging) mitzuarbeiten.
Ang. erb. u. A 1422 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Volkswirt
28 J., ortsungeb., leistungsorientiert, lernfähig u. -willig, Studienschwerpkt.: Außenhandel, Industriebetriebslehre, Statistik, 4 J. wiss. Mitarbeiter (empir. Sozialforschung), in Kürze promoviert, fl. Englisch, EDV-Grundkenntnisse, sucht mögl. z. 1. 1. 84 neue, reizvolle Aufgabe in Industrie oder Handel (vorzugsw. als Assistent d. Geschäftsführung oder im Personalwesen), mittelfristig an Auslandstätigkeit interessiert.
Zuschr. erb. unt. H 1407 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Organisationsdirektor Vers.
33 Jahre alt, seit Jahren erfolgreich mit überdurchschnittlichen Erfolgen in leitenden Positionen tätig, sucht sich aus persönlichen Gründen kurzfristig zu verändern. Auch interessante Angebote aus anderen Branchen angenehm.
Domizilwunsch, jedoch nicht Bedingung, ist das Rhein-Main-Gebiet.
Angebote u. S 1414 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Türkei = Partner + Markt der Zukunft/Türkei = Tor zum Nahen/Mittleren Osten!
Berliner, 42, ungebunden, selbständig, Einzelkämpfer, führungsgewohnt, mit kooperativer Ader. Kaufmännisch-technischer Schnelldenker, Durchsetzungsstark.
Startbereit für Aufbau/Führung von Vertriebsniederlassung, Montagewerk, Fertigung. Exzellente Kontakte. Türkische Kapitalbeteiligung denkbar. Angeb. erb. u. B 1423 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Außenhandelskaufmann
47 Jahre, mit abgeschlossener betriebswirtschaftl. Ausbildung, in Führungsposition, langjährige Vertriebserfahrung im Anlagengeschäft, mehrjähr. Auslandsaufenthalte, USA, Südamerika, ungekündigt, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe, reisewillig, auch Stellung im Ausland, z. B. USA, angenehm.
Angeb. erb. u. S 1612 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Trost für Engelmann

mar – Bernt Engelmann hat den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels nicht bekommen. Das ist empörend – findet Bernt Engelmann. Und deswegen zieht er gegen den Preisträger Manès Sperber zu Felde. Er fordert ihn auf, „den Friedenspreis schleunigst zurückzugeben“, weil er eine „Absage an jede friedliche Koexistenz“ angeraten habe.

Der Funktionär Engelmann kann nicht verstehen, daß eine unabhängige Jury einen unabhängigen Autor auszeichnet – ohne den VS-Politruk vorher zu fragen. Dabei hat Engelmann doch längst eine Sprachregelung ausgegeben, was unter „Frieden“ zu verstehen sei. Nicht zufällig verfällt er dabei auf die ausgelatschte Vokabel von der „friedlichen Koexistenz“, die gern Lenin zugeschrieben wird, tatsächlich aber von Stalin erfunden wurde.

Die beste Definition dieses Prinzips gibt das „Philosophische Wörterbuch“ aus Ost-Berlin: „Aus dem Leninschen Prinzip der friedlichen Koexistenz folgt, daß der Sozialismus ohne Krieg über den Kapitalismus zu triumphieren vermag.“ Das ist auch ganz im Sinne Engelmanns, der darum großen Wert auf die Kooperation mit den Unterdrückern in den kommunistischen Staaten – Funktionären wie er – Wert legt, und von den unabhängigen Schriftstellern – denen er nicht zuzurechnen ist – absolut nichts hält. Da muß ihn natürlich empören, daß ein Schriftsteller, der sich nicht nur die Gedanken von Marx und Lenin, sondern auch noch seine eigenen macht, die Freiheit als Voraussetzung des Friedens ansieht und vor der Gefährdung dieser Freiheit durch die Kommunisten warnt.

Bernt Engelmann sollte sich trotzdem nicht grämen. Er hat ja noch die reelle Chance, eines Tages für seine Verdienste um die „friedliche Koexistenz“ den „Lenin-Friedenspreis“ – vielleicht sogar von Andropow persönlich – überreicht zu bekommen.

Jubiläumspremiere in New York: „Die Trojaner“

Pompöse Antikenrevue

Im Jahr ihres hundertsten Geburtstages wollte die Metropolitan Opera in New York denn doch gleich zu Spielzeitbeginn zeigen, daß sie mehr kann als bloß das gängige Repertoire mit Singestars spicken. Die erste Premiere dieser Jubiläumssaison galt dem wohl anspruchsvollsten Werk des Musiktheaters, das man überhaupt an einem Opernabend spielen kann: Hector Berlioz' „Die Trojaner“. Leicht gekürzt, dauert es immer noch satte fünf Stunden. Es mischt Ballett und szenische Visionen unter die Oper. Es breitet sich episch. Es streckt sich gewaltig in die Monumentalität.

Mit dieser Opernversion der Vergilschen „Aeneis“ wollte Berlioz den Franzosen, ja dem gesamten romanischen Kulturkreis schaffen, was Wagner zur selben Zeit mit dem „Ring“ den Germanen stiftete: ein Stück tönende Mythologie, das zugleich die Kunstform Oper Wurzeln schlagen ließ in den tiefsten geistigen Schichten der Völker. Was Wagner auf seine Art gelang, geriet Berlioz zum Zwitter. Er fand zwar auch eine neue, bis dahin in der Oper unerhörte Tonsprache, konnte sich aber im szenisch-dramatischen Aufriß nicht vom Vorbild der französischen Grand Opera lösen. Mit ihren Massenaufzügen und Tanzeinlagen präsentieren sich „Die Trojaner“ streckenweise als pompöse Antikenrevue.

Das zu vermeiden haben der Regisseur Fabrizio Melano und sein Ausstatter Peter Wexler nicht die geringste Anstrengung unternommen. Im Gegenteil: Sie donnern das Stück auf, so toll es geht. Die trojanischen Götzenbilder können nicht groß und nicht golden genug sein. Wenn Aeneas' Flotte gegen Ende Abschied von Karthago nimmt, legen gleich fünf Galeeren zur gleichen Zeit auf der Bühne ab. Der Berg kreißt und gebiert einen Glamour, dem man doch etwas pikiert zuschaut.

Hingegen hört man dem Orchester und den Chören unter James Levine fasziniert zu. Die gewisse Larmoyanz des Berlioz-Gesangs und die Hektik des Orchestersatzes, das alles ist wie weggeblasen. Levine nimmt rasche, ja feurige Tempi, entfacht so eine musikalische Dramatik in diesem Werk, die man Berlioz nie zugetraut hätte. Erst so ergibt auch die virtuose Instrumentation plötzlich einen Sinn. Sie ist nicht länger Selbstzweck, sondern zusätzlich stimulierendes Element.

Andererseits findet Levine auch die Ruhe und innige Versenkung, die für die mehr kontemplativen Monologe und erst recht für die große Liebesszene zwischen Dido und Aeneas nötig sind. Da löst Levine die Partitur schon fast auf in Klangflächen, die changierend sich wandeln, in Schönheit zerfließen und schockierend modern anmuten.

Etwas weniger Glück hatte Levine damit, seine mühsam gesammelte Traumbesetzung zusammenzuhalten. Placido Domingo gab den Aeneas nach vier Aufführungen ab, wohl einsehend, daß ihm diese Partie nicht in die Kehle paßt. Dennoch war William Lewis mit seinem farblosen Charaktertenor nur ein schwächlicher Ersatz in dieser eigentlich unsingbaren Rolle, die Lyrik, Heldisches und Deklamation gleichermaßen verlangt. Auch das spektakuläre Wechselspiel zwischen Tatjana Troyanos und Jessye Norman, die sich als Kassandra und Dido einander abwechseln sollten, klappte nicht ganz: Die Troyanos überließ die Kassandra Gwynn Cornell, einem zwar dramatischen, aber nicht gerade edlen Mezzosopran. So blieb denn der Triumph letztlich für Jessye Normans Dido übrig, die, kaum zu glauben, erst mit diesen „Trojanern“ ihr längst überfälliges Met-Debüt gab. Die Norman, auf einsamen Höhen der musikalischen Intelligenz und vokaler Kultur wandelnd, ist eine der großen Tragödinnen des Musiktheaters zweifellos. Die Majestät ihres Gesangs war es, die Berlioz' „Trojaner“ hier denn doch noch mit dem Atem antiker Erhabenheit durchwehte.

REINHARD BEUTH

Projekt „Pfahlbauarchäologie Oberschwaben“

Dolch im klebrigen Torf

Im Federseegebiet – heute weltbekannt – wurde in Deutschland einst die naturwissenschaftliche Archäologie geboren.

Dunkelbraune Holzpfähle aus Birke, Kiefer, Esche und Eiche in den hellgrauen Ablagerungen des ehemaligen Federsees: Das sind die Überreste einer doppelten Palisadenwand. Im Verlauf der diesjährigen Grabungskampagne stießen die Archäologen jetzt schon nach wenigen Spatenstichen auf diese Fragmente einer Toranlage der bronzezeitlichen „Siedlung Forschner“.

Das Pfahlbautendorf wird im Rahmen der Forschungen des Projektes „Pfahlbauarchäologie Bodensee-Oberschwaben“ von den Archäologen des Stuttgarter Landesdenkmalamtes in halbjährigen Untersuchungen freigelegt. 1988 wollen die Fachleute ihre Untersuchungen in der „Siedlung Forschner“ beendet haben. Naturwissenschaftler und Archäologen hoffen dann mehr als bisher über das Verhältnis von Mensch und Natur in der Bronzezeit zu wissen. Finanziert wird die Untersuchung mit über einer Million Mark durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG).

Das Bronzezeitdorf „Forschner“ liegt südöstlich von Bad Buchau am Federsee. Nur 300 Meter von der alten „Wasserburg Buchau“ (jüngere Bronzezeit) entfernt, die Hans Reinerth in den 30er Jahren ausgegraben hatte, arbeiten derzeit die Archäologen und ihre Helfer – Studenten aus den Universitäten Tübingen und Freiburg – im klebrigen Torf und Ton.

Benannt wurde das Dorf nach seinem Entdecker, dem Biberacher Zahnarzt Heinrich Forschner. Er fand in den 30er Jahren die frühgeschichtliche Siedlung und kaufte auch das Gelände teilweise auf. Nach dem Zweiten Weltkrieg sondierte der Kölner Archäologe Klaus Hautmann in der Siedlung und legte einen langen Nord-Süd-Graben quer durch das Ur-Dorf. Mehr kam dabei nicht heraus.

Seit diesem Jahr weiß die Wissenschaft über die „Siedlung Forschner“ jedoch immerhin folgendes: Das bronzezeitliche Dorf lag einst nahe des damaligen Seeufers. Es stand zumindest teilweise auf Pfählen, und auf der landgerichteten Seite war es durch eine fünfreihige Palisadenwand, seewärts durch eine zweifache Palisadenwand geschützt. Das Alter des Dorfes „Forschner“ ist jedoch noch unklar: Die Funde gehen bis ins Jahr 1700 vor Christus zurück. Wohl zwei bis drei Jahrhunderte war die Siedlung bewohnt. Das heißt: Die Besiedelung, in der Frühbronzezeit begonnen, reichte bis in die mittlere Bronzezeit. Dann wurde das Dorf von seinen Bewohnern wieder geräumt. Warum, das ist vorerst unklar.

Noch nachträglich Probleme bereitet den Archäologen auch eine nachbronzezeitliche Klimaverschiebung im 6. Jahrhundert vor Christus im ganzen Voralpenland. Das Klima wurde damals kälter und feuchter. Die Folge: Der Wasserstand des Federsees stieg an und spülte die Fundschichten der „Siedlung Forschner“ teilweise weg.

Dennoch sind die Ausgräber bis jetzt mit ihren Funden zufrieden. Zutage kamen immerhin ein Silex-Dolch und viel Keramik aus der mittleren Bronzezeit, die in diesem Zeitraum selten im Voralpenland zu finden ist, und eine Bretterwand mit Eichenpfählen, die über zweieinhalb Meter im Untergrund gestanden haben.

ROBERT LUTZ

Großer Baumeister des freien Europa – Zum Tod des Politologen und Publizisten Raymond Aron

Der Mann, der stets ins Schwarze traf

Er war der Inbegriff eines Pariser Intellektuellen, dennoch gehörte er nicht zu den „Mandarinen“, jener Kaste dogmatischer Rechthaber, die sich mit Lust Doktrinen und Konklusionen um die Ohren schlagen. Raymond Aron war viel zu realistisch gesinnt, um sich je mit Dogmen aufzuhalten. Unverblümt, präzise und wirkungsvoll sagte er seine politische Meinung, doch Weltanschauungs-Gezänk mied er. Der Tod stellte ihm ein Bein. Der 78jährige brach auf den Stufen des Pariser Justizpalastes zusammen, nachdem er als Zeuge wider Willen in einem typischen Mandarinenprozeß hatte aussagen müssen. Ein Großintellektueller hatte einen anderen „Faschist“ geschimpft, und Aron sollte dazu seine fachmännische Ansicht äußern.



Pariser Augur mit festen Verbindungen zu Deutschland: Raymond Aron (1905–1983) FOTO: AP

Auf die Ansichten dieses Mannes wurde in allen politischen Lagern Wert gelegt, in Frankreich wie im Ausland und nicht zuletzt in Deutschland, wo er seit langem der meistgelesene und am besten verstandene französische Wissenschaftler war. Aron vereinigte in seinem Stil sämtliche französische Tugenden, ohne den entsprechenden Untugenden zu verfallen. Er formulierte klar und unmißverständlich, er war elegant und charmant, doch nie berauschte er sich an der eigenen Brillanz. Auch war er weit davon entfernt, die Pariser Mandarinengespräche für einen direkten Ausfluß des Weltgeistes zu halten.

Seine Verbindungen zur deutschen Kultur erwiesen sich als fest und dauerhaft, seitdem er Anfang der dreißiger Jahre als junger Universitätslektor in Köln und Berlin tätig gewesen war. Sie überstanden alle Belastungen: die Verfolgungen des Dritten Reiches, denen der geborene Pariser Jude Aron ausgesetzt war, den Zweiten Weltkrieg, den er als Luftwaffenoffizier und später als Berater de Gaulles in London verbrachte, die sozialliberale Ära nach 1969, als man ihn diesseits des Rheins gern als „kalten Krieger“ zu verunglimpfen pflegte.

Entspannung oder kalter Krieg – das war für den illusionslosen Raymond Aron nie eine seriöse Alternative. Als Analytiker des industriellen Zeitalters und genauer Kenner des Marxismus und des Sowjetsystems war er sich von vornherein darüber im klaren, daß es zwischen Moskau und dem Westen bis auf weiteres nur eine „Paix belliqueuse“ geben könne, einen „kriegerischen Frieden“, in dem es nicht nur auf das Gleichgewicht der Waffen ankam, sondern auch und vor allem auf historische Geduld und geistiges Durchhaltevermögen. Aus dieser Einsicht heraus wurde Aron nach 1945 einer der großen Baumeister des freien Europa. Die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland, das feste Bündnis mit den USA, die Montan-Union, und die EG – an allem hat er in führender Position mitgewirkt,

Er lehrte an der Sorbonne und am legendären Collège de France, er schrieb politische Kommentare und Essays im „Combat“, im „Figaro“ und zuletzt im „L'Express“. In zahllosen wichtigen nationalen und internationalen Beratergremien hat er mitgewirkt, seine Bücher stehen in allen politischen Bibliotheken. Titel wie „Frieden und Krieg“ oder „Hauptströmungen des soziologischen Denkens“ gerieten zu Standardwerken, an denen sich Generationen von Politologie-Studenten heranbildeten.

Dabei bleibt es eigentümlich: Der Soziologe und Politologe Raymond Aron folgte keiner bestimmten wissenschaftlichen Methode, war keiner „Schule“ zuzurechnen. Als seine direkten Ahnen gab er Alexis de Tocqueville und Max Weber an, und mit diesen teilte er das freie und dennoch höchst präzise Schweifen zwischen den Disziplinen, von der Theologie zur Psychologie, von der Geopolitik zur Wirtschaftswissenschaft und zur Mathematik moderner Simulationsspiele und strategischer Szenarios. Die so zustande kommenden politischen Prognosen trafen regelmäßig ins Schwarze. Aron war einer der ganz wenigen Auguren, die sich faktisch nie korrigieren mußten. Er war hier seinen Meinungsgegnern von der marxistischen Linken geradezu turmhoch überlegen und mußte eben deswegen von ihnen vielerlei Haß und öde Häme einstecken.

Zurückgezahlt hat er mit gelassenen Richtigstellungen, die von sanftem Sarkasmus umweht waren. Eines seiner besten Bücher ist eine solche Richtigstellung: „Opium für Intellektuelle oder Die Sucht nach Weltanschauung“, erschienen im Jahre 1955, eine gloriose Abrechnung mit Sartre, Merleau-Ponty e tutti quanti, deren scholastische Spitzfindigkeiten fern aller Realität und wirklichen politökonomischen Problematik blieben und ihre Urheber dadurch zu „nützlichen Idioten“ totalitärer Regimes herabwürdigten.

Von ähnlichem Karat zeugt die Streitschrift „La Révolution introuvable“, in der sich Aron mit den Folgen des „Mai '68“ beschäftigte, mit der Studentenrevolte also und ihren aufgeregten Ideologen, die bereits „die Phantasie an die Macht“ gebracht sahen. Aron hielt dagegen, daß die sogenannte Revolution von 1968 im sozialen Feld buchstäblich „unauffindbar“ sei, und entlarvte die Bewegung als Jobbeschaffungsanstalt für unterqualifizierte Akademiker.

Seine letzten beiden Bücher waren eine umfangreiche Autobiographie, die erst vor wenigen Wochen erschien, und der Band „Plädoyer für das dekadente Europa“, der auch auf deutsch zu haben ist. In ihm artikuliert Raymond Aron seine tiefe Sorge über Europa, dessen Gesellschaftsmodell zur Bewältigung der industriellen Herausforderung zwar nach wie vor das weitaus effektivste und humanste sei, das aber dennoch durch Feigheit, geistige Abrüstung, Gleichmacherei und blindes Anspruchsdenken zugrunde zu gehen drohe. Der Augur verwandelte sich am Ende in eine Kassandra, die nicht mehr wünschte, daß ihre Voraussagen in Erfüllung gingen.

GÜNTER ZEHM

Können Wissenschaftler Politiker überlisten?

Herrn Skrjabins Einfall

Mitte August besuchte der Generalsekretär der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Georgi Skrjabin, die Bundesrepublik. Dabei wurden mit dem Bundeskanzleramt Vereinbarungen über einen langfristigen wissenschaftlichen Austausch zwischen den beiden Ländern getroffen. Im Hinblick auf die seit 1971 auf Eis liegenden Vertragsentwürfe für eine engere wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit erklärte Skrjabin bei dieser Gelegenheit, den Wissenschaftlern gelänge es manchmal, Politiker zu „überlisten“ und zusammenzuarbeiten, während diese sich stritten.

Wer freilich glaubt, sowjetische Wissenschaftler hätten auch nur den geringsten Spielraum, Politiker zu überlisten, wurde kürzlich durch ein Interview des Präsidenten ebendieser Akademie und Mitglieds des Zentralkomitees der KPdSU, Anatoly Alexandrow, eines besseren belehrt. Auf die Frage, wie er sich zur Aussage amerikanischer Wissenschaftler stelle, daß die Behandlung Andrej Sacharows ein ernsthaftes Hindernis für die von der Akademie gewünschte Zusammenarbeit darstelle, erklärte Alexandrow wörtlich: „Ich glaube, unsere Regierung behandelt Sacharow sehr menschlich, denn Gorki, wo er lebt, ist eine reizende (lovely!) Stadt, eine große Stadt mit einer ganzen Fülle von akademischen Einrichtungen. Die Akademiker, die dort wohnen, wollen alle nicht fort.“

Tatsache ist jedoch, daß der KGB Sacharow in Gorki völlig von der Außenwelt abschirmt. Seit ihm unersetzliche wissenschaftliche Manuskripte gestohlen wurden, ist Sacharow gezwungen, ständig all seine Aufzeichnungen in einer großen Tasche mitzuführen.

Dieses Interview hat bei den Moskauer Freunden Sacharows ebenso Bestürzung hervorgerufen wie das vertrauensselige Verhalten mancher westlicher Wissenschaftler bei Kongressen und Besuchen in der Sowjetunion. Denn nach ihrer Ansicht kann Sacharow nur eines helfen: mehr Solidarität von Politikern und Wissenschaftlern aus der Freien Welt in Form von lauten Protesten und, wenn es sein muß, durch Boykott von wissenschaftlichen Kontakten.

Im Oktober findet in Lissabon nach vierjähriger Unterbrechung das 4. Internationale Sacharow-Hearing unter der Schirmherrschaft des sozialistischen Ministerpräsidenten Mario Soares statt. Es wäre beschämend, wenn dort ausgerechnet christlich-soziale Politiker aus der Bundesrepublik an ihren Beitrag zur Befreiung Andrej Sacharows aus seiner unmenschlichen Verbannung erinnert werden müßten.

MEINRAD von OW

Hannover: „Die Zierpflanze“ von Barillet / Grédy

Hausmütterchen siegt

Die leichte Muse hat es schwer in Deutschland. Sie ist nicht des Theaters täglich Brot wie in London oder Paris. Das liegt nicht nur an den Kritikern, denen es an Leicht-Sinn mangelt, sondern auch an den Stükken, in denen zumeist vulgäre Albernheiten vorherrscht. „Die Zierpflanze“ der französischen Erfolgsautoren Pierre Barillet und Jean-Pierre Grédy ist indes das Muster eines Boulevardstücks, eine Mischung aus Komödie und Kabarett, dessen Zweideutigkeiten ins Deutsche zu retten Charles Regnier als Übersetzer gelungen ist.

Die deutsche Erstaufführung fand im „Neuen Theater“ in Hannover statt, das sich erfolgreich auf dieses Genre spezialisiert hat. Das Rezept des Stückes erscheint einfach, aber die Lösung einer Vielzahl gleichzeitig auftauchender Familienprobleme ist kompliziert und bietet Spannung.

Der studentische Sohn des Fabrikdirektors kann die Tochter des Bäkkers nicht heiraten, weil diese sich als seine Schwester entpuppt, bis die Mutter beichtet, daß der Vater nicht sein Vater und also die Verlobte auch nicht seine Schwester ist. Alles weist darauf hin, daß in Wahrheit jener Gewerkschaftsführer (mit Wolf von Gersum ideal besetzt), den bürgerliche Karrieresucht zum kommunistischen Abgeordneten gemacht und der einen Streik gegen den Fabrikbesitzer (Edgar Maschmann) angezettelt hat, der Erzeuger ist. Und da die Mutter ihn wie das Publikum in dieser falschen Gewißheit beläßt, gelingt ihr die Beilegung des Streiks und die Übernahme der Geschäfte: aus dem unterdrückten Hausmütterchen, der Zierpflanze, wird eine gewiefte Geschäftsfrau. Sie erlangt die Aktienmehrheit des Unternehmens und drängt ihren Mann aus der Direktion.

Indem James von Berlepsch Ruth Pistor in der Rolle der Mutter zu stark ins Zentrum seiner Inszenierung rückt und sie ihren Part zu realistisch nimmt, anstatt die Parodie in voller Übertreibung auszuspielen, hält er die notwendige Geschwindigkeit nicht durch. Als verfehlt muß auch die Ansprache der Frau an die streikenden Arbeiter gelten, die zu streichen dem Stück gut getan hätte. Was letztlich die Inszenierung gerettet und ihr den verdienten Erfolg eingebracht hat, ist das ganz außergewöhnliche Bühnenbild von Günther Lüdecke. Was hier auf kleinstem Raum gelungen ist, mit sicherem Stilgefühl und humorvollen Gags, ist beispielhaft. Seinen Namen wird man sich merken.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

Große Jubiläumsausstellung für Erich Heckel im Essener Folkwang-Museum

Wenn die Farbe selbständig wird

Seine Erfahrungen wirken weiter: „Stehende“ von Erich Heckel (1912) FOTO: DIE WELT

An Heckel-Ausstellungen herrscht in diesem Jahr gewiß kein Mangel. Der Künstler wird dies in den nächsten Jahren wahrscheinlich büßen müssen. Seines 100. Geburtstages jedenfalls gedachten Museen und Galerien fast überall im Lande. Über die beispielhafte Wanderausstellung mit Zeichnungen, Aquarellen und Dokumenten wurde hier berichtet (WELT v. 31. 7. 83; sie macht bis 6. Nov. in Regensburg Station). Die ideale Ergänzung liefert jetzt das Essener Folkwang-Museum. Ihre auffällige Verspätung ist auf den Umbau des Museums zurückzuführen.

Im allgemeinen ist man bei Heckel auf Überraschungen kaum noch gefaßt; das Folkwang-Museum hält gleich mehrere bereit. Es wartet einerseits mit bedeutenden Leihgaben, die zum Teil nicht einmal durch farbige Reproduktionen bekannt sind, und andererseits mit Paradestücken, die in keinem einschlägigen Kunstbuch fehlen, auf. Einen Höhepunkt nicht nur in diesem Sinne bildet das Triptychon „Genesende“ von 1912/13. Es gehörte dem Essener Museum, bevor es von den Nazis als „entartet“ beschlagnahmt wurde, und kehrte zuerst in der Wanderausstellung des Busch-Reisinger-Museums in Cambridge/USA nach Deutschland und nun auch vorübergehend an seinen alten Platz zurück. So ein Wiedersehen weckt natürlich nicht nur freudige Gedanken.

Insgesamt sind in Essen 100 Gemälde, mehr als 50 Aquarelle und Zeichnungen sowie 100 Blätter aus dem umfangreichen graphischen Œuvre zu sehen. Über ein Drittel der Ausstellung verweist auf Heckels „Brücke“-Zeit, der Rest umfaßt zu etwa gleichen Teilen die Jahre bis 1937 und von da bis 1963. Die Essener Ausstellung (wie die Wanderausstellung) zeigt verantwortungsbewußt und vorurteilslos das Gesamtwerk des Künstlers, das sich ja nicht – wie manche es möchten – auf seine expressionistische Sturm-und-Drang-Zeit einengen und beschneiden läßt.

Die historische Leistung des jungen Heckel und seiner Freunde, die sich 1905 zur Künstlergruppe „Brükke“ zusammengeschlossen hatten, bleibt unbestreitbar. Die Erfahrungen und Ergebnisse des Expressionismus leben in seinem Werk und in der Kunst unseres Jahrhunderts fort. Aber im reifen Alter hatte auch für Heckel, wie für die allgemeine Kunstentwicklung, der Expressionismus seine Schuldigkeit getan. Er hatte den Durchbruch neuer Sehvorstellungen und eines neuen künstlerischen Denkens bewirkt. Die Farbe war, unabhängig von der wirklichen Erscheinungswelt, zu einem selbständigen Ausdrucksmedium geworden.

Die Ausstellung beweist, daß Hekkel die Impulse der „Brücke“ auch in den späteren Bildern weder verleugnet hat, noch daß sie verlorengingen. Die Themen und Motive blieben die gleichen. Auch das „bildhafte Sehen“ in seiner souveränen Unabhängigkeit und die elementaren Bildmittel, die freilich formal erweitert und in ihrer Anwendung verfeinert und vervollkommnet wurden. Man denkt an den Satz von Kant, daß im Alter die Urteilskraft zu- und das Genie abnimmt (Bis 20. Nov.; München: 9. Dez. bis 12. Febr.; Katalog 35 Mark).

EO PLUNIEN

JOURNAL

Wird Sydneys Oper nach Originalplänen umgebaut?

AFP, Sydney

Die Oper von Sydney wird möglicherweise zehn Jahre nach ihrer Fertigstellung nach den Originalplänen des dänischen Architekten Jörn Utzon wieder umgebaut. Der Regierungschef des zuständigen Bundesstaates South Wales, Neville Wran, ließ in einer Fernsehansprache durchblicken, daß Utzon dafür nach Australien geholt werden solle und die Oper bis zur Zweihundertjahrfeier 1988 im ursprünglich vorgesehenen Zustand sein könne. Die Oper mit ihrem charakteristischen Dach aus segelförmigen Bauteilen wurde unter dem Druck der Bundesstaatsregierung bei den Bauarbeiten in den sechziger Jahren so weit modifiziert, daß ihr Schöpfer Utzon das Projekt aufgab.

Wiener Galerie wieder zugänglich

dpa, Wien

Die Gemäldegalerie der Akademie der Bildenden Künste in Wien wurde nach gründlicher Restaurierung jetzt feierlich wiedereröffnet. Die Galerie gehört zu den großen Kunstsammlungen Österreichs. Die im 17. Jahrhundert gegründete Akademie hat seit dem frühen 19. Jahrhundert diese Lehrgalerie, die aus Aufnahmewerken und aus Schenkungen entstand. Schwerpunkte sind Werke von Hieronymus Bosch, Hans Baldung Grien, Lucas Cranach, Peter Paul Rubens sowie der Österreicher des 18. und 19. Jahrhunderts.

Jahrestagung der Kleist-Gesellschaft

dpa, Berlin

Die Jahrestagung 1983 der Kleist-Gesellschaft findet vom 17. bis zum 19. November in Berlin statt. Ein Symposium über das Thema „Kleists Dramen auf dem modernen Theater“ steht im Vordergrund. Teilnehmer sind die Regisseure Hans Neuenfels, Claus Peymann, Ernst Wendt, die Kritiker Peter von Bekker, Rolf Michaelis, Henning Rischbieter und die Literaturwissenschaftler Hans Joachim Kreutzer, Eberhard Lämmert und Norbert Miller.

Ulfung inszeniert neuen „Ring“ in Seattle

DW. Seattle

Der norwegische Charaktertenor Ragnar Ulfung wird im kommenden Sommer beim „Pacific Northwest Wagner Festival“ in Seattle den „Ring des Nibelungen“ neu inszenieren. Entgegen der bisherigen Praxis in Seattle, den „Ring“ in deutscher und in englischer Sprache anzubieten, wird es die neue Produktion nur noch auf deutsch gegeben.

Budapest kritisiert slowakische Hochschulen

rst. Budapest

Über zu wenige Hochschüler ungarischer Herkunft an Universitäten und Hochschulen in der Slowakei klagte der Budapester Sender „Kossuth“. Lediglich 5,5 Prozent aller Studienanfänger in der Slowakei sind Ungarn. Kritisiert wurde auch die Korruption bei der Aufnahme zum Universitätsstudium. So sei bekanntgeworden, daß Bewerbern für 220 000 Kronen (offiziell etwa 50 000 Mark) eine Zulassung zum Studium versprochen worden sei.

Künstler klagen über zu geringe Einnahmen

DW. Frankfurt/Augsburg

In einem Kongreß der gewerkschaftlich organisierten Künstler und Medienmitarbeiter am Rande der Buchmesse wurde festgestellt, daß nur ein ganz geringer Teil der freien Mitarbeiter der öffentlich-rechtlichen Anstalten von diesen Einkünften leben könnten. Schuld daran soll der „zunehmende politische Druck von konservativer Seite“ und die „mangelnde Solidarität von Kollegen“ sein. Als Rezept wurde ein höherer Organisierungsgrad empfohlen. Auch der Berufsverband Bildender Künstler beklagte auf einer Tagung am Wochenende in Augsburg, daß die meisten Mitglieder von ihrem erlernten Metier nicht leben könnten. Ihr Verbesserungsvorschlag: Ein Steuerfreibetrag von 3000 Mark für jeden Arbeitnehmer zum Kauf von Kunst lebender Künstler.

Alliance Française feiert 100. Geburtstag

AFP, Paris

Mit einer Feierstunde in der Comedie Française ist in Paris das 100jährige Bestehen der Alliance Française gewürdigt worden. Das Institut wurde 1883 zur Pflege und Verbreitung der französischen Sprache und Kultur gegründet. Die Alliance ist in 102 Ländern vertreten. Dem Verband gehören 500 000 Mitglieder an. Die dem Goetheinstitut verwandte Einrichtung bietet weltweit jährlich 50 000 Kurse und kulturelle Veranstaltungen an, die von etwa zehn Millionen Menschen besucht werden.

Bis '85 plant die Bahn den Anschluß an die Zukunft

dpa, **Köln**

Ihren ersten Hochgeschwindigkeitszug hofft die Deutsche Bundesbahn (DB) bis 1985 auf die Schienen zu bekommen. Die futuristisch anmutende Garnitur Intercity E (IC-E) soll zum 150jährigen Jubiläum der deutschen Eisenbahn mit 350 Stundenkilometern versuchsweise zwischen Rheine und Freren im Münsterland eingesetzt werden.

Mit neuen Laufwerken, rechnergesteuerten Antriebs- und Bremssystemen und einer Innenausstattung, die bislang den fliegenden Passagieren vorbehalten war, sollen die Großraumwagen der DB in den Konkurrenzkampf geschickt werden. Vor allem den Vorsprung, den die französische Eisenbahngesellschaft SNFC mit ihren 300 Stundenkilometern schnellen TGV-Triebzügen auf den ausgehenden neuen Hochgeschwindigkeitsstrecken herausgefahren hat, gilt es aufzuholen. Denn für die Bundesbahn, so mußte Peter Schnell von der DB-Hauptverwaltung bei einer Tagung der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft jetzt in Köln einräumen, könnten die Züge der Zukunft bald abgefahren sein. Dem Staatsunternehmen würde es nur dann gelingen, im letzten Augenblick gewissermaßen auf den Schlußlichtwagen aufzuspringen, wenn veraltete Streckenführungen durch neue ersetzt würden. Während in der Nachkriegszeit ein eng geknüpftes Autobahnnetz entstand, konnte die Bahn nur punkturell rationalisieren.

Das mit mehr als einer Milliarde Reisenden pro Jahr größte mitteleuropäische Bahnunternehmen DB müsse überdies stärker in internationalen Relationen denken. Eine deutsch-französische Kommission soll die Zweckmäßigkeit einer schnellen Schienenverbindung zwischen den Ballungszentren Paris und Rhein-Ruhr-Gebiet untersuchen.

Technisch wäre es bereits möglich, die französischen „Rennpferde" TGV über Brüssel bis Köln zu fahren; wegen des unzureichenden Ausbaustandards der vorhandenen Strecken sei dies jedoch unrentabel. Nach einer Studie seien die komfortablen Expreßzüge, die die Fahrzeiten je nach Entfernung bis auf die Hälfte verkürzen, in erster Linie auf Distanzen zwischen 300 und 600 Kilometern attraktiv. Wie das 500 Kilometer lange Paradebeispiel für den Schnellverkehr Paris–Lyon zeigt, werden sowohl Autofahrer als auch Flugzeugpassagiere von den Superzügen auf die Schiene gelockt. Ein Europa-System zwischen Paris und London über Frankfurt (oder Metz) mit knapp 650 Kilometern könnte, so Luis Kermann von der französischen SNCF, durchaus konkurrenzfähig sein. Voraussetzung seien allerdings ausschließlich dem Schnellverkehr vorbehaltene Trassen.

Weltenbummler in anderem Licht

Der Halleysche Komet – fünf- bis sechsmal heller als angenommen – wird zum Spektakel fürs bloße Auge

dpa, **Hamburg**

Der Halleysche Komet wird 1986 bei seinem nächsten Schwenk um die Sonne fünf- bis sechsmal heller sein, als die Wissenschaftler bisher angenommen hatten. Der populäre Schweifstern, der nach 76 Jahren aus dem Bereich zwischen Neptun- und Pluto-Bahn ins Innere des Sonnensystems zurückkehrt, dürfte nach neuesten Erkenntnissen amerikanischer Astronomen bei seinem Wiedererscheinen in zweieinhalb Jahren nun doch zu einem spektakulären Himmelsgast werden.

Bereits Ende vergangenen Jahres hatte eines der größten Spiegelteleskope der Welt, auf dem Mount Palomar in den USA, den kosmischen Vagabunden als ein winziges Lichtpünktchen zwischen den Planetbahnen von Uranus und Saturn erfaßt und seine Spur aufgenommen. Zuletzt war das astronomische Phänomen aus gefrorenem Gas, Staub und Gestein 1910 in Erd- und Sonnennähe gekommen. Damals hat es den Überlieferungen nach sogar Menschen gegeben, die aus Angst vor einer Kollision der Erde mit dem Kometen Selbstmord begingen oder ihren Besitz veräußerten, um sich noch ein paar flotte Tage zu gönnen.

Die bisherigen Schätzungen, so erklärten in Pasadena (Kalifornien) die Wissenschaftler Charles S. Morris und John Bortle, gingen im wesentlichen von den Beobachtungen des Jahres 1910 aus. Diese aber hatten die Helligkeit des nahenden Schweifsterns um zwei Größen zu niedrig erscheinen lassen. Die Unterbewertung des Kometen 1910 hatte mehrere Ursachen:

- Die Helligkeit des Kometen wurde im Vergleich zu anderen Sternen festgestellt. Dabei war nicht berücksichtigt worden, daß der Halleysche Komet tief über dem Horizont der nördlichen Hemisphäre stand, während die Vergleichssterne nahezu im Zenit waren.
- Helligkeitsbestimmung lag den Astronomen damals weniger am Herzen als die Feststellung der Position, die Länge des Schweifes und seiner Richtung zur Sonne.
- Schließlich passierte der Komet die Erde in so dichtem Abstand, daß sein Lichtschein durch Störeffekte der Atmosphäre auf Mond-Größe gestreut und ein Vergleich mit punktförmigen Sternen erschwert wurde.

In Unkenntnis dieser Tatsachen hatten viele Astronomen bei ihrer Einschätzung der Kometen-Helligkeit während der neuen Begegnung mit Sonne und Erde die unkorrigierten Daten von 1910 zugrunde gelegt und gemeint, der Schweifstern werde mit bloßem Auge nicht zu sehen sein. Auf der Veranstaltung im Laboratorium für Strahlantriebe in Pasadena wurde jetzt die Annahme der beiden Forscher akzeptiert, daß der Halleysche Komet sich dem bloßen Auge und hell wie der Polarstern darbieten werde.

Nach Ansicht von Morris und Bortle wird der Komet „die Helligkeit eines Sterns zweiter Größe anstelle der früheren Kalkulationen erlangen, die von einem Objekt vierter Größe ausgingen". Und damit dürfte der Durchgang des Schweifstern eindrucksvoller sein, als viele es vorausgesagt hatten. Allerdings gilt dies nicht so sehr für die Bewohner der Großstädte auf der nördlichen Halbkugel – „es sei denn", so meinte Bortle, „sie fahren, ausgerüstet mit Feldstechern oder kleinen Teleskopen, aufs Land oder in die Berge". Die beste Beobachtungszeit dürfte der April 1986 sein.

In dem als besonders aktiv geltenden periodischen Schweifstern, der möglicherweise vor 4,5 Milliarden Jahren zusammen mit Erde und Sonne entstanden ist und die größte Zeit wie in einer Tiefkühltruhe am Rande des Sonnensystems existierte, vermuten die Forscher wirkliche Urmaterie.

RUDOLF MERGET



Fällt der Erde entgegen: Der Halleysche Komet. Eine Aufnahme aus dem Jahre 1910. Rechts unten der Planet Venus. FOTO: DPA

„Singles" vermehrten sich am schnellsten

dpa, **Wiesbaden**

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine Bevölkerungsgruppe, die sich kräftig vermehrt: Immer mehr Bundesbürger leben als „Singles". Fast jeder dritte Deutsche habe im vergangenen Jahr allein gelebt, rechnete das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung gestern in Wiesbaden vor. Eine Fortsetzung dieses Trends zeichne sich ab. Auch an der Zahl der Einpersonenhaushalte wird diese Tendenz deutlich. 1939 fielen nur drei Prozent der Haushalte unter diese Kategorie, im vergangenen Jahr waren es bereits 13 Prozent. Bessere Einkommensverhältnisse und Gesundheitsversorgung sowie zunehmende Verstädterung sind nach den Erkenntnissen der Wissenschaftler die wichtigsten Gründe, immer mehr Menschen zu „Singles" werden zu lassen. Hinzu komme eine wachsende Neigung zu unabhängiger und individueller Lebensführung, mit der auch die nachlassende Heiratsneigung und wachsende Bereitschaft zur Scheidung teilweise zu erklären sei.

12 Schiffe vom Eis befreit

dpa, **Moskau**

Etwa ein Dutzend der rund 50 sowjetischen Schiffe, die im Eis der ostsibirischen Tschuktschen-See festgefroren waren, sind inzwischen von Eisbrechern befreit worden. Die Rettungsaktionen für die noch zurückgebliebenen Schiffe werden jedoch offensichtlich durch äußerst ungünstige Wetterbedingungen stark behindert. Die Besatzungen werden von Hubschraubern versorgt.

Vier Tote im Himalaya

AFP, Katmandu

Zwei deutsche und zwei österreichische Bergsteiger sind an verschiedenen Hängen des Himalaya von Lawinen verschüttet worden und ums Leben gekommen. Die Namen der beiden Deutschen wurden mit Christopher Hawlitschek (22) und Johann Hamm (24) aus Stuttgart angegeben. Die beiden Männer waren auf dem Churen Himal ums Leben gekommen.

Skischule für Blinde

SAD, **Formazza**

Blinde, die Skifahren lernen wollen, haben jetzt dazu in Norditalien eine Möglichkeit. In Formazza, nördlich von Domodossola, ist eine Skischule für Blinde eingerichtet worden. Sie wird in diesem Winter in Betrieb genommen. Die Nachfrage ist groß.

Medizinische Köpenickiade

SAD, **London**

Eine Schere war das einzige Operationsbesteck, mit dem „Dr." Dominic York wirklich gut umgehen konnte. Der 20jährige Friseur hat zwei Monate lang in zehn verschiedenen Londoner Krankenhäusern Arzt gespielt. Jetzt beendete der Richter die medizinische Köpenickiade mit einer Einweisung in eine psychiatrische Anstalt.

Der letzte Gang führt oft zum „See der Bäume"

Für Freitod-Kandidaten ein Dorado: Ein Wald am „Fudschi"

SAD, **Tokio**

Ein 700 Mann starkes Suchkommando hat in diesem Jahr bei der jährlichen Durchforstung des Aokigahara-Waldes am Fuße von Japans heiligem Berg, dem „Fudschi", sechs Leichen von Selbstmördern entdeckt. Seit 1976 erhöhte sich damit die Zahl der Opfer auf mehr als 300.

Der Aokigahara-Wald wurde bald, nachdem der japanische Schriftsteller Seicho Matsumoto 1960 seinen Roman „Turm der Wellen" veröffentlicht hatte, zum Wallfahrtsort von Selbstmordkandidaten. Hier im Aokigahara-Wald, dem „See der Bäume", hatte sich die Heldin des Romans ihre Todessehnsucht erfüllt.

In jedem Jahr kämmen seither Polizei, Feuerwehrleute und Freiwillige das 16 Quadratkilometer große Waldgebiet „zum letzten Spaziergang" nach Selbstmord-Opfern durch. Die Polizei glaubt, daß der an vielen Stellen schwer zu durchdringende Forst noch Hunderte von Leichen birgt.

Selbst Anwohner meiden den Wald aus Angst, sich zu verlaufen. Die Arbeit der Suchkommandos ist nur mit modernen technischen Mitteln möglich. Kompasse sind für die Orientierung infolge starker magnetischer Störungen des Vulkangebietes nicht zu gebrauchen.

Die meisten der Selbstmörder hatten sich aufgehängt, andere nahmen Schlaftabletten und lagen irgendwo zusammengekrümmt im Unterholz oder öffneten sich die Adern und brachen zusammen. 1982 wurden aus dem Wald acht Selbstmordopfer geborgen, ein aufgefundener Verirrter konnte vor dem Freitod bewahrt werden.

Die Einheimischen werden Jahr für Jahr von den Sicherheitsorganen aufgefordert, auf Personen zu achten, die ihnen durch ein besonders merkwürdiges Verhalten auffallen, und sie sofort der Polizei zu melden.

Erst kürzlich meldete ein Liebespaar einen Leichenfund, den es auf seinem Spaziergang in den Wald gemacht hatte. Beim Verhör stellte sich dann heraus, daß auch sie im „See der Bäume" ihrem Leben ein Ende machen wollten – der Anblick der Leiche hatte sie davon abgebracht.

Ur-Meter wieder neu vermessen

dpa, **Paris**

Eine tausendmal genauere Definition der Maßeinheit Meter soll bei der in Paris eröffneten 17. Generalkonferenz für Maße und Gewichte bis Freitag festgelegt werden. Die Vertreter von 46 Staaten werden vermutlich den Vorschlag annehmen, den Meter jetzt auf der Basis der Lichtgeschwindigkeit neu zu definieren. Zunächst war die Maßeinheit Ende des 18. Jahrhunderts als „zehnmillionster Teil eines Erd-Meridianquadranten" bestimmt worden. Seit Ende des 19. Jahrhunderts ist dieser als Platin-Iridium-Stab dargestellte „Urmeter" im „Internationalen Büro für Gewichte und Maße" in Paris ausgestellt. Die 11. Fachkonferenz ersetzte 1960 diese einfache Definition durch eine bereits hundertmal genauere Festsetzung. Seitdem entspricht ein Meter „1 650 763,73 mal der Wellenlänge eines Krypton-86-Strahles im Vakuum". Aber selbst diese Definition genügt nicht mehr. Nach der neuen Definition soll der Meter als „die im 299 792 458. Bruchteil einer Sekunde von einem Lichtstrahl im Vakuum durchquerte Strecke" festgelegt werden. Das hat den Vorteil, das Längenmaß Meter an eine Zeiteinheit zu binden, die genau gemessen wird.

„Heirat mit der Russin – Heirat mit dem KGB?"

Neue Fakten zum Tod des englischen Bankiers in Moskau

SAD, **London/Moskau**

Erst jetzt wird klar, warum der englische Banker Dennis Skinner (54) am 17. Juni in Moskau starb. Skinner, der die britische Midland Bank in Moskau vertrat, fiel aus dem 11. Stockwerk seiner Wohnung. Ist er vom sowjetischen Geheimdienst ermordet worden? Erst jetzt wird bekannt: seine russische Frau Ludmilla, die mit zwei Söhnen in London lebt, war schon vor ihrer Ehe mit Skinner vom KGB angeworben worden. Offensichtlich wurde Skinner in Moskau unter Druck gesetzt, weil seine russische Frau nichts mehr mit dem Geheimdienst ihres Heimatlandes zu tun haben wollte.

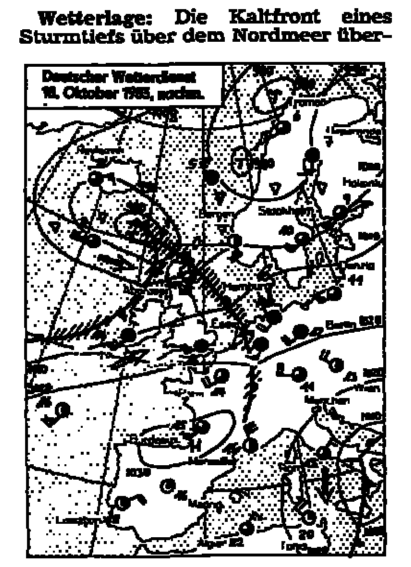
Dennis Skinner hielt sich zum ersten Mal 1968 in Moskau auf. Für seine geschäftliche Arbeit wurde ihm die russische Sekretärin Ludmilla zur Verfügung gestellt. Skinner verliebte sich in die Russin, ließ sich scheiden und heiratete die Sekretärin 1973. 1975 wurde dem Ehepaar ein Sohn geboren. Man war inzwischen nach London gegangen.

Als Skinner Vertreter der Midland Bank wurde, zog Ludmilla Skinner wieder mit nach Moskau. Aber seit 1981 blieb Ludmilla Skinner in England. Deshalb, so vermutet man jetzt, wurde ihr Ehemann in Moskau unter Druck gesetzt. Seine Ängste hatte er noch am 16. Juni dem stellvertretenden Botschafter David Ratford im abhörsicheren Raum der britischen Botschaft mitgeteilt. Bei dieser Gelegenheit verriet Skinner auch, daß seine Ehefrau ursprünglich KGB-Agentin war und dem KGB-Führungsoffizier „Alexis" unterstand.

Am nächsten Morgen meldete sich Skinner kurz nach 5 Uhr mit ängstlicher Stimme telefonisch in der Botschaft: „Ich bin überzeugt, daß ich vom sowjetischen Geheimdienst festgenommen und unter Spionageanklage gestellt werden soll." Drei Stunden später war er tot. Skinner ist auf dem Friedhof des Nordlondoner Stadtteils Pinner beerdigt worden. Aber die Leiche wurde in einen versiegelten Sarg gelegt, der notfalls geöffnet werden kann. Der „Daily Express" faßte gestern das Schicksal des Engländers so zusammen: „Seine Heirat mit einer Russin war eine Einheirat in das KGB."

WETTER: Weiter unbeständig

Wetterlage: Die Kaltfront eines Sturmtiefs über dem Nordmeer überquert Deutschland südostwärts. Dahinter fließt zunächst erwärmte, später auf direktem Wege Meereskaltluft aus dem Nordmeer nach Deutschland.



Vorhersage für Mittwoch:

Die gesamte Bundesrepublik: Vormittags im Nordwesten, bis zum Abend dann auch im Südosten Übergang zu wechselnder, zeitweise starker Bewölkung. Dabei hauptsächlich in Norddeutschland Schauerwetter. Höchste Temperaturen zwischen 10 und 14 Grad

Weitere Aussichten:

Wechselnd wolkig und einzelne Schauer.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	12°	Kairo	25°
Bonn	10°	Kopenh.	12°
Dresden	12°	Las Palmas	23°
Essen	9°	London	15°
Frankfurt	9°	Madrid	16°
Hamburg	10°	Mailand	15°
List/Sylt	11°	Mallorca	21°
München	11°	Moskau	13°
Stuttgart	10°	Nizza	21°
Algier	22°	Oslo	11°
Amsterdam	14°	Paris	14°
Athen	23°	Prag	11°
Barcelona	16°	Rom	15°
Brüssel	13°	Stockholm	11°
Budapest	10°	Tel Aviv	27°
Bukarest	15°	Tunis	20°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.53 Uhr, Untergang: 17.20 Uhr, Mondaufgang: 17.18 Uhr, Untergang: 4.48 Uhr,

* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Dritter Mord provozierte Polizei zum Gegenschlag



ELFRUN JACOBS, **Den Haag**

Er starb hinter einer Heringsbude in der Amsterdamer Uitterwaardenstraat, wo er sich in panischer Angst verborgen hielt: Edoardo Estudillo, ein 29jähriger Rauschgifthändler. Der Chilene bekam die 9-mm-Kugel in den Kopf – sein Mörder wußte, daß das Opfer eine kugelsichere Weste trug.

Der Tod des Kokainschmugglers und Bandenchefs provozierte die Amsterdamer Kripo zum großen Schlag: 15 Verhaftungen gelangen ihr, nachdem der blutige Bandenkrieg in den vergangenen Wochen drei Todesopfer gefordert hatte. Estudillo, seine „Mitarbeiter" Domingo Sepulveda de Maris und Carlos Mella starben auf dem Amsterdamer Pflaster, von Kugeln durchsiebt. Domingo traf die Schußgarbe aus einem schweren BMW, während er selber im Fond eines anderen BMW saß, der von Estudillo gelenkt wurde.

Schwere deutsche Luxuswagen, Luxusappartments im Grachtengürtel oder Luxusvillen an der Amsterdamer „Goldküste": Die südamerikanischen Banden können sich das alles leisten. Das Schlüsselwort heißt Kokain, die Droge der achtziger Jahre. Ein Kripobeamter: „Wir fühlen uns in die ‚guten' alten Zeiten zurückversetzt. Anfang der siebziger Jahre, da trugen die chinesischen Banden den Kampf um die Vorherrschaft aus. Damals ging es um Heroin."

Das Motiv für den neuen Gangsterkrieg – diesmal zwischen Chilenen und Argentiniern – waren 30 Kilo Kokain, die Estudillo und seine Mannen zweckentfremdet hatten. Die Argentinier unter Bandenchef Miguel rächten sich. Sie hatten inzwischen zwei Bandenmitglieder Estudillos hochgenommen. In einem verschwiegenen Wochenendhaus wurden sie gefoltert, auf den Boden gelegt, das Gesicht nach unten. Dann feuerte man Schüsse direkt neben ihrem Kopf in den Boden ...

Da begann der 17jährige „Benny" zu singen und seitdem war Estudillo seines Lebens nicht mehr sicher. Sein Tod wurde für die Polizei zum Alarmsignal.

In seinem Patrizierhaus – Monatsmiete 4000 Mark – an der Herengracht, der besten Amsterdamer Geschäftsadresse für Banken, Versicherungen, Makler und Anlagenberater, ergab sich der argentinische Bandenchef Miguel der Kripo. Nur ein Zehntel der Beute, um die es ging, landete im Panzerschrank der Polizei. Es waren mit den drei Kilogramm Kokain immer noch Millionenwerte.

Tritt nun Ruhe ein? Chefinspektor van Reenen: „Vorübergehend ja. Aber dann nehmen neue Leute die Schlüsselpositionen ein. Wir machen uns da keine Illusionen." Betroffen war die Kripo auch von der Schwere der beschlagnahmten Waffen: 9-mm-Pistolen und halbautomatische „Shotguns" (Gewehre). Bisher pflegte sich die Amsterdamer Unterwelt auf das 7-mm-Kaliber zu bescheiden.

Die noch immer sprichwörtlich milde Justiz der Niederlande, die humane Strafanstalten (die modernste Strafanstalt Bijlmer verzichtet sogar auf Gitter vor den Panoramafenstern), die milde Drogengesetzgebung und der Sog, den die Drogenmetropole Amsterdam auf Ausländer ausübt, das alles waren Gründe für die südamerikanische Kokainmafia, ihren Umschlagplatz für Europa in der Grachtenstadt zu eröffnen. Einst Heroin, jetzt Kokain.

Bandenchefs und Kuriere fliegen als Touristen ein. Der Chef der Rauschgiftbrigade, Kommissar Barry de Koningh: „Sie kommen von allen möglichen Flughäfen der Welt ... Ihr Körper dient als Verpackung. Sie schlucken vor dem Start in Gummi oder Plastik gedrehte Bällchen mit Kokain ein, nehmen sogar Tabletten, damit ihnen während des Fluges nichts Menschliches passiert und können nach der Ankunft in Amsterdam im Luxusapartment abwarten, bis sich die Päckchen wieder zeigen.

De Koningh warnt vor allem deutsche Amsterdam-Touristen, die es auch „mal probieren wollen". Ruinös sind sowohl der „Speedball" – eine Mischung aus Heroin und Kokain – als auch das sogenannte „Basen". Hier ist die Basis Magensalz, vermischt mit Kokain. Durch eine Wasserpfeife mit Rum in stärkster Konzentration (Stroh-Rum) wird Alkoholdampf erzeugt. Das Magensalz löst sich in dem Dampf. Das Kokain atmet man ein.

ZU GUTER LETZT

Ein Fensterputzer in Andorra bekam von einer alten Frau einen ungewöhnlichen Auftrag: „Die Scheiben bitte nur innen reinigen", sagte sie, „ich möchte nicht, daß Neugierige von draußen hereinschauen können."